

Bielefeld

Lernreport 2014



2014

Kommunaler **Lernreport**



Kommunaler Lernreport der Stadt Bielefeld 2014

Vorwort	6
Einleitung	8
Ziele der Bildungsberichterstattung	8
Bildungslandschaften und Steuerungsmöglichkeiten	8
Das Bildungsbüro als Netzwerkakteur	8
Berichtsaufbau und Lerndimensionen	8
Zentrale Aussagen im Überblick	10
Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens	10
Lernen Wissen zu erwerben	12
Lernen zu handeln	15
Lernen zusammen zu leben	16
Lernen das Leben zu gestalten	17
A Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens	19
A1 Demographische Entwicklung und Zusammensetzung der Bevölkerung	20
A1-1 Bevölkerungsvorausberechnung	20
A2 Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel, Finanzsituation und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte	26
A2-1 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und erwerbstätiger Person	26
A2-2 Unterbeschäftigungsquote	28
A2-3 Erwerbstätige nach Berufsgruppen	29
A2-4 Anteil der laufenden Bielefelder Bildungsaufwendungen am Gesamthaushalt nach Bildungsbereichen	30
A 3 Soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung	32
A 3-1 Hilfequote nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)	32
A 3-2 Sozialgeldempfängerquote der unter 15-jährigen	33
A3-3 Bildungsstand der Bevölkerung	35
A3-4 Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen	36
B Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“	41
B1 Beteiligung an frühkindlicher Bildung	42
B1-1 Versorgung und Bildungsbeteiligung von unter 7-jährigen	42
B1-2 Sprachstandsfeststellung und Sprachbildung	45
B2 Allgemeinbildende Schulen: Versorgung, Einmündung und Unterstützung, Übergänge und Abschlüsse	47
B2-1 Schulen und Schülerzahlen, Besuchsquote von Grundschulen und Wanderungsbewegungen	47
B2-2 Gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf nach Art des Förderschwerpunkts	50
B2-3 Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern des Primar- und Sekundarbereichs nach Art des Angebots	53
B2-4 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache	58
B2-5 Integration schulischer Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger	62
B2-6 Schülerinnen und Schüler in der 4. Grundschulklasse nach Schulformempfehlung	65
B2-7 Bildungsübergänge auf weiterführende Schulen	68
B2-8 Klassenwiederholung und Schulformwechsel	71



B2-9	Schulabgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen mit und ohne Abschluss	75
B3	Nachschulische Lernaktivitäten	77
B3-1	Teilnahme an Alphabetisierungskursen von Menschen mit Migrationshintergrund	77
B3-2	Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen	79
B4	Hochschulbesuch	80
B4-1	Hochschulen und Studierende	80
B4-2	Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester an Bielefelder Hochschulen nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung	82



C	Lerndimension „Lernen zu handeln“	83
C1	Versorgung mit beruflicher Ausbildung	84
C1-1	Berufsbildende Schulen und Schülerzahlen	84
C1-2	Angebots-Nachfrage-Relation dualer Berufsausbildung und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	86
C1-3	Übergänge in die Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems	89
C2	Management der Übergänge zwischen Schule und Beruf	92
C2-1	Im kommunalen Übergangsmanagement erfasste Schulabgänger aus Förder-, Haupt- und Gesamtschulen	92
C2-2	Verlaufsbetrachtung des Verbleibs von Schulabgängern	95
C3	Qualifikationsanpassung und -erweiterung	100
C3-1	Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	100
C3-2	Kursbelegungen in beruflicher Weiterbildung der Volkshochschule je 1.000 Einwohner	101
C3-3	Erfolgreiche Teilnahme an FbW-Maßnahmen	102



D	Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“	103
D1	Intergenerationelle Begegnungen	103
D1-1	Sprachbildung im intergenerationellen Kontext	103
D1-2	Intergenerationelles Theaterprojekt: Zeitsprung	105
D2	Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit	106
D2-1	Öffentliche Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit	106
D2-2	Öffentlich geförderte Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit und Teilnehmerzahlen in der außerschulischen Jugendbildung	107
D3	Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen	109
D3-1	Teilnehmer an allgemeinen Integrationskursen mit Migrationshintergrund	109
D3-2	Abschlüsse in allgemeinen Integrationskursen mit Migrationshintergrund	110
D4	Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation	110
D4-1	Freiwilliges Engagement im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD)	111
D4-2	Zwischen Arbeit und Ruhestand (ZWAR)	112
D4-3	Bürgerschaftliches Engagement im Projekt „Ich will“	113
D5	Politische Partizipation – Beteiligung an Kommunalwahlen	114



E	Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“	117
E1	Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen	118
E1-1	Besucherinnen und Besucher kommunaler Kultureinrichtungen und -veranstaltungen	118
E1-2	Teilnehmer an der öffentlichen Musik- und Kunstschule	120
E1-2-1	Kulturelle Bildung – Theater und Schule -Der musikalische Führerschein	122
E1-2-2	Kulturwandertage	123
E1-3	Kursbelegungen in allgemeiner Weiterbildung der Volkshochschule	124
E1-4	Alphabetisierung und Grundbildung für Deutschsprachige	125
E2	Nutzung medialer Angebote kultureller Bildung	127

E2-1	Aktive Nutzerinnen und Nutzer und Besucherinnen und Besucher der Stadtbibliothek	127
E2-2	Entliehene Medien der Stadtbibliothek	129
E3	Gesundheitsprävention, Selbsterfahrung in Sport und Spiel	131
E3-1	Versorgung mit Spielplatzfläche je Kind	131
E3-2	Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen	133
E3-3	Nutzung von Angeboten der Weiterbildung im Gesundheitsbereich der VHS	137
E4	Studieren ab 50	139
F	Handlungsempfehlungen	141
	Vorbemerkung	142
	Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens	143
	Innerstädtische Segregation und soziale Disparitäten im Bildungskontext stärker berücksichtigen	143
	Geringqualifizierten Personen Bildungsabschlüsse ermöglichen	143
	Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“	144
	Frühe Förderung insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien ausbauen ..	144
	Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen professionalisieren, ausbauen und wirkungsorientiert evaluieren	144
	Weiterer Ausbau des Ganztagsangebots im Primar- und Sekundarbereich	144
	Übergangsempfehlungen standardisieren	144
	Auf strukturelle Veränderungen in der Schullandschaft frühzeitig reagieren	145
	Gemeinsames Lernen – Inklusion ausbauen	145
	Lerndimension „Lernen zu handeln“	145
	Duale Ausbildung – Angebote, Nachfrage und Matching-Prozesse	145
	Berufliche Weiterbildung der VHS ausbauen	145
	Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“	146
	Entwicklung einer kommunalen Plattform für lebenslanges Lernen	146
	Bildungsprozesse in der offenen Kinder- und Jugendarbeit anschlussfähig machen ..	146
	Für mehr politische Partizipation werben	146
	Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“	147
	Angebote kultureller Bildung ausbauen	147
	Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung für Deutsche entwickeln	147
	Sportförderung der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen	147
	Weitere kommunale Gesundheitsangebote und Kompetenzen entwickeln	147
	Literaturverzeichnis	148
	Impressum	154

Vorwort

Die Stadt Bielefeld legt den zweiten Lernreport vor. Mit dieser systematischen Bildungsberichtserstattung stellen wir für die kommunale Ebene eine Datenbasis für bildungspolitische Entscheidungen zur Verfügung. Bildungschancen ergeben sich jeweils konkret vor Ort: in den Familien, den Erziehungs-, Bildungs- und Kultureinrichtungen. In der Kommune erfolgt die Konkretisierung von Leitzielen, wie sie für Bildung in Deutschland generell formuliert werden. Durch offene Zugänge zu Bildung entlang der Bildungsbiographie soll Chancengerechtigkeit gewahrt und verbessert werden. Bildung schafft basale Voraussetzungen für soziale, kulturelle und politische Teilhabe. Das lokale Bildungsangebot soll helfen, vorhandene Qualifikationspotenziale auszuschöpfen und Talente für den lokalen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Die Qualität und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen entscheiden also mit über die wirtschaftliche und soziale Qualität dieser Stadt.

Bildungs- und Lernprozesse vollziehen sich nicht nur in Schulen, sondern auch in den Familien, in Kitas und Betrieben, in Kultureinrichtungen und Sportvereinen. Und sie beschränken sich nicht auf die Kindheits- und Jugendphase, sondern begleiten, wenngleich unterschiedlich intensiv, nahezu alle Lebensphasen. Deshalb orientiert sich dieser Lernreport am vierdimensionalen Lernbegriff, den die UNESCO für lebenslanges Lernen konzipiert hat. Die Dimensionen „Lernen Wissen zu erwerben“, „Lernen zu handeln“, „Lernen zusammen zu leben“ und „Lernen das Leben zu gestalten“ erweitern und differenzieren den Blick auf die Bildungslandschaft in Bielefeld. In Folge dieser erweiterten Perspektive werden Strukturen und Entwicklungen in vielen Bereichen dargestellt, in denen Menschen Kompetenzen erwerben können, um ihr schulisches, berufliches, persönliches und soziales Leben zu gestalten.

Als Kommune sind wir nicht für alle Felder der kommunalen Bildungslandschaft primär zuständig. Viele Rahmenbedingungen werden zudem auf Landes- oder Bundesebene gesetzt. Die Entwicklung der Stadtgesellschaft vollzieht sich zudem als komplexes Zusammenspiel von ökonomischen und sozialen Prozessen. Der erweiterte Lernbegriff verdeutlicht, dass Ansätze für Gestaltung auch jenseits der formalen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen existieren. Im Rahmen der Partnerschaft mit dem Land Nordrhein-Westfalen folgen wir unserem Verständnis einer erweiterten Schulträgerschaft, indem wir auch inhaltliche Entwicklungen in den Schulen initiieren und Gestaltungsprojekte begleiten, die an den Erkenntnissen des Lernreports ansetzen.

Einige der Indikatoren des ersten Lernreports wurden im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung mit der Universität Bielefeld weiter entwickelt. Diese Kooperation setzt die wissenschaftliche Fundierung des Lernreports fort, die wir bereits bei seiner Konzeptionierung mit der Universität Göttingen begonnen haben. Bezogen auf die vier Lerndimensionen referiert der Lernreport unterschiedlich tiefe und breite Befunde. Insbesondere für die non-formalen und informellen Bildungsbereiche liegen bislang eher wenige Daten vor. Für die Dimensionen „Lernen zusammen zu leben“ und „Lernen das Leben zu gestalten“ werden vergleichsweise wenige Indikatoren verwendet. Für uns resultiert daraus der Ansporn, durch die Entwicklung zusätzlicher Indikatoren zukünftig auch diese Lerndimensionen stärker datengestützt abzubilden. Daher werden wir weiter kontinuierlich den Austausch mit Akteuren aus der Bildungslandschaft und der Hochschule pflegen.

Mit diesem Lernreport geben wir zahlreiche Impulse in die kommunale Bildungspolitik. Auch für die professionell und ehrenamtlich engagierten Akteure in den verschiedenen Bildungsbereichen hat der Bericht wichtige Befunde aufgearbeitet und gibt ihnen Orientierungen und Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung ihrer Arbeitsfelder. Das gilt in gleicher Weise für Eltern und Lernende mit ihren unterschiedlichen Bildungs- und Lerninteressen. Daher wünschen wir uns, dass diese Impulse aufgenommen, von vielen Akteuren diskutiert, in Ideen übersetzt und in konkrete Vorhaben münden, die die Bildungslandschaft in Bielefeld nachhaltig weiter entwickeln und verbessern.



Pit Clausen
Oberbürgermeister



Dr. Udo Witthaus
Schul- und Kulturdezernent

Einleitung

Die Stadt Bielefeld steht mit 328.316 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand: 30.6.2014) vor vielfältigen Herausforderungen, um die Stadt auch in Zukunft lebenswert zu erhalten und weiter zu entwickeln. Bielefeld ist ein bedeutsamer Standort für Industrie und Dienstleistungsunternehmen und verfügt gleichzeitig als eine Stadt der Wissenschaften und Innovationen über eine auch international ausgerichtete Hochschullandschaft.

Ziele der Bildungsberichterstattung

Mit dem kommunalen Lernreport 2014 legt Bielefeld zum zweiten Mal nach 2012 einen detaillierten Überblick zur Lage des Bildungswesens in der Stadt vor. Entwicklungen des kommunalen Bildungswesens lassen sich besonders gut anhand von Zeitreihen nachvollziehen. Deshalb wurden die im ersten Lernreport verwendeten Indikatoren¹ sowohl fortgeführt, als auch punktuell erweitert. Um neuere Entwicklungen aufzugreifen und das Gesamtbild kommunaler Bildungsprozesse noch dichter und präziser darzustellen, wurden weitere Indikatoren, zum Teil auch über die Darstellung von Projekten, in das Indikatorentableau aufgenommen. Bildungsmonitoring² und Bildungsberichterstattung bilden zentrale Voraussetzungen, um zukünftig bildungspolitische Entscheidungen stärker datengestützt treffen zu können.

Ziel ist es, durch den Aufbau und die Weiterentwicklung des Bildungsmonitorings für die Zukunft eine bessere Entscheidungshilfe für kommunale politische Prozesse anzubieten. In Anlehnung an das von der UNESCO konzipierte Lernverständnis mit seinen vier Säulen des (lebenslangen) Lernens³ werden umfassende Informationen über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale und Ergebnisse von Bildungsprozessen vorgestellt. Durch eine verbesserte Vernetzung der einzelnen Akteure und eine gezielte Steuerung soll die Möglichkeit zu Abstimmung und Effizienzsteigerungen geschaffen werden.

Bildungslandschaften und Steuerungsmöglichkeiten

Die immer komplexer werdenden (Bildungs-)Prozesse innerhalb von Regionen und Kommunen erfordern ein Umdenken bezogen auf Gestaltungs-, Steuerungs- und Abstimmungsprozesse. Das Konzept der Bildungslandschaft stellt eine netzwerktheoretische Basis für die kommunale Entwicklung dar. Die zentralen Merkmale sind zum einen die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen innerhalb der Region und die Herausbildung von Verhandlungssystemen, die aus unterschiedlichen Akteursgruppen zusammengesetzt sind. Zum anderen ermöglicht die Etablierung und Förderung von freiwilligen Netzwerken und Interessenvertretungen in der Kommune mehr selbstorganisierte Steuerung und Partizipation.⁴ Das Land Nordrhein-Westfalen hat über sein Programm „Regionale Bildungsnetzwerke NRW“ Strukturen geschaffen, die zu einem stärkeren kontinuierlichen Austausch über innere Schulangelegenheiten zwischen Kommune und (Landes-) Schule führen. Bildungslandschaften sind nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu konzipieren. Bezogen auf die verschiedenen Bildungsbereiche und Angebote sind alle vor Ort etablierten Bildungsstrukturen aufeinander zu beziehen und entlang der individuellen Bildungsbiographien der Einwohnerinnen und Einwohner zu orientieren.

1 Ein Indikator steht im Kontext dieses Lernreports für einen Themenkomplex, der Auskunft gibt über wichtige bildungspolitische Handlungsfelder. Weil auf keine einheitliche stichtagsbezogene Datenlage zurückgegriffen werden konnte, wird nicht durchgängig bei allen Indikatoren auf die gleichen Berichtszeiträume Bezug genommen. Die Indikatoren selbst bilden keine Ursachen- und Wirkungszusammenhänge ab.

2 Ein Bildungsmonitoring ist ein kontinuierlicher, überwiegend datengestützter Beobachtungs- und Analyseprozess des Bildungssystems insgesamt sowie einzelner seiner Bereiche bzw. Teile zum Zweck der Information von Bildungspolitik und Öffentlichkeit über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen. Es macht das Bildungsgeschehen in der Gesellschaft transparent und ist damit Grundlage für weitere Zieldiskussionen und politische Entscheidungen. Vgl. Baethge-Kinsky (2012)

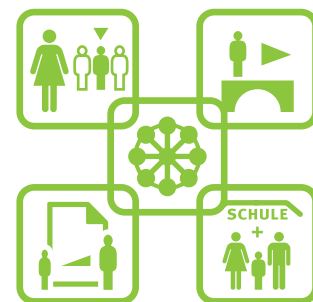
3 Lernen Wissen zu erwerben, Lernen zu handeln, Lernen zusammen zu leben und Lernen, das Leben zu gestalten. Vgl. Delors (1996); Schratz und Weiser (2002)

4 Vgl. Regionalverband Ruhr (2012, S. 26)

Das Bildungsbüro als Netzwerkakteur

Die Stadt Bielefeld hat mit dem Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 einen Kooperationsvertrag zur Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Stadt Bielefeld abgeschlossen. In verschiedenen Gremien arbeiten die kommunal-staatlichen Akteure⁵ eng zusammen, um die Bildungsregion im gesamten Bildungsbereich entlang der Bildungskette zu entwickeln.

Das kommunale Bildungsbüro ist die Geschäftsstelle der Bildungsregion, hier arbeiten Mitarbeiter des Landes (NRW) und der Kommune zusammen. Ziel der Arbeit ist es, mit Maßnahmen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern sowohl das Bildungsmanagement in der Region als auch den Auf- und Ausbau einer Bildungslandschaft voran zu treiben. Zentrale Maßnahmen betreffen neben dem Aufbau des Monitorings, Bildungsübergänge, Gestaltungpartnerschaften zwischen Familien und Bildungsinstitutionen, individuelle Förderung sowie den Aufbau einer durchgängigen Bildungsdokumentation.



Berichtsaufbau und Lerndimensionen

Der Lernreport stellt im Kapitel A einen Überblick über die den bildungspolitischen Bemühungen vorgelagerten Rahmenbedingungen des Bildungswesens vor. Die Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“ (Teil B) befasst sich mit frühkindlicher Bildung sowie den formalen Bildungsangeboten von Schulen und Hochschulen. Kapitel C widmet sich der Lerndimension „Lernen zu handeln“ und nimmt primär den Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung in den Blick. Die Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“ (Kapitel D) beleuchtet eher non-formale⁶ Lernbereiche. Die Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“ (Kapitel E) greift vor allem verschiedene Bereiche des informellen Lernens⁷ auf. Abschließend werden im Kapitel F zu jeder Lerndimension Handlungsempfehlungen vorgestellt, die kommunale Steuerungsmöglichkeiten beinhalten.

⁵ Stadt Bielefeld und Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, vertreten durch die Bezirksregierung Detmold

⁶ Non-formales Lernen bezieht sich auf Lernprozesse, die außerhalb des formalen Bildungssystems stattfinden. Dabei sind die Lernziele und Lernzeiten in der Regel geplant und zielgerichtet. Innerbetriebliche Weiterbildung ist hier exemplarisch zu benennen. Vgl.: http://www.eu-bildungspolitik.de/nichtformales_und_informelles_Lernen_250.html

⁷ Informelles Lernen beschreibt hingegen den Prozess des Lernens, der im täglichen Leben, in der Freizeit, der Familie, etc. geschieht und mit Blick auf die Lernziele nicht organisiert ist.

Vgl. http://www.eu-bildungspolitik.de/nichtformales_und_informelles_lernen_250.html



Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens

Bevölkerungsentwicklung mit absehbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Die Stadt Bielefeld wird entgegen bisheriger Prognosen, die von einem deutlich höheren Bevölkerungsrückgang ausgegangen sind, bis 2030 voraussichtlich nur rund 1,8 Prozent oder ca. 6.000 Einwohnerinnen und Einwohner verlieren. Wesentliche Gründe hierfür sind, neben aktualisierten Bevölkerungszahlen durch den Zensus 2011, die positiven Veränderungen bei den Wanderungssalden. Der Bevölkerungsrückgang wird sich in den einzelnen Altersgruppen unterschiedlich auswirken. In den Altersgruppen der bis 30-Jährigen wird ein moderater Rückgang erwartet. Hingegen wird die Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen um 7,4 Prozent wachsen. Die Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen wird bis 2030 voraussichtlich rund ein Fünftel (20 Prozent) verlieren. Dies wird Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt haben und den heute schon bestehenden Fachkräftemangel verstärken. Die Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen wächst bis 2030 um annähernd 44 Prozent.

Mehr Kinder mit Migrationshintergrund

Zum 31.12.2013 hatten 34 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner einen Migrationshintergrund. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 2010 eine Zunahme um 1,2 Prozentpunkte. In der Altersgruppe der bis unter 15-Jährigen hat inzwischen mehr als jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund. In einigen wohnortnahen Schuleinzugsbereichen⁸ liegt die Migrationsquote bei Kindern bis unter 10 Jahren über 70 Prozent. In diesen Quartieren spitzt sich die ethnische Segregation weiter zu.

Hohe über dem Landesdurchschnitt liegende Unterbeschäftigung

Die positive konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich in den Beschäftigungszahlen wider. In 2012 war aber noch jeder 8. Bielefelder über 25 Jahre von Unterbeschäftigung betroffen. In der Gruppe der unter 25-Jährigen war 2012 jeder 10. auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Trotz einer leicht positiven Tendenz liegen die Unterbeschäftigungsquoten in Bielefeld weiterhin deutlich über dem NRW-Landesdurchschnitt.

Steigende Bildungsaufwendungen

Die Aufwendungen für Bildung sind zwischen 2009 und 2012 weiter angestiegen. Trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen stiegen die kommunalen Aufwendungen von 12,6 Prozent auf 13,1 Prozent.

⁸ Die Regelung, anhand einer städtischen Satzung die Grundschulbezirke verbindlich festzulegen, wurde durch eine Änderung des Schulgesetzes NRW obsolet. Durch den Wegfall fester Schulbezirke wurde der Begriff „wohnortnahe Schuleinzugsbereiche“ eingeführt. Er umfasst den Bereich um eine Grundschule, innerhalb dessen die nächstgelegene Grundschule erreicht wird.

Aussagen im Überblick

Anstieg der beruflichen Qualifikationsanforderungen

Rund 44 Prozent der in Bielefeld Beschäftigten waren 2012 in den Wissens- und Informationsberufen sowie im personenbezogenen Dienstleistungsbereich tätig. Beide Beschäftigungsbereiche verzeichnen in den letzten Jahren deutliche Zuwächse. Berufe mit geringeren Qualifikationsanforderungen verlieren weiter an Bedeutung.

Transferleistungen stagnieren auf hohem Niveau

Von der konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre konnten Personen, die auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen waren, nur in einem geringen Umfang partizipieren. Auch 2012 war jeder 8. Bielefelder zwischen 15 und 65 Jahren auf staatliche Unterstützung angewiesen. Dies gilt auch für Jugendliche zwischen 15 und unter 25 Jahren. Dramatisch ist die Situation für Kinder. Annähernd jedes 4. Kind ist in Bielefeld von einer finanziellen Risikolage (Kinderarmut) betroffen. Innerstädtische Segregationsentwicklungen führen dazu, dass in einigen Grundschuleinzugsbereichen eine Betroffenheitsquote von 45 Prozent erreicht wird.

Bildungsabschlüsse

7,5 Prozent der in Bielefeld lebenden 30- bis 50-Jährigen besitzen keinen schulischen Abschluss. Aber 42 Prozent der 15- bis 30-Jährigen haben die Schule mit einer Fachhochschul- bzw. Hochschulzugangsberechtigung verlassen. Frauen liegen hier deutlich vor den Männern. Annähernd 14 Prozent der Bevölkerung verfügen über einen Hochschulabschluss. Jeder 7. in der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen verfügt über keinen Berufsabschluss. Vor dem Hintergrund, dass Stellen für Geringqualifizierte weiter abnehmen werden, ist das problematisch.

Hohe Konzentration der bildungsrelevanten sozialen Belastungen in einzelnen Sozialräumen

Monetäre Armut ist ein zentraler Einflussfaktor für Bildungsarmut. Auch 2012 hat sich die Anzahl der Kinder, die in Bielefeld von „hohen“ und „eher hohen“ bildungsrelevanten sozialen Belastungen betroffen waren, nur marginal verringert. Die Quote lag auch 2012 bei rund 30 Prozent. Besonders problematisch ist die ausgeprägt hohe Konzentration in einzelnen wohnortnahen Grundschuleinzugsbereichen, die Betroffenheitsquoten von bis zu 45 Prozent aufweisen. In diesen Sozialräumen war somit fast jedes zweite Kind betroffen.



Lernen Wissen zu erwerben

Gut ausgebaute Infrastruktur im Bereich der Kindertageseinrichtungen/ Frühkindliche Bildung

Bielefeld verfügt in diesem Bildungs- und Betreuungsbereich über eine gut ausgebaute Infrastruktur. 98 Prozent der 3- bis 6-Jährigen nutzen die Betreuungsangebote in den Kindertageseinrichtungen. Für 44 Prozent der unter 3-Jährigen stehen 2014 in der Tagespflege und den Kindertagesstätten Betreuungsplätze zur Verfügung. Die Ausbauquote liegt deutlich über dem NRW-Landesdurchschnitt. Aktuell liegen nur in geringem Umfang Daten über die soziale Selektivität und die institutionelle Segregation von Einrichtungen der frühen Bildung vor.

Weiterhin hoher Sprachbildungsbedarf bei 4-jährigen Kindern

Früh einsetzende Sprachförderung ist eine der zentralen Voraussetzungen für mehr Chancengleichheit und erfolgreich verlaufende Bildungsbiographien. Im Jahr 2013/14 wurde in Bielefeld bei 49 Prozent der 4-Jährigen ein Förderbedarf diagnostiziert. Sprachbildungsbedarfe ergeben sich auch verstärkt bei Kindern mit der Muttersprache Deutsch. Ab 2015 werden die Kindertageseinrichtungen die Diagnose und die Maßnahmen zur Sprachförderung übernehmen.

Leichter Rückgang bei den Schülerzahlen und Zunahme bei der innerstädtischen Bildungswanderung im Grundschulbereich

Im Vergleich zu 2010 sind die Schülerzahlen in Bielefeld um 3,8 Prozentpunkte zurückgegangen. Von den derzeit rund 57.000 Schülern pendeln ca. 18 Prozent aus angrenzenden Kommunen ein, die meisten davon an die Berufskollegs. Über 26 Prozent der Eltern entscheiden sich bei der Wahl der Grundschule nicht für die wohnortnächste Schule. Dennoch kommt der Nähe zum Wohnquartier eine hohe Bedeutung bei der Schulwahl zu.

Dynamik beim Gemeinsamen Lernen

Die Quote für Gemeinsames Lernen hat sich in den zurückliegenden Jahren positiv entwickelt. Der Anteil der Kinder mit Förderbedarf, die inklusiv an den Grundschulen unterrichtet werden, lag im Schuljahr 2013/14 bei 37,4 Prozent. Insgesamt liegt die Quote über alle Schulformen bei durchschnittlich 26,7 Prozent. Damit wird jedes 4. Kind mit einem Förderbedarf inklusiv beschult.

Systematischer Ganztagsausbau

Der Ausbau des Ganztags hat nicht an Dynamik verloren. Im Primarbereich nutzten 2013/14 53 Prozent der Grundschüler ein Angebot des offenen Ganztags. Bei der Betrachtung der einzelnen Schulen wird deutlich: Der Nutzungsgrad weist große Unterschiede in den Stadtbezirken mit einer Spreizung zwischen 28 und 80 Prozent auf. Ebenfalls gibt es ein breites Spektrum an Angeboten, ohne dass ein verpflichtender Qualitätsstandard für Bielefeld besteht. Für knapp 10 Prozent der Grundschüler steht bereits ein rhythmisiertes (gebundenes) Ganztagsangebot zur Verfügung. In der Sekundarstufe I können 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler ein Angebot im gebundenen Ganztag nutzen. Je nach Schulform und Schule bestehen aber auch hier große Differenzen.

Hoher Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg

Die Übergangsempfehlungen zu den weiterführenden Schulen weisen je Stadtbezirk deutliche Unterschiede auf. Gleiches gilt für die Ebene der Grundschuleinzugsbereiche. Je höher die soziale Belastung in einem Einzugsgebiet, desto geringer fallen die Übergangsempfehlungen zu den Gymnasien aus.

Hauptschule als Auslaufmodell

Obwohl die Grundschulen auch für das Schuljahr 2012/13 noch rund jedem 4. Kind eine Empfehlung für die Hauptschule gegeben haben, wechselten nur 3,6 Prozent aller Schüler an diese Schulform. Das Auslaufen von Hauptschulen wird Auswirkungen auf die gesamte Schullandschaft haben und sich auch auf die Leistungsheterogenität der Schülerschaft an allen anderen Schulen auswirken.

Positive Entwicklungen bei den Klassenwiederholungen und den Abschlüssen

Klassenwiederholungen haben sich seit 2010 insgesamt, aber auch über alle Jahrgänge der Sekundarstufe I deutlich verringert. Im Schuljahr 2012/13 wiederholten 433 Schülerinnen und Schüler eine Klasse freiwillig oder unfreiwillig. Die Klasse 9 stellt weiterhin in allen Schulformen ein Nadelöhr dar. Auch wenn die Entwicklung bei den Abschlüssen positiv ist, müssen immer noch zu viele Schülerinnen und Schüler die vormals gewählte Schule verlassen.



Höherqualifizierende Schulabschlüsse legen zu

Während der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, rückläufig ist, entwickeln sich höher qualifizierende Abschlüsse positiv. Der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigungen stieg 2012 an. Dies gilt auch für diese Abschlüsse an den beruflichen Gymnasien.

Mehr nachträglich erworbene Abschlüsse

Vor dem Hintergrund steigender Qualifikationsanforderungen hat das Interesse am nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen zugelegt. Mehr als die Hälfte der Abschlüsse waren Fachhochschul- oder Hochschulzugangsberechtigungen.

Der Analphabetismus bleibt trotz rückläufiger Teilnehmerzahlen ein wichtiges Thema

Das Thema Alphabetisierung ist bei der Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund, auch bei aktuell rückläufigen Teilnehmezahlen an Kursen des BAMF, weiterhin ein wichtiges Thema. Vieles deutet darauf hin, dass im Bereich des Analphabetismus auch bei der Gruppe der Migranten von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist.

Bielefeld ist eine Stadt der Wissenschaft

Die Bielefelder Hochschulen bilden weiterhin ein wichtiges Zentrum der Region, das bezogen auf die Studierenden sowohl regional, als auch national und international ausgerichtet ist. Die Zahl der Studierenden und Studienanfänger stieg in den vergangenen Jahren stetig an.

Lernen zu handeln



Die Bielefelder Berufskollegs haben eine überregionale Bedeutung

An den Berufskollegs wurden im Schuljahr 2013/14 rund 17.400 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Dies ist ein Rückgang gegenüber dem Schuljahr 2010/11 um 3,8 Prozent. Die Ausbildungsangebote der Berufskollegs stellen einen wichtigen Standortfaktor für die Wirtschaft Bielefelds und der Region dar. Dies wird auch dadurch untermauert, dass 40,4 Prozent (38 Prozent 2010) der an den Berufskollegs ausgebildeten Schülerinnen und Schüler aus angrenzenden Kommunen nach Bielefeld einpendeln.

Weiterhin kein ausgeglichenes Berufsbildungsangebot

Für Jugendliche, die im Anschluss an die allgemeinbildende Schule einen Ausbildungsplatz suchen, hat sich die Situation im Agenturbezirk Bielefeld im Vergleich zu den Vorjahren nicht verbessert. Die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge ist im Betrachtungszeitraum weiterhin rückläufig. Ebenfalls zeigt die Angebots-Nachfrage-Relation, die auch die Jugendlichen erfasst, die sich in einer Übergangssituation befinden, parallel aber weiter einen Ausbildungsplatz suchen, keine positive Entwicklung. Positiv ist hingegen, dass weniger Jugendliche vorzeitig ihren Ausbildungsvertrag auflösen. Der Wert sank von rund 22 Prozent auf 17,1 Prozent.

Anschlüsse nach der Sekundarstufe I

2012 beendeten 3.796 Schülerinnen und Schüler die Schule. Mehr als die Hälfte, 57 Prozent (2.166), wechselte im Anschluss auf ein Berufskolleg. Nur noch 26 Prozent begannen eine duale Ausbildung. 13 Prozent des Gesamtjahrgangs mündete aufgrund mangelnder Alternativen zunächst in das Übergangssystem ein.

Das neue Übergangsmanagement – kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)

Der Anteil der vom Übergangsmanagement betreuten Jugendlichen, für die im Anschluss an die Sekundarstufe I eine direkte Anschlussperspektive vorlag, hat sich seit 2008 kontinuierlich auf zuletzt 62 Prozent im Jahr 2012 erhöht. Gleichwohl mündeten in den Jahren 2010 und 2011 jeweils noch 36 Prozent in Maßnahmen des Übergangssystems ein. Ein Teil dieser Gruppe verbleibt mehr als ein Jahr in diesen Maßnahmen. Weiterhin bilden junge Männer mit Migrationshintergrund eine Gruppe, die besonders häufig mit Übergangsproblemen konfrontiert ist.

Steigendes Interesse an beruflicher Weiterbildung

Das Interesse an Angeboten der Bielefelder Volkshochschule zur individuellen beruflichen Weiterbildung hat sich deutlich erhöht. Damit liegt die VHS im Bundestrend. Innerhalb der Kursangebote gibt es deutliche Nachfrageverschiebungen mit einer Tendenz zu überfachlichen Qualifizierungen.



Lernen zusammen zu leben

Rückläufige außerschulische Angebote der Kinder- und Jugendhilfe

Das Angebot von Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der außerschulischen Bildung ist rückläufig. Die Anzahl der Jugendlichen, die mit den Angeboten der außerschulischen Bildung erreicht wurden, liegt für die beiden zurückliegenden Jahre auf konstantem Niveau. Deutlich erweitert haben sich hingegen die Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Schule im Rahmen des Ausbaus des schulischen Ganztags.

Steigende Nachfrage nach allgemeinen Integrationskursen, aber rückläufige Abschlüsse

Auf der kommunalen Ebene ist die Inanspruchnahme von allgemeinen Integrationskursen durch Personen mit Migrationshintergrund gestiegen. Hingegen haben sich die erfolgreichen und durch ein Zertifikat bescheinigten Abschlüsse von Integrationskursen leicht verringert.

Niedrige Beteiligung bei den Kommunalwahlen

An den letzten beiden Kommunalwahlen beteiligte sich im Durchschnitt nur noch jeder zweite Wahlberechtigte in Bielefeld. 2014 reichte die Spanne der Wahlbeteiligung, bezogen auf die Ebene der wohnortnahen Grundschuleinzugsbereiche von rund 41 Prozent bis rund 63 Prozent. Deutlich wird, dass gerade in Grundschuleinzugsbereichen mit hohen bildungsrelevanten sozialen Belastungen die Wahlbeteiligung signifikant stärker gefallen ist als in Gebieten mit geringer Belastung. Dies ist ein deutliches Warnsignal an das politische System.

Lernen das Leben zu gestalten



Ausgeprägte kulturelle Partizipation

Das Interesse an den Bielefelder Kulturangeboten ist weiterhin hoch. Die Verkaufszahlen der Schüler- und Studententickets für kommunale Theaterveranstaltungen zeigen, dass es immer besser gelingt, die jüngere Zielgruppe mit Angeboten kultureller Bildung zu erreichen. Eine positive Entwicklung ist im Bereich der Kooperationen zwischen den Bildungsinstitutionen und den Kulturanbietern, wie z. B. den Theatern und Museen, zu beobachten.

Steigende Nachfrage nach Angeboten der Musik- und Kunstschule

Rund 11 Prozent der bis 18-Jährigen nutzen die vielschichtigen Angebote der Musik- und Kunstschule in 2012. Eine Steigerung zu 2010 um 0,7 Prozent. Ein Drittel der Schülerinnen und Schüler nutzen die Angebote über Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Wachsendes Interesse an allgemeiner Weiterbildung

Die Nachfrage an Angeboten der Volkshochschule (VHS) zur allgemeinen Weiterbildung hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Besonders im Kontext des lebenslangen Lernens gewinnen die Angebote für breite Bevölkerungsschichten weiter an Bedeutung. Die VHS erreicht mit ihren Angeboten Erwachsene jeden Alters. Insbesondere der Anteil der Frauen in den Altersgruppen über 50 Jahre entwickelte sich sehr positiv.

Handlungsbedarf bei Alphabetisierungskursen für Deutsche

Ein erheblicher Anteil von deutschsprachigen Erwachsenen ist von funktionalem Analphabetismus betroffen. In Bielefeld ist die Nachfrage nach Alphabetisierungskursen in den vergangenen Jahren gestiegen. Mit Blick auf die in dieser Gruppe häufig vorkommende Erwerbslosigkeit und die damit verbundenen Folgekosten hat diese Problematik eine hohe Bedeutung.

Hoher Stellenwert der Stadtbibliothek und ihrer Nebenstellen

Die Stadtbibliothek hat mit ihren Angeboten eine hohe Bedeutung für die Bevölkerung. Insgesamt ist die Anzahl der aktiven Nutzer angestiegen. Jeder zweite Nutzer gehört zur Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Dies verdeutlicht den Stellenwert der Medienentleihe für diese Altersgruppe. Der Bereich der digitalen Medien hat immer stärker an Bedeutung gewonnen.



Unterschiedliche Versorgung mit Spielplatzflächen

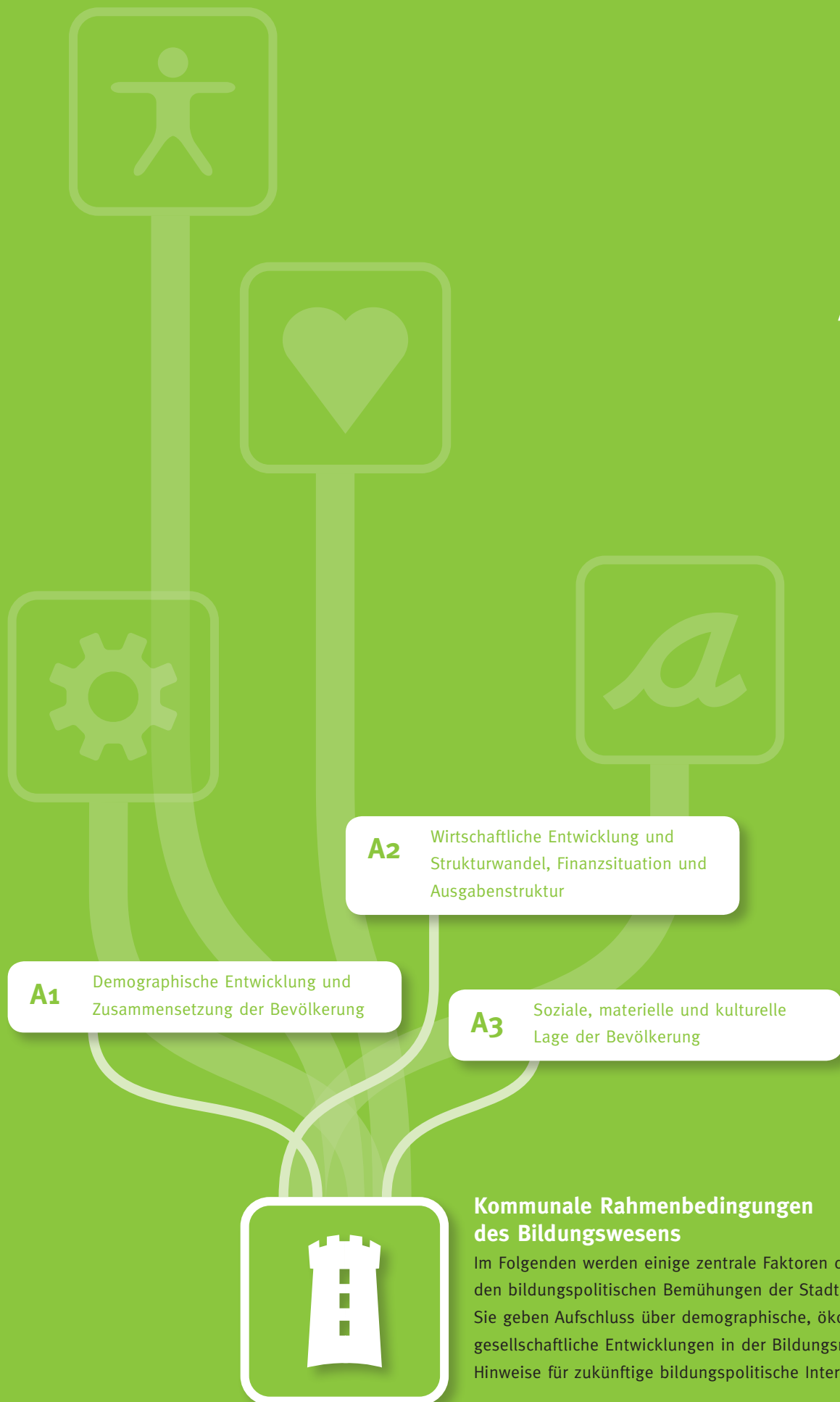
Kinder und Jugendliche benötigen erreichbare und ansprechend gestaltete Spielflächen. Dies umso mehr, je geringer das Wohngebiet mit geeigneten Alternativflächen (z.B. Grünanlagen) ausgestattet ist und je geringer die zeitlichen und materiellen Ressourcen der Eltern sind. Der Versorgungsgrad mit Spielflächen in den 47 Bielefelder Grundschuleinzugsbereichen ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Einige Grundschuleinzugsbereiche weisen neben einer geringen Spielplatzfläche pro Kind hohe bildungsrelevante soziale Belastungen auf.

Mitgliederrückgang in Sportvereinen, insbesondere bei Kinder und Jugendlichen

Jeder vierter Bielefelder ist Mitglied in einem Sportverein. Die Mitgliederzahlen in den Sportvereinen haben sich leicht rückläufig entwickelt. Der Blick auf die jüngeren Altersgruppen, die zunehmend weniger in Sportvereinen organisiert sind, deutet auf einen Zusammenhang mit der Einführung und dem Ausbau des schulischen Ganztags hin. Aus diesem Grund treten Sportvereine bereits vermehrt als Kooperationspartner von Bildungsinstitutionen und als selbstständiger Anbieter informeller Bildung auf. Sie kompensieren so einen Anteil der Abwanderung. Im Gegensatz zu den jugendlichen Mitgliedern in Sportvereinen führt die demographische Entwicklung zu einem quantitativen Anstieg der Mitglieder in den höheren Altersgruppen.

Erfolge bei der Gesundheitsförderung

Mit den Angeboten im Gesundheitsbereich der VHS werden primär die Zielgruppen der 35- bis 65-Jährigen erreicht. Hier ist eine deutliche Nachfragesteigerung zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung kommt der individuellen Gesundheit und der Gesundheitskompetenz eine zentrale Bedeutung zu. Insofern ist die Entwicklung der Teilnehmerzahlen in diesem Angebotssegment positiv einzuschätzen.



A 1 Demographische Entwicklung und Zusammensetzung der Bevölkerung

Eine weiterhin niedrige Zahl der Geburten, eine Steigerung der Lebenserwartung, Wanderungsbewegungen sowie die Zusammensetzung der Bevölkerung sind die zentralen Parameter der demographischen Entwicklung mit Auswirkungen auf bildungspolitische Entwicklungen und Entscheidungen in einer Bildungsregion.

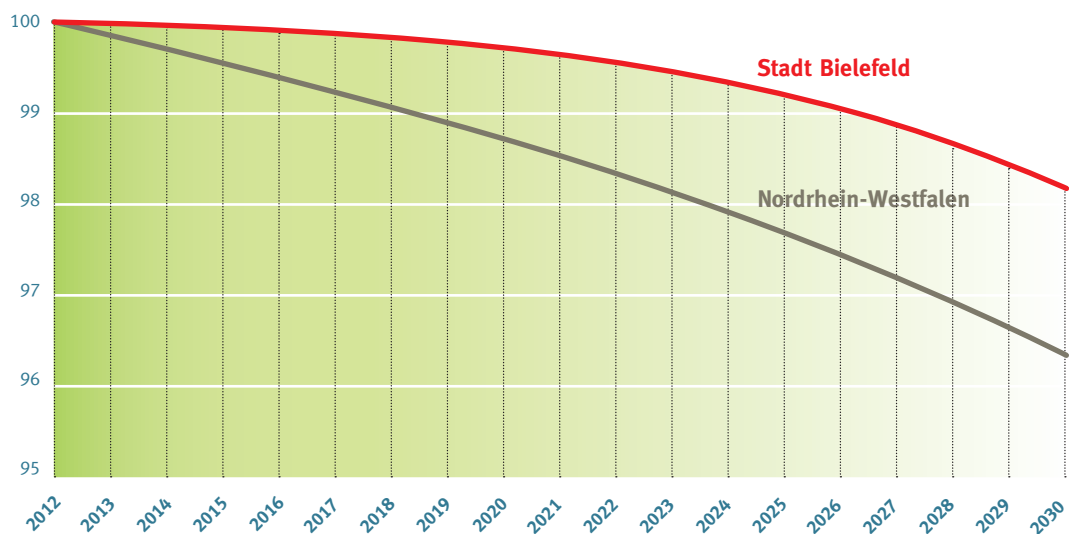
A 1-1 Bevölkerungsvorausberechnung

Am 31.12.2013 waren in Bielefeld 328.011 Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz gemeldet.⁹ Ging 2010 die Vorausberechnung der Bevölkerung¹⁰ für Bielefeld noch von einem Rückgang von insgesamt 4,4 Prozent auf rund 308.000 Personen (minus 17.000) bis 2030 aus, deuten neuere Berechnungen darauf hin, dass diese rückläufige Entwicklung weniger stark ausfällt, da das Ergebnis des Zensus (2011) verdeutlicht hat, dass die Bestände höher sind, als vermutet. Aktuelle Vorausberechnungen zufolge wird der Rückgang von 2014 bis zum Jahr 2030 voraussichtlich 1,8 Prozent oder rund 6.000 Personen auf 317.200 betragen. Für die Landesebene (NRW) wird aktuell ein leichter Anstieg des Bevölkerungsrückgangs um 0,3 Prozentpunkte auf rund 3,5 Prozent (640.000 Personen) bis 2030 prognostiziert.¹¹

2030 werden nach den derzeitigen Vorausberechnungen rund 51,5 Prozent der Bevölkerung weiblich und 48,5 Prozent männlich sein. Der Anteil der weiblichen Bevölkerung wird bis 2030 leicht zurückgehen. Die Geburtenrate wird sich nach derzeitigen Vorausberechnungen in Bielefeld relativ konstant entwickeln. Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 2.854 Geburten¹² 3.385 Sterbefällen gegenüber stehen.¹³

Abb. 1

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bielefeld 2012 bis 2030 (Index 2012 = 100)



Quelle: IT.NRW Landesdatenbank, Bevölkerungsvorausberechnung 2012 bis 2030, Basisvariante, Düsseldorf, Juli 2013

⁹ Stadt Bielefeld, Amt für Demographie und Statistik 2014.

¹⁰ Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2012).

¹¹ Vorausberechnungen sind Modellrechnungen und von verschiedenen demographischen Parametern abhängig. Die Ergebnisse des Zensus 2011 haben gezeigt, dass in Bielefeld 3.700 Personen mehr leben als ursprünglich angenommen. Die IT.NRW-Vorausberechnung aus dem Jahr 2012 bezieht sich noch auf die Bevölkerungszahl vor der Anpassung nach den Ergebnissen vom Zensus 2011. Hauptsächlich hat sich das Niveau der Bestände aus der Vorausberechnung, aber nicht der Trend der Entwicklung durch den Zensus 2011 verändert.

¹² In 2012 waren es 2810 Geburten.

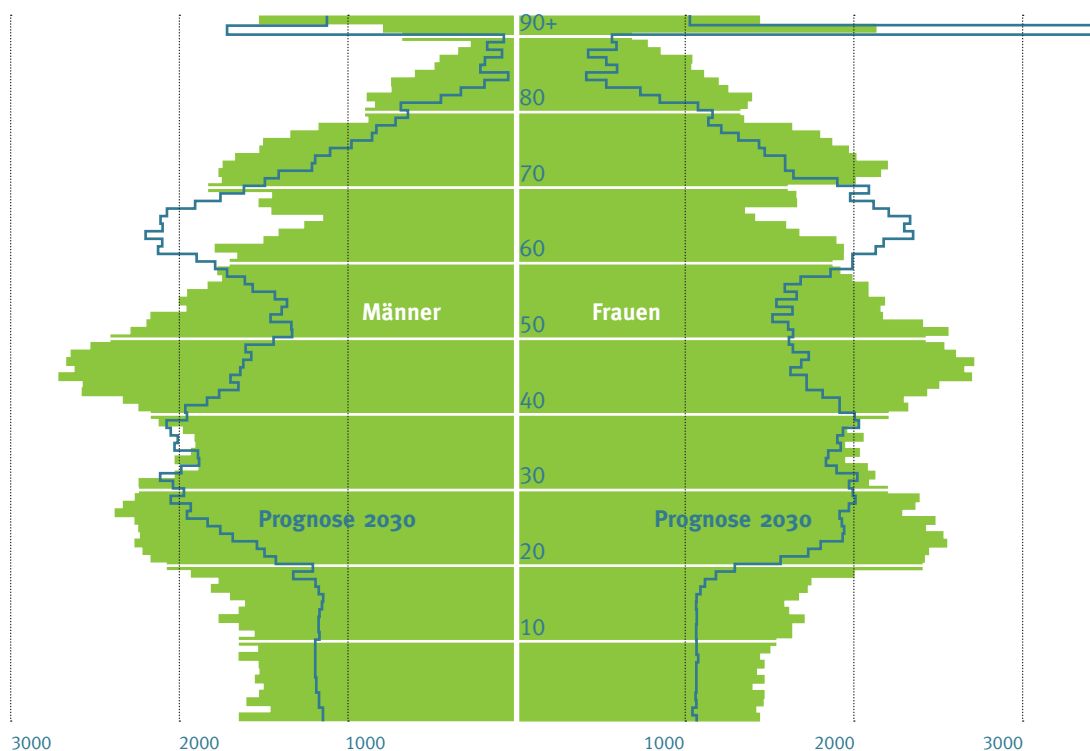
¹³ IT.NRW 2014.

Die Bevölkerungsentwicklung in Bielefeld wird nach derzeitigen Prognosen bis 2030 insgesamt leicht abnehmen. Allerdings sind die einzelnen Altersgruppen unterschiedlich stark betroffen. Besonders hervorzuheben sind die nachfolgend aufgeführten Entwicklungen (vgl. Abb. 2):

- Während sich der Anteil der Kinder im Alter unter 6 Jahren bis 2030 nur um 2,4 Prozent und derjenigen im Grundschulalter bis einschließlich 10 Jahre um 2,5 Prozent verringert, verliert die Gruppe der 11- bis unter 20-Jährigen 11,2 Prozent.¹⁴ Für die Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen wird bis 2030 ein Rückgang um rund 13 Prozent erwartet.
- Gegen die allgemeine Entwicklung ist für jene Altersgruppen, die mit dem Erwerbsleben begonnen haben bzw. mitten im Erwerbsleben stehen, eine Trendwende zu beobachten: Die Alterskohorte der 30- bis unter 40-Jährigen legt nach aktuellen Prognosen um 7,4 Prozent zu. Dramatisch ist hingegen, dass die 40- bis unter 50-Jährigen bis 2030 voraussichtlich um rund ein Fünftel – 20,5 Prozent – und die Gruppe der 50- bis unter 60-Jährigen um rund 12 Prozent abnehmen wird. Damit einher geht eine deutliche Verringerung des Erwerbspersonpotentials in Bielefeld.
- Erst wenn die geburtenstarken Jahrgänge sich dem Übergang an das Rentenalter annähern, kehrt sich der Trend um: 2030 wird der Anteil der 60- bis unter 70-Jährigen nach aktuellen Prognosen um 44,5 Prozent oder annähernd 14.000 Personen auf über 45.000 Personen zugenommen haben.

Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2030

Abb. 2



Quelle: IT.NRW Landesdatenbank, Bevölkerungsvorausberechnung 2012 bis 2030, Basisvariante, Düsseldorf, Juli 2013

Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang in Bielefeld um insgesamt rund 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner bis 2030 betrifft die Altersgruppen sehr unterschiedlich. In besonderem Maß sind die beiden Altersgruppen der 20- bis unter 30-Jährigen sowie der 40- bis unter 50-Jährigen betroffen.

Bildungspolitisch ist mit einer rückläufigen Nachfrage für die Schulen der Sekundarstufe I und II in Bielefeld zu rechnen. Die höheren Abiturquoten der letzten Jahre (B2-8) und die verstärkte Orientierung zur universitären Ausbildung, aber auch die positiven Wanderungssalden der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen (A1-2) werden sich vermutlich positiv auf die Nachfragesituation an den Hochschulen in Bielefeld auswirken.

14 11,2 Prozent der 11- bis unter 20-Jährigen entsprechen 3.327 Personen der Gesamtgruppe.

Auch der duale Ausbildungssektor ist von der demographischen Entwicklung betroffen. Es ist zu vermuten, dass es für die Unternehmen zukünftig noch schwieriger werden wird, Engpässe im Ausbildungsnachwuchs zu kompensieren. Für die ausbildungplatzsuchenden Jugendlichen könnte das Angebot steigen.

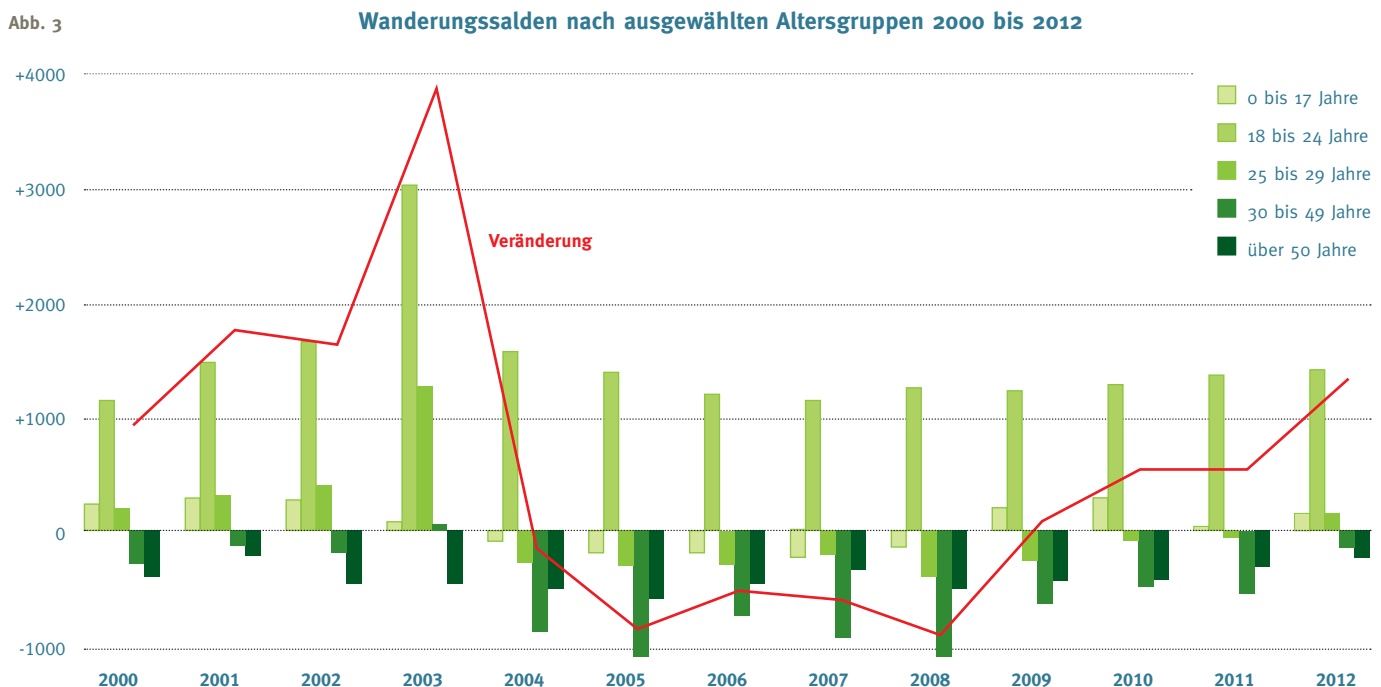
Die aktuell prognostizierte Abnahme des Erwerbspersonenpotentials bis 2030 wird nicht ohne Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt bleiben. Es ist davon auszugehen, dass die Deckung des hochqualifizierten Fachkräftebedarfs für die Unternehmen schwieriger werden wird. Für (hoch) qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich daraus positive Effekte ergeben, da die Nachfrage nach Personal das Angebot übersteigt

A 1-2 Wanderungsbewegungen

Die Zu- und Fortzüge aus einer Kommune werden als räumliche Bevölkerungsbewegungen bezeichnet. Räumliche Bevölkerungsbewegungen sowie Wanderungsgewinne liefern zudem Hinweise auf die ökonomische Attraktivität einer Kommune. Von besonderem Interesse ist hierbei die Altersgruppe zwischen 18 und unter 30 Jahren, da an ihr die Bedeutung von Prozessen der Bildungswanderung nachgezeichnet werden kann. Da die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geburten und Sterbefälle) faktisch nicht zu beeinflussen ist, werden die Salden der Wanderungsbewegung in den Fokus genommen.

Zwischen 2004 und 2009 wies Bielefeld insgesamt einen negativen Wanderungssaldo aus. Erst 2010 zogen wieder mehr Menschen in die Region als weggingen. Der seit 2011 an Dynamik gewinnende positive Saldo ist primär der Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen (plus 1.423 Personen) zuzurechnen, die mit einer schulischen, dualen oder universitären Ausbildung begonnen haben. Aber auch die Alterskohorte der bis 17-Jährigen legte, wenn auch marginal, weiter zu.

2012 betrug der positive Wanderungssaldo insgesamt 1.329 Personen. Auffällig ist, dass sich der in den zurückliegenden Jahren konstant negative Saldo der Alterskohorten über 25 Jahre abgeschwächt hat oder – wie bei der Alterskohorte der 25- bis 29-Jährigen – sogar wieder positiv (160 Personen) ist. Wie Abb. 3 der Wanderungsbewegungen verdeutlicht, zeigt der Zuzug in die Region eine positive Entwicklung.



Quelle: IT.NRW, Landesdatenbank, Wanderungen nach Herkunfts- und Zielgebieten und Nationalität, Düsseldorf, Juni 2013

Insgesamt hat die Region, gemessen am positiven Wanderungssaldo in 2012, weiter an Attraktivität gewonnen. Galt dies in den zurück liegenden Jahren primär für die Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen, die für eine Ausbildung in die Stadt kamen, wird seit 2010 ein weiterer Trend sichtbar. Noch 2010 wies die Region einen negativen Wanderungssaldo für die Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen aus. Also für all jene, die im Anschluss an eine Ausbildung einen beruflichen Einstieg suchen. 2012 scheint sich diese berufliche Anschlussfähigkeit an eine (vermutlich universitäre) Ausbildung deutlich verbessert zu haben. Denn erstmalig seit 2003 weist diese Alterskohorte wieder einen positiven Saldo auf. Neben konjunkturellen Ursachen spielt vermutlich auch die Entwicklung, wieder in die Städte zu ziehen, eine Rolle.

A 1-3 Zusammensetzung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund

Sowohl vor dem Hintergrund des demographischen Wandels als auch aus bildungspolitischer Perspektive gewinnt die adäquate und erfolgreiche Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund¹⁵ an Bildung weiter an Bedeutung. Der Einfluss auf den Bildungserfolg steht zwar stärker in Abhängigkeit zum sozioökonomischen Status und ist weniger beeinflusst vom Migrationshintergrund. Allerdings weisen überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund einen geringeren sozioökonomischen Status auf. Bildungspolitisch ebenso relevant ist die räumliche Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtgebiet.

Von den am 31.12.2013 in Bielefeld gemeldeten 328.011 Personen hatten rd. 34 Prozent (111.382) einen Migrationshintergrund. 2010¹⁶ lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mit rd. 32,8 Prozent oder 106.668 Personen noch um 1,2 Prozentpunkte niedriger. Die Gruppe der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund teilt sich zum Stichtag auf in ca. 35 Prozent Ausländer, 28 Prozent Aussiedler und 37 Prozent eingebürgerte Personen.

Eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund wird wesentlich von Bildung und dem individuellen Bildungserfolg beeinflusst, der wiederum noch häufig von flankierenden Leistungen, wie z. B. Sprachförderung, abhängig ist.¹⁷ Aus bildungspolitischer Perspektive ist deshalb der Blick auf die verschiedenen primär bildungsrelevanten Altersgruppen – also die Alterskohorten, die in der nahen Zukunft in die Bildungsinstitutionen einmünden oder diese bereits besuchen – von besonderem Interesse.

Abbildung 4 liefert ein stichtagsbezogenes Bild der Bielefelder Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationshintergrund. Deutlich wird, der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Alterskohorten der bis unter 15-Jährigen ist besonders hoch ausgeprägt ist. In dieser Gruppe weist mehr als jedes zweite Kind bzw. Jugendliche einen Migrationshintergrund auf. So betrug der Anteil der 1- bis 3-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund zum 31.12.2012 58,8 Prozent. In der Alterskohorte der 6- bis 10-Jährigen lag der Anteil bei 56,7 Prozent. Diese Entwicklung deutet auf einen weiter zunehmenden Wandel der Schul- und Ausbildungsbevölkerung, wie er auch in anderen Großstädten zu beobachten ist, hin.¹⁸

15 Als Einwohner mit Migrationshintergrund zählen Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte, im Ausland geborene Deutsche sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler (persönlicher Migrationshintergrund). Kinder bis 18 Jahren im Haushalt der Eltern, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, zählen ebenfalls zu den Einwohnern mit Migrationshintergrund (familiärer Migrationshintergrund). Vgl. Definition der Unterarbeitsgruppe Migrationshintergrund in der Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsstatistik des Verbandes Deutscher Städtestatistiker e.V.

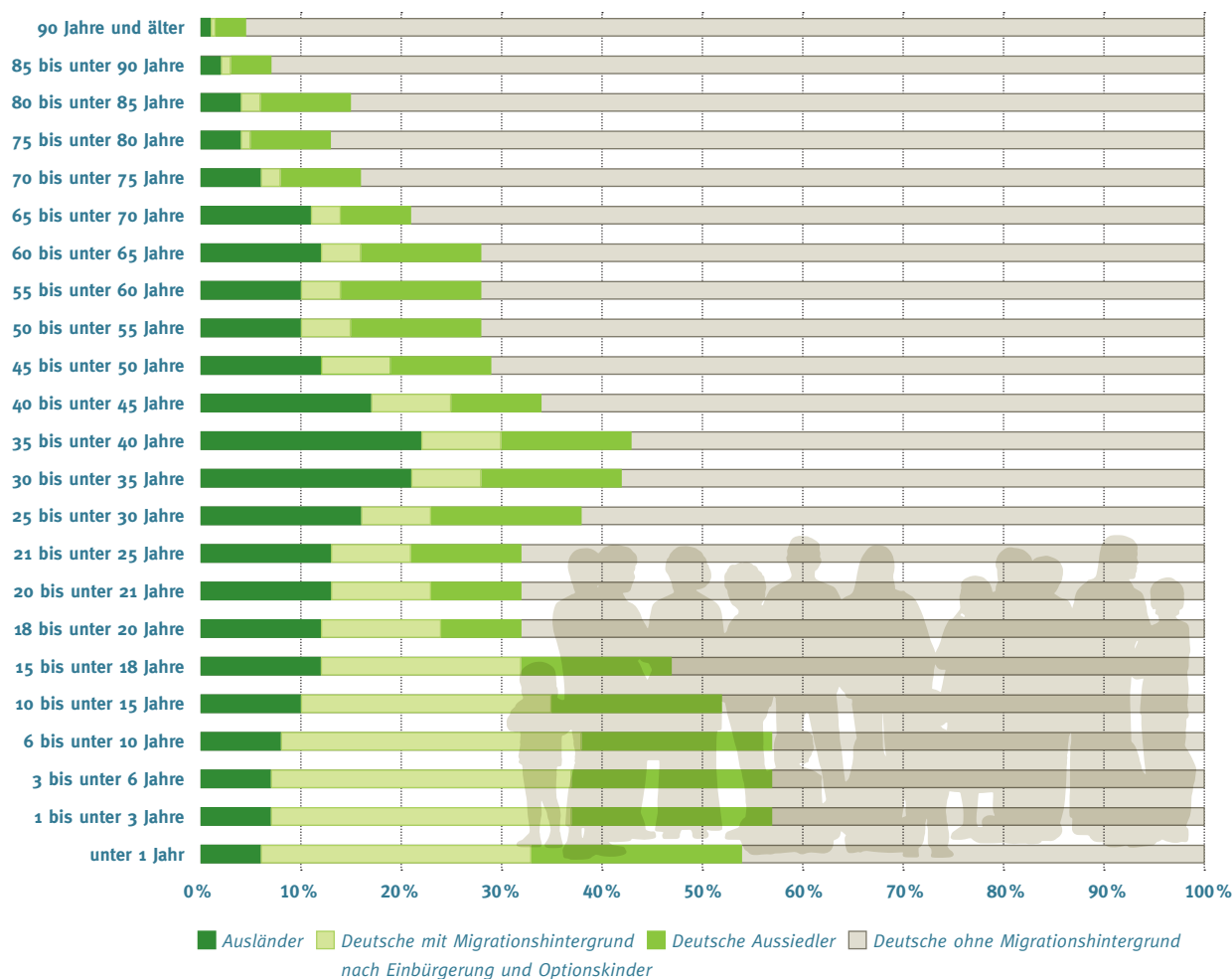
16 Im Jahr 2010 waren in Bielefeld 322.975 Personen gemeldet.

17 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008b, S. 10ffff.)

18 Vgl. Hamburg und Institut für Bildungsmonitoring (Hamburg) (2011, S. 50ffff.)

Abb. 4

Anteil der Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationshintergrund am 31.12.2012



Quelle: Stadt Bielefeld, Melderegister, Amt für Demographie und Statistik 2013

Innerstädtisch lässt sich die Segregation¹⁹ der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr anschaulich auf der Ebene der wohnortnahen Grundschuleinzugsbereiche²⁰ nachzeichnen. Im Durchschnitt hat mehr als jedes zweite Kind in Bielefeld in der Alterskohorte bis unter 10 Jahre einen Migrationshintergrund. Allerdings verteilen sich die Kinder sehr unterschiedlich auf die Einzugsgebiete, wie die Abb. 5 verdeutlicht. Die Spannweite reicht von rund 20 bis 88 Prozent. Auf diese Entwicklung werden Bildungseinrichtungen und andere kommunale Akteure mit Blick auf die Bildungsbeteiligung und die Bildungserfolge von Migranten in der Zukunft noch stärker reagieren müssen. Dies gilt insbesondere für die Grundschuleinzugsgebiete, in denen mehr als 50 Prozent der jüngeren Alterskohorten einen Migrationshintergrund haben.

¹⁹ Segregation beschreibt die Tendenz zur Polarisierung bestimmter Merkmale. Zum Beispiel, wenn sich bestimmte Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet oder einem Wohnviertel ungleich verteilen.

²⁰ Die Regelung, anhand einer städtischen Satzung die Grundschulbezirke verbindlich festzulegen, wurde durch eine Änderung des Schulgesetzes NRW obsolet. Durch den Wegfall fester Schulbezirke wurde der Begriff „wohnortnahe Schuleinzugsbereiche“ eingeführt.

Kinder bis unter 10 Jahre mit Migrationshintergrund je wohnortnahe Grundschuleinzugsbereich

Abb. 5

Durchschnitt Bielefeld 57,0%

- 20,0% bis 30,0%
- 30,1% bis 50,0%
- 50,1% bis 65,0%
- 65,1% bis 75,0%
- 75,1% bis 87,9%



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Demographie und Statistik, Melderegister 2013; Kartographie: Amt für Geoinformation und Kataster

A 2 Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel, Finanzsituation und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte liefern einen Eindruck vom finanziellen Potential, das von öffentlicher Hand, Privatwirtschaft und Bevölkerung in das Bildungswesen und seine einzelnen Teilbereiche investiert werden kann. Die beschäftigungsstrukturelle Entwicklung liefert Hinweise für die Anforderungen an die Qualifizierungsfunktionen des Bildungswesens.

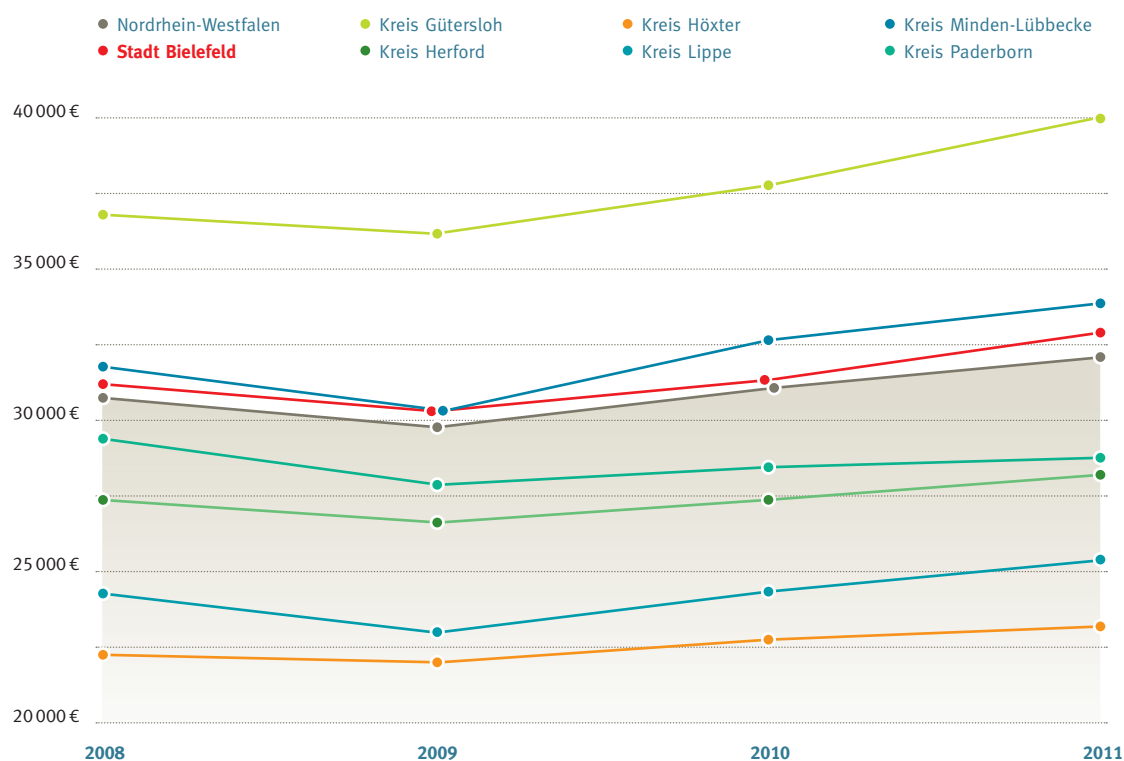
A 2-1 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und erwerbstätiger Person

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner²¹ dient der Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Ländern oder Regionen. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl einer Region ermöglicht es einen Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Wirtschaftskraft verschiedener Regionen. Berufspendler fließen in die Berechnung mit ein.²²

Der für das Jahr 2009 für alle OWL-Kommunen ausgewiesene rückläufige Trend beim BIP je Einwohner hat sich 2010 und 2011 nicht fortgesetzt. Für das Jahr 2011 wiesen alle OWL-Kommunen eine positive Entwicklung aus. Bielefeld konnte im Vergleich zu 2009 sein BIP um 2.650€ je Einwohner auf rund 33.000€ erhöhen und lag damit 2011 um 850€ pro Einwohner über dem Landeswert von 32.078€. Positiver entwickelten sich die Kreise Gütersloh auf rund 40.000€ und Minden-Lübbecke auf rund 34.000€ je Einwohner.

Abb. 6

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld 2013

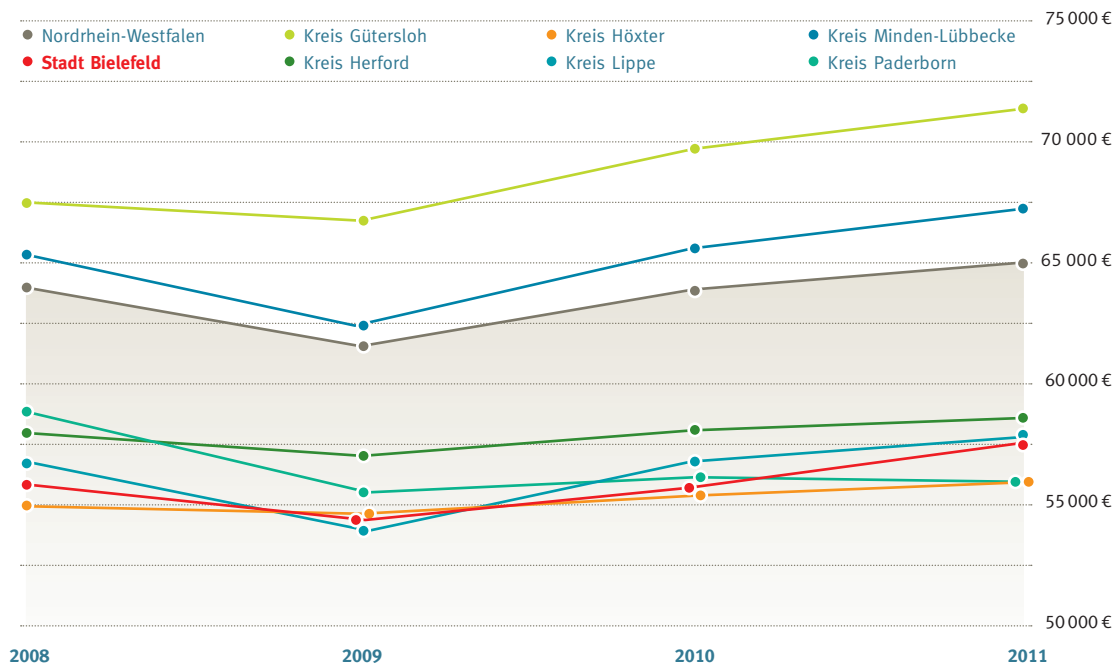
²¹ Definition des BIP je Einwohner: Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen, ohne die im Produktionsprozess verbrauchten Vorleistungen wie z. B. Material und Energie. Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014a).

²² Die Aussagekraft des »BIP je Einwohner« für wirtschaftliche Regionalvergleiche wird allerdings dadurch relativiert, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung in manchen Regionen durch Berufseinpender auf ein Niveau erhöht wird, das maßgeblich über der von der ansässigen Erwerbsbevölkerung erbrachten Wirtschaftsleistung liegt. In Regionen mit hohem Einpendlerüberhang wird das BIP je Einwohner im Ländervergleich somit überschätzt und in Regionen mit einem negativen Pendlersaldo scheinbar unterschätzt. Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. 2013 stehen in Bielefeld 58.406 Einpendlern 32.207 Auspendler gegenüber. Vgl.: Bielefelder Wirtschaftsbericht 2014.

Leicht relativiert wird die BIP-Entwicklung Bielefelds allerdings vor dem Hintergrund des Einpendlersaldos. Im Jahr 2013 standen 58.406 Einpendlern 32.207 Auspendler gegenüber, ein Einpendlerüberhang von 26.199 Personen. Gleichwohl zeigt sich, dass Bielefeld wirtschaftlich wieder deutlich an Stärke hinzugewonnen hat.²³

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem

Abb. 7



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld 2013

Das BIP je erwerbstätiger Person²⁴ (Arbeitsproduktivität) dient als Messzahl für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit einer Region (bzw. eines Landes) bezogen auf den insgesamt geleisteten Arbeitseinsatz. Sie spiegelt somit die Effektivität des Faktors Arbeit im Produktionsprozess wider.²⁵

Für 2011 weist NRW ein BIP je Erwerbstätigem von 64.862€ aus. Eine Steigerung gegenüber 2009 um 5,4 Prozent. Das BIP je Erwerbstätigem für Bielefeld lag 2011 bei 57.456€. Im Verhältnis zum Jahr 2009 eine Steigerung um 5,8 Prozent. Bis auf die Kreise Gütersloh (71.220€ plus 6,7 Prozent) und Minden-Lübbecke (67.136€ plus 7,7 Prozent) liegen die OWL-Kommunen beim BIP je Erwerbstätigem relativ dicht zusammen.

Das BIP je Einwohner entwickelte sich in Bielefeld in den beiden zurückliegenden Jahren positiv und erreichte in 2011 ein über dem Landeswert liegendes Niveau. Bezogen auf den Wohlstand bleibt Bielefeld somit weiterhin gut aufgestellt. Allerdings wurde der Wert nicht um die Einpendlerquote bereinigt, so dass er insgesamt etwas niedriger anzusetzen ist. Auch beim BIP je Erwerbstätigem ist eine positive Entwicklung zu konstatieren. Der für 2011 ausgewiesene Wert liegt weiterhin um rund 11 Prozent unter dem Landeswert.

²³ Angaben zum BIP: Statistisches Bundesamt/IT.NRW 2012.

²⁴ „Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wird als Quotient aus preisbereinigtem (frei von Preiseinflüssen) Bruttoinlandsprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Selbstständige und Arbeitnehmer), bzw. insgesamt geleisteten Erwerbstätigenstunden (Arbeitsvolumen) berechnet. Im Hinblick auf die in den letzten Jahren immer stärker an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung, liefert der Bezug auf das Arbeitsvolumen anstatt auf die Erwerbstätigenzahl das zutreffendere Produktivitätsmaß. Denn das auf die reine Kopfzahl bezogene BIP stellt Regionen mit einem hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten unproduktiver dar als sie tatsächlich sind.“ Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014a).

²⁵ Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass diese Produktivitätskennziffer neben dem Faktor Arbeit u. a. von der Ausstattung des Bereichs, bzw. der gesamten Wirtschaft mit Maschinen, bzw. deren Modernitätsgrad oder etwa der Infrastruktur bestimmt ist, die ebenso Einfluss auf das Produktionsergebnis, bzw. die Höhe der Wirtschaftsleistung haben.

A2-2 Unterbeschäftigungsquote

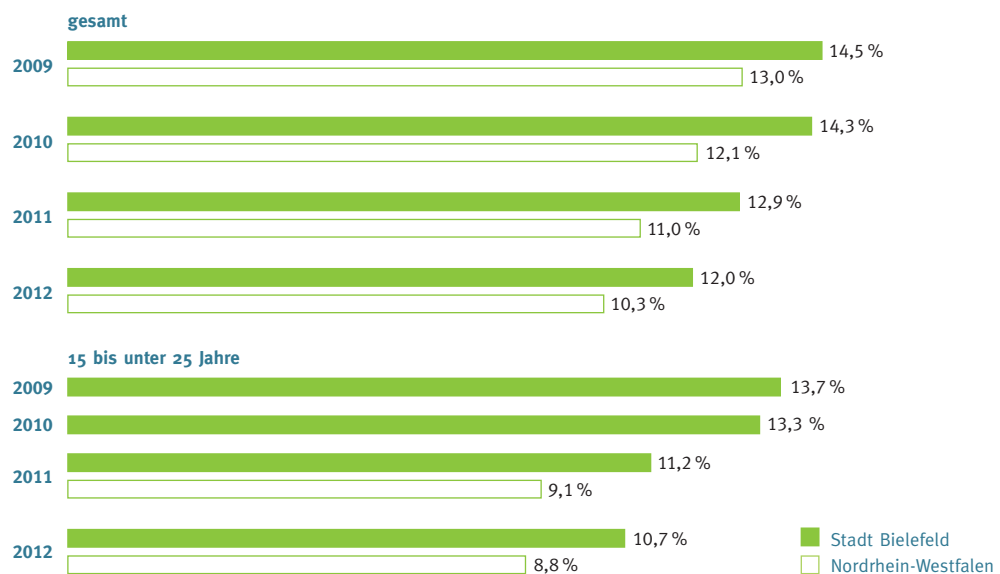
Die Unterbeschäftigungsquote bezieht im Gegensatz zu der Arbeitslosenquote, die nur als arbeitslos bzw. als arbeitssuchend gemeldete Personen erfasst, alle bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern nach § 16 SGB III registrierten Arbeitslosen ein, die entweder an bestimmten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen²⁶ teilnehmen oder aber einen Sonderstatus²⁷ besitzen. Die Unterbeschäftigungsquote liefert damit Informationen über die Begrenztheit der Aufnahmefähigkeit des kommunalen Arbeitsmarkts. Maßnahmen der beruflichen Erstqualifizierung, in die in einem erheblichen Umfang Jugendliche im Anschluss an die allgemeinbildende Schule aufgrund mangelnder Perspektiven zunächst einmünden, fließen in die Berechnungen der Unterbeschäftigungsquote nicht ein.

Die Unterbeschäftigungsquote hat sich seit 2010 sowohl auf der Landesebene als auch innerhalb der Stadt positiv entwickelt. NRW weist für 2012 eine Verringerung der Quote zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte auf 10,3 Prozent aus. Für die Stadt Bielefeld liegt die Quote in 2012 noch bei 12 Prozent und damit um 1,7 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Mehr als jede 8. Person ist in Bielefeld auch 2012 noch von Unterbeschäftigung betroffen.

Mit 10,7 Prozent liegt die Unterbeschäftigungsquote 2012 in der Alterskohorte der 15- bis unter 25-Jährigen trotz einer insgesamt guten Entwicklung regional immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Mehr als jede 10. Person zwischen 15 und unter 25 Jahren war 2012 in Bielefeld auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. (vgl. Abb.8). Die positive konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre hat entscheidend mit zu der rückläufigen Unterbeschäftigungsquote sowohl auf der Landesebene als auch in der Stadt beigetragen.

Abb. 8

Unterbeschäftigungsquote 2011 bis 2012 Bielefeld



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2013

Mit Blick auf die Relevanz einer tragfähigen direkten Perspektive für Jugendliche im Anschluss an eine allgemeinbildende Schule konnte die Gruppe der 15- bis unter 25-Jährigen noch nicht in ausreichendem Maße an der wirtschaftlichen Entwicklung partizipieren. Hier sind die lokalen Bildungsakteure weiterhin gefordert.

²⁶ Zum Beispiel Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

²⁷ Ein Sonderstatus liegt bei Kurzarbeit, geförderter Selbstständigkeit, Vorruhestand oder Arbeitsunfähigkeit vor.

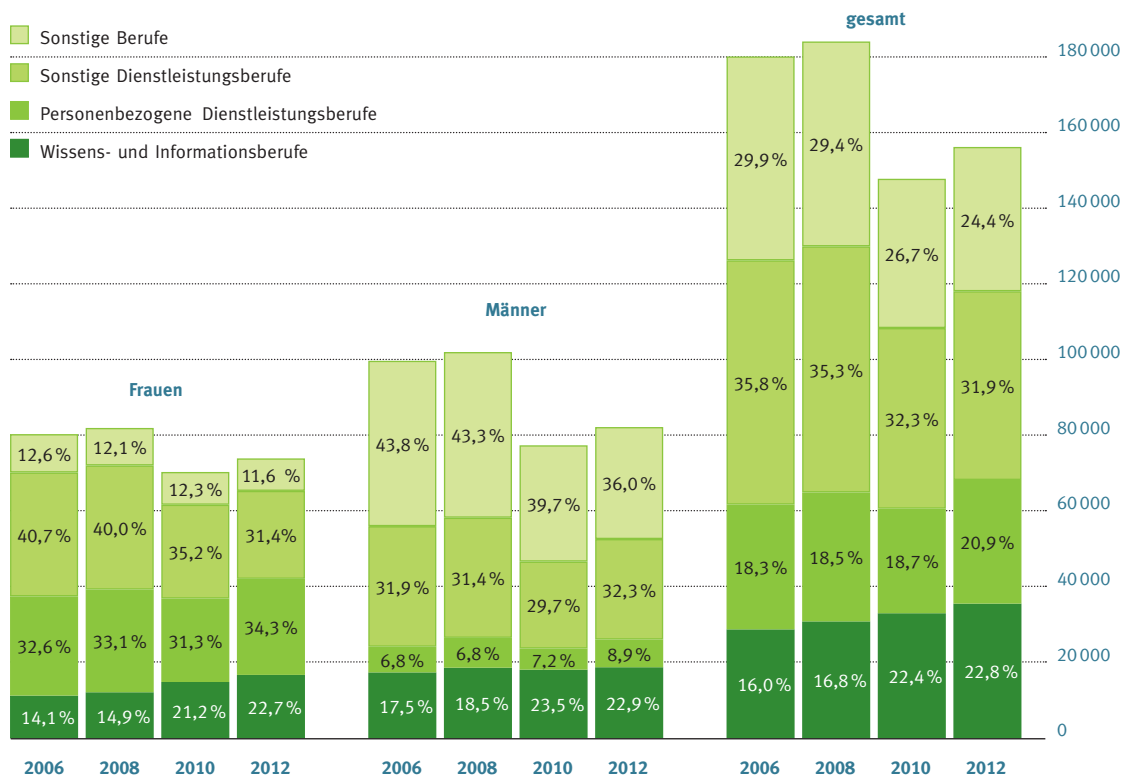
A2-3 Erwerbstätige nach Berufsgruppen

Der wirtschaftliche Strukturwandel hat die Anforderungsprofile für Erwerbstätige und in der Folge die vom Bildungs- und Beschäftigungssystem zu erbringenden Qualifizierungsleistungen nachhaltig verändert. Der Strukturwandel der Erwerbstätigkeit wird über die Veränderungen von Berufen und Tätigkeiten (Erwerbstätige nach Berufsgruppen²⁸) dargestellt.²⁹

Der Strukturwandel, die technologische Entwicklung und die Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft beeinflussen die Tätigkeitsfelder und damit auch die Anforderungsprofile der Erwerbstätigen in fast allen Berufsfeldern.³⁰ Die Erhebungen des Mikrozensus (2012) zu den Erwerbstätigen nach Berufsgruppen zeigen für Bielefeld, dass der strukturelle Wandel zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft weiterhin nicht an Dynamik verloren hat. Waren 2010 noch rund 73 Prozent der Beschäftigten in den Wissens- und Informationsberufen sowie im Dienstleistungsbereich tätig, lag die Quote 2012 bereits bei 75,5 Prozent. Berufe mit geringeren Qualifikationsanforderungen verlieren weiter an Bedeutung.

Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Geschlecht 2006 bis 2012

Abb. 9



Quelle: IT.NRW Mikrozensus 2006ff. Erwerbstätigenrechnung, Düsseldorf 2013

28 Berufsgruppen: Die Definition Berufe erfolgt gemäß der Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992. Folgende Berufsgruppen wurden berücksichtigt: Wissens- und Informationsberufe: 60 (Ingenieure/Ingenieurinnen), 61 (Chemiker, Physiker, Mathematiker), 735 (Berufe im Funk- und Fernspreverkehr), 75 (Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung, und -prüfung), 77 (Rechnungskaufleute, Informatiker), 82 (Publizistische, Übersetzungs-, Bibliotheks- und verwandte Berufe), 83 (Künstlerische und zugeordnete Berufe), 87 (Lehrer/innen), 88 (Geistes- u. naturwissenschaftliche Berufe); Personenbezogene Dienstleistungen: 84-86 (Ärzte/Ärztinnen, Apotheker/innen, Übrige Gesundheitsdienstberufe, Soziale Berufe), 89-93 (Berufe in der Seelsorge, Berufe in der Körperpflege, Hotel- und Gaststättenberufe, Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe, Reinigungs- und Entsorgungsberufe); Sonstige Dienstleistungsberufe: 66-74 (ohne 735) (Verkaufspersonal, Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute, Warenkaufleute, Vertreter, Bank-, Bausparkassen-, Versicherungsfachleute, andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe, Berufe des Landverkehrs, Berufe des Wasser- und Luftverkehrs, Berufe des Nachrichtenverkehrs, Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter, 76 (Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige), 78-81 (Büroberufe, Kaufmännische Angestellte, Dienst-, Wachberufe, Sicherheitsberufe, Berufe im Rechts- und Vollstreckungswesen). Sonstige Berufe: Alle übrigen Berufe.

29 Im Lernreport 2012 wurden für den Indikator „Erwerbstätige nach Berufsgruppen“ die Jahre 2000 bis 2009 dargestellt. In der vorliegenden Fassung wurde, abweichend von der Darstellung 2012, aufgrund der zur Verfügung stehenden Daten eine andere Zeitreihe dargestellt.

30 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 22).

Von den rund 156.500 Beschäftigten³¹ in Bielefeld im Jahr 2012 waren annähernd 23 Prozent in den Wissens- und Informationsberufen tätig. Eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2006 um 6,7 Prozent. Männer und Frauen liegen hier inzwischen nahezu gleichauf. Der Anteil der Frauen ist in dieser Berufsgruppe in den letzten Jahren deutlich stärker gewachsen als der der Männer. Die personenbezogenen Dienstleistungsberufe sind weiterhin eine Domäne der Frauen. 77,6 Prozent der in diesem Bereich Tätigen sind weiblich. In den sonstigen Dienstleistungsberufen haben sich die Anteile der Männer und Frauen angeglichen. Während die Frauenquote in diesem Bereich rückläufig ist, ist der Anteil der Männer angestiegen. Abb.9 zeigt die Entwicklungen in den vier Bereichen differenziert nach Geschlecht für die Jahre 2006 bis 2012.

Die mit dem Strukturwandel zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft verbundene Zunahme von Qualifikationsanforderungen unterstreicht die Notwendigkeit des lebenslangen beruflichen Lernens über die Erstausbildung hinaus (vgl. Bildung in Deutschland 2012:22). Mit dem weiter abnehmenden Anteil gering qualifizierter Tätigkeiten nimmt die Bedeutung qualifizierender Schul- und Ausbildungsabschlüsse zu. Die Institutionen des Bildungs- und Ausbildungssystems werden darauf in der Zukunft noch stärker reagieren müssen.

A2-4 Anteil der laufenden Bielefelder Bildungsaufwendungen am Gesamthaushalt nach Bildungsbereichen

Die Bildungsaufwendungen am Gesamthaushalt, für die Bielefeld eine unmittelbare Verantwortung trägt, verdeutlichen, in welchem Umfang die Stadt finanzielle Ressourcen für den Bildungsbereich bereit stellt. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Datenlage werden die Bildungsbereiche Elementar- und Schulbereich, Jugendarbeit, Musik- und Kunstschule sowie Volkshochschule dargestellt. Im Sinne des verwendeten weiten Lernbegriffs bleiben somit Aufwendungen für non-formale Bildungsbereiche unberücksichtigt.

Aufwendungen für Bildung werden zum überwiegenden Teil durch die öffentlichen Haushalte finanziert. Die Länder tragen nach dem Bund die Hauptlast der Bildungsfinanzierung. 2012 wurden in Nordrhein-Westfalen nach vorläufigen Berechnungen³² 2.155 € je Einwohner in die unterschiedlichen Bildungsbereiche investiert.

Der Anteil der Bildungsaufwendungen im Haushalt der Stadt Bielefeld betrug 2009 bei einem Gesamthaushalt von rund 930 Millionen € 12,6 Prozent oder rund 117 Millionen €. Obwohl der finanzielle Handlungsspielraum vor dem Hintergrund der kommunalen Verschuldung weiterhin gering ist, erhöhten sich die Aufwendungen für die städtischen Bildungsbereiche in 2012. Für das Jahr 2012 weist die Stadt Bildungsaufwendungen in Höhe von rund 134 Millionen € bzw. 13,1 Prozent am Gesamthaushalt aus.

Wie die Abb. 10 verdeutlicht, entfielen Steigerungen bei den Aufwendungen primär auf den Elementar- und den Schulbereich. Die Erhöhung der Aufwendungen war durch den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige (Ausbau von Kitaplätzen) sowie Aufwendungen im Schulbau und Ausbau des Offenen Ganztags notwendig geworden. Andere Bildungsbereiche weisen nur marginale Steigerungen aus bzw. konnten nicht am gestiegenen Gesamtvolumen partizipieren.

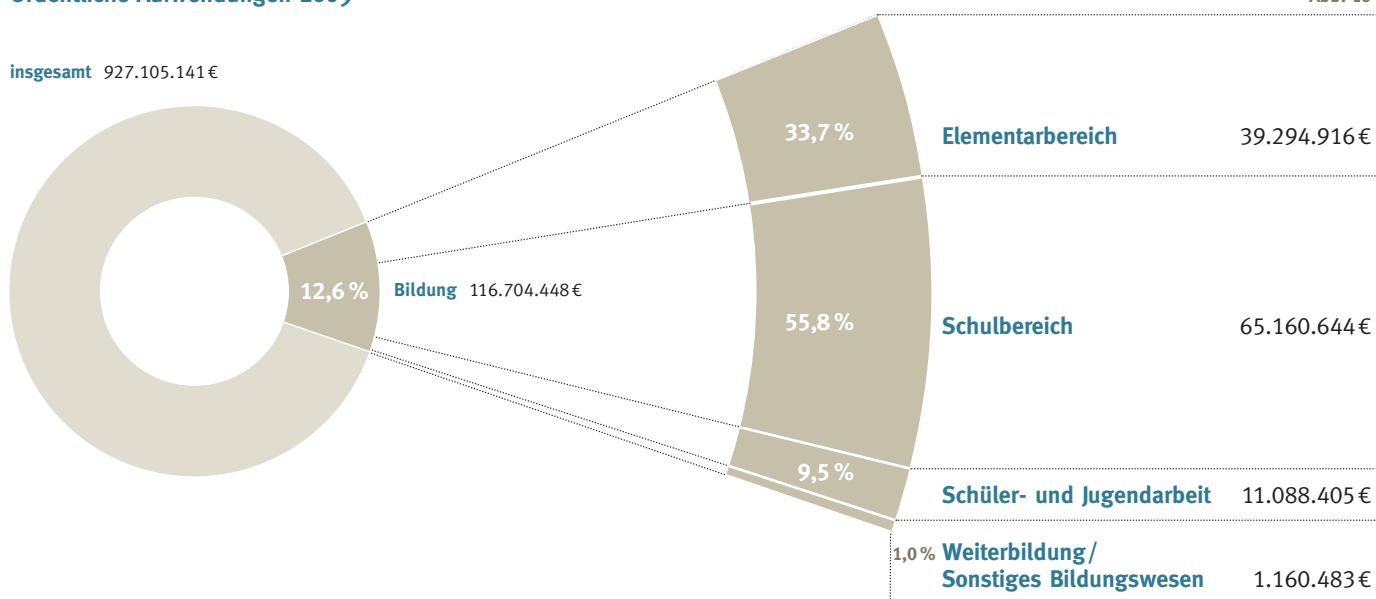
31 Beschäftigungsquote insgesamt: 47,85 Prozent. Die Beschäftigungsquote der Männer lag 2012 bei 52,6 Prozent und die der Frauen bei 47,3 Prozent (IT.NRW).

32 Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2014).

Ordentliche Aufwendungen 2009

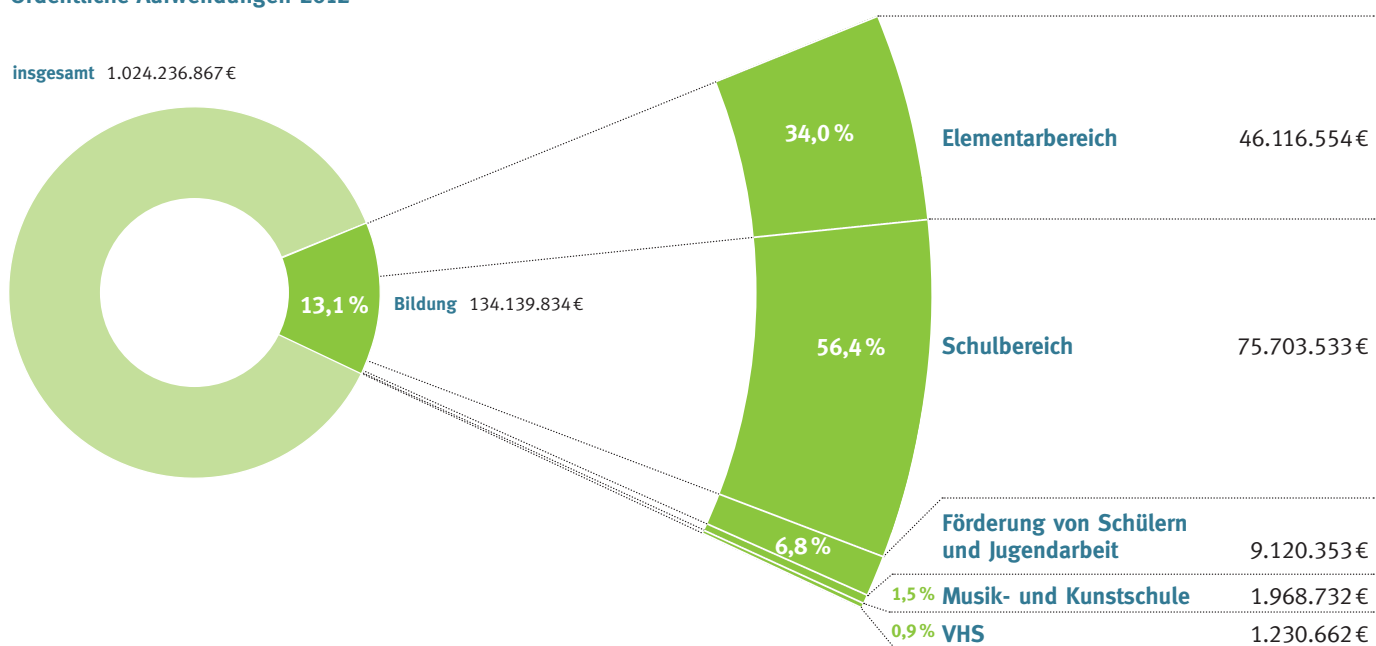
Abb. 10

insgesamt 927.105.141 €



Ordentliche Aufwendungen 2012

insgesamt 1.024.236.867 €



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Finanzen 2014, Amt für Schule

Bei den dargestellten Bildungsaufwendungen der Stadt handelt es sich in einem erheblichen Umfang um Landes- und Bundesmittel. Rein kommunale Aufwendungen für Bildung sind überwiegend freiwillige Leistungen, die aufgrund der Haushaltssituation der Stadt derzeit nicht ausgeweitet werden dürfen. Notwendige Bildungsinvestitionen sowie eine aktive Bildungspolitik sind unter den aktuellen schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen nur in einem sehr begrenzten Umfang möglich.

A 3 Soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung

Die Teilhabemöglichkeiten an Bildung und Kultur stehen in einem engen Zusammenhang mit den sozialen, materiellen und kulturellen Lebensverhältnissen der Menschen. Arbeitslosigkeit, monetäre Armut und ein niedriger Bildungsstand wirken sich auf Partizipationsmöglichkeiten im Bildungs- und Kulturbereich aus und beeinflussen die Bildungschancen und Bildungserfolge der in den betroffenen Familien lebenden Kinder. Der Indikator bildet über drei Teilindikatoren (A3-1 bis A3-3) die soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung ab. Ergänzend wird über einen Index Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen (A3-4) eine räumliche Bündelung der Lebenslagen ausgewiesen. Hieraus ergeben sich Ansatzpunkte für eine sozialräumlich differenzierte kommunale Bildungspolitik.

A 3-1 Hilfequote nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)

Die SGB II-Hilfequote verdeutlicht das relative Ausmaß bereits länger bestehender problematischer sozialer Lagen der 15- bis 65-Jährigen. In der Quote berücksichtigt sind sowohl Personen ohne Beschäftigung als auch solche, deren Erwerbseinkommen durch SGB II-Leistungen aufgestockt wird. Sie verweist auf Belastungen im Alltag, die sich im Haushaltszusammenhang auch als Mangel an Unterstützung der Bildungsanstrengungen von Kindern erweisen können.

Für das Jahr 2012 wies Bielefeld einen Anteil an hilfebedürftigen Personen, die Leistungen nach dem SGB II erhielten von 11,8 Prozent oder 24868 erwerbsfähige hilfebedürftige Personen aus. Das war eine Verringerung zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte oder 727 Personen. Im Jahr 2012 war somit rechnerisch jeder 8. Bielefelder auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen. Von dem insgesamt leicht rückläufigen Trend konnte der männliche Bevölkerungsanteil stärker profitieren (-1,3 Prozent) als der weibliche, der sich seit 2010 nur um 0,7 Prozentpunkte verringerte.

Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren konnten an der positiven konjunkturellen Entwicklung nur in einem geringen Umfang partizipieren. 2012 waren noch 12,5 Prozent der Alterskohorte auf Transferleistungen angewiesen. Ein Rückgang zum Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte.

Von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt war die Alterskohorte der über 50-Jährigen. Ihr Anteil stieg zwischen 2011 und 2012 um 0,1 Prozentpunkte auf 9,8 Prozent. Somit war jeder 10. in dieser Gruppe auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Hoch problematisch stellt sich die Situation für Ausländer dar. 34,5 Prozent von ihnen erhielten 2012 Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II.

Tab. 1

SGB II-Hilfequote in Prozent/Bielefeld

	insgesamt	Männer	Frauen	15–24 Jahre	25–49 Jahre	50–64 Jahre	Ausländer
2008	12,2	12,0	12,4	13,1	13,1	9,7	27,6
2009	12,3	12,3	12,3	13,3	13,2	9,7	28,3
2010	12,7	12,8	12,7	13,6	13,9	9,8	30,2
2011	12,1	12,0	12,2	12,6	13,2	9,7	34,7
2012	11,8	11,5	12,0	12,5	12,5	9,8	34,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2013

Trotz einer insgesamt positiven Entwicklung war auch 2012 noch jeder 8. in der Altersgruppe der 15- bis 65-Jährigen in Bielefeld auf Transferleistungen angewiesen. Besonders problematisch ist, dass dies gleichermaßen für die Alterskohorte der 15- bis 25-Jährigen gilt, also für diejenigen, die vor dem Einstieg in eine Ausbildung bzw. in die Berufsbiographie stehen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des absehbaren Fachkräftemangels gewinnt die berufliche Integration insbesondere der jüngeren Altersgruppe weiter an Bedeutung.

A 3-2 Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen

Die Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen wird als eine wesentliche Kennzahl für das Ausmaß von Kinderarmut angesehen. Für betroffene Kinder kann diese Situation, insbesondere wenn sie länger vorherrscht, problematische Folgen auch für ihre weitere Entwicklung haben, da sie zu einer Beeinträchtigung der Bildungschancen führen kann. Die Konsequenzen können schwächere Lernergebnisse sein, die wiederum die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verringern und in der Folge das Risiko von Arbeitslosigkeit erhöhen. Bildungschancen von Kindern können sowohl durch eine soziale Risikolage (Erwerbslosigkeit der Eltern), eine finanzielle Risikolage (geringes Familieneinkommen) oder das Risiko der Bildungsferne (Eltern verfügen über eine geringe Ausbildung)³³ beeinträchtigt sein³⁴. Kinder aus diesen Familien benötigen bereits früh einsetzende und im Verlauf der Bildungsbiographie andauernde flankierende Hilfen.

In den Jahren 2006 bis 2010 stagnierte die Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen in Bielefeld auf hohem Niveau. Erst mit der konjunkturellen Erholung der Jahre 2011 und 2012 partizipierten auch die unter 15-Jährigen von der wirtschaftlichen Entwicklung, so dass das Ausmaß der Kinderarmut in der Stadt rückläufig war. (Abb. 11). Trotz der insgesamt positiven Entwicklung ist die Gruppe der Kinder weiterhin in einem hohen Ausmaß auf Transferleistungen angewiesen und somit von einer sozialen und/oder materiellen Risikolage, mit den sich daraus möglicherweise ergebenden Konsequenzen für die individuelle Bildungsbiographie, betroffen. Auch 2012 erhielt noch annähernd jedes 4. Kind in Bielefeld Leistungen nach dem SGB II.

Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen

Abb. 11



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2013

Für zielgerichtete bildungspolitische Interventionen, wie z.B. die Absenkung der Größe der Eingangsklassen, den Einsatz von Schulsozialarbeit in Grundschulen nach Bildung und Teilhabe³⁵ (BuT), durch den diese Altersgruppe noch stärker spezifisch gefördert werden kann, ist das Wissen um die räumliche Verteilung einer finanziellen Risikolage im Stadtgebiet von hoher Bedeutung.

Der Blick auf die wohnortnahen Schuleinzugsbereiche³⁶ verdeutlicht, dass sich Kinderarmut sehr unterschiedlich über das Stadtgebiet verteilt und eine Spreizung von 9,5 Prozent bis 45 Prozent aufweist. In einzelnen Einzugsbereichen ist annähernd jedes zweite Kind von einer sozialen und/oder finanziellen Risikolage betroffen.

Der kommunale Einfluss auf die soziale Lage der Familien ist begrenzt, so dass bildungspolitische Interventionen mit dem Ziel einer Verbesserung der Bildungschancen betroffener Kinder in den jeweiligen Bildungsinstitutionen – Kindertagesstätten und (Grund-)Schulen – ansetzen sollten. Zielgenauere Förderungen, eine Verbesserung der Kooperationen zwischen den Bildungsakteuren und die Einbindung der Eltern in die Förderung sind Voraussetzungen, um einen gelungenen Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule zu gewährleisten, die Bildungschancen der Kinder zu erhöhen und die negativen Folgen der prekären Lebenssituation zu verringern.

33 Bildungsferne liegt vor, wenn die Eltern keine abgeschlossene Berufsausbildung haben oder über keinen höheren Schulabschluss verfügen. 2008 betraf diese Risikolage rd. 13 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren in Deutschland.

34 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010, S. 27).

35 Bildung und Teilhabe (BuT): Kinder aus Familien mit geringem Einkommen erhalten seit 2011 Leistungen für Mittagessen in Schule oder Kita, Schulbedarf, Fahrtkosten, außerschulische Förderung zur Erreichung von Lernzielen, Mitgliedschaften in Sportvereinen oder in der Musikschule. Parallel kann aus diesem Budget auch Schulsozialarbeit finanziert werden.

36 Die Regelung, anhand einer städtischen Satzung die Grundschulbezirke verbindlich festzulegen, wurde durch eine Änderung des Schulgesetzes NRW obsolet. Durch den Wegfall fester Schulbezirke wurde der Begriff „wohnortnahe Schuleinzugsbereiche“ eingeführt.

Abb. 12

Kinder unter 15 Jahre im SGB II in Bielefeld (31.12.2012)



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Demographie, Melderegister, Bundesagentur für Arbeit;
Kartographie: Amt für Geoinformationen und Kataster

A3-3 Bildungsstand der Bevölkerung

Anhand der erreichten schulischen Kompetenzen und der erworbenen beruflichen Abschlüsse lässt sich der Bildungsstand der Bevölkerung nachzeichnen und damit annäherungsweise verdeutlichen, über welche Humanressourcen die Bevölkerung verfügt³⁷. Das Qualifikationsniveau kann als Maß für das Entwicklungspotential der Kommune an Humanressourcen, bzw. umgekehrt für das Ausmaß von Ausgrenzungsrisiken am Arbeitsmarkt, verwendet werden.

Lagen für das Jahr 2009 noch umfangreiche Daten über erworbene schulische und berufliche Kompetenzen für die Kommunalebene vor, liefert das neue Erhebungsverfahren (Mikrozensus 2011/2012) nur noch eingeschränkt aussagefähige Informationen für Bielefeld. Zurückzuführen ist dies auf die geringe Größe der erhobenen Stichprobe. Eine detaillierte Darstellung der erreichten allgemeinbildenden und beruflichen Abschlüsse nach Alter und Geschlecht ist aktuell für Bielefeld somit nicht möglich.

Gleichwohl zeigt sich in Bezug auf die erreichten allgemeinbildenden Schulabschlüsse:

- Rund 7,5 Prozent der Bielefelder Bevölkerung verfügt über keinen allgemeinbildenden Schulabschluss. In der Alterskohorte der 30- bis 50-Jährigen liegt diese Quote bei 10,4 Prozent.
- Jeder 5. der 30- bis 50-Jährigen hat nur einen Hauptschulabschluss. In der Alterskohorte der über 50-Jährigen liegt die Quote bei 45 Prozent.
- Rund 42 Prozent der 15- bis 30-Jährigen haben die Schule mit der Fachhochschul- oder Hochschulreife verlassen. Bei den Männern liegt die Quote in dieser Altersgruppe bei rund 36 Prozent, bei den Frauen bei 47 Prozent.³⁸

In den jüngeren Alterskohorten ist der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen ungebrochen. Der Anteil der 15- bis 30-Jährigen, die mit einem hohen Qualifikationsniveau in die berufliche Ausbildung starten, verbesserte sich zu 2009 deutlich. Insbesondere konnten junge Frauen hiervon profitieren. Der Anteil der Bevölkerung, der über keinen oder einen niedrigen Bildungsabschluss verfügt, erscheint mit Blick auf die prognostizierte Abnahme von Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte und weiter ansteigende Qualifikationsanforderungen in fast allen Berufsfeldern hoch problematisch.

Auch bei den beruflichen Bildungsabschlüssen zeigt sich eine positive Entwicklung:

- Der Anteil der 30- bis 50-Jährigen, die über keinen beruflichen Abschluss verfügen, hat weiter abgenommen. Besaßen 2009 noch rund 20 Prozent keine berufliche Qualifikation, liegt die Quote nach aktuellen Hochrechnungen bei 12,6 Prozent. Bei den über 50-Jährigen liegt sie bei annähernd 13 Prozent.
- 27,5 Prozent der Alterskohorte der 30- bis 50-Jährigen verfügt über eine duale Ausbildung. Über alle Alterskohorten liegt die Quote bei 35,6 Prozent.
- Über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss verfügten im Jahr 2012 rund 13,6 Prozent der Bevölkerung. Also annähernd jeder 7. Nach wie vor schließen über alle Altersgruppen hinweg mehr Frauen (11 Prozent) eine Hochschulausbildung ab als Männer (9,6 Prozent).
- Auffallend ist für Männer und Frauen die weiterhin hohe Diskrepanz zwischen Hochschulzugangsvoraussetzung und dem erfolgreichen Abschluss eines Hochschulstudiums. Die Diskrepanz zwischen Hochschulberechtigung und dem Abschluss eines Studiums ist bei Frauen deutlich stärker ausgeprägt als bei Männern.

Der Anteil in der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen, die keinen beruflichen Abschluss besitzen, hat abgenommen, gleichwohl ist immer noch jede 8. Person (rund 11.450) in dieser Kohorte betroffen und somit mit einem erhöhten Risiko im Hinblick auf eine gesicherte Erwerbsperspektive konfrontiert.

³⁷ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014, S. 37ff.).

³⁸ Für die Alterskohorte der 15- bis 29-Jährigen können keine abschließenden Aussagen gemacht werden, da sich ein nicht unerheblicher Anteil dieser Alterskohorte noch in der schulischen Ausbildung befindet. Gleichwohl signalisieren die vorliegenden Daten keine Entwarnung.

A3-4 Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen

Aus bildungspolitischer Perspektive ist es sowohl für die Planung von Bildungs- und Integrationsangeboten als auch hinsichtlich einer erfolgreichen Bildungsbeteiligung in der frühen Kindheit von Interesse, den Sozialraum von Kindern in den Blick zu nehmen. Wohnortnahe Schuleinzugsbereiche lassen einen direkten Bezug zwischen Wohnquartier und Bildungsinstitutionen zu. Auf der Basis dieser Sozialräume wurde deshalb ein Faktor für bildungsrelevante soziale Belastungen³⁹ gebildet, der die Armutsbedrohung von Familienhaushalten erfasst. Kinder und Jugendliche, die in armutsbedrohten Familien leben, sind häufiger von sozialen, psychischen und kognitiven Problemen betroffen, was zu Konsequenzen hinsichtlich guter Schulleistungen und erfolgreicher Bildungsbiographien führen kann.

Abb. 13 zeigt die bildungsrelevanten sozialen Belastungen der 47 wohnortnahen Schuleinzugsbereiche für Bielefeld. Die aktuellen Veröffentlichungen der OECD zum Thema Bildungsarmut verdeutlichen, dass monetäre Armut international ein wichtiger Einflussfaktor für Bildungsarmut ist. Im nationalen Rahmen bestätigt der neueste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung diesen Zusammenhang.

Für den vorliegenden Lernreport besteht die Herausforderung, aus den im kommunalen Monitoring erhobenen Daten vergleichbare, zuverlässige Schlüsse zu ziehen. Da die Datenbasis deutlich weniger spezifisch auf bildungsrelevante soziale Belastungen ausgerichtet ist, mussten passende Kennzahlen ausgewählt und in einem statistischen Modell so genutzt werden, dass sie für den kommunalen Bereich möglichst belastbare Ergebnisse liefern. Da der Bereich der bildungsrelevanten sozialen Belastung für Bielefeld nicht direkt erhoben werden kann, wurde eine Anzahl von Indikatoren identifiziert, die einen Schluss auf die bildungsrelevante Gesamtbelastung zulassen.⁴⁰ Ausgehend von der Idee des Berichtes „Erziehung und Bildung in Offenbach“ (2009 und 2011) wurden für Bielefeld fünf relevante Indikatoren ausgewählt, die aus der kommunalen Datenbasis gespeist werden. Diese fünf Indikatoren basieren auf den Zusammenhängen, die im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und in den Veröffentlichungen der OECD als statistisch relevant bewertet wurden. Für die Stadt Bielefeld fließen dabei zu gleichen Teilen folgende Indikatoren ein:

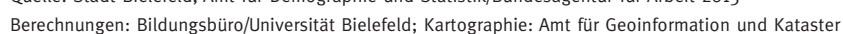
- Anteil der Haushalte in Mehrfamilienhäusern
- Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern
- Anteil der Haushalte mit Kindern und mindestens einem nicht-deutschen Elternteil an allen Haushalten mit Kindern
- Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte an allen Haushalten mit Kindern
- Hilfequote nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)

Im Vergleich zum kommunalen Lernreport 2012 wurde das Berechnungsverfahren für den Faktor der bildungsrelevanten sozialen Belastung modifiziert und ergänzt. Im aktuellen Verfahren werden nicht mehr die absoluten Werte der einzelnen Indikatoren für die Belastung zu einem Wert aufaddiert (Summenscore),⁴¹ vielmehr wird die relative Belastung der einzelnen Schuleinzugsbereiche im Vergleich

39 Die Indexkonstruktion orientiert sich an den Veröffentlichungen der OECD zum Thema Bildungsarmut, dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013) sowie dem Bericht zur Erziehung und Bildung der Stadt Offenbach (2011). Der Index wurde von der Stadt Bielefeld im Anschluss an den Lernreport 2012 in Kooperation mit der Universität Bielefeld weiterentwickelt.

40 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008c).

41 In dem 2012 angewandten Verfahren wurden die absoluten Werte der einzelnen Indikatoren berechnet und zu Summenscores mit einer Spanne zwischen 63,3 und 215,0 aufaddiert. Aufgrund der Spannweite von über 150 Punkten wurden Terzile gebildet. Der Score 63,2 bis 113,9 stellte einen Typ niedriger und der Score 164,7 bis 215 einen Typ hoher sozialer Belastung dar. Diese Vorgehensweise führte dazu, dass einzelne Indikatoren in der Berechnung stärker gewichtet waren als andere. So hatte zum Beispiel der Anteil der Haushalte in Mehrfamilienhäusern eine höhere Gewichtung bei der Bildung des Summenscores als der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte an allen Haushalten mit Kindern.



zum Mittelwert für Bielefeld gesetzt (Z-Skalierung)⁴². Die durchschnittlich belasteten Schuleinzugsbereiche verteilen sich um den Nullpunkt, während die hoch belasteten Schuleinzugsbereiche am positiven Rand, die wenig belasteten Schuleinzugsbereiche am negativen Rand der Skala liegen. Die Situation der einzelnen Schuleinzugsbereiche in Bielefeld wird so deutlich stärker sichtbar.

Ziel der Neugestaltung ist es, eine Referenz-Vergleichsbasis für die nachfolgenden Teile des Bildungsberichtes zu setzen. Auf Basis der Kategorien für die bildungsrelevante soziale Belastung ist es möglich, einzelne Indikatoren aus anderen Bereichen des Berichtes in Beziehung zu setzen. Dies kann bei zukünftigen Diskussionen und der Planung von bildungspolitischen Maßnahmen unterstützend wirken und das Augenmerk auf relevante kommunale Entwicklungen lenken.

Wurden die bildungsrelevanten Belastungen 2010 noch in drei Kategorien (niedrige, mittlere und hohe Belastungen) dargestellt, werden sie nun in fünf Kategorien aufgeteilt. Damit lässt sich das Bild der Belastungen je Schuleinzugsbereich differenzierter erfassen. Anhand der vorliegenden Abbildung lassen sich bildungspolitische Interventionen zielgerichteter planen und realisieren. In den fünf Grundschuleinzugsbereichen, die eine hohe bildungsrelevante soziale Belastung aufweisen, lebten 2012 3.703 Kinder der Altersgruppe von 0-10 Jahren. Fasst man die Schuleinzugsbereiche mit hohen und eher hohen Belastungen zusammen, sind weiterhin rund 10.000 Kinder (30,4 Prozent) in der Altersgruppe der 0- bis 10-Jährigen in Bielefeld mit Bildungsrisiken konfrontiert (vgl. dazu auch A1-3).

Abb. 14 zeigt die in Bielefeld je Grundschuleinzugsbereich vorhandenen bildungsrelevanten sozialen Belastungen in Form einer Rangfolge. Die Abb. 13 zielt auf die geographische Lage der jeweiligen Schuleinzugsbereiche ab und liefert damit auch Hinweise auf Ballungen in einzelnen städtischen Regionen, wie z. B. im Innenstadtbereich. Die Rangfolge der Belastungen je Schuleinzugsbereich visualisiert die ausgeprägte Spreizung der bildungsrelevanten sozialen Belastungen.⁴³

Die Anzahl der Kinder, die in Bielefeld von „hohen“ und „eher hohen“ bildungsrelevanten sozialen Belastungen betroffen sind, hat sich im Vergleich zu 2010 nur marginal verringert. Die Quote liegt auch 2012 bei rund 30 Prozent. Problematisch ist neben der hohen Betroffenheitsquote die ausgeprägt hohe Konzentration in einzelnen Sozialräumen, wie z.B. in dem Korridor, der sich vom Stadtbezirk Mitte bis in den Wohnbezirk Baumheide zieht. Kinder, die in solchen konzentriert hoch belasteten Bildungsräumen leben und lernen, sind von einer sozialen Vielfalt in ihrer Lernumgebung ausgegrenzt.

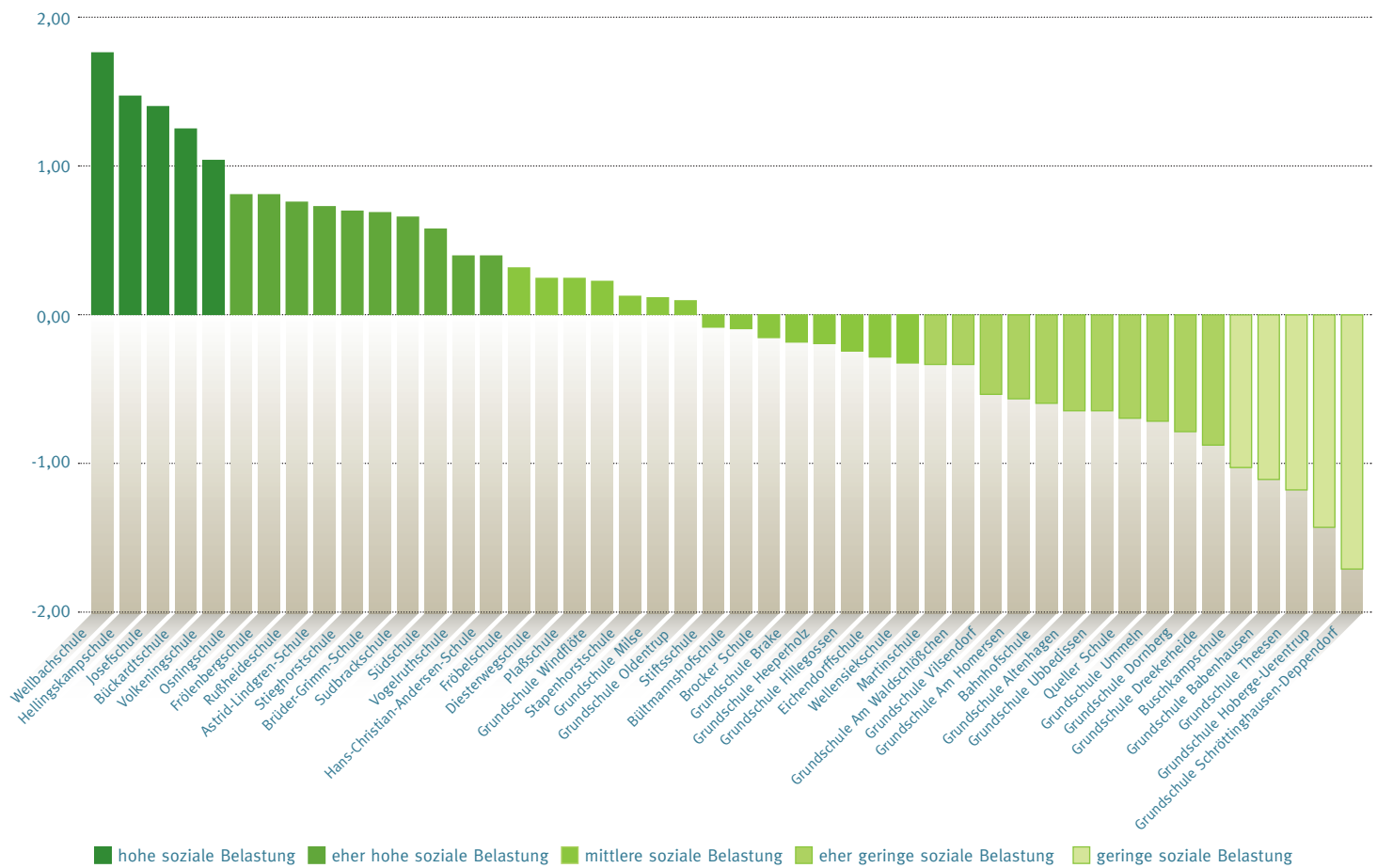
⁴² Beim mathematischen Verfahren der Z-Skalierung werden die absoluten Werte nunmehr so umgerechnet, dass auch unterschiedliche Wertebereiche vergleichbar werden. Nach der Transformation entspricht der Mittelwert der ursprünglichen Daten immer Null bei den transformierten Daten. Der Mittelwert wird somit auch bei unterschiedlichen Skalen immer zum Ausgangspunkt. Darum herum verteilen sich die Werte der Erhebung: Negative Werte lagen im Original unter dem Durchschnitt, positive Werte darüber. Ebenfalls wird durch die Z-Transformation der X-Wert der einzelnen Daten auf dem Koordinatenkreuz angepasst. Dazu wird die Standardabweichung vom Mittelwert berechnet. Der Bereich von -1 bis +1 liegt dabei jeweils im Bereich einer Standardabweichung um den Mittelwert und – vereinfacht gesagt – im Bereich der zu erwartenden Schwankung. Verlassen die Werte diesen Bereich nach oben oder unten, sollte ein besonderes Augenmerk darauf geworfen werden, da sie über das zu erwartende Maß der Schwankung hinausgehen. Da durch diese Transformation die Werte relativ zum Mittelwert betrachtet werden, lassen sich damit Werte vergleichen, deren absolute Zahlen so nicht vergleichbar wären, und es werden gleichzeitig ungleiche Gewichtungen von Daten ausgeglichen.

⁴³ Die Klosterschule hat keinen wohnortnahen Schuleinzugsbereich, da sie als konfessionelle Grundschule Schülerinnen und Schüler aus dem gesamten Stadtgebiet aufnimmt. Seit dem Schuljahr 2011/2012 gilt dies auch für die Grundschule Hoberge-Uerentrup. Gleichwohl sind für diese Ausgabe des Lernreports (2014) gebietsbezogene Daten ausgewertet worden.

Bildungsrelevante soziale Belastungen nach wohnortnahen Schuleinzugsbereichen

Abb. 14

(2012)



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Demographie und Statistik/Bundesagentur für Arbeit 2013;

Berechnungen: Bildungsbüro/Universität Bielefeld

B1 Beteiligung an frühkindlicher Bildung

B2 Allgemeinbildende Schulen:
Versorgung, Einmündung und Unterstützung,
Übergänge und Abschlüsse

B3 Nachschulische Lernaktivitäten

B4 Hochschulbesuch

a

Die **Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“** fokussiert das Lernen im Rahmen des formalen Bildungssystems. Diese Lerndimension nimmt anhand von vier Indikatoren mit fünfzehn Teilindikatoren einige der in unmittelbarer und in mittelbarer kommunaler Verantwortung liegenden bildungspolitischen Handlungsfelder näher in den Blick. Neben der frühkindlichen Bildung (B1) sind dies die allgemeinbildenden Schulen (B2), nachschulische Lernaktivitäten (B3) sowie die Bedeutung der Kommune als Hochschulstandort (B4).

B1 Beteiligung an frühkindlicher Bildung

Für die individuelle Bildungsbiographie und damit auch für die Bildungschancen von Kindern ist die frühkindliche Bildung von erheblicher Bedeutung. Neben der Familie, die eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Bildungsbiographie insbesondere in der frühen Kindheit besitzt, gewinnt auch die frühzeitige Förderung von Kindern bereits in den ersten Lebensjahren in Kindertagesstätten und –pflege weiter an Bedeutung. Die Betrachtung frühkindlicher Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten und –pflege verdeutlicht, in welchem Alter Kinder in eine Institution mit einem gesetzlich verankerten Bildungsanspruch eintreten und so an Bildungs-, Förderungs- und Betreuungsangeboten partizipieren können.

B1-1 Versorgung und Bildungsbeteiligung von unter 7-jährigen

Anhand der verwendeten Kennzahl werden die Infrastruktur und damit eine wohnortnahe Versorgung in diesem Angebotssegment dargestellt. Besonders mit Blick auf Kinder aus bildungsfernen Familien ist es für Kommunen von zentraler Bedeutung, ein gut ausgebautes Versorgungsangebot vorzuhalten⁴⁴, da die individuellen Potentiale in den Einrichtungen gezielt gefördert werden können und Kinder dadurch einen verbesserten Zugang zu Bildung erhalten⁴⁵, unabhängig von der sozialen Herkunft bzw. dem Bildungshintergrund der Eltern.

Die Anzahl der Kindertagesstätten in Bielefeld ist zwischen 2011 und 2013 um 5,9 Prozent auf 198 Einrichtungen gestiegen. Insgesamt stehen in Bielefeld 11.838 (+ 3,2 Prozent) Plätze⁴⁶ zur Verfügung.⁴⁷ Hintergrund für die Steigerung ist vor allem der Ausbau des Angebots für unter dreijährige Kinder, für die ab dem Kindergartenjahr 2013 ein Rechtsanspruch auf Betreuung besteht. Von der Stadt als kommunalem Träger werden weiterhin 42 Einrichtungen (21 Prozent) betrieben. Die Angebotserweiterung wurde entsprechend des Subsidiaritätsprinzips vollständig über freie Träger erreicht. Im Kindergartenjahr 2013/14 konnten Eltern die erweiterten Bildungsangebote in 37 Familienzentren nutzen. Davon waren 10 in städtischer Trägerschaft und 27 bei freien Trägern angesiedelt.⁴⁸

Die Geschlechterverteilung in den Kindertagesstätten ist weitestgehend paritätisch. Gesamtstädtisch weist Bielefeld für das Kindergartenjahr 2012/13 einen Anteil weiblicher Kinder von rund 48,5 Prozent aus.⁴⁹ Rund 49 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder, die im Kindergartenjahr 2012/13 in den Bielefelder Kindertageseinrichtungen betreut wurden, haben einen Migrationshintergrund.⁵⁰

44 Vgl. OECD (2004).

45 Kratzmann und Schneider (2009, S. 211ff.).

46 Inklusive der Betreuung in heilpädagogischen Einrichtungen und Tagespflege.

47 Stand Dezember 2013.

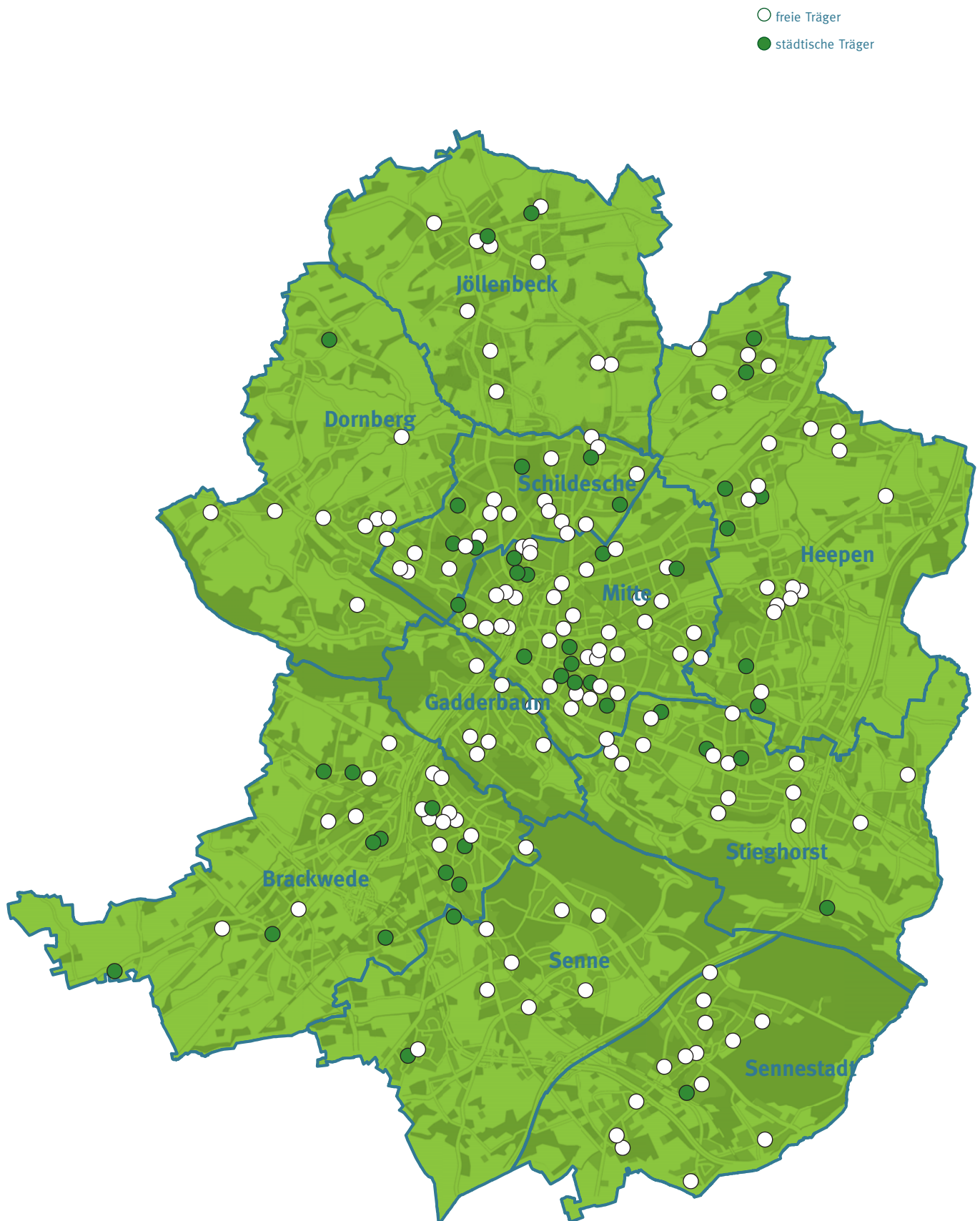
48 „Familienzentren erweitern die Bildungsförderung und beziehen vor allem Eltern stärker ein. Durch die Bündelung von Bildung, Beratung und Betreuung wird eine umfassende Familienförderung gewährleistet, die Eltern und Kindern passgenaue Unterstützung im Stadtteil anbietet. (...) Die Integration von Familien mit Zuwanderungsgeschichte gehört zu ihren besonderen Aufgaben.“ Vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (2010). Mehr Chancen durch Bildung am Anfang. Düsseldorf. S.11.

49 Einrichtungsbezogene Daten zur Geschlechterstruktur werden nicht erhoben.

50 Daten zur quantitativen und räumlichen Betreuungssituation von Kindern mit Migrationshintergrund der Altersgruppe U3 standen nicht zur Verfügung.

Kindertageseinrichtungen in Bielefeld nach städtischen und Einrichtungen freier Träger

Abb. 15



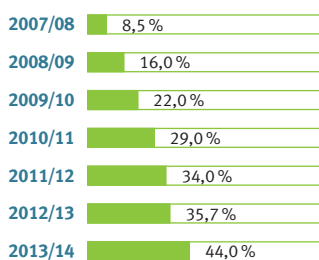
Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie; Kartengrundlage: Stadt Bielefeld, Amt für Geoinformation und Kataster 2014

In der Alterskohorte der 3- bis 6-jährigen Kinder weist die Partizipation an Angeboten der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung in Nordrhein-Westfalen im Kindergartenjahr 2012/13 rund 93 Prozent aus. Für Bielefeld wird eine Quote von 98,1 Prozent ausgewiesen, im Vergleich zum Kindergartenjahr 2011 eine Steigerung um 1,8 Prozentpunkte. Die hohe Beteiligung unterstreicht den Stellenwert, den die institutionalisierte Betreuung und Förderung von Kindern in dieser Altersgruppe bei Eltern genießt. Die Versorgungsquoten der 3- bis 6-jährigen weisen mit Blick auf die einzelnen Stadt- bzw. Kindergartenbezirke hohe Spannweiten auf.

Abb. 16

Entwicklung der Versorgungsquote der Betreuungsplätze für unter Dreijährige

in Kindertagesstätten und in der Tagespflege



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie 2013

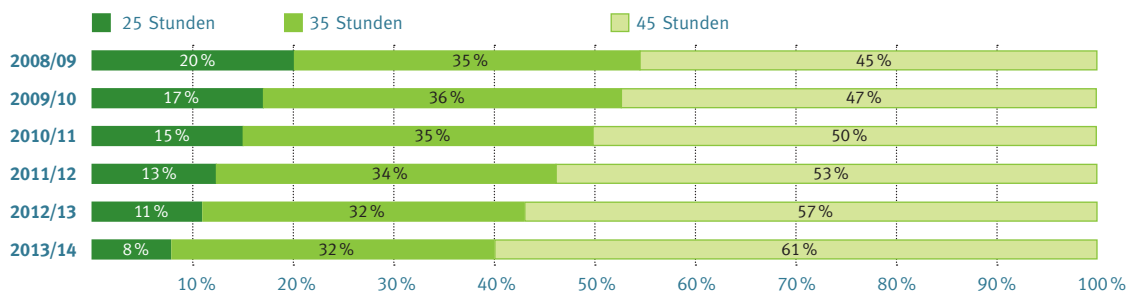
Hinsichtlich der **Versorgung der unter Dreijährigen** in Kindertageseinrichtungen wurde 2013/14 in Bielefeld eine Quote von 36,4 Prozent⁵¹ (2.314 Plätze) erreicht. Berücksichtigt man die Plätze in der Kindertagespflege (7,5 Prozent = 600 Plätze), hält Bielefeld insgesamt für rund 44 Prozent der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsangebot vor. Auf Landesebene wird inklusive Tagespflege eine Quote von durchschnittlich 18,1 Prozent erreicht.⁵² In den Stadtbezirken weist die Versorgungsquote für unter Dreijährige eine Spannweite von 18 Prozent bis 73 Prozent auf. Auch der jeweilige Anteil, den die Tagespflege an der Versorgung übernimmt, weist Schwankungen von 4,9 Prozent in Sennestadt bis 26 Prozent im Stadtbezirk Gadderbaum auf.

Mit der Einführung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) wurden Betreuungszeiten mit einem Umfang von 25, 35 und 45 Stunden in den Einrichtungen eingeführt. Seit 2008 ist eine Steigerung des Anteils der Ganztagsbetreuung (bis 45 Stunden) um 16 Prozent festzustellen. Im Kindergartenjahr 2013/14 nutzten rund 61 Prozent der Eltern für ihre Kinder einen Ganztagesplatz, rund 32 Prozent einen 35-Stundenplatz und ca. 8 Prozent einen 25-Stundenplatz. Analog zu den unterschiedlichen Betreuungsquoten weisen auch die jeweils gebuchten Stundenkontingente eine große Bandbreite auf. In einigen Einrichtungen nutzen fast 88 Prozent der Eltern eine Vollzeitbetreuung, in anderen nur 39 Prozent der Eltern.

Abb. 17

Entwicklung der vereinbarten Stundenkontingente in Kindertageseinrichtungen

zwischen 2008/09 und 2013/14



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie 2013

Betrachtet man die Bildungsbeteiligung und Versorgung der unter 7-Jährigen, so wird deutlich, dass 98 Prozent in der Gruppe der 3- bis 6-Jährigen in Kindertageseinrichtungen betreut werden. Das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr wird vermutlich keine weitere Steigerung bewirken⁵³. Für 44 Prozent der unter 3-Jährigen steht bereits ein Angebot in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege zur Verfügung.

Im Zuge des Ausbaus der U3-Betreuung hat die Tagespflege weiter an Bedeutung gewonnen.⁵⁴ Qualitativ werden an beide Betreuungsarten die gleichen Anforderungen gestellt. Kritisch zu fragen bleibt, inwieweit die Kindertagespflege den Qualitätsanspruch hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung beim eingesetzten Personal einlösen kann. Die Aufnahme mehrerer Kinder bei einer Betreuungsperson und die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten kann eine Situation schaffen, die vergleichbar mit kleineren Gruppen in Kindertageseinrichtungen ist.⁵⁵

51 Vgl. Kindergartenbedarfsplanung Stadt Bielefeld 2013/14.

52 Bock-Famulla und Lange (2013, S. 170).

53 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012).

54 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 52).

55 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 53f.).

Das Angebot von Betreuungsplätzen für unter 3-jährige Kinder in Kindertageseinrichtungen ist im Hinblick auf den zum 01.08.2013 eingeführten Rechtsanspruch für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres in den zurückliegenden Jahren so weit ausgebaut worden, dass auf lokaler Ebene aktuell in ausreichendem Umfang Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Dies schließt nicht aus, dass sich in den Folgejahren ein weiterer Platzbedarf ergibt, da die Nutzung des bestehenden Betreuungsangebotes auch von der Informiertheit der Eltern⁵⁶ über das System der Kindertagesbetreuung abhängt. Wie Studien zeigen, wird das Nutzungsverhalten darüber hinaus auch von anderen Faktoren, wie zum Beispiel der räumlichen Nähe des Angebots sowie dem sozioökonomischen Status und dem Migrationshintergrund beeinflusst.⁵⁷

Trotz der hohen Investitionen und der Steigerung der Versorgungsquote von 8,5 Prozent in 2007 auf 44 Prozent in 2013 bleibt abzuwarten, wie sich die Nachfragesituation entwickelt. Somit rücken die personelle Ausstattung der Einrichtungen, die pädagogische Qualität, die einen zentralen Einfluss auf die Entwicklung des Kindes hat, und die Übergänge in die Grundschulen in den Fokus. Dies gilt insbesondere für Wohnquartiere mit hohen bildungsrelevanten sozialen Belastungen.

B1-2 Sprachstandsfeststellung und Sprachbildung

Der frühe Spracherwerb und der sichere Umgang mit der deutschen Sprache sind die Basis für erfolgreiche Bildungsbiographien und ein Schlüssel für Integration. Eine frühe Sprachförderung erhöht die Chancengleichheit und begünstigt individuelle Erfolge im Bildungssystem.⁵⁸ Mit dem Testverfahren Delfin 4⁵⁹ wurde die Überprüfung der Sprachkompetenz aller Kinder zwei Jahre vor Einschulung landesweit verbindlich festgelegt. Die Ergebnisse der Testverfahren liefern Erkenntnisse über die Sprachentwicklung von Kindern und den individuellen Förderbedarf.

Sprache ist eine Schlüsselkompetenz für den weiteren Bildungsverlauf und den Bildungserfolg.⁶⁰ Vor diesem Hintergrund gewinnt die Sprachstandserhebung in Kindertageseinrichtungen sowie die frühe Sprachförderung weiter an Bedeutung⁶¹. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Kindern aus Familien mit Risikolagen und auf Kindern mit Migrationshintergrund, deren Familiensprache nicht Deutsch ist. Bei diesen Gruppen wird häufiger ein Sprachförderungsbedarf festgestellt.⁶²

Im Beobachtungszeitraum von 2008 bis 2014 hat sich die Gesamtquote der Sprachförderbedarfe von 45,6 Prozent auf 49,3 Prozent erhöht. Das heißt bei jedem zweiten Kind im Alter von vier Jahren wurde ein Bedarf zur Sprachförderung diagnostiziert. In Bielefeld werden parallel zum Testverfahren Delfin 4 die Sprachbeobachtungsverfahren „sismik“ (Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen) und „seldak“ (Sprachentwicklung und Literacy bei deutschsprachig aufwachsenden Kindern)⁶³ zur Überprüfung der Sprachkompetenz aller Kinder zwei Jahre vor der Einschulung eingesetzt. Die Verfahren Sismik und Seldak zeichnen sich nach einer Studie des Mercator-Instituts (Universität Köln 2013) durch eine höhere Objektivität und stärker ausgeprägte Differenziertheit (der Aufgaben) aus.⁶⁴

⁵⁶ Becker (2010, S. 129ff.).

⁵⁷ Fuchs-Rechlin und Bergmann (2014, S. 129ff.).

⁵⁸ Konsortium Vorstudie Bildungsbericht Ruhr (2009, S. 37ff.).

⁵⁹ Delfin: Diagnostik, Elternarbeit, Förderung der Sprachkompetenz in Nordrhein-Westfalen. Das Verfahren wird nach 2014 nicht fortgeführt.

⁶⁰ Vgl. Weinert et al. (2010).

⁶¹ Kiziak et al. (2012).

⁶² Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012).

⁶³ Parallel zu der Implementierung der beiden Erhebungsverfahren „sismik“ und „seldak“ wurde eine durch die Universität Bielefeld, Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft, durchgeführte wissenschaftliche Begleitstudie des Projekts mit dem Ziel begonnen, den zweisprachlichen Entwicklungsverlauf nachzuzeichnen und den Einfluss von Sozialisationskontexten bei Spracherwerb näher zu bestimmen.

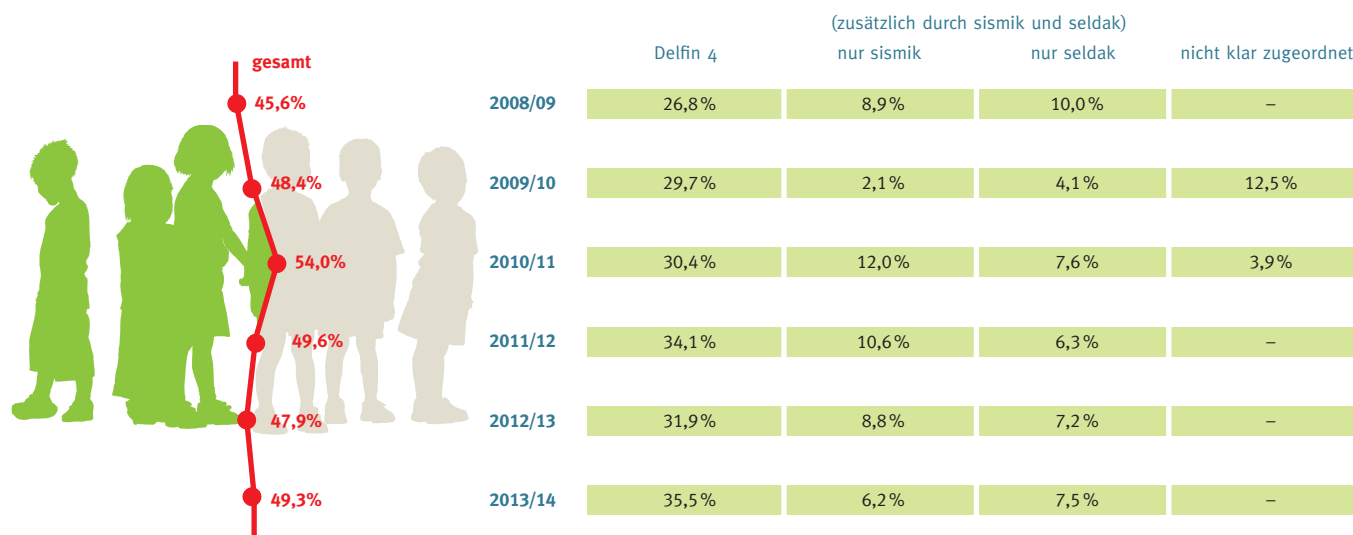
⁶⁴ Vgl. Neugebauer und Becker-Mrotzek (2013).

Wurden bis 2011/2012 in der Statistik die Ergebnisse nur nach den drei Hauptverfahren »Delfin 4«, »seldak« und »sismik« unterschieden, war es seitdem möglich, genauer zu differenzieren. Seit diesem Zeitpunkt wurde ebenfalls erhoben, für welche Kinder in unterschiedlichen Verfahren ein Förderbedarf diagnostiziert wurde.

Abb. 18

Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf nach Testverfahren

in Relation zur Gesamtzahl der getesteten Kinder



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Integration 2012

Betrachtet man lediglich den Zeitraum von 2011/12 bis 2013/14, so bleibt der gesamte Förderbedarf mit rund 50 Prozent aller vierjährigen Kinder in etwa gleich. In den einzelnen Zielgruppen ist eine Veränderung zu erkennen. Fokussiert man die mit »sismik« diagnostizierten Kinder, so wird deutlich, dass der Anteil seit dem Höchststand in 2010/11 von 12,0 Prozent bis zum Jahre 2013/14 auf 6,2 Prozent gesunken ist und sich nahezu halbiert hat. Im Gegensatz dazu verbleibt der Anteil der mit »seldak« diagnostizierten Kinder in diesem Zeitraum nahezu gleich.

Der Anteil der diagnostizierten Sprachförderbedarfe liegt in den letzten Jahren relativ konstant um 50 Prozent.

In Bielefeld wurde auch im Jahr 2013/14 erneut für rund jedes zweite Kind in der Altersgruppe der 4- bis 6-Jährigen ein Sprachförderbedarf festgestellt. Diese deutlich über dem Landesdurchschnitt liegenden Quoten sind auf die parallele Verwendung von Delfin 4, Sismik und Seldak zurückzuführen. Die auf Bundesebene im Zeitverlauf relativ konstante Quote von 25 Prozent hat ihre Ursache darin, dass in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche, weniger ausdifferenzierte Testverfahren angewendet werden.⁶⁵

In Bielefeld werden alle Kinder, bei denen ein Sprachförderbedarf diagnostiziert wird, über einen Zeitraum von zwei Jahren in Grund- und Aufbaukursen gefördert, um die bestehenden Kompetenzunterschiede zu gleichaltrigen Kindern ohne Förderbedarf bis zum Wechsel in die Grundschule abzubauen. Lokale Erhebungen (2011 bis 2013) zeigen positive Effekte der Förderung. Gleichwohl werden die individuellen Entwicklungserfolge bei Schuleintritt nicht durchgängig überprüft. Die zukünftige Verlagerung der Sprachstandsfeststellung von den Gesundheitsämtern auf das Personal der Kindertageseinrichtungen kann zu Problemen bei der Vergleichbarkeit der Erhebung führen.

⁶⁵ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012:62).

B2 Allgemeinbildende Schulen: Versorgung, Einmündung und Unterstützung, Übergänge und Abschlüsse

Der Indikator bildet über neun Teilindikatoren den aktuellen kommunalen Stand im allgemeinbildenden Schulwesen ab. Dessen wichtigstes Strukturmerkmal ist die starke Ausdifferenzierung von Bildungsgängen und Schulformen. Einstiegs- und Übergangsentscheidungen wirken sich langfristig auf die weiteren Bildungschancen und die Zugänge zum Berufsleben aus. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, die unter sozial ungünstigen Bedingungen aufwachsen. Eine Aufgabe der Kommune ist es daher, in Kooperation mit weiteren schulischen Akteuren die Durchlässigkeit des Schulwesens durch geeignete Unterstützungs- und Versorgungsmaßnahmen zu erhöhen.

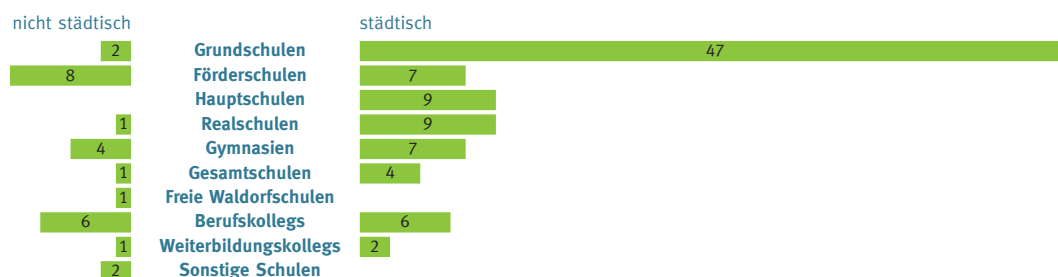
B2-1 Schulen und Schülerzahlen, Besuchsquote von Grundschulen und Wanderungsbewegungen

Das in der Kommune bestehende Angebot und die Entwicklung der Schülerzahlen je Schulform stehen im Mittelpunkt des Indikators. Ergänzend wird die Besuchsquote, die wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen und die in diesem Kontext bestehende Bildungswanderung beleuchtet.

Im Schuljahr 2013/14 wurden in Bielefeld 57.278 Schülerinnen und Schüler an 118 öffentlichen und privaten Schulen unterrichtet. Die Abbildung 19 gibt einen Überblick über die Trägerschaft der Schulen.

Anzahl der Schulen in Bielefeld 2013/14 nach Schulformen und Trägerschaft

Abb. 19



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

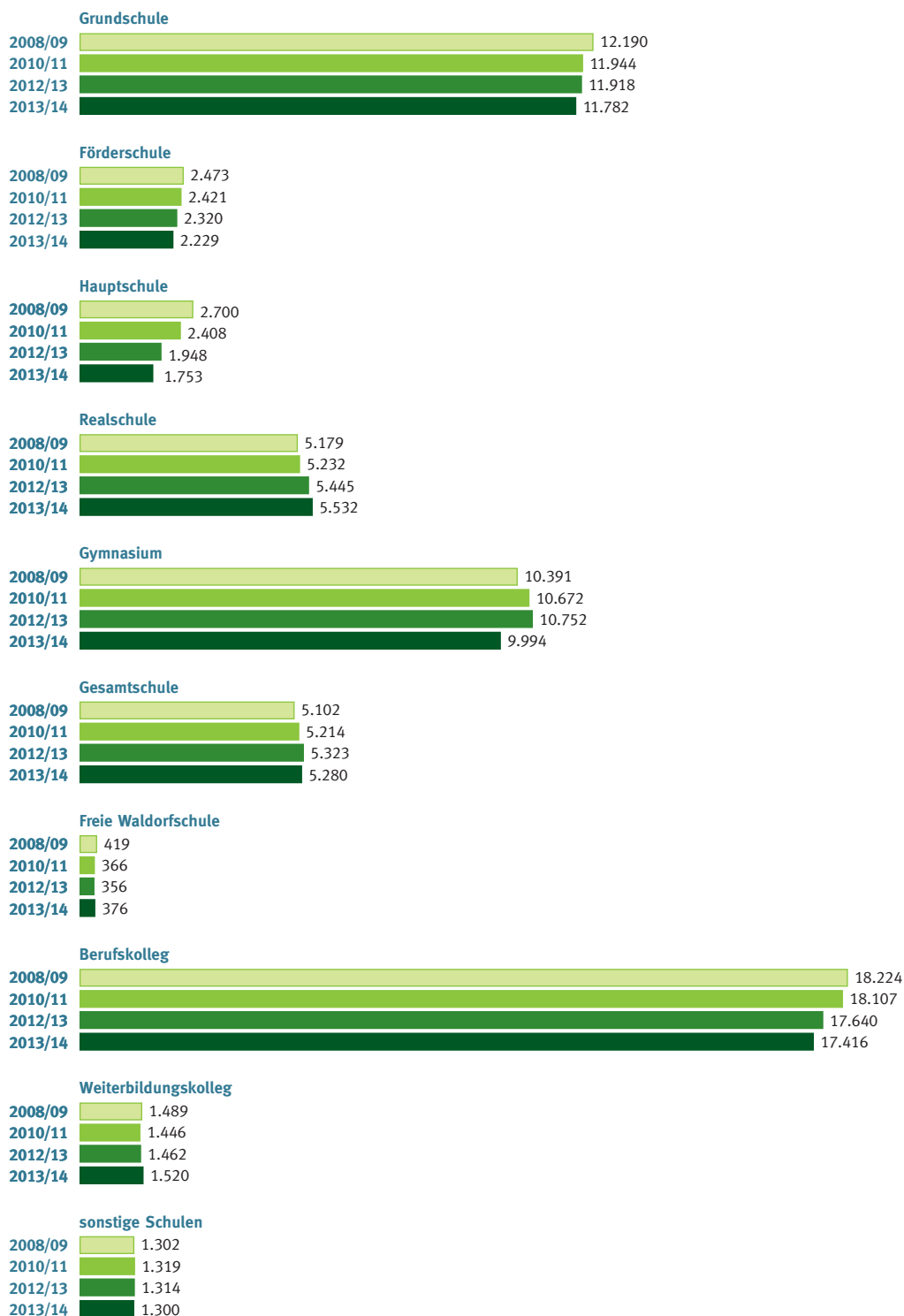
Die Anzahl der in Bielefeld beschulten Schülerinnen und Schüler hat sich zwischen dem Schuljahr 2008/09 und 2013/14 um 3,7 Prozent oder 2.191 Personen verringert. Der Primarbereich verliert in diesem Zeitraum 3,3 Prozent, während die Hauptschulen im Schuljahr 2013/14 rund 35 Prozent weniger Schülerinnen und Schüler beschulen als noch 2008. Die Abnahme der Schülerzahlen an den Hauptschulen wird in den kommenden Jahren vermutlich nicht an Dynamik verlieren und dazu führen, dass an immer weniger Schulen dieser Schulform Eingangsklassen gebildet werden können. Für das Schuljahr 2013/14 waren nur noch an vier Hauptschulen ausreichende Anmeldungen vorhanden, um Eingangsklassen zu bilden.⁶⁶ Zwei Hauptschulen wurden zum 31.07.2014 geschlossen. Zwei weitere Hauptschulen werden derzeit auslaufend aufgelöst.

⁶⁶ 2012 haben noch 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine Übergangsempfehlung zu einer Hauptschule erhalten. Aber nur noch 3,6 Prozent sind in diese Schulform eingemündet.

Neben den rückläufigen Schülerzahlen im Primar- und Hauptschulbereich verlieren vor allem die Berufskollegs (-4,4 Prozent) und die Gymnasien (-3,8 Prozent) Schülerinnen und Schüler, während die Realschulen im Beobachtungszeitraum ein Plus von annähernd 7 Prozent ausweisen (Abb. 20).

Abb. 20

Schülerzahlen Bielefelder Schulen nach Schulformen



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2014

Schülerzahlen Bielefelder Schulen

Abb. 21



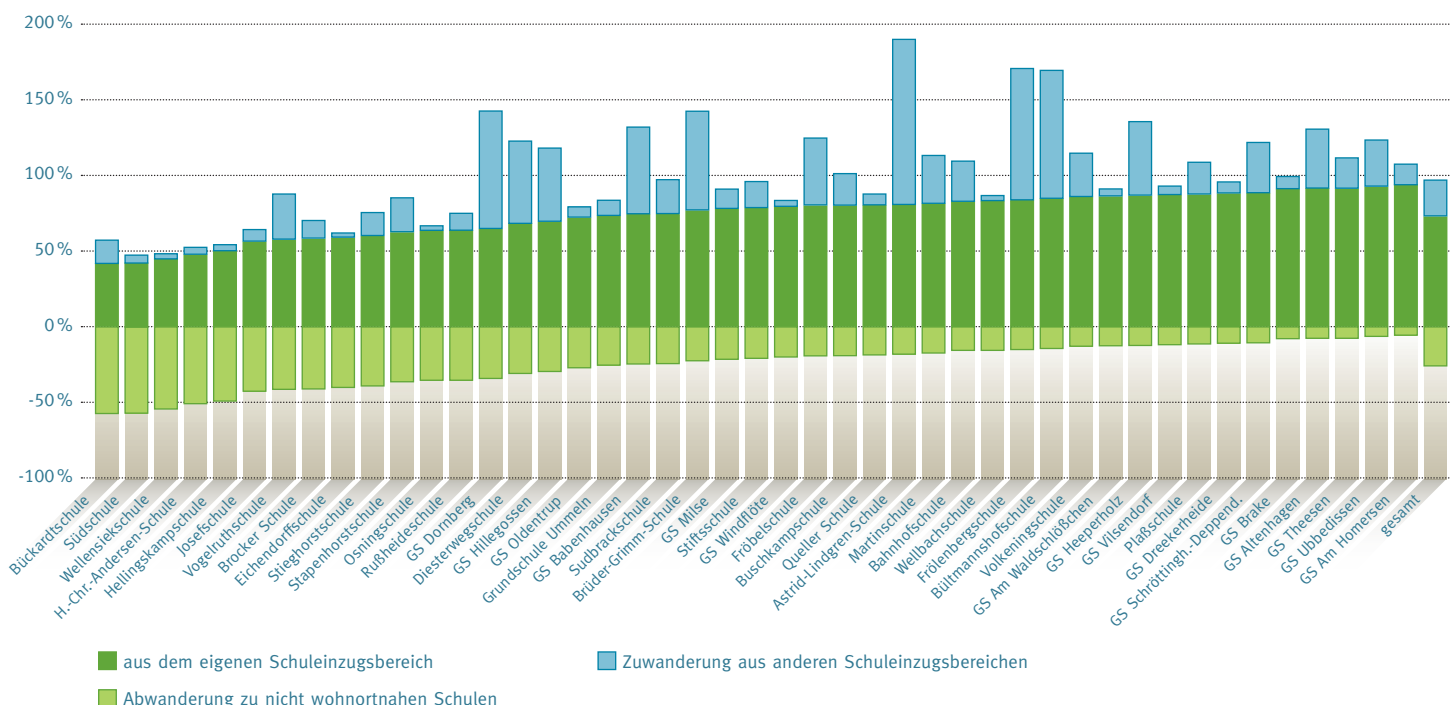
Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2014

In einem erheblichen Umfang sind Prozesse der **Bildungswanderung aus angrenzenden Kommunen** an Bielefelder Schulen der Sekundarstufen I und II und hier insbesondere an die Berufskollegs zu beobachten. 17,9 Prozent (Vorjahr: 17,5 Prozent) der in Bielefeld beschulten Schülerinnen und Schüler pendelten im Schuljahr 2013/14 aus angrenzenden Kommunen ein. Das entspricht 10.199 Schülerinnen und Schülern und damit fünf Mal mehr als die 2.041 Schülerinnen und Schüler, die aus Bielefeld auspendeln. 40,4 Prozent der an den Berufskollegs beschulten Schülerinnen und Schüler waren Einpendler aus angrenzenden Gemeinden. Der Anteil der Einpendler an den Förderschulen beträgt 21,4 Prozent.⁶⁷

Für den **Primarstufenbereich** lassen sich Prozesse der **innerstädtischen Bildungswanderung** gut nachzeichnen. Wie sich anhand der Abb. 22 zeigen lässt, kommt es je nach Grundschuleinzugsbereiche zu stark unterschiedlich ausgeprägten Zu- bzw. Abwanderungen von einzuschulenden Kindern.⁶⁸

Durchschnittliche Anmeldezahlen zu den Schuljahren 2011/12 bis 2013/14

Abb. 22



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen, Amt für Schule 2013

⁶⁷ Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2014). Düsseldorf.

⁶⁸ Die dargestellten Werte sind relationale Daten, d. h., der Eigenanteil und die Abwanderung stehen in einem Verhältnis zu den im Schulbezirk lebenden Kindern. Die senkrecht stehenden blauen und die dunkelgrünen Balken entsprechen 100 Prozent der Kinder.

Insgesamt hat sich die Anmeldequote an nicht wohnortnahen städtischen Grundschulen von 21,5 Prozent im Jahre 2008/09 auf 26,6 Prozent im Jahre 2013/14 erhöht. Damit geht inzwischen jedes vierte Kind in eine nicht wohnortnahe Grundschule.

Abb. 23

Anmeldungsquote an nicht wohnortnächsten städtischen Grundschulen



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Veränderungen in der Schullandschaft durch den Trend zu höheren Bildungsabschlüssen mitbeeinflusst werden. Das veränderte Schulwahlverhalten führt zum Beispiel zu weiter abnehmenden Anmeldezahlen an den Hauptschulen. Im Schuljahr 2013/14 konnten nur noch sechs Eingangsklassen an vier von neun Bielefelder Hauptschulen gebildet werden. In der Folge stiegen die Anmeldezahlen u. a. an den Realschulen, die die individuelle Förderung in dieser Schulform stärker und schneller werden ausbauen müssen, um adäquat auf die zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler reagieren zu können.

B2-2 Gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf nach Art des Förderschwerpunkts

Kinder und Jugendliche, die in ihren Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten beeinträchtigt sind, so dass ihre Teilhabe an schulischer Bildung und damit auch am gesellschaftlichen Leben erschwert ist, erhalten eine sonderpädagogische Förderung. 2009 wurde die UN-Behinderertenrechtskonvention in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel ratifiziert, ein inklusives Bildungssystem aufzubauen. Benachteiligungen im Bildungsbereich aufgrund eines sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs begegnet man zunehmend im Rahmen einer inklusiven Beschulung. Der Indikator bildet das Ausmaß der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf in das allgemeine Schulsystem ab und verdeutlicht, wie die festgestellten Einschränkungen inklusiv gefördert werden.

Im Schuljahr 2012/13 betrug der Anteil der Schülerinnen und Schüler⁶⁹ mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf, die inklusiv in Regelschulen unterrichtet wurden, im Bundesdurchschnitt 28,2 Prozent.⁷⁰ Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Schülerinnen und Schüler, bei denen ein Förderbedarf diagnostiziert wurde, auf Bundesebene von 6 Prozent auf 6,6 Prozent.⁷¹ Obwohl also mehr Kinder mit Förderbedarf in Regelschulen inklusiv beschult werden, sinkt der Anteil der Kinder, die in Förderschulen unterrichtet werden, nicht entsprechend.⁷²

Der Blick auf die verschiedenen Bildungsstufen macht darüber hinaus deutlich: Der Inklusionsanteil nimmt mit zunehmender Bildungsstufe ab. Weisen die Kindertagesstätten auf **Bundesebene** 2011/12 noch einen Inklusionsanteil von 67 Prozent aus, kommen die Grundschulen auf einen Anteil von 39 Prozent (2008/09 33,6 Prozent). In den Schulen der Sekundarstufe I liegt der Inklusionsanteil erst bei 22 Prozent (14,9 Prozent).^{73 74}

69 An allen Schülern der Jahrgänge 1 bis 10.

70 Nach 18,4 Prozent im Schuljahr 2008/09.

71 Bertelsmann Stiftung (2014, S. 15).

72 Bertelsmann Stiftung: Update Inklusion 2014:4ff.

73 Klemm (2010, S. 8).

74 Vgl. Klemm (2013).

Das Land Nordrhein-Westfalen setzt den Rechtsanspruch auf inklusive Beschulung seit dem Schuljahr 2014/15 um.⁷⁵ Eltern können, sofern die Rahmenbedingungen das zulassen, selber entscheiden, an welchem Förderort, bzw. in welcher Schulform ihr Kind bei der Einschulung oder beim Wechsel in Klasse 5 beschult wird. Der sonderpädagogische Förderbedarf wird weiterhin über ein AO-SF-Verfahren⁷⁶ festgestellt. Im Schuljahr 2012/13 lag der Anteil der Schülerinnen und Schüler, bei denen ein Förderbedarf diagnostiziert wurde, bei 6,8 Prozent⁷⁷ und damit leicht über dem Bundesdurchschnitt.

Während in **NRW** 2011/12 ca. 71 Prozent der Kinder mit Förderbedarf inklusiv in einer Kindertageseinrichtung betreut wurden, lag der Anteil im Primarbereich im gleichen Zeitraum nur bei 36,2 Prozent.⁷⁸ Für die Schulen der Sekundarstufe I weist NRW 2011/12 einen Inklusionsanteil von durchschnittlich 14,5 Prozent aus. Im Vergleich zum Schuljahr 2008/09 (8 Prozent) ist dieses eine deutliche Steigerung.

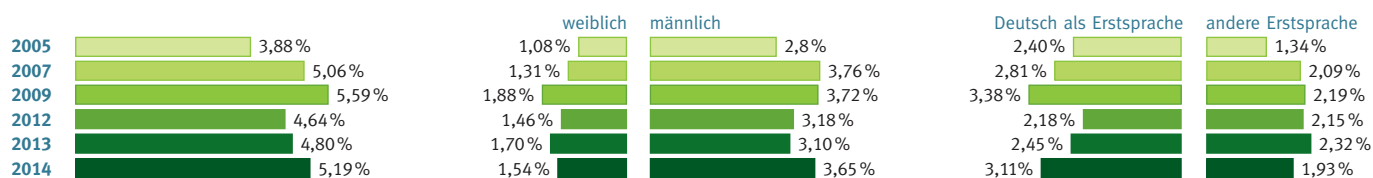
Die vom Gesundheitsamt durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen liefern für **Bielefeld** die Daten zur Entwicklung des sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfes. Wie Abb. 24 verdeutlicht, liegt der Anteil von Kindern in Bielefeld, bei denen ein Unterstützungsbedarf festgestellt wurde, im Jahr 2013 bei 4,8 Prozent.

Auffällig ist, dass der Anteil der Jungen mit Förderbedarf an allen Kindern bei 3,1 Prozent lag. Im Vergleich zu den Mädchen mit Förderbedarf, die lediglich einen Anteil von 1,7 Prozent an allen Kindern hatten, stellen daher die Jungen 64,6 Prozent der Kinder mit Förderbedarf. Wirft man einen Blick auf die Erstsprache der Kinder mit Förderbedarf, so fällt für das Jahr 2012/13 auf, dass der Anteil der Kinder, deren Erstsprache⁷⁹ nicht Deutsch ist, aber auch der Anteil der Kinder mit Deutsch als Erstsprache, jeweils rund 50 Prozent beträgt. Die absoluten Anteile an allen Kindern liegen bei 2,32 Prozent für Kinder ohne Deutsch als Erstsprache und bei 2,45 Prozent bei Kindern mit Deutsch als Erstsprache.

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Abb. 24

in Relation zur Größe des Einschulungsjahrgangs, differenziert nach Geschlecht und Erstsprache



Quelle: Stadt Bielefeld, Gesundheitsamt 2014

75 Das 9. Schulrechtsänderungsgesetz wurde am 16.10.2013 verabschiedet und hatte Auswirkungen auf die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf. Unter anderem auf den Rechtsanspruch auf inklusive Bildung, die Stärkung des Elternwillens, auf den Regelförderort, der zuerst die Allgemeine Schule ist sowie die Ausweitung des Gemeinsamen Lernens. Es trat im August 2014 in Kraft.

76 Für Kinder, bei denen sich zu Beginn der Schulpflicht oder während des Besuchs der allgemeinen Schule Anhaltspunkte dafür ergeben, dass sie im Unterricht nur mit sonderpädagogischer Unterstützung hinreichend gefördert werden können, ist ein Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs (...) gemäß der Verordnung über sonderpädagogische Förderung AO-SF (Ausbildungs-Verordnung Sonderpädagogischer Förderung) § 52 Schulgesetz NRW durchzuführen. Veränderungen im AO-SF-Verfahren 2013/14 bezogen auf die Einschulung: Die Schule kann weiterhin einen Antrag stellen bei vermutetem Förderbedarf im Förderschwerpunkt/in den Förderschwerpunkten – Körperliche und motorische Entwicklung, Sehen, Hören und Geistige Entwicklung. – Emotional-soziale Entwicklung (ESE) im Zusammenhang mit Selbst- oder Fremdgefährdung. – Lernen, frühestens im dritten Jahr der Schuleingangsphase, spätestens in Klasse 6.

77 2008/09 lag der Anteil noch bei 6 Prozent aller Schülerinnen und Schüler.

78 Nach 26 Prozent im Schuljahr 2008/09.

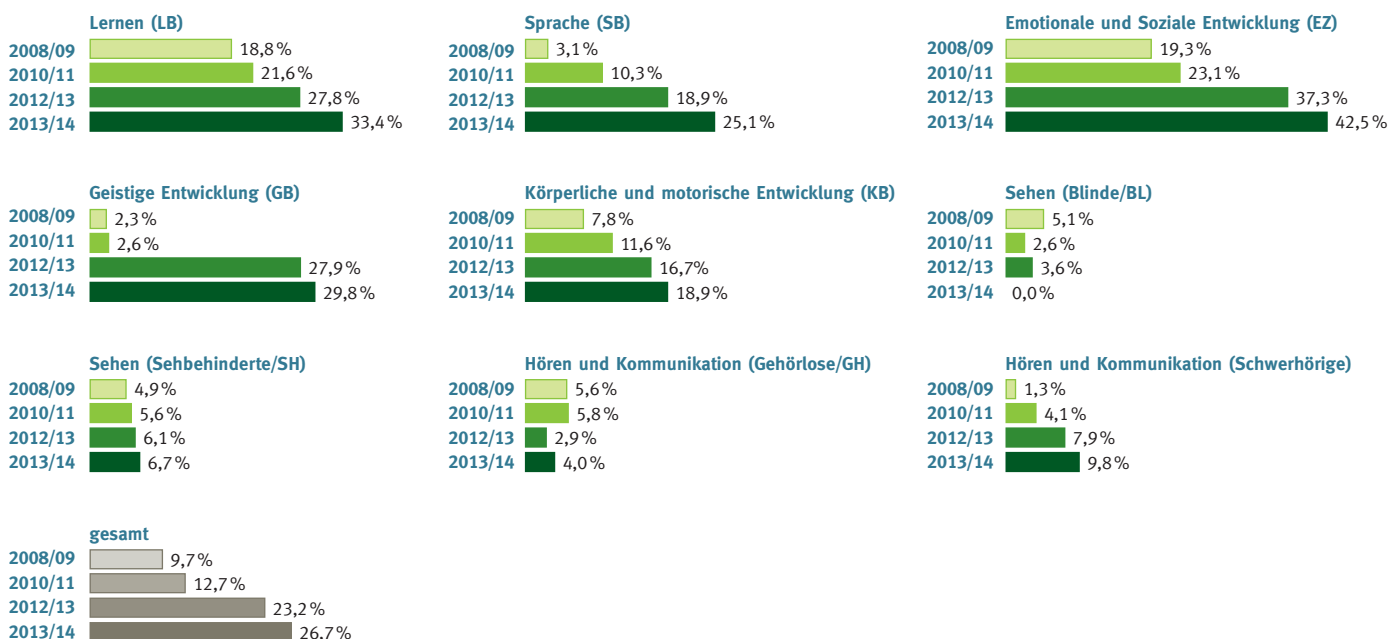
79 In den ersten vier Lebensjahren vorwiegend gesprochene Sprache.

Bereits 1987/88 wurde der „Gemeinsame Unterricht“ (GU) behinderter und nichtbehinderter Kinder, der als Vorstufe zu einer inklusiven Beschulung verstanden werden kann, an Grundschulen in Bielefeld eingeführt. 2013/14 hielten mehr als ein Viertel (26 Prozent) der Grundschulen insgesamt 288 GU-Plätze für Kinder im Primarbereich vor. Der Anteil der Kinder mit Förderbedarf, die inklusiv an einer Bielefelder Grundschule unterrichtet werden, lag somit im Schuljahr 2013/14 bei 37,4 Prozent.

Die Inklusionsquote hat sich auf der kommunalen Ebene in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich verbessert. Zwischen 2010/11 und 2013/14 stieg sie von 12,7 Prozent auf 26,7 Prozent. Damit wird mehr als jedes vierte Kind mit Förderbedarf inklusiv unterrichtet. Weiterhin bestehen jedoch Unterschiede zwischen den Schulstufen.

Abb. 25

Anteil der im allgemeinen Schulsystem integrierten Schülerinnen und Schüler nach sonderpädagogischen Förderschwerpunkten



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2014

Insbesondere in den Förderbereichen „Geistige Entwicklung“ und „Emotionale und Soziale Entwicklung“ konnte die Förderung an Schulen mit gemeinsamen Lernen erhöht werden. Hierbei ist ganz besonders die Inklusion im Bereich „Geistige Entwicklung“ hervorzuheben, bei der sich zwischen den Jahren 2010/11 und 2013/14 der Anteil von integrierten Schülerinnen und Schülern um mehr als das Zehnfache auf 29,8 Prozent gesteigert hat.

Die verschiedenen Inklusionsquoten deuten darauf hin, dass sich – auf der Grundlage der mittlerweile 25-jährigen Tradition des gemeinsamen Unterrichts und des Gemeinsamen Lernens – eine hohe Dynamik in diesem Bereich entwickelt hat. Die insgesamt bisher erreichte Inklusionsquote von 26,7 Prozent in 2013/14⁸⁰ ist ebenfalls eine deutliche Verbesserung, da sie im Vergleich zum Vorjahr (23,2 Prozent) noch einmal signifikant gestiegen ist. Der aktuelle Entwicklungsstand auf der kommunalen Ebene darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch ein großer Anteil von Schülerinnen und Schülern nicht am gemeinsamen Lernen teilhaben kann. Dies betrifft vor allem Schülerinnen und Schüler mit sehr komplexen oder Mehrfachbehinderungen und Kinder mit einem stark ausgeprägten herausfordernden Verhalten.

⁸⁰ Ausgangsbasis für die Inklusionsquote von 26,7 Prozent sind alle Schülerinnen und Schüler, die in Bielefeld beschult werden, inklusive der auswärtigen Schülerinnen und Schüler. Legt man nur die Bielefelder Schülerinnen und Schüler zugrunde, liegt die Quote bei 28,6 Prozent.

B2-3 Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern des Primar- und Sekundarbereichs nach Art des Angebots

Die Ganztagsbetreuung zielt darauf ab, Bildungsangebote, Lernformen und Lerninhalte im Schulkontext zu erweitern, eine verbesserte individuelle Förderung zu ermöglichen und damit auch herkunftsbedingte Disparitäten zu verringern. Parallel fördert die Ganztagsbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unter dem Begriff Ganztagsbetreuung lässt sich eine Vielzahl von Ausgestaltungsvarianten subsumieren.⁸¹ Der Indikator beleuchtet die quantitative Entwicklung des Ausbaus der Ganztagsbetreuung je Schulform, ohne allerdings auf qualitative Aspekte näher einzugehen.

Der Ausbau des schulischen Ganztagsangebots hat in Bielefeld nicht an Dynamik verloren. Unterschiede bestehen weiterhin zwischen den verschiedenen Schulformen.

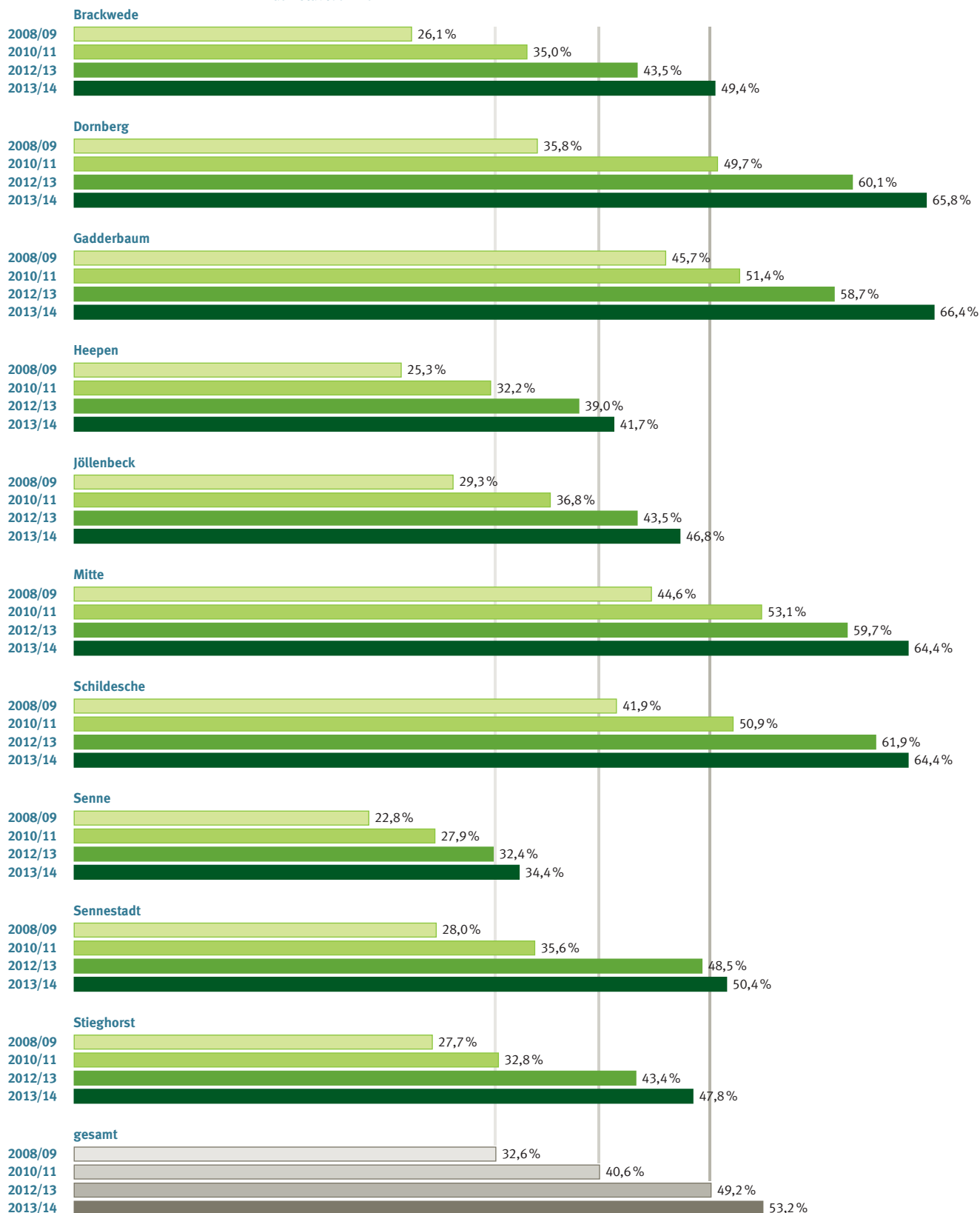
Im **Primarbereich** entwickelte sich die OGS-Nachfrage zwischen dem Schuljahr 2006/07 und 2013/14 sukzessive von durchschnittlich 19,3 Prozent auf rund 53,2 Prozent. Damit nutzte im Schuljahr 2013/14 mehr als jedes zweite Kind im Primarbereich ein OGS-Angebot. Bezogen auf die Stadtbezirke wird deutlich, dass der Anstieg in den letzten Jahren nicht gleichmäßig erfolgte, so dass auch aktuell signifikante Unterschiede in der Versorgung mit OGS-Angeboten bestehen. Die Inanspruchnahme variiert zwischen 34,4 und 6,4 Prozent.

⁸¹ Dem vollgebundenen Ganztag, in dem die Schülerinnen und Schüler an mindestens drei Tagen in der Woche verbindlich auch nachmittägliche Angebote in der Schule wahrnehmen (Sekundarstufe I), dem teilweise gebundenen Ganztag, in dem die Angebote am Nachmittag nur für einzelne Klassen oder Jahrgänge verbindlich sind und dem offenen Ganztag (OGS), in dem die Eltern individuell über eine Teilnahme entscheiden (Primarstufe). In den zurückliegenden Jahren stieg der Anteil der Schulen im Primarbereich, die in einigen Klassen ein rhythmisiertes Ganztagsangebot vorhalten. Im rhythmisierten Ganztag ist die Teilnahme bis in den Nachmittag verpflichtend.

Abb. 26

Entwicklung der Offenen-Ganztagsschul-Quoten an städtischen Grundschulen

nach Stadtbezirken



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2014

Im Schuljahr 2013/14 partizipierten 6.037 Bielefelder Kinder an den OGS-Angeboten. Die Versorgungsquote bzw. die Inanspruchnahme je Schule variiert, wie Abb. 27 zeigt, zwischen 28 Prozent und 93 Prozent. An 17 Grundschulen liegt die Quote noch unter 40 Prozent, was nur zum Teil auf Kapazitätsprobleme zurückzuführen ist. An 18 Grundschulen bestanden im Schuljahr 2013/14 Wartelisten für 256 Schülerinnen und Schüler für die Aufnahme in die OGS.

Quoten der Offenen Ganztagschule an städtischen Grundschulen

Abb. 27



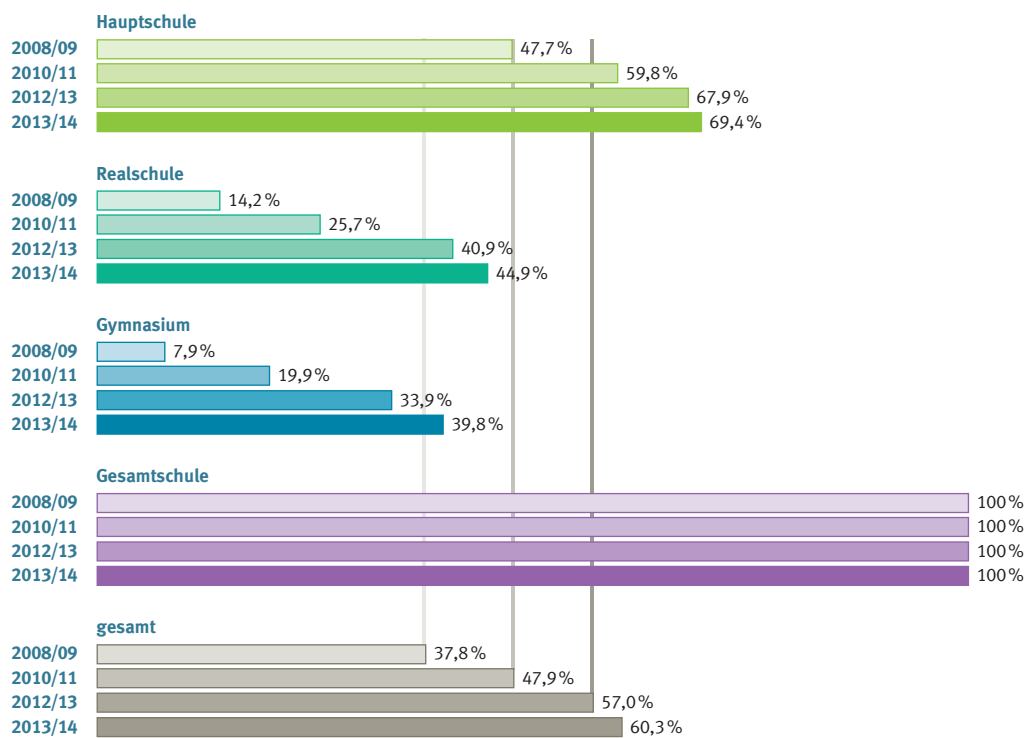
Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013; Kartographie: Amt für Geoinformation und Kataster

OGS-Angebote bestehen an allen Bielefelder Grundschulen. In den zurückliegenden Jahren entstanden – ergänzend zu den Angeboten des offenen Ganztags – auch zunehmend mehr Angebote im rhythmisierten Ganztag⁸². Diese Angebotsform entspricht im Wesentlichen dem gebundenen Ganztag, wie er an den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I und II umgesetzt wird und bietet,⁸³ mit Blick auf die individuelle Förderung, bessere Rahmenbedingungen in der Gestaltung des Schultags.⁸⁴ Im Schuljahr 2013/14 boten 11 Bielefelder Grundschulen in 42 Klassen 958 Plätze in dieser Betreuungsform an. Den rechtlichen Rahmen bilden weiter die Erlasse zur Durchführung der OGS.

Die Entwicklung des **gebundenen Ganztags** an den Schulen der **Sekundarstufe I** konnte bis zum Schuljahr 2013/14 auf 60,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler ausgebaut werden. Während die Betreuungsquote an den Hauptschulen im Schuljahr 2013/14 bei annähernd 70 Prozent lag, wiesen die Realschulen eine Quote von 44,9 Prozent aus, was einer Verdreifachung zum Schuljahr 2008/09 entspricht. Die Gymnasien erreichten eine Quote von rund 40 Prozent, was ebenfalls eine signifikante Steigerung zu 2008/09 ist. Da der gebundene Ganztag konzeptioneller Bestandteil der Gesamtschulen ist, liegt hier die Quote konstant bei 100 Prozent.

Abb. 28

Ganztagsquoten an städtischen Schulen der Sekundarstufe I nach Schulform



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2014

Eine positive Bilanzierung der mit der Ganztagsbetreuung im Primarbereich verbundenen Erwartungen lässt den Einsatz von pädagogisch geschultem Personal sinnvoll und notwendig erscheinen. Dies gilt insbesondere für den rhythmisierten Ganztag, in dem der Unterricht z. T. gemeinsam von Lehrkräften und OGS-Kräften durchgeführt wird. Das an den Bielefelder Grundschulen im OGS-Bereich eingesetzte Personal weist ein breites Qualifikationsspektrum auf. Fast die Hälfte aller Beschäftigten (48 Prozent) ist nach Aussagen der OGS-Träger nicht pädagogisch qualifiziert. 52 Prozent des eingesetzten Personals besitzen eine pädagogische Ausbildung. Sie sind Erzieherinnen, Lehrerinnen oder haben andere pädagogische Ausbildungen absolviert.

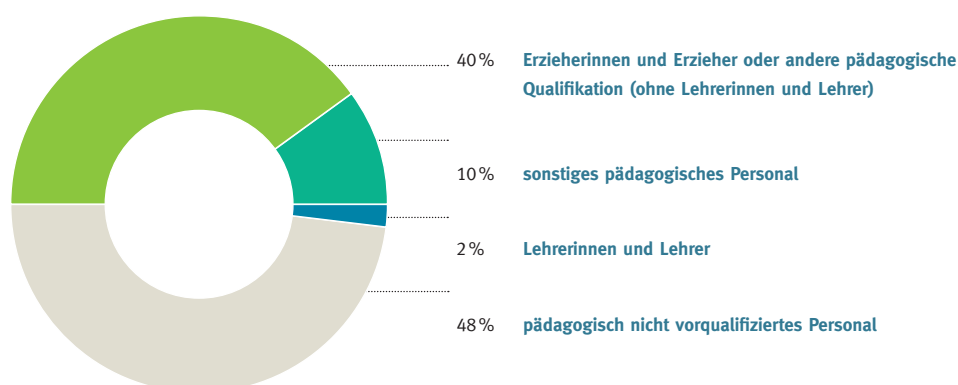
82 Konsortium der Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG) (2011).

83 Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013.

84 Rauschenbach (2012, S. 81).

Personalqualifikation in der OGS in Bielefeld

Abb. 29



Quelle: Eigene Erhebung, Amt für Schule, 2013

Im Jahre 2013 bestanden in NRW die offenen Ganztagschulen (OGS) im Primarbereich zehn Jahre. Die mit dem Konzept verfolgten Ziele waren einerseits, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu optimieren, und andererseits, die Bildungschancen und -erfolge von Kindern unabhängig vom sozialen Hintergrund zu verbessern. Verschiedene Studien belegen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine positive Entwicklung. Für eine nachhaltige Verbesserung der Chancengleichheit liegen hingegen noch keine eindeutigen empirischen Belege vor.⁸⁵ Die Bielefelder Realschulen und die Gymnasien haben ihre Ganztagsangebote seit Einführung in 2009 sukzessive ausgebaut. Inzwischen bieten die Realschulen für rund 45 Prozent und die Gymnasien für 40 Prozent ihrer Schülerschaft dieses Angebot an.

Weiterhin bestehen große Unterschiede in der quantitativen Nutzung der Angebote, sowohl zwischen den einzelnen Schulen im Primarbereich, als auch zwischen den unterschiedlichen Schulformen.

85 Börner et al. (2013, S. 4).

B2-4 Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte/Migrationshintergrund⁸⁶ und nicht deutscher Verkehrssprache

Die soziale und sozioökonomische Herkunft beeinflussen, wie auch der Migrationshintergrund und die Sprachkompetenz, den Bildungserfolg. Defizite in der Bildungssprache können sich negativ auf den schulischen Kompetenzerwerb auswirken. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn die Sprache, die in der Familie gesprochen wird, nicht Deutsch ist. Der Indikator beleuchtet die Verteilung der Übergänge im Anschluss an die Primarstufe in die weiterführenden Schulformen auf der Basis von Migrationshintergrund und Familien-, bzw. Verkehrssprache.

Sprache besitzt für den Kompetenzerwerb und den späteren Bildungserfolg eine zentrale Schlüsselrolle. Für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund stellen Defizite in der Sprachkompetenz häufig eine zusätzliche Hürde für den Bildungserfolg dar. Die Ergebnisse der PISA-Untersuchungen⁸⁷ weisen zudem darauf hin, dass das Kompetenzniveau in verschiedenen Fächern geringer ist, wenn Unterrichts- und Familiensprache nicht identisch sind. Auch stehen Grundschulempfehlungen für Übergänge zu den Realschulen und Gymnasien sowie Klassenwiederholungen in einem Zusammenhang mit dem vorhandenen Kompetenzniveau in Deutsch.⁸⁸

Im Schuljahr 2012/13 besaß mehr als jedes zweite Grundschulkind in Bielefeld einen Migrationshintergrund (60,0 Prozent). Für fast jedes dritte Kind (30,3 Prozent oder rd. 3.500 Schülerinnen und Schüler) in den Grundschulen ist die deutsche Sprache nicht die Erst- bzw. Familiensprache.⁸⁹ Nach dem Übergang von der Primarstufe an die Schulen der Sekundarstufe I sinkt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund auf insgesamt 44,1 Prozent ab.⁹⁰ Allerdings verteilen sich die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache ungleich auf die verschiedenen Schulformen. Während der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Gymnasien 28,6 Prozent (3.083 Schülerinnen und Schüler) beträgt, beläuft sich der Anteil an den Realschulen auf 50,6 Prozent (2.754 Schülerinnen und Schüler). Die Hauptschulen weisen mit 75,8 Prozent (1.477 Schülerinnen und Schüler) den höchsten Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund auf.

Für annähernd 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die eine Hauptschule besuchen, ist Deutsch nicht die Erst- bzw. Familiensprache.⁹¹ An den Gymnasien liegt dieser Anteil bei 8,3 Prozent. Die Realschulen weisen einen Anteil von 30,6 Prozent aus und die Gesamtschulen einen Anteil von 23,7 Prozent.

86 Die für diesen Indikator verwendeten Daten basieren auf dem Begriff Zuwanderungsgeschichte. Bis 2008 wurden in NRW die Begriffe Migrationshintergrund und Zuwanderungsgeschichte analog verwandt. Nach 2008 verständigten sich Bund und Länder auf eine einheitliche Definition, wie sie vom statistischen Bundesamt für die Auswertung des Mikrozensus verwendet wird. Zu den Einwohnern mit Migrationshintergrund/mit Zuwanderungsgeschichte zählen Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte, im Ausland geborene Deutsche sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler (persönlicher Migrationshintergrund). Kinder bis 18 Jahren im Haushalt der Eltern, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, zählen ebenfalls zu den Einwohnern mit Migrationshintergrund (familiärer Migrationshintergrund). Vgl. Definition der Unterarbeitsgruppe Migrationshintergrund in der Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsstatistik des Verbandes Deutscher Städtestatistiker e.V.

87 Vgl. Kornmann (2004).

88 Geißler und Weber-Menges (2008, S. 14ff.).

89 IT.NRW, Stadt Bielefeld – Amt für Schule 2013.

90 Das in den weiterführenden Schulen die Migrationsquoten aktuell noch geringer als in der Primarstufe sind, liegt zum einen an den überwiegend ohne Migrationshintergrund einpendelnden Schülerinnen und Schülern. Eine weitere Ursache besteht darin, dass die Schülerwelle mit hohen Migrationsquoten erst sukzessive in den weiterführenden Schulen ankommen wird.

91 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008a), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008b).

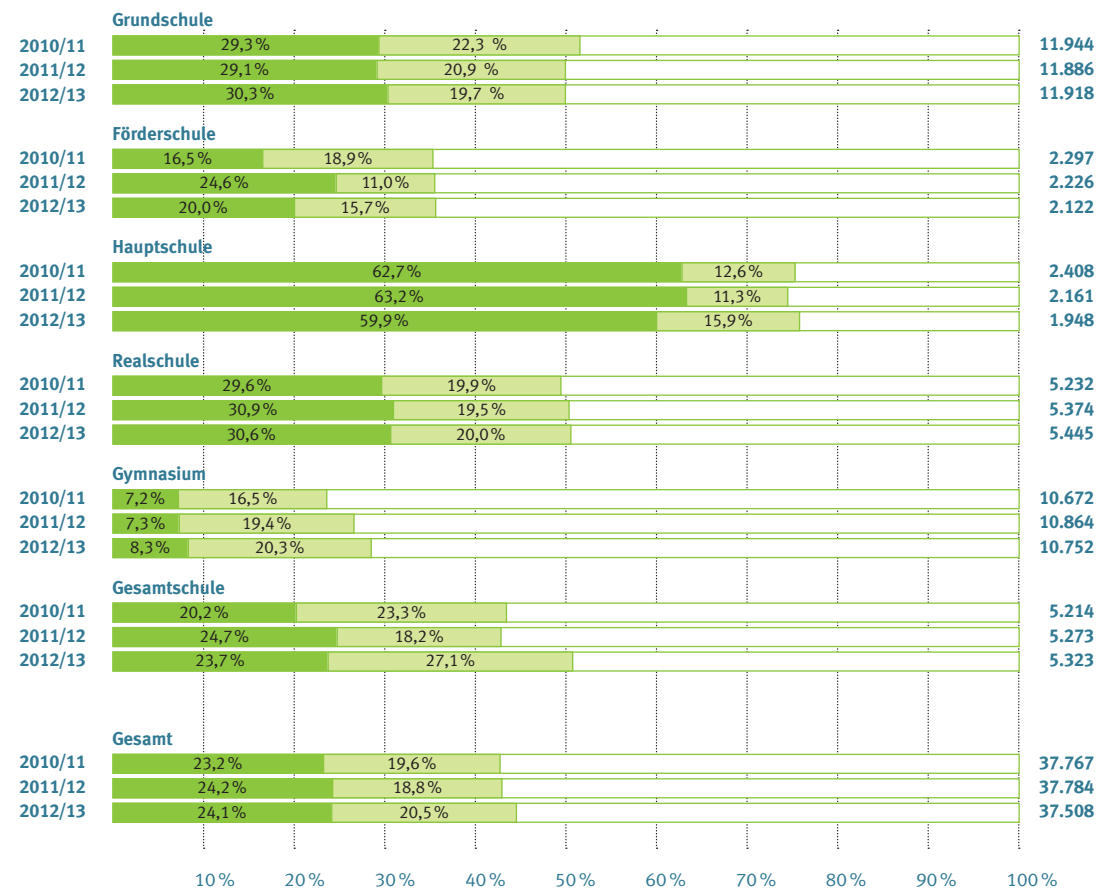
Anteil der Schülerinnen und Schüler (mit Zuwanderungsgeschichte) nach deutscher und nicht deutscher Verkehrssprache (nach Schulform)

Abb. 30

zugewanderte Schülerinnen und Schüler mit

■ nicht deutscher Verkehrssprache ■ deutscher Verkehrssprache
■ Deutsche mit Verkehrssprache Deutsch

Schülerinnen und
Schüler gesamt



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Das Ausmaß der innerstädtischen Segregation⁹² von Migranten spiegelt sich besonders in den Grundschulen wider. Einzelne Stadtbezirke stehen vor der Herausforderung, einen hohen Anteil von Kindern zu beschulen, deren Verkehrssprache in der Familie nicht Deutsch ist. Durch die abweichende Bildungssprache können sich für diese Kinder zusätzliche Nachteile beim Kompetenzerwerb und konkreten Lernerfolgen ergeben. Abb. 30 liefert einen Überblick über die Verteilung der Grundschüler mit Zuwanderungsgeschichte mit deutscher und nicht deutscher Verkehrssprache. Einzelne Stadtbezirke weisen hohe Quoten von Schülerinnen und Schülern aus, die in den Herkunftsfamilien kein Deutsch sprechen.

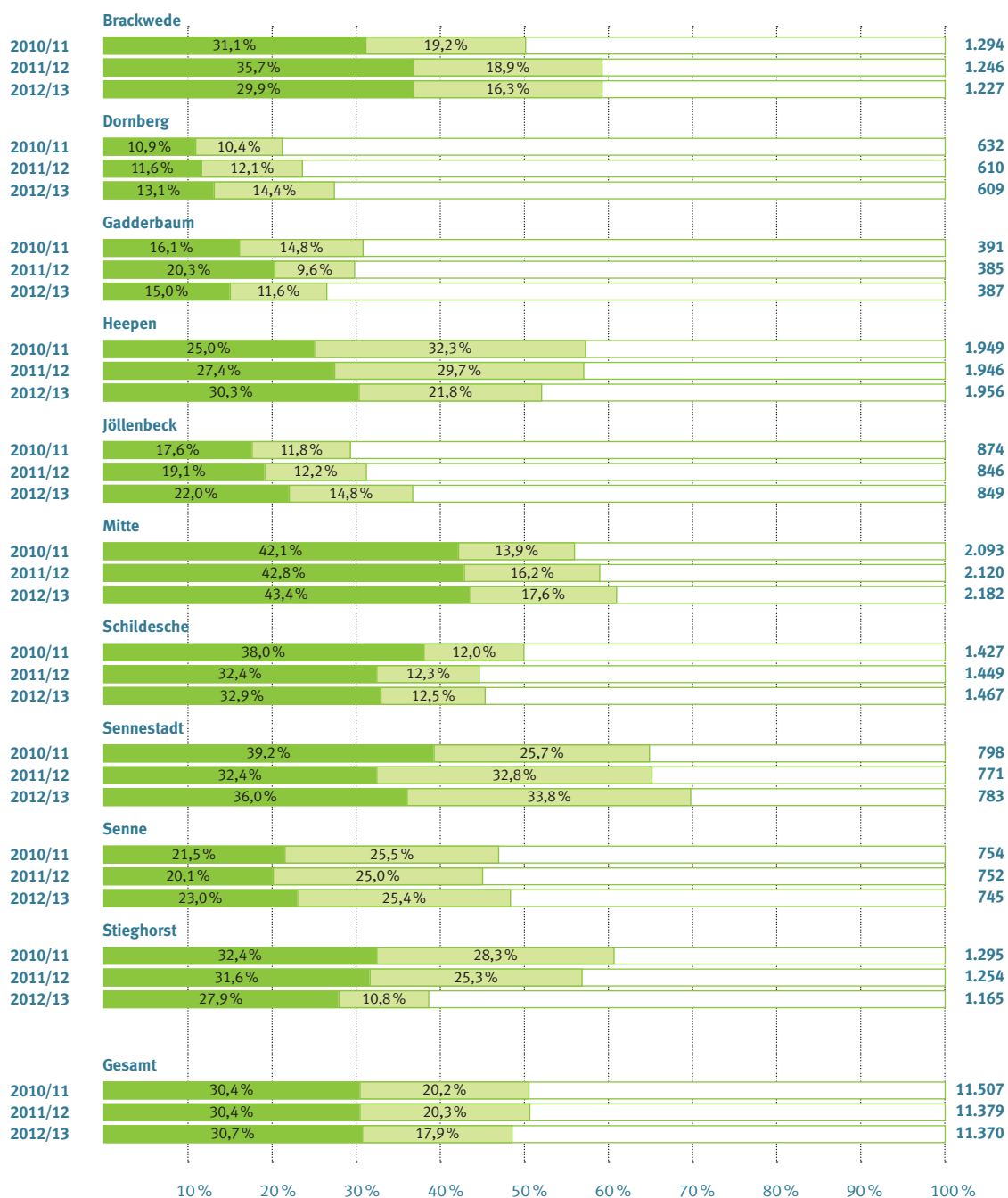
92 Segregation beschreibt die Tendenz zur Polarisierung bestimmter Merkmale. Zum Beispiel, wenn sich bestimmte Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet oder in einem Wohnviertel ungleich verteilen.

Abb. 31

Anteil der Schülerinnen und Schüler (mit Zuwanderungsgeschichte) nach deutscher und nicht deutscher Verkehrssprache

zugewanderte Schülerinnen und Schüler mit

■ nicht deutscher Verkehrssprache ■ deutscher Verkehrssprache
□ Deutsche mit Verkehrssprache Deutsch

Schülerinnen und
Schüler gesamt

Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Für den späteren Schulerfolg besitzt die frühe Herausbildung sprachlicher Fähigkeiten, wie z. B. das phonologische Verständnis oder die Förderung der Lesekompetenz, einen zentralen Stellenwert⁹³. Diese Fähigkeit ist ebenfalls für die Schriftsprache entscheidend. Entfällt die familiäre Förderung in der Unterrichtssprache, kann das den Schulerfolg maßgeblich beeinflussen.

Der vorliegende Segregationstrend von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Familiensprache bzw. Verkehrssprache an die Hauptschulen, stellt diese Schulform seit Jahren vor sehr große Herausforderungen. Ein heterogenes Lernumfeld

93 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 50).

hat häufig positive Auswirkungen auf den Kompetenzerwerb und den Lernerfolg. Vor diesem Hintergrund ist das inzwischen tendenziell homogene Leistungsspektrum an dieser Schulform als problematisch für den Bildungserfolg anzusehen. Das sukzessive Auslaufen der Schulform Hauptschule führt zu einer stärkeren Heterogenität an den aufnehmenden Schulformen und bietet somit für die Schülerinnen und Schüler positive Wirkungen.

Bildungsbiographien werden von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Neben der sozialen und ökonomischen Herkunft hat die erworbene Sprachkompetenz eines Kindes einen besonderen Stellenwert im Bildungsverlauf und für den späteren Bildungserfolg.⁹⁴ Neben dem aktiven Sprachgebrauch und der frühen Sprachförderung in der Familie, dem ein sehr hoher Stellenwert bei der Sprachkompetenzentwicklung beigemessen werden kann, kommt den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen eine hohe Bedeutung in der Sprachförderung zu. Dies gilt insbesondere in Sozialräumen, die mit hohen bildungsrelevanten sozialen Belastungen konfrontiert sind und in denen der Anteil der Kinder nicht deutscher Verkehrssprache hoch ist. Da Segregationsentwicklungen im Wohnumfeld nur sehr schwer beeinflussbar sind, sollten qualitativ hochwertige, durchgängig laufende Sprachförderangebote kompensatorisch eingesetzt werden. Flankierende Maßnahmen, wie z.B. kleinere Lerngruppen sowie eine gezielte Einbindung der Eltern, könnten die Förderung unterstützen.

94 Geißler und Weber-Menges (2008, S. 21).

B2-5 Integration schulischer Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger

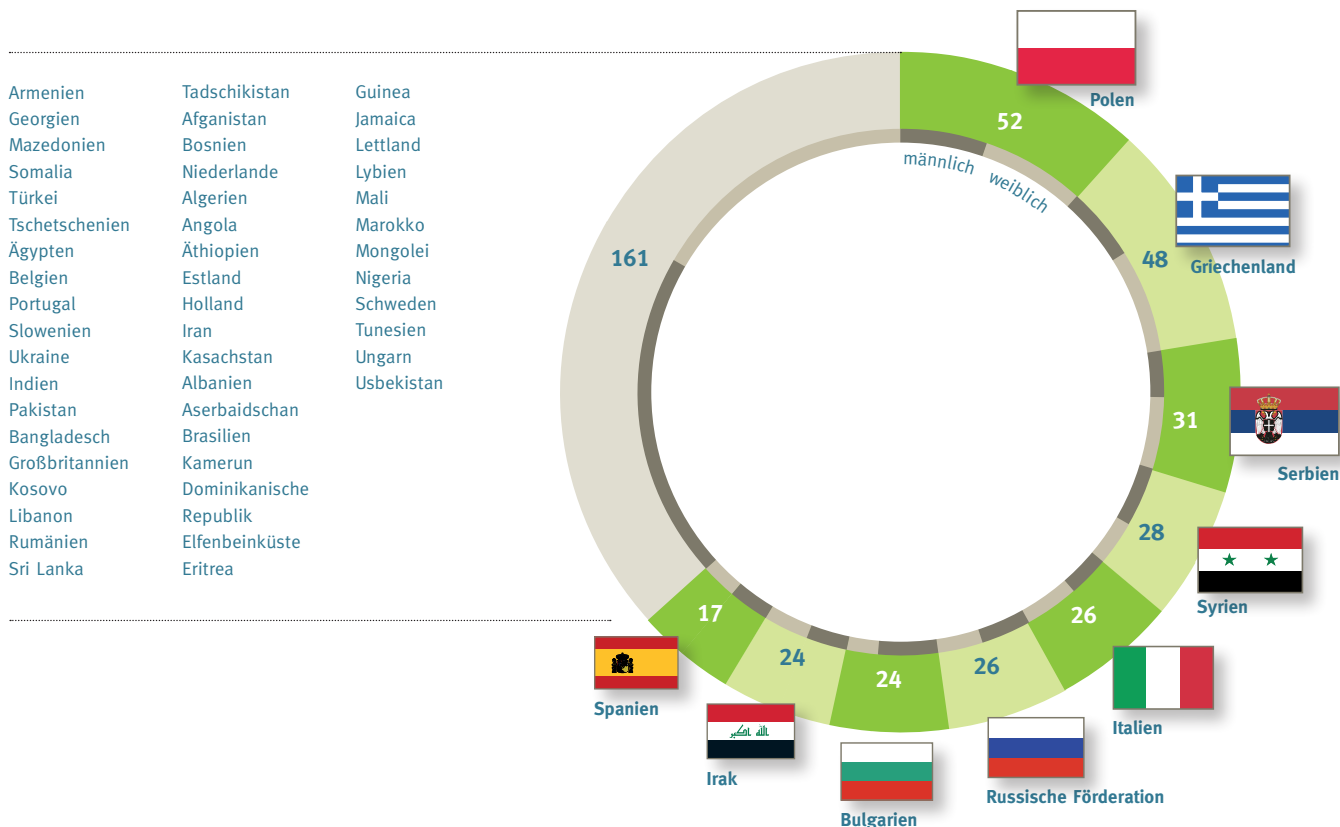
Als sogenannte Seiteneinsteigerinnen bzw. Seiteneinsteiger werden Kinder bzw. Jugendliche mit Migrationshintergrund bezeichnet, die aus dem Ausland kommend nach Deutschland einreisen und in das hiesige Schulsystem integriert werden. Dieser Teilindikator beleuchtet den Umfang, die Schulformstufen sowie die Klassen, in die zugewanderte schulpflichtige Kinder und Jugendliche in der Stadt Bielefeld einmünden. Darüber hinaus liefert er Informationen zur Herkunft der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger.

Die Gruppe der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger setzt sich aus Kindern zusammen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen sind, aus Kontingentflüchtlings, Aussiedlerkindern und Kindern aus asylsuchenden Familien sowie allein reisenden Jugendlichen, die selbst Asylsuchende sind. Sie verfügen über unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen und schulische Erfahrungen und besitzen geringe bis keine Deutschkenntnisse.

Die Zuwanderung ist stark von ökonomischen und politischen Entwicklungen im Herkunftsland beeinflusst. Kamen 2010 noch ca. 80 Prozent der Kinder aus Asien (primär aus dem Irak), verringerte sich dieser Anteil 2013 auf 30 Prozent. Dafür stieg, bedingt durch die Wirtschaftskrise, die innereuropäische Zuwanderung von Kindern auf 60 Prozent. Dreiviertel dieser Gruppe waren 2013 EU-Bürgerinnen und -Bürger. 2013 wurden insgesamt 437 schulpflichtige Kinder und Jugendliche beraten.

Abb. 32

Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger, die 2013 vom Kommunalen Integrationszentrum beraten wurden nach Herkunftsland



Quelle: Schulamt Bielefeld/Kommunales Integrationszentrum 2014

Nach dem Schulgesetz NRW⁹⁵ sind diese Kinder uneingeschränkt schulpflichtig.⁹⁶ Für eine Integration und gesellschaftliche Teilhabe benötigen sie eine umfangreiche Beratung und individuelle Förderung.

⁹⁵ SchulG NRW.

⁹⁶ §1, §2 und §34 SchulG. NRW Stand 2013.

Die Beratung der schulpflichtigen Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger wird im Auftrag des Schulamtes für die Stadt Bielefeld vom Kommunalen Integrationszentrum durchgeführt. Berufsschulpflichtige Seiteneinsteigerinnen bzw. Seiteneinsteiger werden von der Beratungsstelle der REGE mbH begleitet, die in Bielefeld für die kommunale Koordinierung des Übergangs Schule-Beruf zuständig ist.

Ziel der Beratung ist es, den Kindern und Jugendlichen eine bestmögliche Förderung entsprechend ihrer Fähigkeiten zu ermöglichen und eine dafür geeignete Schule zu finden. Das Kommunale Integrationszentrum erarbeitet individuelle Zuweisungsvorschläge.

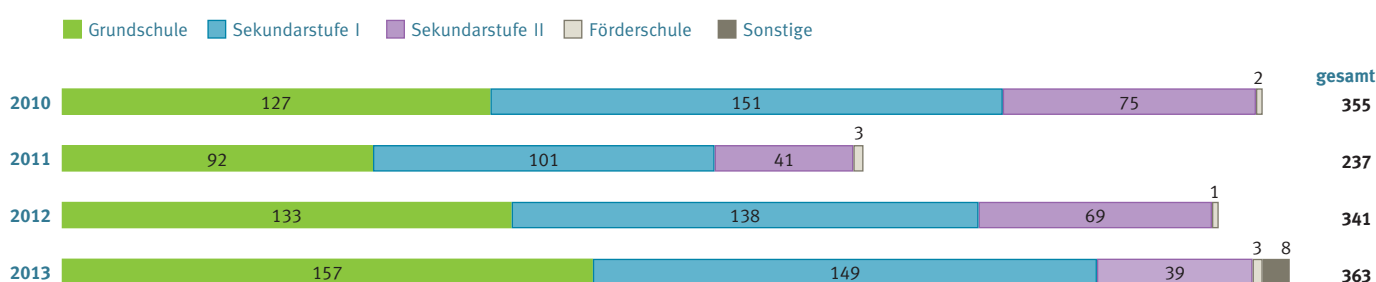
Vorrangig sollen Schülerinnen und Schüler⁹⁷ in Regelklassen integriert werden. Klassen, die ausschließlich von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte besucht werden, sollen vermieden werden. Für schulpflichtige Schüler mit Zuwanderungsgeschichte, deren Kenntnisse in der deutschen Sprache die Teilnahme am Unterricht einer Regelklasse noch nicht ermöglichen, werden sogenannte Auffang- und Vorbereitungsklassen eingerichtet. Dieses ist in allen Schulformen möglich. Die Besuchsdauer der schulformunabhängigen Auffang- und Vorbereitungsklassen ist auf maximal zwei Jahre zu begrenzen.

In Bielefeld werden neuzugewanderte Grundschülerinnen und Grundschüler vorrangig in den Regelklassen⁹⁸ der wohnortnächsten Schule beschult. Nur in begründeten Fällen werden Kinder im Grundschulalter in internationalen Klassen, bzw. Auffang- und Vorbereitungsklassen beschult. Auch in der Sekundarstufe I sollen neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler sofort einer Regelklasse zugewiesen werden. Reichen die vorhandenen deutschen Sprachkenntnisse noch nicht für die Aufnahme in eine Regelklasse aus, wird zunächst in Auffang- und Vorbereitungsklassen beschult.

Im Schuljahr 2013/14 gab es in Bielefeld 16 Auffang- und Vorbereitungsklassen bzw. -gruppen in der Sekundarstufe, davon sind 13 an Hauptschulen, eine an einer Gesamtschule und zwei an einer Realschule angegliedert.⁹⁹ In den Klassen bzw. Gruppen wird schulformunabhängig auf den erfolgreichen Besuch einer Regelklasse vorbereitet. Dabei steht eine sprachliche Förderung der Zweitsprache Deutsch im Vordergrund. Angesichts der auslaufenden Schulform der Hauptschule werden andere Schulformen das Angebot übernehmen müssen.

Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger, die vom Kommunalen Integrationszentrum ins Schulsystem integriert wurden nach Schulstufen

Abb. 33



Quelle: Schulamt Bielefeld/Kommunales Integrationszentrum 2014

⁹⁷ Nach § 34 SchulG NRW (1) sind alle Kinder und Jugendlichen schulpflichtig, die in NRW ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Schulpflicht besteht auch für Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie für allein stehende Kinder und Jugendliche, die einen Asylantrag gestellt haben, solange ihr Aufenthalt gestattet ist. Jeder junge Mensch hat nach § 1 SchulG NRW (1), ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht, ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung. Nach § 2 SchulG NRW (1) fördert die Schule die Integration von Schülerinnen und Schülern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, durch Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache. Dabei achtet und fördert sie die ethnische, kulturelle und sprachliche Identität (Muttersprache) dieser Schülerinnen und Schüler. Sie sollen gemeinsam mit allen anderen Schülerinnen und Schülern unterrichtet und zu den gleichen Abschlüssen geführt werden.

⁹⁸ Laut dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sind für eine entsprechende Schulzuweisung und für den Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte zahlreiche Grundsätze zu berücksichtigen. Vgl. BASS 2013/14 13-63 Nr. 3.

⁹⁹ 3 Klassen an der Hauptschule Baumheide, 5 an der Hauptschule Brodhagen, 3 an der Hauptschule Lutherschule, 2 an der Hauptschule Marktschule, 1 an der Gesamtschule Rosenhöhe, 2 an der Realschule Brackwede.

In der Regel benötigen die Kinder und Jugendlichen, auch wenn ein bestimmter Sprachstand bereits erreicht ist, der die Mitarbeit in einer Regelklasse ermöglicht, noch additive individuelle Sprachförderung in der Bildungssprache, damit der Anschluss an das Niveau der Regelklasse gehalten werden kann und die Bildungspotentiale sich weiter entwickeln können.

Die Stadt gewährt Zuschüsse für schulische Integrationshilfen, die in erster Linie auf eine individuelle sprachliche Unterstützung zum Erwerb der Bildungssprache ausgerichtet sind. An der individuellen Förderung haben 321 Schülerinnen und Schüler im Jahr 2013 teilgenommen. Darüber hinaus wurden im Schuljahr 2013/14 an 33 Schulen 46 Projekte bzw. Maßnahmen durchgeführt.

Kam zwischen 2010 und 2013 eine relativ konstante Anzahl schulischer Seiteneinsteiger aus dem Ausland nach Bielefeld, ist für die Folgejahre mit einem Anstieg des Kontingents zu rechnen. Bisher erfolgte die Versorgung der schulischen Seiteneinsteiger überwiegend in den Hauptschulen. Infolge des sukzessiven Auslaufens der Schulform Hauptschule muss dieser wachsende Bedarf über die anderen Schulformen abgedeckt werden.

B2-6 Schülerinnen und Schüler in der 4. Grundschulklasse nach Schulformempfehlung

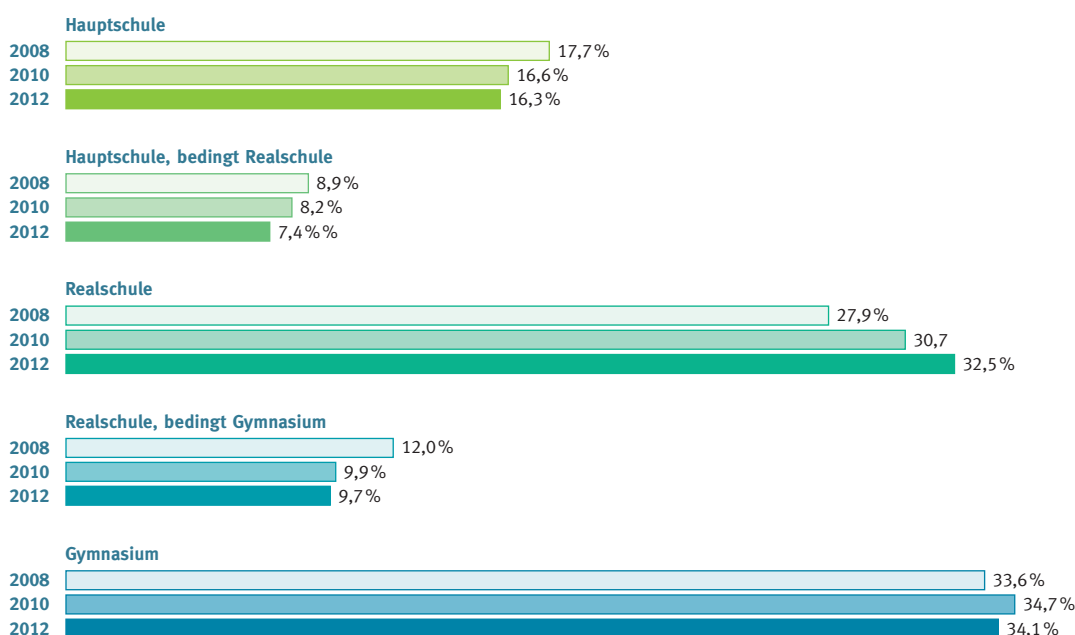
Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsinstitutionen stellen Weichenstellungen im Bildungssystem dar, die die Bildungsbiographie und den Bildungserfolg beeinflussen. An diesen können sich soziale Ungleichheiten weiter verfestigen.¹⁰⁰ Entscheidend wird dieser Übergang durch die Empfehlungen der Grundschulen beeinflusst. Der Indikator beleuchtet die Übergangsempfehlungen zu den verschiedenen Schulformen im Zeitverlauf und fokussiert darüber hinaus die Übergangsempfehlungen zu den Gymnasien im Verhältnis zu den bildungsrelevanten sozialen Belastungen je Grundschuleinzugsbereich.

Dem Übergang von der Grund- in die weiterführende Schule kommt eine hohe Bedeutung zu, bestimmt er doch häufig den weiteren Bildungsweg und auch den späteren Bildungsabschluss des Kindes mit. Insofern stellt die Übergangsempfehlung der Schule eine zentrale bildungsbiographische Weichenstellung dar. In NRW erstellen die Grundschulen die Übergangsempfehlungen für die sich anschließende Schulform. Grundsätzlich kann der Elternwille die Entscheidung der Schulen übersteuern. Häufig besteht aber eine hohe Übereinstimmung zwischen den Empfehlungen der Schule und den Entscheidungen der Eltern für eine bestimmte Schulform.¹⁰¹

Die Quoten der Übergangsempfehlungen weisen, bezogen auf die Schulformen, zwischen 2008 und 2012 nur zu den Realschulen nennenswerte Abweichungen auf. 2012 erhielt nur noch etwa jedes sechste Kind eine Hauptschulempfehlung, aber mehr als jedes dritte Kind eine uneingeschränkte Empfehlung zu den Realschulen (32,5 Prozent) und den Gymnasien (34 Prozent). Während die Realschulempfehlungen von 27,9 Prozent auf 32,5 Prozent zulegten, hielten sich die Gymnasialempfehlungen auf konstant hohem Niveau von rund 34 Prozent.

Übergangsempfehlungen der städtischen Grundschulen 2012/13¹⁰²

Abb. 34



Quelle: Schulamt für die Stadt Bielefeld/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Eine Reihe von Studien belegen, dass die bereits bei Schulbeginn bestehenden sozialschichtabhängigen Kompetenzunterschiede bei Kindern auch am Ende der 4. Klasse weiterhin vorhanden sind und im Übergang zu den weiterführenden Schulen zu einer ungleichen Bildungsbeteiligung

¹⁰⁰ Vgl. Bellenberg (2013), Maaz und Nagy (2009).

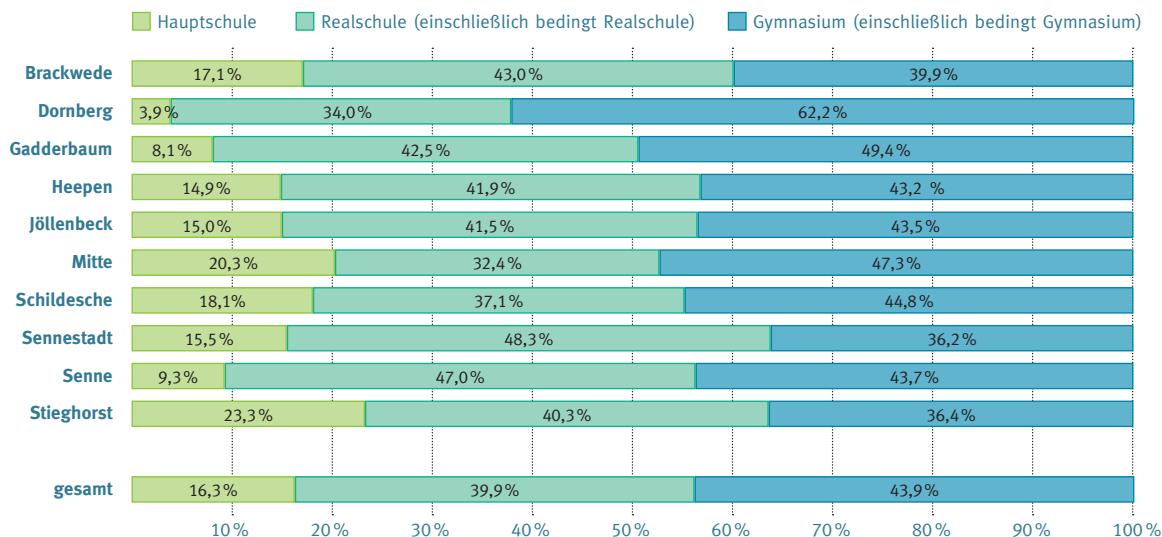
¹⁰¹ Satory et al. (2013, S. 109).

¹⁰² In der Abbildung wurde auf eine Darstellung der bedingten Empfehlungen aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet.

führen.¹⁰³ Die Empfehlungen der Grundschulen für die weiterführenden Schulen fördern diese Disparitäten, denn die Empfehlungen der Lehrkräfte basieren nicht nur auf den kognitiven Leistungen der Kinder. Der soziale Hintergrund des Kindes beeinflusst die Empfehlung ebenfalls.¹⁰⁴

Abb. 35

Übergangsempfehlungen der städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2012/13 zusammengefasst nach Stadtbezirken



Quelle: Schulamts für die Stadt Bielefeld/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Je nach Stadtbezirk divergieren die Hauptschulempfehlungen zwischen 3,9 Prozent und 23,3 Prozent. Die Spannweite bei den Gymnasialempfehlungen liegt auf der Ebene der Stadtbezirke zwischen 36,2 Prozent und 62,2 Prozent. Auf der kleinräumigeren Ebene der Grundschuleinzugsbereiche weisen die Übergangsempfehlungen (2012/13) zu den Hauptschulen eine Spannweite zwischen 2,8 Prozent und 47,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf. Damit erhält an einigen Schulen jede zweite Schülerin bzw. Schüler im Anschluss an die Primarstufe eine Empfehlung für die Schulform Hauptschule.¹⁰⁵ Die gymnasialen Übergangsempfehlungen je Schule weisen eine Spreizung von 28 Prozent bis 80 Prozent aus.

Eine Analyse der gymnasialen Übergangsempfehlungen vor dem Hintergrund hoher bzw. geringer bildungsrelevanter sozialer Belastungen je Grundschuleinzugsbereich, weist statistisch auf einen Zusammenhang der beiden Variablen/Indikatoren hin.¹⁰⁶ Das Zusammenhangsmaß der Übergangsempfehlungen und der bildungsrelevanten sozialen Belastungen beträgt rund 30 Prozent. Bei realen Messungen von Zusammenhangsmaßen werden selten Werte erzielt, die höher als 40 Prozent liegen, da in der Regel mehrere Begründungen für eine Entwicklung möglich sind.¹⁰⁷ Damit liegt statistisch ein hohes Zusammenhangsmaß zwischen den bildungsrelevanten sozialen

¹⁰³ Baumert et al. (2010, S. 385f.).

¹⁰⁴ Satory et al. (2013, S. 110).

¹⁰⁵ IT.NRW – Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013.

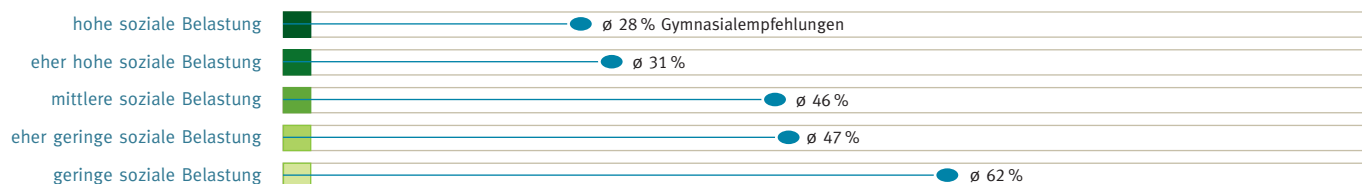
¹⁰⁶ Beim Signifikanztest (nach Pearson) wird mathematisch errechnet, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass Zusammenhänge zwischen Werten auf reinem Zufall basieren. Eine Pearson-Korrelation ist bei einem Niveau von 0,05 signifikant (zweiseitig). Bielefeld weist in der eigenen Untersuchung einen Ergebniswert von 0,045 auf. In den Geisteswissenschaften ist eine »Fehlerquote« von 5% (0,05) akzeptabel, um eine Aussage als »sicher« zu bezeichnen. Die Signifikanz führt aber nicht kausal zu einem Zusammenhangsmaß. Dieses Maß wird in der Berechnung zusätzlich errechnet und gibt an, wie stark die Abhängigkeit der beiden Variablen/Indikatoren ist. Bei einem Wert von 1 herrscht absolute Abhängigkeit. Je schwächer das Maß ist, desto geringer die Abhängigkeit. Je höher also dieses Maß, desto besser lassen sich Entwicklungen voraussagen. In der Regel gibt es aber nicht die »eine Begründung« für eine Entwicklung, und deswegen ist das Zusammenhangsmaß bei realen Messungen/Werten selten höher als 0,2–0,4. Es besteht ein rund 30-prozentiges lineares Zusammenhangsmaß.

¹⁰⁷ Berechnungen Stadt Bielefeld, Bildungsbüro/Universität Bielefeld – Kontaktstelle wissenschaftliche Weiterbildung (KWW) 2014.

Belastungen und den Gymnasialempfehlungen vor. Welche weiteren Variablen die Übergangsempfehlungen beeinflussen und in welchem Umfang, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Dafür sind weitere Erhebungen notwendig.

Anteil der Übergangsempfehlungen zu den Gymnasien nach bildungsrelevanten sozialen Belastungen in den wohnortnahen Schuleinzugsbereichen (Schuljahr 2012/13)

Abb. 36

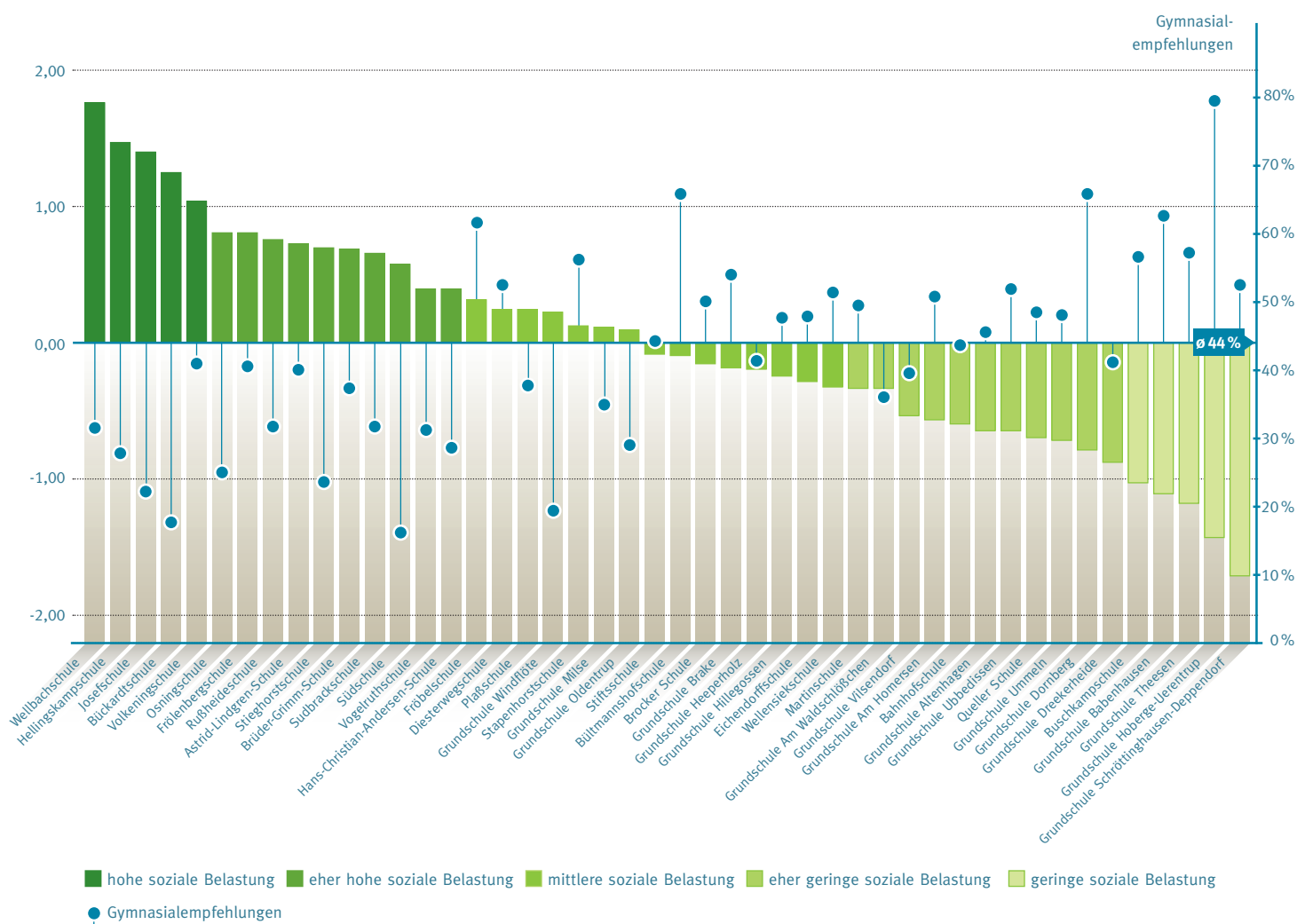


Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule/Universität Bielefeld 2013

Hohe bzw. geringe soziale Belastungen in einem wohnortnahen Schuleinzugsbereich führen, wie Abb. 37 verdeutlicht, nicht kausal zu unter- bzw. überdurchschnittlichen gymnasialen Übergangsempfehlungen. Vielmehr kommt es in Schuleinzugsbereichen mit mittleren und geringen sozialen Belastungen zu Abweichungen. Schülerwanderungen über die wohnortnahen Schuleinzugsbereiche hinaus zu anderen Grundschulen könnten sich in den Übergangsempfehlungen widerspiegeln und das Ergebnis in einzelnen Schuleinzugsbereichen beeinflussen.

Bildungsrelevante soziale Belastungen und Gymnasialempfehlungen (2012)

Abb. 37



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule/Universität Bielefeld 2013

Die Empfehlungsquoten der Grundschulen zu den weiterführenden Schulformen haben sich nur marginal verändert. Nur im Bereich der Schulform Realschule ist eine Steigerung zu beobachten. Weiterhin bestehen bei den Übergangsempfehlungen zu den verschiedenen Schulformen Unterschiede je Stadtbezirk.

Die für die wohnortnahen Schuleinzugsbereiche ermittelten bildungsrelevanten sozialen Belastungen spiegeln sich in den Übergangsempfehlungen der Grundschulen zu den Gymnasien signifikant wider. Der errechnete Wert weist mit rund 30 Prozent statistisch ein hohes Zusammenhangsmaß aus. Gleichwohl lassen sich in einigen Schuleinzugsbereichen auch Abweichungen beobachten. So führen in einzelnen Schuleinzugsbereichen eher geringe soziale Belastungen nicht automatisch zu hohen Gymnasialempfehlungen und eher hohe Belastungen nicht überall zu niedrigen Empfehlungsquoten. Zum Beispiel könnten Schülerwanderungen das Ergebnis für einzelne Grundschuleinzugsbereiche beeinflussen. Eine Vielzahl von Studien belegen darüber hinaus einen Einfluss der sozialen Herkunft auf den Kompetenzerwerb¹⁰⁸, die Schullaufbahnempfehlung und die Benotung.¹⁰⁹

B2-7 Bildungsübergänge auf weiterführende Schulen

*Der Übergang von der Primarstufe in die Schulformen der Sekundarstufe I ist ein entscheidender Schritt für Kinder, der die Bildungsbiographie langfristig beeinflussen kann. Dieser Teilindikator gibt zum einen die Entwicklung der **Übergangsquote** von der Grundschule auf die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen wieder. Zum anderen wird die Quote des Übergangs von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen abgebildet.*

Die **Übergangsempfehlungen** der Grundschulen zu den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I weisen, wie unter B2-6 dargestellt, für die zurückliegenden Jahre nur geringfügig Veränderungen auf. Dementgegen unterliegen die **tatsächlichen Übergänge** einer deutlichen Verschiebung. Die Realschulen und die Gymnasien verzeichnen seit 2004 weitgehend kontinuierliche Zuwächse von insgesamt über 3 Prozent. Im Schuljahr 2013/14 wechselten im Anschluss an die Grundschule nur noch 3,6 Prozent der Bielefelder Schülerinnen und Schüler auf eine Hauptschule. Hält diese Entwicklung an, wird die Schulform Hauptschule in den kommenden Jahren sukzessiv auslaufen.

Höhere Bildungsaspiration der Eltern für ihre Kinder führen zu einer weiter an Dynamik gewinnenden Umverteilung der Schülerinnen und Schüler. So rekrutieren sich die beobachtbaren Zuwächse an den Realschulen insbesondere aus der potentiellen Schülerschaft der Hauptschulen. Die Realschulen kompensieren damit die Abwanderung eines Teils ihrer Zielgruppe zu den Gymnasien.

Sollte die Schulform Hauptschule aufgrund der geringen Nachfrage auslaufen, hat das Folgen für die gesamte Schullandschaft. Da die Gesamtschulen bereits jetzt nicht alle Anmeldewünsche erfüllen können, werden die Realschulen ein höheres Schülerkontingent aufnehmen müssen. Die weiter zunehmende Tendenz zu gymnasialer Bildung könnte dazu führen, dass mehr Schülerinnen und Schüler mit Realschulempfehlung ihre Schulkarriere an einem Gymnasium beginnen. Für die Gymnasien würde dieser Trend zu einer deutlich stärkeren Heterogenität der Schülerschaft führen.¹¹⁰

¹⁰⁸ Ehmke und Jude (2010, S. 231).

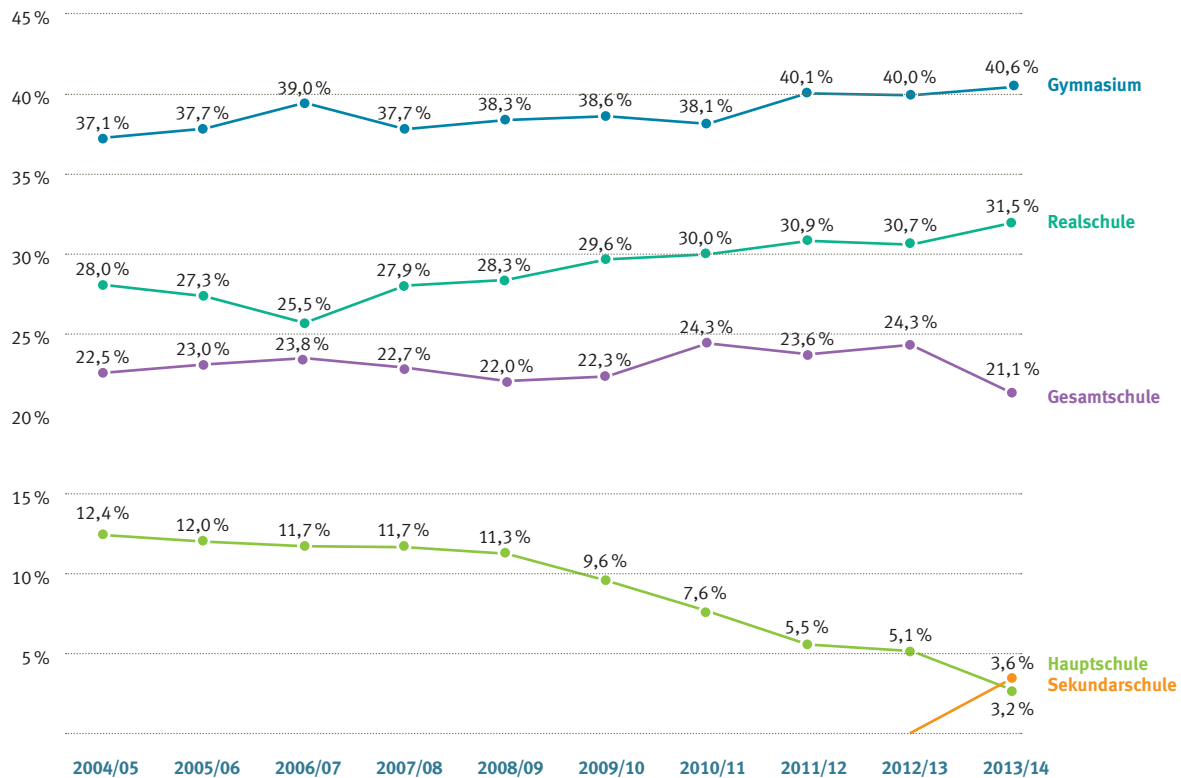
¹⁰⁹ Maaz und Nagy (2009, S. 155ff.).

¹¹⁰ Schwankungen in den Übergangsquoten (Abb. 38) entstehen durch die unterschiedlichen Jahrgangsgrößen. Die Aufnahmekapazitäten der vier Bielefelder Gesamtschulen wurden in den zurückliegenden Jahren immer voll ausgeschöpft.

Übergangsquoten der Bielefelder Grundschülerinnen und -schüler in die Sekundarstufe I

Abb. 38

(in Prozent von 2004/05 bis 2013/14)

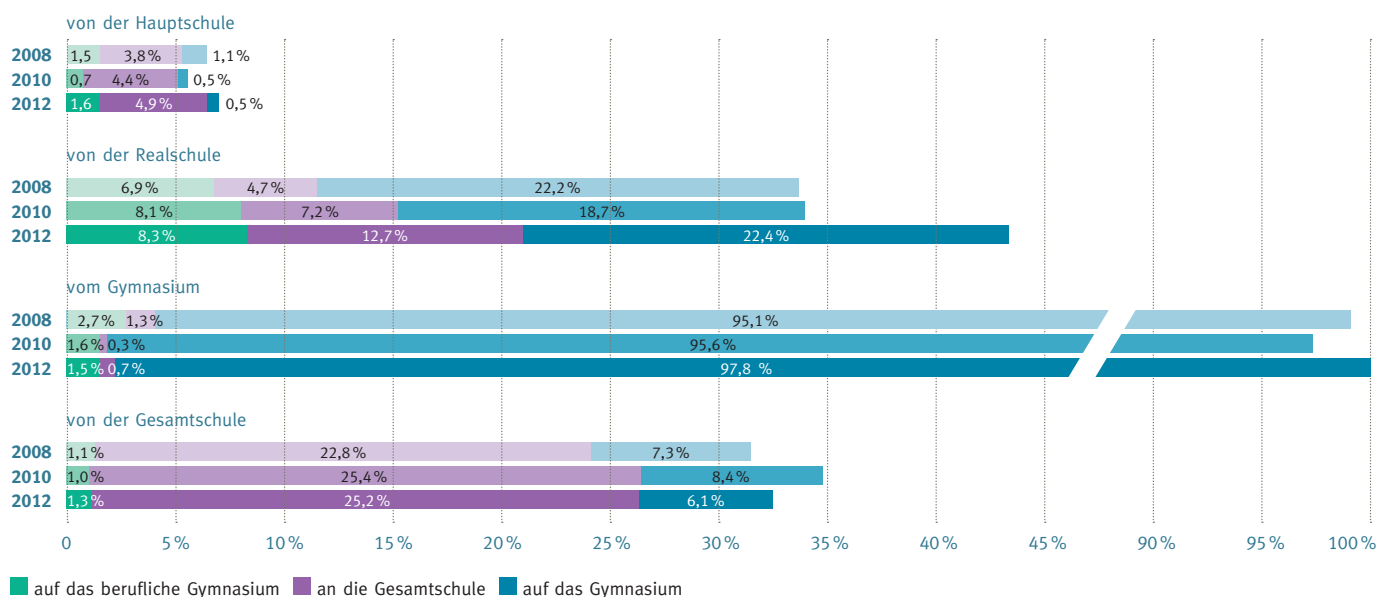


Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Um das Abitur zu erwerben, bestehen unterschiedliche Möglichkeiten der Einmündung in die Sekundarstufe II. Neben dem klassischen direkten Weg in Gymnasium und Gesamtschule kann die Hochschulzugangsberechtigung auch an den beruflichen Gymnasien der Berufskollegs erworben werden. Die Analyse der Übergänge in die Sekundarstufe II liefert Hinweise, in welchem Umfang Schülerinnen und Schüler an den unterschiedlichen Schulformen ihr Abitur erwerben können.¹¹¹

Anteil der Übergänger in die gymnasiale Oberstufe (nach Schulformen)

Abb. 39



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

¹¹¹ Für die Auswertung standen keine zeitreihenfähigen Daten über den Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zur Verfügung.

Ein Wechsel im Anschluss an die Klasse 10 in die Sekundarstufe II gelingt weiterhin nur einem geringen Anteil (7 Prozent) von Hauptschülerinnen und -schülern. Deutlich ablesbar ist der Trend zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse am Anteil der Realschulabsolventen, die in eine Oberstufe (Sek II) einmünden (43 Prozent). Das Gymnasium wird beim Erwerb der Hochschulreife von dieser Absolventengruppe weiterhin präferiert. Der Anteil der Realschülerinnen und -schüler, die in die Oberstufe der Gesamtschulen einmünden, hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Rund 32 Prozent der Gesamtschülerinnen und -schüler wechseln in die Sekundarstufe II, 25 Prozent verbleiben an der eigenen Schulform.

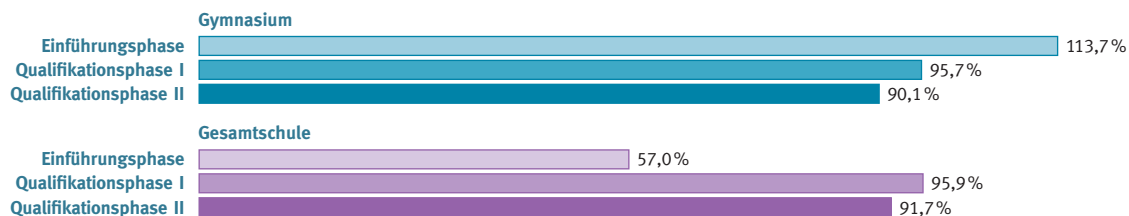
Ein erheblicher Anteil der Realschulabsolventen (59 Prozent oder 470 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2012/13) erhält zum Ende der Schulzeit einen Qualifikationsvermerk für eine Sekundarstufe II. Der Erwerb eines höheren Schulabschlusses im Anschluss an die Realschule ist für 64 Prozent (300 Schülerinnen und Schüler) von ihnen eine Option, die genutzt wird. Nennenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Schulformwahl im Anschluss an die Sekundarstufe I liegen nicht vor.

Der Übergang in eine zum Abitur führende Oberstufe ist nicht zwangsläufig ein Garant für das Erlangen der Fachhoch- oder Hochschulreife. Anhand der Verlaufsdaten von der Einführungsphase bis zum Abitur wird deutlich, welcher Anteil der Schülerinnen und Schüler das Gymnasium bzw. die Gesamtschule ohne das angestrebte Ziel verlässt. Inklusive der Schülerinnen und Schüler aus anderen Schulformen wechselten in den Jahren 2010/11 bis 2012/13 im Durchschnitt rund 113 Prozent in die Oberstufe der Gymnasien und rund 57 Prozent in die Einführungsphase der Gesamtschulen. Rund 4 Prozent verlassen in beiden Schulformen die Schule mit der Fachhochschulreife nach der Qualifikationsphase I. Im Schuljahr 2013/14 beendeten 203 Schülerinnen und Schüler (13,8 Prozent) das Gymnasium vorzeitig ohne Abitur. An den Gesamtschulen waren es 41 Schülerinnen und Schüler (12,2 Prozent).

Abb. 40

Übergangsquoten in die gymnasiale Oberstufe städtischer Schulen

(Durchschnitt der Schuljahre 2010/11 bis 2012/13)



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Die Hauptschule verliert weiter an Bedeutung. Ihr Auslaufen verändert die Schullandschaft signifikant. Die Realschulen werden große Teile des vormals an den Hauptschulen beschulten Potentials aufnehmen und leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler an die Gymnasien abgeben. Die aktuell noch stärker auf eine leistungshomogenere Schülerschaft ausgerichteten Gymnasien werden sich perspektivisch einer deutlich höheren Heterogenität gegenüber sehen. Für die Schülerinnen und Schüler entsteht nach Wild und Möller (2009, S. 193) dadurch eine Chance, da leistungsstärkere Umgebungen scheinbar der Leistungsfähigkeit des Einzelnen zuträglich sind. Hier profitieren Schülerinnen und Schüler in der Regel von der Zugehörigkeit zu einer leistungsstarken Gruppe.¹¹² Ein erheblicher Anteil der Realschüler (43 Prozent) wechselt nach dem Abschluss in eine Schulform mit Sekundarstufe II, um die Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen. 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II der Bielefelder Gymnasien verlassen die Schule nach der Einführungsphase.

¹¹² Nach Wild und Möller 2009:193 fördern leistungsstärkere Umgebungen die Leistungsfähigkeit des Einzelnen, beeinträchtigen aber auch das Selbstkonzept. Leistungsschwächere Umgebungen fördern hingegen das Selbstkonzept, sind aber weniger leistungsfördernd. Das Selbstkonzept setzt sich aus der Wahrnehmung und dem Wissen um die eigene Person zusammen. Dazu gehört auch das Wissen über persönliche Eigenschaften wie Fähigkeiten, Gefühle und Verhalten. <http://de.wikipedia.org/wiki/Selbstkonzept>.

B2-8 Klassenwiederholung und Schulformwechsel

Das deutsche Schulsystem ist primär auf leistungshomogene Lerngruppen ausgerichtet. Prominentestes Beispiel dafür ist das dreigliedrige Schulsystem, in dessen unterschiedliche Schulformen die Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die Primarstufe wechseln. Dieser Organisationsform liegt die in der Bildungsforschung kontrovers diskutierte Annahme zugrunde, dass Schülerinnen und Schüler in leistungshomogenen Lerngruppen optimaler gefördert werden können als in leistungsheterogenen.¹¹³ Trotz einer frühen Zuweisung der Schülerinnen und Schüler in die unterschiedlichen auf Leistungshomogenität ausgerichteten Schulformen, wiederholt ein nicht unerheblicher Anteil von ihnen im Verlauf der Bildungsbiographie eine Klasse oder wechselt die Schulform. Damit verlängert sich die individuelle Bildungszeit, obwohl verschiedene Studien¹¹⁴ Hinweise liefern, dass Klassenwiederholungen keinen nachhaltigen positiven Effekt besitzen.¹¹⁵ Der Indikator nimmt Klassenwiederholungen nach Jahrgangsstufen und Schulformen sowie die Auf- und Abstiegsmobilität zwischen den Schulformen in den Blick.

Die Aufteilung in leistungshomogene Gruppen hat ihren Ursprung bereits in der frühen Zuweisung in die verschiedenen Schulformen. Sie unterstellt die bestmögliche individuelle Förderung. Verschiedene Studien konnten allerdings belegen, dass „die [tatsächliche] Zuweisung [...] in unterschiedliche Schulformen [...] nicht allein nach Leistungsmaßstäben erfolgt, sondern erheblich mit Faktoren der sozialen Herkunft konfundiert ist.“¹¹⁶

Klassenwiederholungen stellen neben Schulformwechseln¹¹⁷ eine Maßnahme zur Aufrechterhaltung von leistungshomogenen Lerngruppen in der Schule dar. Im aktuellen Diskurs wird die Frage kontrovers diskutiert, ob in einer Lerngruppe schwächere Schülerinnen und Schüler die Leistungsstarken in ihrer Entwicklung tendenziell behindern und leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler überfordert sind und deshalb besser in einer Lerngruppe verortet wären, die in der Lernzeit ein Schuljahr zurück liegt. Gröhlich et al. (2009) und Wild und Möller (2009) zeigen auf, dass heterogene Lerngruppen einen positiven Effekt haben.

Unterschiedliche nationale und internationale empirische Studien liefern Hinweise, dass Klassenwiederholungen keinen nachhaltigen positiven Nutzen für die wiederholenden Schülerinnen und Schüler besitzen.¹¹⁸ Gleichwohl zeigt die Auswertung der Praxis in Bielefeld, dass dieses Instrument in allen Jahrgangsstufen und Schulformen weiterhin Anwendung findet.

113 Vgl. Klemm (2009).

114 So weist eine aktuelle OECD-Studie darauf hin, dass Klassenwiederholungen kostspielig und im Hinblick auf die Anhebung der Bildungsergebnisse nicht wirkungsvoll sind (vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2012)).

115 2008 lag die Klassenwiederholungsquote auf Bundesebene bei 3,1 Prozent, die Quote in NRW bei 2,0 Prozent. Betrachtet man nur die Wiederholungen in der Sekundarstufe I, lag die Quote in NRW im Schuljahr 2008/2009 bei 2,7 Prozent.

116 Gröhlich et al. (2009, S. 88).

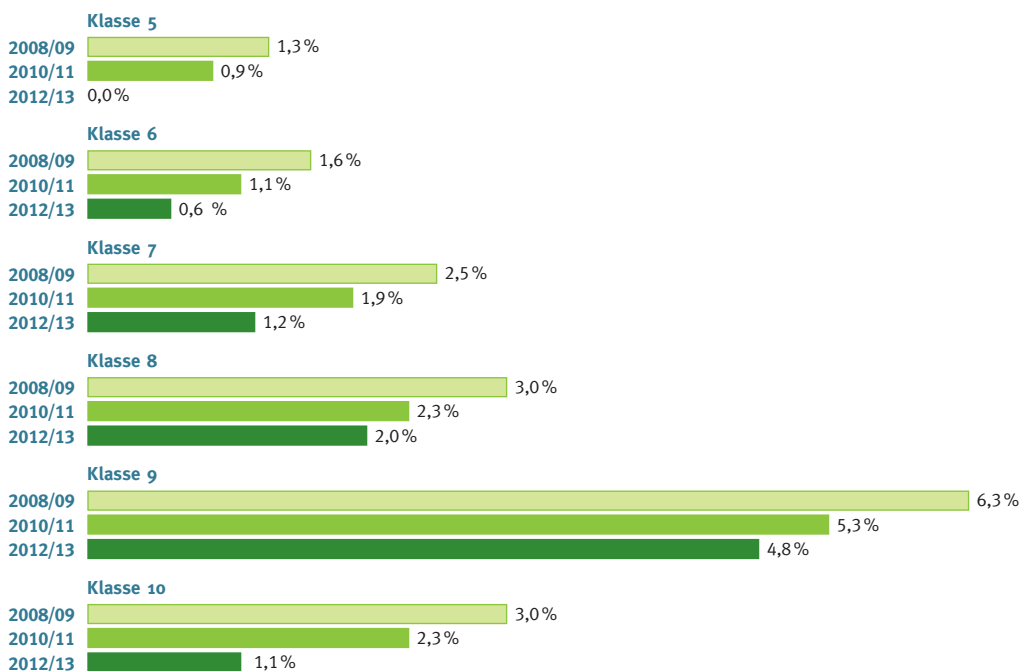
117 Maßnahmen zur Sicherung von Leistungshomogenität sind u. a. auch die Zurückstellung vom Schulbesuch, die Zuweisung in Förderschulen, die Bildung von Jahrgangsklassen.

118 Vgl. Klemm (2009).

Abb. 41

Unfreiwillige Wiederholung (Quote) an Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien

2008/09 bis 2010/11 nach Schuljahrgängen



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

An den Bielefelder Schulen der Sekundarstufe I ist über alle Jahrgangsstufen in der Zeitreihe (2008/09 bis 2012/13) eine konstant rückläufige Klassenwiederholungsquote zu beobachten. Auffallend ist, dass die Quoten im Verlauf der Klassen 6 bis 9 kontinuierlich sukzessive auf 4,8 Prozent ansteigen und erst mit der Klasse 10 wieder auf 1,1 Prozent absinken. Im Schuljahr 2012/13 wiederholten in der Sekundarstufe I von 17.979 der Bielefelder Schülerinnen und Schüler insgesamt 308 (1,7 Prozent) unfreiwillig eine Klasse. Darüber hinaus wiederholten 125 (0,7 Prozent) Schülerinnen und Schüler freiwillig eine Klasse. Die Klasse 9 stellt ein Nadelöhr für rund 5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I dar.¹¹⁹ Auffällige geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich im Kontext von Klassenwiederholungen nicht.

Die Betrachtung der Klassenwiederholungen weist deutliche Unterschiede nach Schulform und Jahrgang sowie hinsichtlich einer freiwilligen Wiederholung auf. Im Schuljahr 2012/13 entfielen 42 Prozent aller Wiederholungen (182) auf die Klasse 9. Auf die Haupt- und Realschulen entfielen rund 61 Prozent (112) der Wiederholungen in dieser Jahrgangsstufe.

Die Realschulen weisen über alle Wiederholer mit einem Anteil von 38 Prozent (166) die höchste Quote aus. Die Gesamtschulen weisen im Gegensatz dazu mit 15 Prozent (65) die geringste Quote auf.

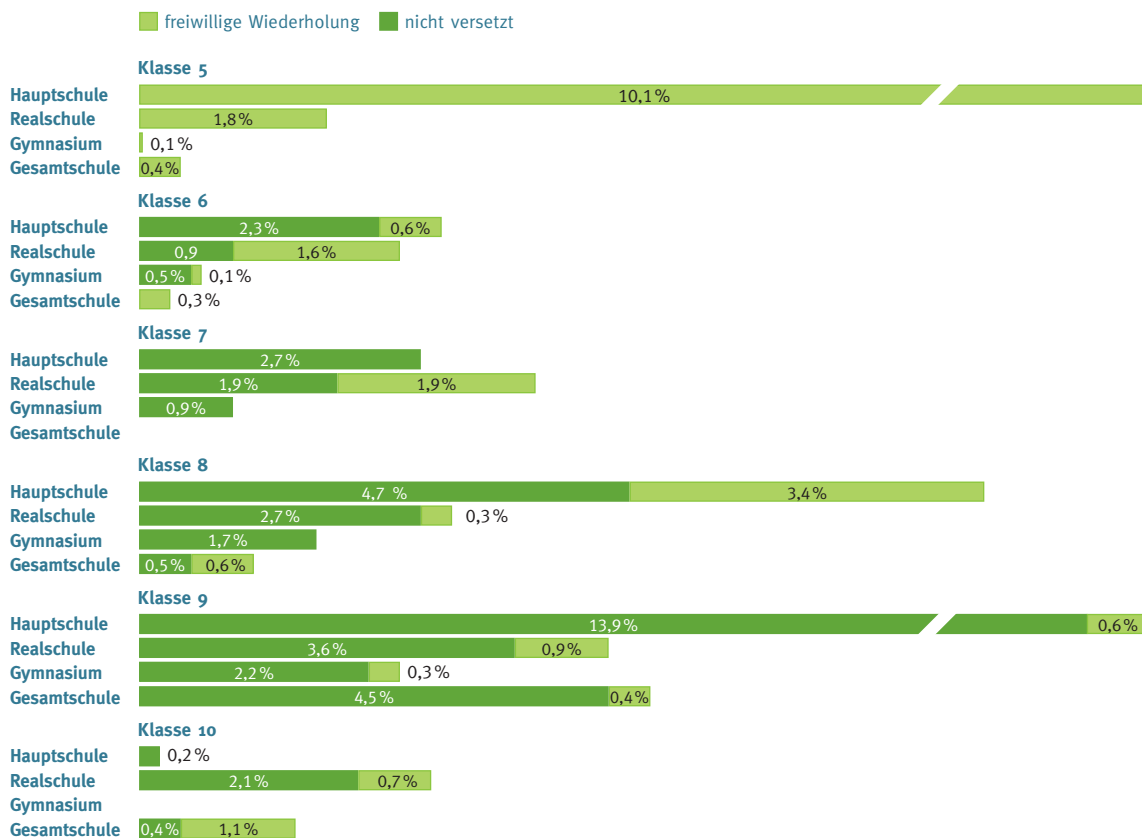
Aktuell liegen auf lokaler Ebene keine validen Daten vor, die es ermöglichen, die Gruppe der Wiederholer hinsichtlich des sozioökonomischen Status oder der Zuwanderungsgeschichte näher zu bestimmen. Dies wäre nur mit eigenen Erhebungen an den Schulen möglich. Der Bundesbildungsbericht konstatiert 2012/2014, dass von Klassenwiederholungen überdurchschnittlich viele Kinder mit Migrationshintergrund und niedrigem sozioökonomischen Status betroffen sind.¹²⁰

¹¹⁹ Erfasst wurden auch die Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse in Kombination mit einem absteigenden Schulformwechsel wiederholt haben.

¹²⁰ Kinder mit Migrationshintergrund weisen im Alter von 15 Jahren einen doppelt so hohen Anteil an verzögerten Schullaufbahnen auf wie Kinder ohne Migrationshintergrund. Datengrundlage ist eine Sonderauswertung von PISA-Daten 2009. Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014, S. 39)

Wiederholerquote nach Schulformen und Jahrgängen 2012/13

Abb. 42



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

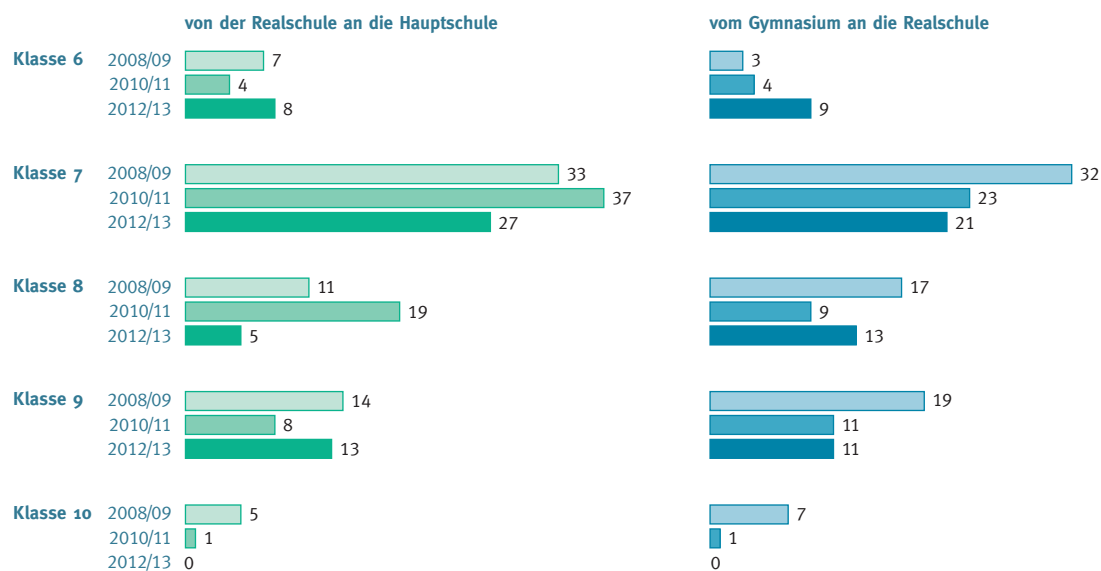
Schulformwechsel

Die Auf- und Abstiegsmobilität zwischen den Schulformen der Sekundarstufe I gibt Aufschluss darüber, inwieweit die Schülerinnen und Schüler das Leistungsniveau der Schulform erfolgreich bzw. nicht erfolgreich absolvieren. Letztlich lassen sich durch eine Betrachtung der Auf- und Abstiegsmobilität die Diskrepanzen zwischen Schulformempfehlung und tatsächlichem Schulerfolg noch einmal aus einer anderen Perspektive beleuchten.

Auch im Schuljahr 2012/13 besteht weiterhin eine Auf- bzw. Abstiegsmobilität über alle Schulformen hinweg. In der Praxis kommt es aber vorrangig zu Abschlüssen. Besonders auffällig ist dies am Ende der Orientierungsstufe. In Klasse 6 wechseln 4,7 Prozent (8) und in der siebten Klasse 8,7 Prozent (27) der Schülerinnen und Schüler von den Realschulen an die Hauptschulen. Ein vergleichbares Bild ergibt sich an den Gymnasien. In dieser Schulform verlassen in der sechsten Klasse 0,9 Prozent (9) und in siebten Klasse 2,4 Prozent (21) der Schülerinnen und Schüler die Schule und wechseln an die Realschule.

Abb. 43

Schulformwechsler (Anzahl)



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Neuere Forschungsergebnisse belegen, dass der Bildungsstand und der sozioökonomische Status der Herkunftsfamilie eine Beziehung zur Abstufungsmobilität aufweisen. Danach werden die Herkunftseffekte durch Auf- und Abstiege während der Schullaufbahn verstärkt.¹²¹

Klassenwiederholungen sind in der Sekundarstufe I der Bielefelder Schulen im Schuljahr 2012/13 rückläufig. Diese positive Entwicklung ist über alle Jahrgangsstufen zu beobachten. Vor dem Hintergrund verschiedener Studien, die belegen, dass Klassenwiederholungen nur geringe Effekte erzielen, muten 433 Klassenwiederholungen im Schuljahr 2012/13 aber noch relativ hoch an. Absteigende Schulformwechsel werden als Instrument bei nicht ausreichendem Leistungsniveau genutzt. Im Schuljahr 2012/13 waren 107 Schülerinnen und Schüler von dieser Maßnahme betroffen.

¹²¹ Vgl. Ditton, H. (2013) Bildungsverläufe in der Sekundarstufe. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zu Wechseln der Schulform. In: Zeitschrift für Pädagogik 59 (6) S.887:911.

B2-9 Schulabgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen mit und ohne Abschluss

Dieser Teilindikator liefert Hinweise, in welchem Umfang angestrebte Bildungsziele verwirklicht werden konnten. Anhand der nach Abschlüssen differenzierten Abgangsquoten der Schulabgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen kann gezeigt werden, ob und in welcher Form die Ausschöpfung individueller Potentiale formal erfolgreich war. Da ein erheblicher Teil allgemeinbildender Schulabschlüsse inzwischen auch an beruflichen Schulen erworben wird, werden diese in der Betrachtung ebenfalls berücksichtigt. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss lässt Aussagen darüber zu, in welchem Umfang Anschlussmaßnahmen für diese Gruppe zu initiieren sind.

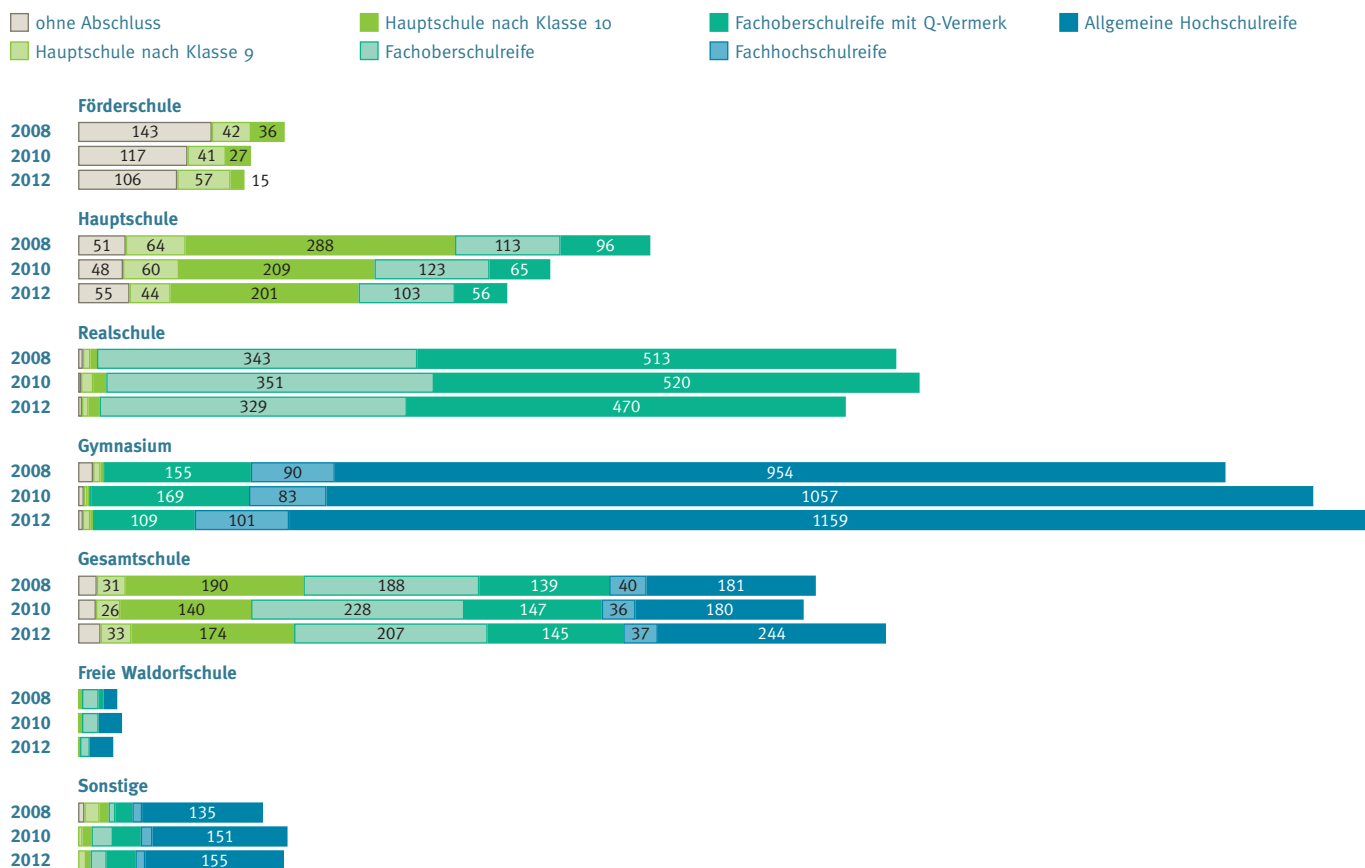
Die allgemeinbildenden Abschlüsse weisen seit einigen Jahren bezüglich des Qualifikationsniveaus einen eindeutigen Trend auf. Gering qualifizierende Abschlüsse, die z.B. an Förder- oder Hauptschulen erworben werden, sind tendenziell rückläufig, während höher qualifizierende Abschlüsse quantitativ zulegen konnten.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine allgemeinbildende Schule in Bielefeld ohne einen Abschluss verlassen haben, ist im Jahr 2012 auf 3,7 Prozent gefallen. Während der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Haupt- und Gesamtschulen verlassen, konstant ist, steigt der Anteil der Abschlüsse vor allem an den Förderschulen. Mit den im Schuljahr 2012/13 leicht gesunkenen Abschlusszahlen an den Realschulen hat auch die Anzahl der Qualifikationsvermerke abgenommen. Im Gegensatz dazu hat die Anzahl der Absolventen von Gymnasien und Gesamtschulen, die die Schule mit einer Hochschulzugangsberechtigung verlassen, zugenommen.

Abschlüsse allgemeinbildender Schulen

Abb. 44

nach Schulform



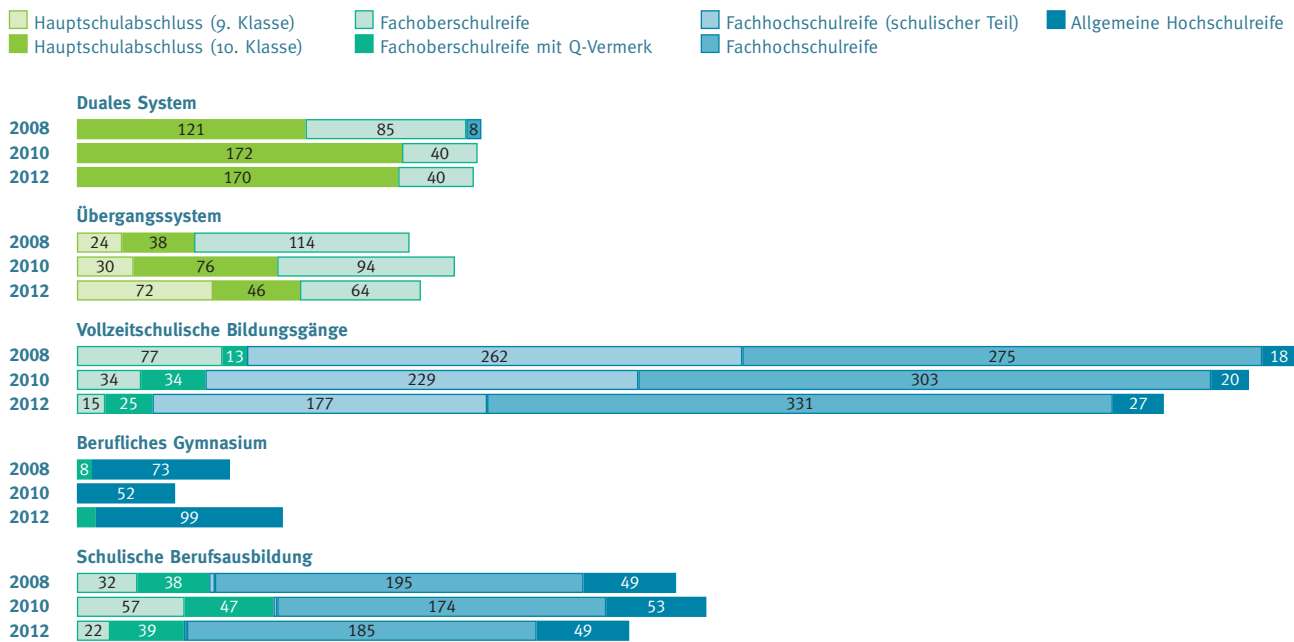
Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

An den Berufskollegs können generell berufliche Kenntnisse, Qualifikationen sowie alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse erworben werden.¹²²

Im Betrachtungszeitraum (2008–2012) sind primär zwei Entwicklungen auffällig. Der gesamte Anteil der Fachoberschulabschlüsse (Klasse 10) und der Fachhochschulabschlüsse (Klasse 12, schulischer Teil) stieg von 758 im Jahr 2010 auf 792 Abschlüsse in 2012 an. Der Anteil der erfolgreichen Abschlüsse an den beruflichen Gymnasien verbesserte sich deutlich und stieg von 2010 (55 Abschlüsse) auf 99 Abschlüsse im Jahr 2012 an.

Abb. 45

Allgemeinbildende Abschlüsse an Berufskollegs



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013¹²³

Es ist mehr Schülerinnen und Schülern in den zurückliegenden Jahren gelungen, höherwertige Abschlüssen zu erzielen. Auffallend sind ebenfalls die hohen Zuwächse bei den Abschlüssen mit allgemeiner Hochschulreife an den beruflichen Gymnasien. Die Entwicklung der Abschlussquoten verdeutlicht diesen insgesamt positiven Trend. Gleichwohl verlässt immer noch ein hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern die Schule gänzlich ohne oder mit einem niedrigeren Abschluss. Die Perspektiven auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen für diese Gruppe als problematisch eingeschätzt werden.

¹²² Erfasst werden nur Abschlussarten, die nicht zu einem beruflichen Abschluss führen. Darunter fallen auch KSOB, Berufsgrundschuljahr, Berufsorientierungsjahr und Teile der Berufsfachklassen.

¹²³ Auf eine Darstellung der Daten aus dem Jahr 2006, duales System, wurde verzichtet, da keine validen Daten zur Verfügung standen.

B3 Nachschulische Lernaktivitäten

Die Ergebnisse des Mikrozensus¹²⁴ zum Bildungsstand der Bevölkerung verdeutlichen, dass weiterhin ein beachtlicher Anteil von Personen keinen allgemeinbildenden Schulabschluss besitzt. Deutlich höher fällt dieser Anteil in Bezug auf eine berufliche Ausbildung aus. Besonders betroffen sind die älteren Geburtsjahrgänge und Personen mit Migrationshintergrund. Eine möglichst lang anhaltende gesellschaftliche Teilhabe, aber auch weiter steigende Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt erfordern eine erhöhte Beteiligung dieser Gruppe an Weiterbildung. Die Erweiterung der Sprachkompetenz ist eine zentrale Bedingung, der sich oft noch der Erwerb eines formalen Bildungsabschlusses anschließen muss.¹²⁵

B3-1 Teilnahme an Alphabetisierungskursen von Menschen mit Migrationshintergrund

Sprachkompetenz ist eine zentrale Vorbedingung für gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Mit der Erfassung und Darstellung der „Teilnahme an Alphabetisierungskursen“¹²⁶ wird anhand der Entwicklung der Nachfrage die auf der kommunalen Ebene realisierte Anstrengung verdeutlicht, gezielt Menschen mit Migrationshintergrund im Bereich der Alphabetisierung zu fördern. Damit werden grundlegende Voraussetzungen geschaffen, die Bildungschancen dieser Gruppe zu erhöhen.¹²⁷

Im Jahr 2005¹²⁸ wurden in Deutschland einheitlich geregelte Integrationskurse eingeführt. Mit diesem Schritt sind Rahmenbedingungen geschaffen worden, Zuwanderern mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen sowohl Sprachförderung als auch Orientierungskurse anzubieten, um die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Für schriftunkundige Migrantinnen und Migranten wurden spezielle Kursangebote mit einem Stundenumfang bis zu 1.200 Unterrichtsstunden eingeführt.¹²⁹ In diesen Alphabetisierungskursen erwerben die Teilnehmenden grundlegende Lese- und Schreibkompetenzen sowie die für eine elementare Kommunikation notwendigen Deutschkenntnisse. Im Gegensatz zu den allgemeinen Integrationskursen kommt bei den Alphabetisierungskursen dem Schriftspracherwerb eine zentrale Bedeutung zu.¹³⁰ Alphabetisierung richtet sich an eine sehr heterogene Zielgruppe von Zuwanderern mit unterschiedlichen schriftsprachlichen Kenntnissen in deren Herkunftssprache.¹³¹

Seit 2006 werden Alphabetisierungskurse zum Teil im Kontext von Integrationskursen für Personen mit Migrationshintergrund in den Stadtteilen durchgeführt. Dies geschieht in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, Familienzentren oder Grundschulen, wodurch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer deutlich besser erreicht werden.

Bundesweit sinken die Teilnehmerzahlen an Alphabetisierungskursen. Zwischen 2008 und 2011 sank die Zahl um rund 31 Prozent, was einer Reduzierung um 5.227 Teilnehmer auf insgesamt 11.678 Personen im Jahr 2011 entspricht. Der Anteil an Absolventen – also diejenigen, die einen Alphabetisierungskurs erfolgreich beenden – stieg hingegen im Laufe der Jahre an (2008: 4.807; 2011: 7.662 Absolventen). Auf der Landesebene (NRW) begannen 2.622 Personen im Jahr 2012 mit einem Alphabetisierungskurs, und 1.855 Personen absolvierten einen solchen Kurs erfolgreich.

¹²⁴ Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2014); Statistisches Bundesamt (2013).

¹²⁵ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013a).

¹²⁶ Erfasst werden teilnehmende Personen mit Migrationshintergrund ab dem 18. Lebensjahr, bezogen auf je 10.000 Einwohner.

¹²⁷ Der funktionale Analphabetismus wird, anders als im Lernreport 2012, in der Lerndimension: „Lernen das Leben zu gestalten“ thematisiert.

¹²⁸ Das Zuwanderungsgesetz von 2005 legt die Einrichtung von Integrationskursen als staatliche Integrationsmaßnahme fest (§43,44 und 44a AufenthG).

¹²⁹ Vgl. Schuller, K., Lochner, S., & Rother, N. (2011). Forschungsbericht/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Bd. 11: Das Integrationspanel. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Integrationskursen (1. Aufl., Stand: Dezember 2011). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. S.11.

¹³⁰ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009). Konzept für einen bundesweiten Alphabetisierungskurs. Nürnberg.

¹³¹ Dabei werden folgende Arten von Analphabetismus unterschieden: 1. Primäre Analphabeten: Sie haben bis dato keine Schule besucht und sind bisher in keiner Sprache alphabetisiert. 2. Funktionale Analphabeten (nicht-lateinischer Schrift) wurden im Rahmen eines kurzen Schulbesuchs grundsätzlich alphabetisiert. 3. Funktionale Analphabeten (der lateinischen Schrift) haben Lesen und Schreiben rudimentär in einer Sprache, die auf dem lateinischen Alphabet basiert, gelernt. 4. Bedingt funktionale Analphabeten sind weitgehend funktional alphabetisiert, erfüllen jedoch nicht die Voraussetzungen für die Teilnahme an einem allgemeinen Integrationskurs. Vgl. Schuller et al. (2011, S. 14ffff.); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009).

Auf der kommunalen Ebene war die Teilnahmequote an Alphabetisierungskursen – nach einem Anstieg zwischen den Jahren 2008 und 2010 – im Jahr 2012 rückläufig. Während 2010 noch 10,7 Personen je 10.000 Einwohner einen Kurs besuchten, waren es 2012 noch 6,7 Personen je 10.000¹³². Im Jahr 2012 begannen 181 Kursteilnehmerinnen und Teilnehmer einen Alphabetisierungskurs in Bielefeld und 115 beendeten ihn erfolgreich.¹³³

Abb. 46

Teilnehmer an Alphabetisierungskursen des BAMF in Bielefeld

je 10.000 Einwohner ab 18 Jahre



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Dennoch ist die Zahl der Alphabetisierungskurse immer noch beachtlich. Derzeit erfolgt auch nach Bielefeld eine starke Zuwanderung von funktionalen Analphabeten insbesondere aus dem arabischen Raum.

Eine stagnierende bzw. rückläufige Nachfrage nach Alphabetisierungskursen deutet nicht zwangsläufig auf eine gleichzeitige Abnahme des real vorhandenen Analphabetismus hin. Entsprechend der deutschen Bevölkerung ist auch bei der Gruppe der Migranten mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen. Voraussetzung für Integration und gesellschaftliche Teilhabe ist die Fähigkeit, in der Bildungssprache zu kommunizieren. Ohne schriftsprachliche Fähigkeiten wie Lesen und Schreiben ist eine gesellschaftliche Teilhabe nur eingeschränkt möglich.

¹³² Entspricht 181 Personen.

¹³³ Verpflichtungen durch die Ausländerbehörde und das Jobcenter sind in einem bestimmten Umfang ursächlich für die Teilnahme an den Kursen des BAMF. Insgesamt ist der Anteil an verpflichtender Teilnahme jedoch leicht rückläufig. Der gestiegene Bedarf an Alphabetisierungskursen in der Stadt war wesentlich den Zuzügen bestimmter ethnischer Gruppen geschuldet (insbesondere Yeziden aus dem Irak). Nur ein Teil dieses Personenkreises hat einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs oder kann zur Teilnahme verpflichtet werden. Personen, die (noch) keinen dauerhaften Aufenthalt haben, können in Integrationskursen nicht gefördert werden. Während ein Teil der Flüchtlinge beispielsweise in Vorjahren noch im Projekt „Alpha“ bei der REGE auch an Sprachförderprogrammen teilnehmen konnten, ist dies jetzt im Folgeprojekt sehr dezimiert.

B3-2 Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen

Vor dem Hintergrund wachsender beruflicher Qualifikationsanforderungen gewinnt das lebenslange Lernen immer mehr an Bedeutung, da frühzeitig erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse in der Regel nicht mehr für das gesamte (Berufs-)Leben ausreichen. Der nachträgliche Erwerb von Bildungsabschlüssen gewinnt deshalb einen immer größeren Stellenwert. Der Indikator bildet das Ausmaß ab, in dem Schulabschlüsse und höher qualifizierende Schulabschlüsse nachträglich an Abendschulen und Weiterbildungskollegs erworben werden.

Auf lokaler Ebene lässt sich ein deutlich gestiegenes Interesse am nachträglichen Erwerb von Qualifikationen an den Teilnehmerzahlen der Weiterbildungskollegs ablesen. Im Abgangsjahrgang 2012/13 holten 486 Personen einen Schulabschluss in Bielefeld erfolgreich nach.¹³⁴

Bei mehr als der Hälfte (56,5 Prozent) der in 2012 an den Weiterbildungskollegs erworbenen Abschlüsse handelte es sich um Fachhochschul- bzw. Hochschulzugangsberechtigungen.¹³⁵ 9,8 Prozent der Kollegabsolventen holten einen Schulabschluss (Klasse 9) nach.¹³⁶

Schulabschlüsse an Weiterbildungskollegs

Abb. 47

je 10.000 Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Der nachträgliche Erwerb von höherwertigen Bildungsabschlüssen hat vor dem Hintergrund weiter ansteigender Qualifikationsanforderungen in der Erwerbsarbeit weiter an Attraktivität gewonnen. Mit der Abendrealschule, dem Abendgymnasium und dem Westfalenkolleg hält Bielefeld ein umfangreiches Angebot in diesem Weiterbildungssegment vor. Mit Blick auf die immer noch hohen Zahlen von Schülerinnen und Schülern, die eine allgemeinbildende Schule ohne oder nur mit einem unterem Bildungsabschluss verlassen, sind die steigenden Quoten höher qualifizierender Abschlüsse eine positive Entwicklung. Dies gilt insbesondere auch für den Anteil von Zugangsberechtigungen zu den Hochschulen.

¹³⁴ Daten des Oberstufenkollegs wurden nicht berücksichtigt.

¹³⁵ 175 allgemeine Hochschulreife; 101 Fachhochschulreife.

¹³⁶ Die Teilnehmerzahlen in Bielefeld liegen höher als im Landesdurchschnitt, da zum Abendgymnasium Bielefeld auch die Standorte Löhne, Detmold und Gütersloh gerechnet werden und Bielefeld der Standort des überregionalen Westfalenkollegs ist.

B4 Hochschulbesuch

Der wirtschaftliche Strukturwandel und steigende Anforderungen der Tätigkeitsprofile lassen die Nachfrage nach hochqualifizierten Fachkräften weiter ansteigen. In der Folge wird die Bevölkerung vermehrt an akademischer Bildung zu beteiligen sein. Der steigende Umfang der Studierendenzahlen an den Bielefelder Hochschulen sowie die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger deuten auf eine positive Entwicklung hin.

B4-1 Hochschulen und Studierende

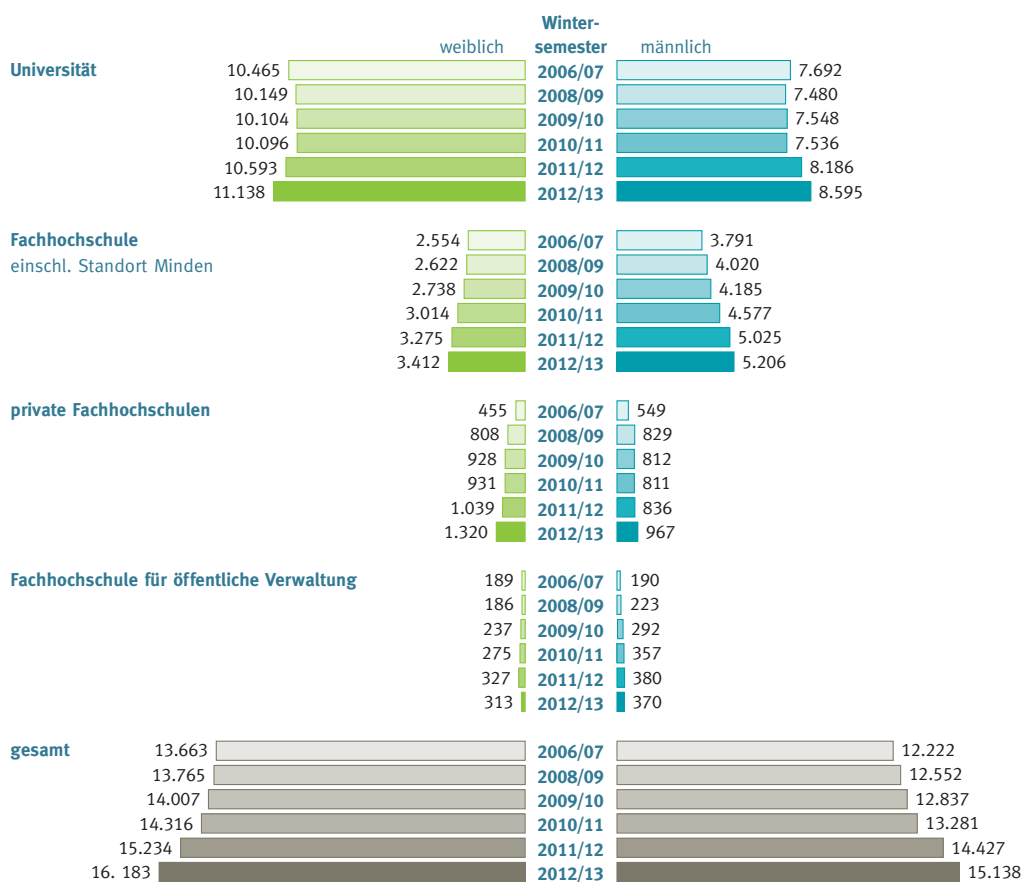
Bielefeld verfügt über eine umfangreiche Infrastruktur im Bereich der Hochschulbildung. Neben der Universität Bielefeld und der Fachhochschule Bielefeld¹³⁷ bietet der Standort zwei private Fachhochschulen, eine Verwaltungsfachhochschule und zwei kirchliche Hoch- bzw. Fachhochschulen. Im Wintersemester (WS) 2012/13 waren 31.321 Studierende an den Bielefelder Hochschulen eingeschrieben. Eine Steigerung um 5,56 Prozent zum WS 2011/12.

Während die Anzahl der Studierenden an der Universität Bielefeld zwischen dem WS 2011/12 und dem WS 2012/13 um rund 5,1 Prozent angestiegen ist, verzeichnete die Fachhochschule Bielefeld einen Zuwachs von 3,8 Prozent auf rund 8.600 Studierende und die privaten Fachhochschulen legten um rund 21 Prozent auf 2.287 Studierende zu.

Lag der Frauenanteil an den Studierenden 2007/08 an den Bielefelder Hochschulen insgesamt noch bei 52,7 Prozent, verringerte er sich im Betrachtungszeitraum um 1,0 Prozentpunkte auf 51,7 Prozent. Mit Blick auf die einzelnen Hochschulen zeigen sich hinsichtlich der Geschlechterverteilung deutliche Unterschiede. Im WS 2012/13 lag der Frauenanteil an der Fachhochschule Bielefeld bei 39,6 Prozent, die Universität weist hingegen einen Anteil weiblicher Studierender von rd. 56,4 Prozent aus.

Abb. 48

Studierende an den Bielefelder Hochschulen



Quelle: IT.NRW 2013

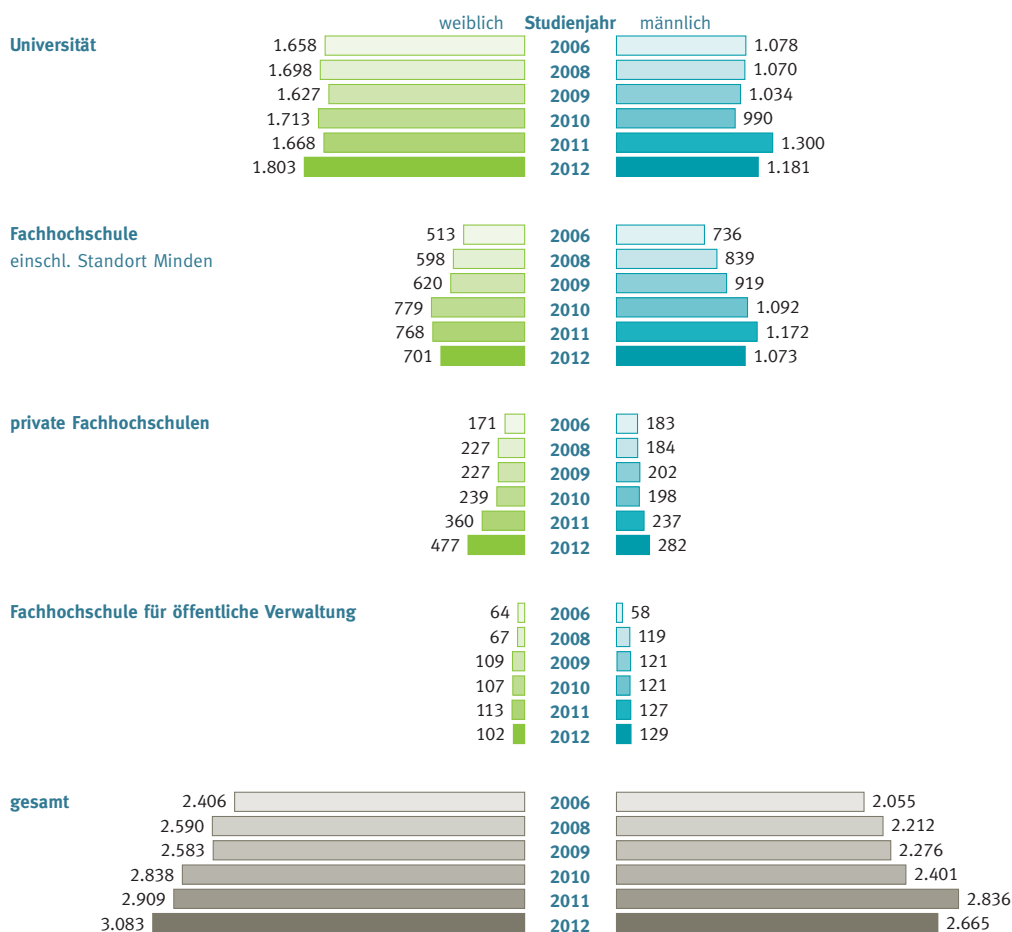
137 Inklusive des Campus Minden und des Studienorts Gütersloh.

Einen Hinweis auf die künftigen Entwicklungen der Studierendenzahlen an den Bielefelder Hochschulen liefern die Zahlen für die jeweiligen Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester. Im Beobachtungszeitraum von 2006 bis einschließlich WS 2012/13 ließen sich an allen Hochschulen Zugewinne in diesem Bereich verzeichnen. Bei den öffentlichen Trägern belief sich die Steigerung für die Universität auf rund 9 Prozent; für die Fachhochschule auf rund 42 Prozent. Besonders hohe Steigerungsraten verzeichneten die privaten Fachhochschulen, die mit einer Steigerung von 114,4 Prozent ihre Zahlen mehr als verdoppeln konnten. Insgesamt hat die Zahl der Studierenden im ersten Semester um rund ein Viertel (28,85 Prozent) auf 5.748 zugenommen.

Studienanfängerinnen und -anfänger an den Bielefelder Hochschulen

Abb. 49

im 1. Hochschulsemester (Sommersemester oder darauffolgendes Wintersemester)



Quelle: IT.NRW 2013

Die Anzahl der Studierenden und der Studienanfängerinnen und -anfänger hat sich an den Bielefelder Hochschulen in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. In den kommenden Jahren ist, insbesondere bedingt durch den doppelten Abiturjahrgang, mit einer zunehmenden Nachfrage nach Studienplätzen zu rechnen.¹³⁸ Im Verlauf der kommenden Jahre wird sich die Nachfrage auf hohem Niveau einpendeln. In welchem Umfang die demographische Entwicklung, insbesondere in der für die Aufnahme eines Studiums relevanten Altersgruppe, Auswirkungen zeigen wird, bleibt zu beobachten.

¹³⁸ Es ist davon auszugehen, dass die Abschaffung der Wehr- und Ersatzpflicht im Jahr 2011 einen Einfluss auf die Studienanfängerzahlen hatte und hat.

B4-2 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester an Bielefelder Hochschulen nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

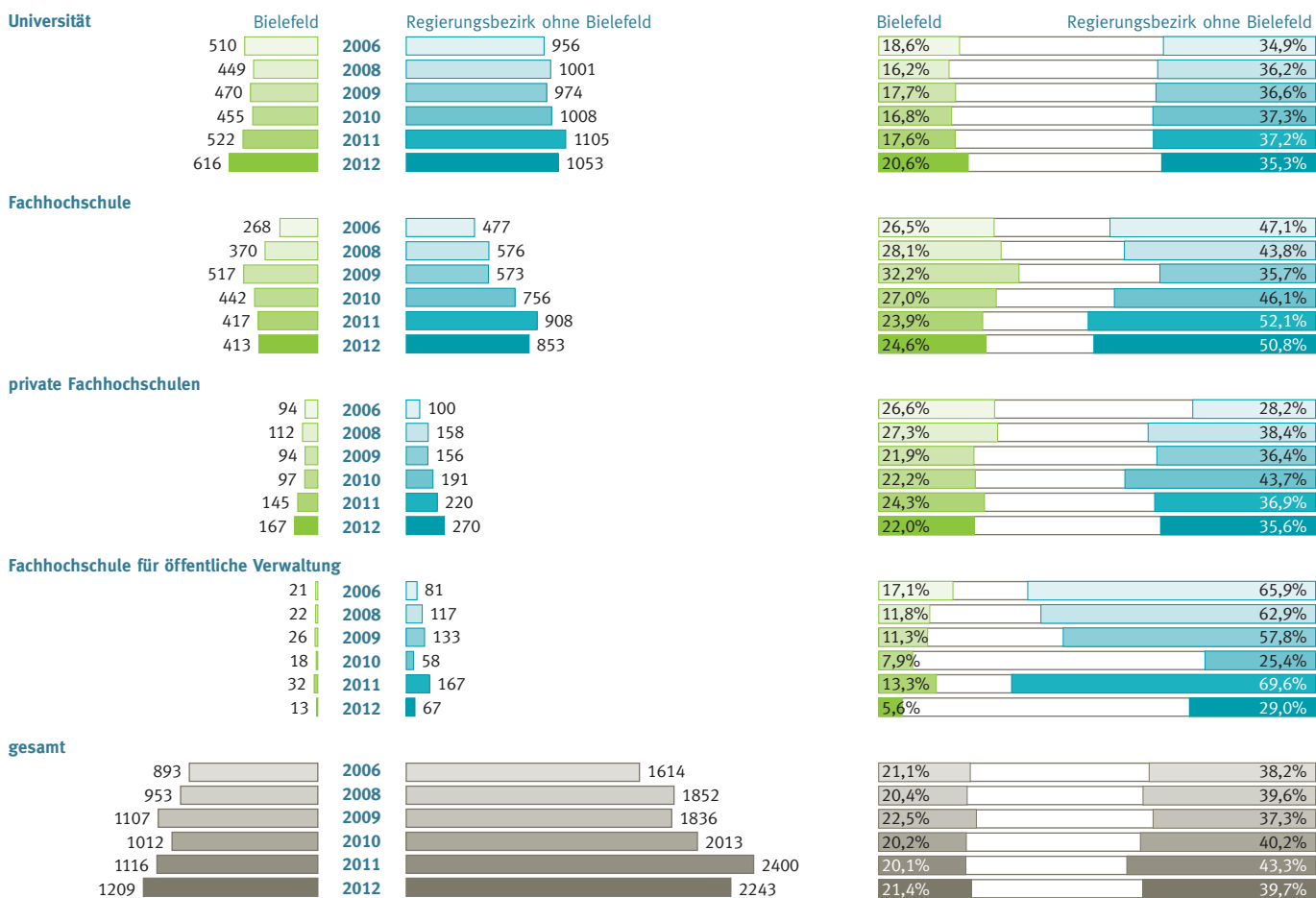
Die Herkunft der Studierenden verdeutlicht den Stellenwert, den Bielefelder Hochschulen bezüglich des Erwerbs einer akademischen Bildung für die Region besitzen. Der Ort, an dem die Hochschulzugangsberechtigung der Studienanfängerinnen und -anfänger erworben wurde, zeigt darüber hinaus an, in welchem Umfang die Hochschulen Studierende aus dem Regionalraum aufnehmen.

Im Studienjahr 2012/13 nahmen rd. 5.600 Studienanfängerinnen und -anfänger¹³⁹ ein Studium an den Bielefelder Hochschulen auf. Rund 21 Prozent dieser Gruppe hatte ihre Hochschulzugangsberechtigung in Bielefeld und 39,7 Prozent in der Hochschulregion¹⁴⁰ erworben. Insgesamt lässt sich eine Steigerung der Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger, die die Hochschulzugangsberechtigung in Bielefeld und der Hochschulregion erworben haben, um 16,7 Prozentpunkte im Vergleich zum Studienbeginn 2006/07 beobachten.

Abb. 50

Herkunft der Studienanfängerinnen und -anfänger an den Bielefelder Hochschulen

im 1. Hochschulsemester (Sommersemester oder darauffolgendes Wintersemester) nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

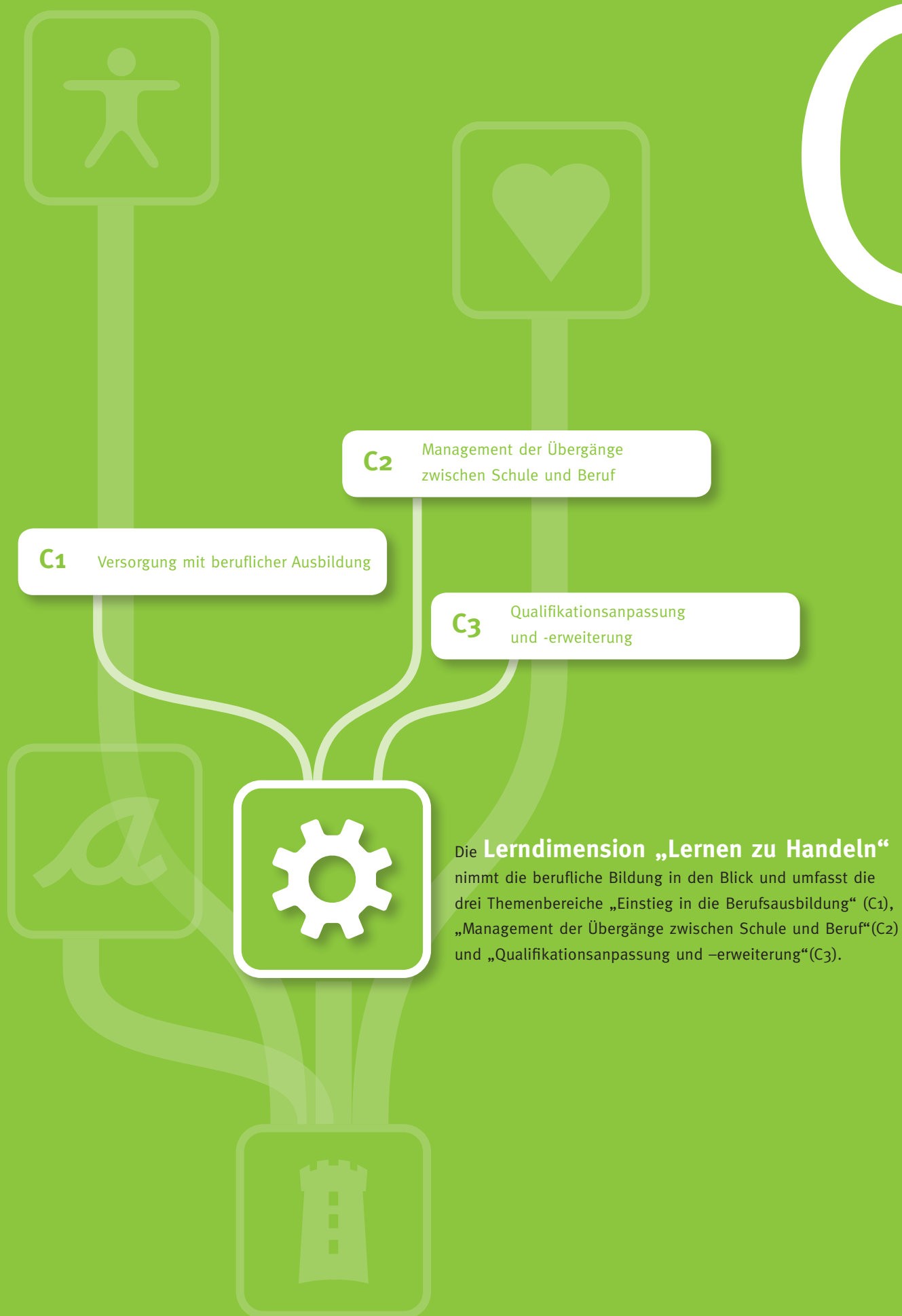


Quelle: IT.NRW 2013

Die Bielefelder Hochschulen besitzen sowohl lokal, als auch auf der Ebene des Regierungsbezirks Detmold eine hohe Bedeutung in der Hochschulausbildung. 61,1 Prozent der Studierenden an den Bielefelder Hochschulen haben ihre Hochschulzugangsberechtigung im Regierungsbezirk Detmold erworben. Annähernd 40 Prozent der Studierenden wanderten aus anderen Städten aus NRW oder anderen Bundesländern zu.

¹³⁹ Bezogen auf das 1. Hochschulsemester.

¹⁴⁰ Regierungsbezirk Detmold ohne Bielefeld.



C1 Versorgung mit beruflicher Ausbildung

Die nachfolgend unter C1 dargestellten Kennzahlen und Indikatoren liefern einen Überblick über das in Bielefeld bestehende Angebot der berufsbildenden Schulen. Des Weiteren wird die regionale Ausbildungsplatzsituation anhand der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) und der erweiterten ANR näher betrachtet sowie die Entwicklung neu abgeschlossener und vorzeitig aufgelöster Ausbildungsverträge, differenziert nach Kammern, beleuchtet. Die Übergänge neu eingetretener Schülerinnen und Schüler in die Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems¹⁴¹ liefern Erkenntnisse über den gelingenden, bzw. zunächst nicht gelingenden Einstieg in eine vollqualifizierende Ausbildung.¹⁴²

C1-1 Berufskollegs und Schülerzahlen

Berufskollegs bieten ein umfangreiches Spektrum schulischer Abschlüsse und beruflicher Qualifizierungen an und verknüpfen mit diesem Angebot berufliche mit allgemeiner Bildung. Das Angebot ist in Bildungsgänge gegliedert. Diese orientieren sich an Berufsfeldern und betonen die berufspraktischen und allgemein qualifizierenden Inhalte in unterschiedlicher Intensität. Ein wesentliches Merkmal der Bildungsangebote der Berufskollegs ist die in der Regel bestehende Möglichkeit, eine berufliche Qualifizierung mit dem Erwerb eines allgemeinbildenden (Schul-)Abschlusses zu verbinden, der über dem bisher erreichten Bildungsabschluss liegt. Die an den Berufskollegs zu erwerbenden beruflichen Qualifikationen reichen von der Orientierung auf einen späteren Beruf über eine vertiefende Berufsvorbereitung, bis hin zur schulischen Begleitung einer betrieblichen Berufsausbildung (Duales System) oder dem Erwerb von Berufsabschlüssen nach Landesrecht.¹⁴³

Bielefeld ist, auch bezogen auf die Berufskollegs, ein wichtiges Zentrum in Ostwestfalen. Die zwölf hier ansässigen Berufskollegs, von denen sich sechs in städtischer und weitere sechs in nichtstädtischer Trägerschaft befinden, halten ein umfangreiches Angebot vor, das von einem hohen Anteil auswärtiger Schülerinnen und Schüler genutzt wird.

87 Prozent¹⁴⁴ der Schülerinnen und Schüler der Berufskollegs werden an den sechs städtischen Berufskollegs qualifiziert. Die Berufskollegs wurden 2012 von rund 30 Prozent aller in Bielefeld beschulten Schülerinnen und Schülern besucht. Rund 40 Prozent (Vorjahre 38 Prozent)¹⁴⁵ der an den Berufskollegs beschulten Personen pendeln aus angrenzenden Kommunen nach Bielefeld ein.

Ein erheblicher Anteil (2.166 Personen oder 57 Prozent) der Bielefelder Schülerinnen und Schüler wechselte 2012 im Anschluss an die allgemeinbildende Schule (Sekundarstufe I) in eines der Berufskollegs, um dort einen höher qualifizierenden Schulabschluss, eine Vollzeitschulische Berufsausbildung, einen beruflichen Abschluss im dualen System zu erwerben oder an einer Maßnahme der Ausbildungsvorbereitung teilzunehmen.

Innerhalb des Segments der beruflichen Qualifizierung halten die Berufskollegs ein umfangreiches und komplexes Leistungsspektrum vor. Neben der dualen Berufsausbildung werden vollschulische Ausbildungsberufe (Assistentenberufe nach Landesrecht), i. d. R. mit doppelt qualifizierendem Abschluss (FHR bzw. Abitur), und neben der Vermittlung beruflicher Kenntnisse auch allgemeinbildende Abschlüsse – vom Hauptschulabschluss bis zur allgemeinen Hochschulreife (Abitur) – angeboten sowie Angebote der Ausbildungsvorbereitung vorgehalten. Mit dem Abschluss der dualen Berufsausbildung wird der Hauptschulabschluss erreicht und unter bestimmten Bedingungen auch der mittlere Schulabschluss (FOR). Auch nach Abschluss einer Berufsausbildung kann in der Fachoberschule die Fachhochschulreife bzw. die Hochschulzugangsberechtigung erworben werden. Damit bieten die Berufskollegs ein hochgradig durchlässiges System der beruflichen Bildung an.

¹⁴¹ Duale Berufsausbildung, Berufsausbildung nach Landesrecht, (Höhere) Berufsfachschulen, berufliches Gymnasium und die Ausbildungsvorbereitung.

¹⁴² Nach Berufsbildungsgesetz (BBiG), Handwerksordnung (HwO), Qualifizierungen nach Landesrecht.

¹⁴³ Aufgrund der hohen Komplexität der Angebotsstruktur der Berufskollegs und der vielschichtigen Möglichkeiten des Erwerbs von Bildungsabschlüssen, wurde an dieser Stelle auf eine differenzierte Darstellung verzichtet. Siehe auch: Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (2008).

¹⁴⁴ 87 Prozent entsprechen 15.503 Schülerinnen und Schülern.

¹⁴⁵ Der Anstieg zu 2010 ist zum einen auf ein neu eingeführtes spezifischeres Meldesystem, zum anderen auf Verschiebungen bei der Beschulung in einigen Ausbildungsberufen und damit verbundenen anderen Örtlichkeiten zurück zu führen.

Als Nahtstelle zwischen dem allgemeinbildenden Schul- und dem Beschäftigungssystem kooperieren die Berufskollegs u. a. eng mit den Schulen der Sekundarstufe I und der ausbildenden Wirtschaft. Dabei wird aktuell und praxisnah über Anforderungen und Entwicklungen im dualen und schulischen Ausbildungsbereich, aber auch über zentrale Grundlagen für erfolgreiche Matching-Prozesse in eine duale Ausbildung informiert. Die Berufskollegs arbeiten eng verzahnt mit den Kammern und den Verbänden.

Neben den dualen und schulischen Erstausbildungen halten die Berufskollegs mit den Fachhochschulausbildungen ein breites und umfangreiches Weiterbildungsangebot vor, das mit Blick auf die zunehmende Relevanz des lebenslangen Lernens weiter an Bedeutung gewinnt.

Der Übergang von der beruflichen Bildung zur Hochschulbildung

Der Übergang zu den Hochschulen wird normalerweise aus der Perspektive der allgemeinbildenden Schulen (Gymnasien und Gesamtschulen) betrachtet. Zunehmend gewinnen Kooperationen und Übergänge aus den Institutionen der beruflichen Bildung an die Hochschulen an Aufmerksamkeit, da die Leistungen der Berufskollegs insbesondere von Fachhochschulen honoriert und anerkannt werden.

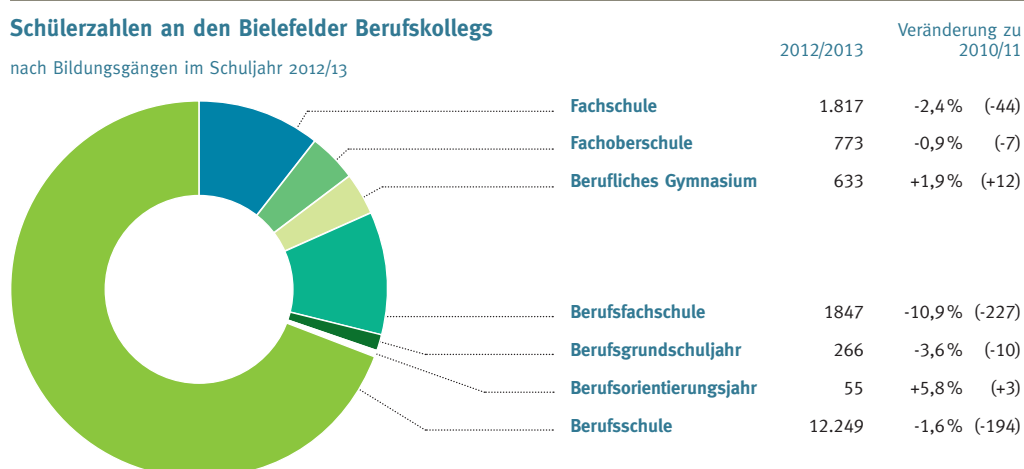
Die Bildungsgänge, die zur Fachhochschulreife bzw. zur Allgemeinen Hochschulreife führen, gestalten die Übergänge an die Hochschulen durch Projekte, die Teilnahme an Vorlesungen, Gastvorträge und die Vermittlung methodischen Wissens für die Schülerinnen und Schüler aktiv und zielgerichtet. Unter bestimmten Voraussetzungen werden Leistungen, die an den Berufskollegs erworben wurden, an den Fachhochschulen als sogenannte „Credit-Punkte“ anerkannt und auf ein Studium angerechnet. Dies gilt auch für doppelqualifizierende Ausbildungen¹⁴⁶ sowie Weiterbildungen an Fachschulen. Die Anrechnung von an den Berufskollegs erworbenen Leistungen führt dazu, dass anfallende Kosten eines Studiums gesenkt, die Studienzeit entzerrt und unter Umständen verkürzt wird, da Pflichtveranstaltungen nicht mehr besucht werden müssen.

Durch die Kooperation mit Hochschulen schlagen die Berufskollegs in diesem Segment ihres Portfolios eine innovative und zukunftsweisende Richtung ein, dessen Bilanz aber erst in den nächsten Jahren vorliegen wird.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Bielefelder Berufskollegs ist zwischen 2010/11 und 2012/13 leicht um 2,6 Prozent oder 467 Personen, auf 17.640 Personen zurückgegangen, nachdem für die Vorjahre leichte Steigerungen ausgewiesen wurden. 69 Prozent (Vorjahr 67 Prozent) der Schülerinnen und Schüler besuchen die Berufskollegs im Kontext einer dualen Ausbildung. Die Verteilung der Geschlechter weist für die zurückliegenden Jahre nur marginale Schwankungen auf. Der Anteil der an den Berufskollegs ausgebildeten Frauen lag bei 45 Prozent. Innerhalb des Bildungsbereichs der dualen Ausbildung überwog 2012 der Anteil der jungen Männer mit 59 Prozent, während an den beruflichen Gymnasien der Anteil der jungen Frauen mit 64 Prozent deutlich stärker war.

Schülerzahlen an den Bielefelder Berufskollegs

nach Bildungsgängen im Schuljahr 2012/13



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Abb. 51

¹⁴⁶ Beim parallelen Erwerb der Fachhochschulreife und Berufsabschluss nach Landesrecht, z. B. für biologisch-technische Assistenten, elektrotechnische Assistenten, informationstechnische Assistenten.

Bielefeld ist im Bereich der dualen Ausbildung ein wichtiges Zentrum der Region. Die Zahl der an den Bielefelder Berufskollegs ausgebildeten Schülerinnen und Schüler ist im Verlauf der letzten Jahre mit marginalen Schwankungen weitgehend auf einem konstanten Niveau. Inwieweit die demographische Entwicklung, der aktuelle Trend, zur universitären Ausbildung sowie eine tendenziell zurückhaltende Bereitschaft der Betriebe zur dualen Ausbildung in den nächsten Jahren zu rückläufigen Schülerzahlen führen wird, bleibt abzuwarten.

Mit Blick auf die Frequentierung der Bildungsangebote der Berufskollegs ist auffällig, dass die Berufsfachschulen im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufige Zahlen ausweisen.¹⁴⁷ Der duale Bereich verliert ebenfalls, wenn auch deutlich moderater.

C1-2 Angebots-Nachfrage-Relation dualer Berufsausbildung und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Die Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) der dualen Berufsausbildung gibt das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage an.¹⁴⁸ Sie liefert damit Erkenntnisse über Versorgungsengpässe auf dem Ausbildungsmarkt. 100 Ausbildungsplätze für 100 ausbildungsplatzsuchende Jugendliche signalisieren ein annähernd auswahlfähiges Angebot. Werte unter 100 bedeuten, dass mehr Ausbildungsplatzsuchende als Ausbildungsplätze vorhanden sind, was insbesondere für leistungsschwächere Jugendliche den direkten Übergang in eine duale Ausbildung erschwert.

Werte deutlich über 100 signalisieren ein auswahlfähiges Angebot. 100 Ausbildungsplätze bedeuten, dass kein auswahlfähiges Angebot vorhanden ist und insbesondere leistungsschwächere Ausbildungsplatzsuchende in die Warteschleifen des sogenannten Übergangssystems oder in vollzeitschulische Alternativen ausweichen müssen.

Die Lage auf dem bundesdeutschen Ausbildungsmarkt hat sich 2012, gemessen an der ANR, insgesamt entspannt. Gleichwohl ist die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr rückläufig¹⁴⁹.

Auf Bundesebene lag die ANR 2012 bei 103,4, was zunächst auf ein auswahlfähiges Angebot hindeutet. Der Blick auf die NRW Landesebene verdeutlicht, dass Angebot und Nachfrage mit einem Wert von 100,3 nahezu ausgeglichen waren. Hier bestand für ausbildungsplatzsuchende Jugendliche kaum Spielraum, denn bei einigen Ausbildungsberufen besteht eine hohe, bei anderen Berufen hingegen eine geringe Nachfrage.

Auf der kommunalen Ebene verschärft sich die Situation weiter. 2012 erreichte die ANR im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld nur einen Wert von 98,8. Im Vergleich zum Vorjahr eine leicht negative Entwicklung, so dass den Ausbildungsplatzsuchenden ein nur eingeschränkt auswahlfähiges Angebot im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld¹⁵⁰ zur Verfügung stand¹⁵¹.

¹⁴⁷ Alle Daten beziehen sich auf einen Erhebungsstichtag. Veränderungen innerhalb des Schuljahres werden nicht erfasst.

¹⁴⁸ Methodische Erläuterung: Angebots-Nachfrage-Relation (ANR). Die ANR beschreibt die Relation zwischen dem Angebot an dualen Ausbildungsplätzen und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und spiegelt damit näherungsweise die bestehende Knappheit des entsprechenden Angebots des dualen Ausbildungssystems wider. Das Angebot wird berechnet als Summe aus der bis zum 30.09. eines Jahres abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse (Neuverträge) und den bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten, aber unbesetzt gebliebenen Stellen. Die Nachfrage wird berechnet als Summe von Neuverträgen und den bei der BA gemeldeten unvermittelten bzw. unversorgten Bewerbern. Nachfragende Personen sind diejenigen, die eine entsprechende Meldung bei der Arbeitsagentur aufrechterhalten. Anderweitig versorgte Bewerber, die dennoch eine Ausbildung beginnen wollen, werden also nicht erfasst. Die ANR ist der Quotient von Angebot – geteilt durch Nachfrage.

¹⁴⁹ Bundesweit beträgt der Rückgang 2012 18.108 Ausbildungsverträge, das sind 3,2 Prozent weniger als 2011. Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2013).

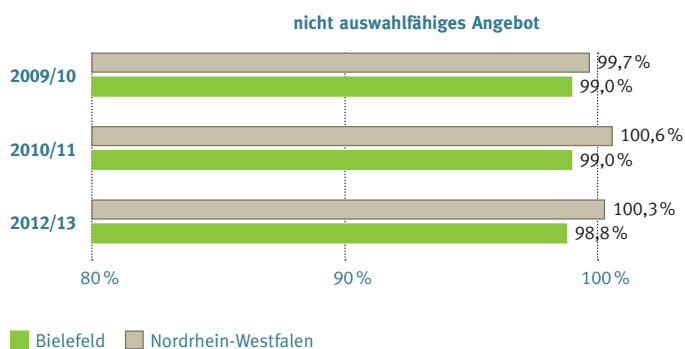
¹⁵⁰ Der Arbeitsagenturbezirk Bielefeld besteht aus der Stadt Bielefeld und dem Kreis Gütersloh.

¹⁵¹ Eine vertiefende Analyse zur Veränderung der regionalen Disparitäten in der Ausbildung findet sich in: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 102ff.).

Angebots-Nachfrage-Relation dualer Berufsausbildung

Abb. 52

im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2013

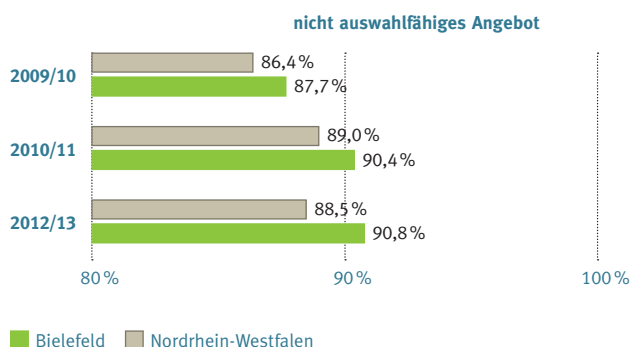
Auf der Nachfrageseite werden bei der Berechnungsform der ANR nur Personen als Nachfrager berücksichtigt, die eine entsprechende Meldung bei der Arbeitsagentur aufrechterhalten. Alle sich in einer sogenannten Warteschleife befindlichen und damit temporär versorgten Bewerber, die aber weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen, werden nicht erfasst. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass nicht alle in der Region zur Verfügung stehenden Ausbildungsstellen gemeldet und nicht alle Ausbildungsplatzsuchenden die Angebote der Agentur bzw. der Jobcenter in Anspruch nehmen.

Die ANR bildet die Nachfragesituation somit nur unvollständig ab. Berufsbildungsbericht und nationaler Bildungsbericht weisen deshalb auch eine „erweiterte“ Nachfragedefinition aus, die neben den unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern auch Jugendliche einbezieht, die zwar eine Alternative zu einer Ausbildung begonnen haben (z.B. berufsvorbereitende Maßnahme, Praktikum), aber weiterhin eine Vermittlung in Ausbildung wünschen.¹⁵² Die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation lag im Ausbildungsjahr 2011/12 im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld bei 90,8 und damit etwas günstiger als auf Landesebene (88,5). Aber immer noch deutlich ungünstiger als auf der Bundesebene, für die ein Wert von 93,2 ausgewiesen wird. Die Ausbildungsmarktsituation in der Region ist somit weiterhin als problematisch einzustufen.

Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation dualer Berufsausbildung

Abb. 53

im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2013

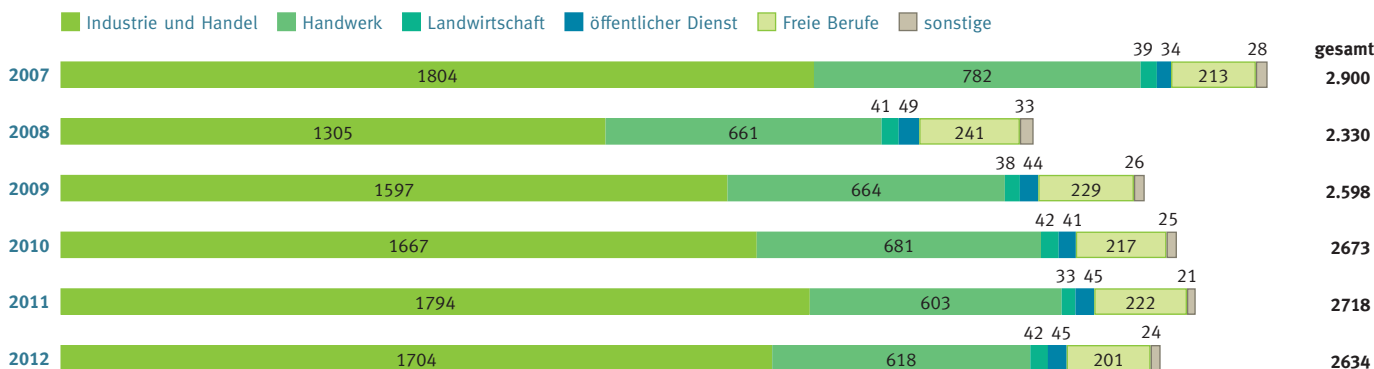
Betrachtet man zusätzlich zur ANR die absoluten Zahlen bezogen auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, zeigt sich, dass bundesweit die Anzahl im Jahr 2012/13 um 3,2 Prozent rückläufig war. Auf Landesebene liegt der Rückgang neu abgeschlossener Verträge bei 1,9 Prozent. Der Agenturbezirk Bielefeld verzeichnet mit 2.634 Neuverträgen in 2012 einen Rückgang um rund 3,1 Prozent oder 84 Stellen im Vergleich zum Vorjahr und liegt damit auf dem Bundesniveau.

152 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2013, S. 8).

Abb. 54

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Bielefeld

zum Stichtag 31.12.



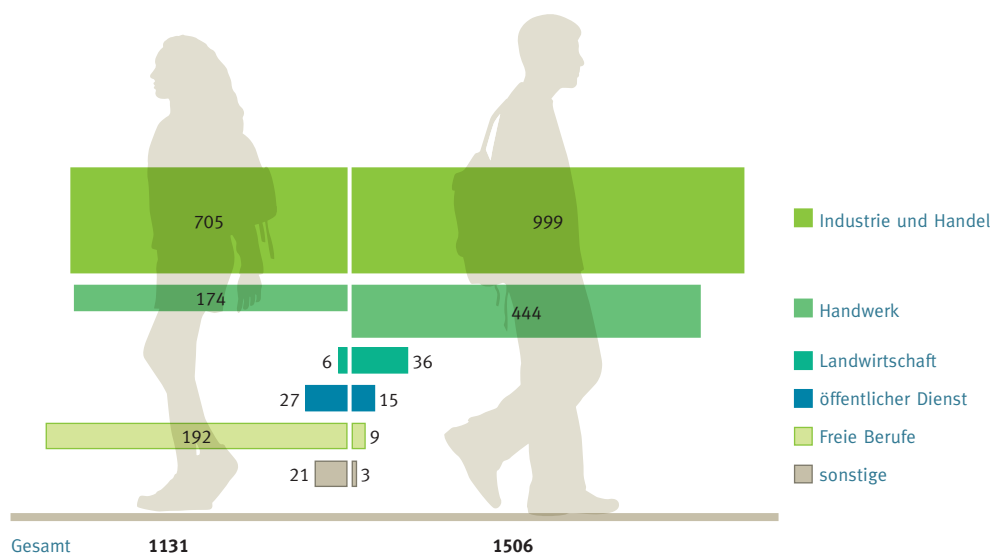
Quelle: IT.NRW, Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Mit Blick auf die Verteilung der Ausbildungsverträge nach Geschlecht, zeigen sich deutlich Differenzen zwischen den Ausbildungsbereichen. Besonders deutlich wird dies im Bereich der freien Berufe und im Handwerk. Im Jahr 2012 waren 57 Prozent (Vorjahr 56,5 Prozent) der Ausbildungsbeginner männlich.

Abb. 55

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 31.12.2012

nach Ausbildungsbereich und Geschlecht in Bielefeld



Quelle: IT.NRW, Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

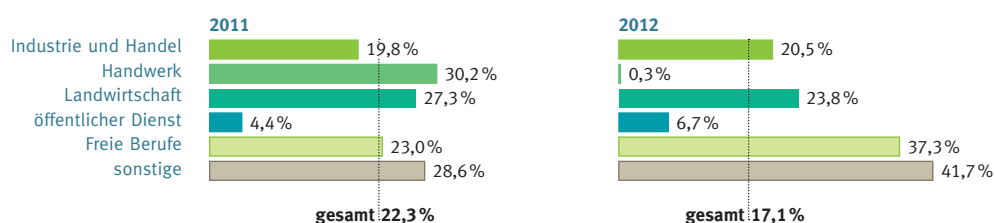
Neben der problematischen ANR auf dem Bielefelder Ausbildungsmarkt zeigen sich auch Schwierigkeiten im Matching-Prozess zwischen Auszubildenden und Firmen. Die Anzahl von Auszubildenden, die ihren Ausbildungsvertrag vorzeitig lösten, lag im Agenturbezirk Bielefeld 2012 bei 17 Prozent aller Neuverträge oder 449 Jugendlichen. Eine positive Entwicklung zum Vorjahr, als die Quote bei 22,3 Prozent oder 606 Jugendlichen lag.¹⁵³ Bundesweit lässt sich eine Häufung von Vertragsauflösungen besonders bei Jugendlichen mit einem geringen Bildungsabschluss beobachten.¹⁵⁴ Bezogen auf die einzelnen Ausbildungsbereiche sind deutlich unterschiedliche Auflösungsquoten zu beobachten, die ebenfalls zwischen den Jahren 2011 und 2012 teilweise stark variieren.

¹⁵³ 2011 lag die Quote der Ausbildungsvertragsauflösungen bundesweit bei 24,4 Prozent und hat damit im Vergleich zum Vorjahr noch zugelegt. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2013, S. 42).

¹⁵⁴ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2013, S. 42ff.).

Auszubildende mit vorzeitig gelöstem Ausbildungsverhältnis in Bielefeld zum Stichtag 31.12.

Abb. 56



Quelle: IT.NRW, Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Im Jahr 2012/13 bietet der Arbeitsamtsbezirk Bielefeld ein nur eingeschränkt auswahlfähiges Angebot im Ausbildungsbereich. Die Quote der erweiterten ANR deutet darauf hin, dass sich ein erheblicher Anteil von Jugendlichen in einer temporären Übergangssituation befindet. Nach einem leichten Anstieg der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in 2011/12 fiel die Anzahl im Ausbildungsjahr 2012/13 unter den Wert von 2010 zurück. Dies ist allerdings nicht nur eine regional zu beobachtende Entwicklung, sondern ein Trend, der auch auf Landes- und Bundesebene zu beobachten ist. Der demographische Wandel könnte in den kommenden Jahren zu einer sukzessiven Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt führen und somit die Nachfrageseite der Ausbildungsplatzsuchenden stärken. Dies stellt die Unternehmen vor Herausforderungen in Bezug auf die Besetzung der angebotenen Ausbildungsstellen und der Sicherung des Fachkräftebedarfs. Parallel stellen Passungsprobleme bei der Besetzung von Stellen eine zunehmende Problematik dar¹⁵⁶, von der häufig Jugendliche ohne oder mit einem niedrigen Bildungsabschluss betroffen sind.

C1-3 Übergänge in die Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems

Im Jahr 2012 stellten die Bildungsgänge der Berufskollegs für 57 Prozent der Abgängerinnen und Abgänger der allgemeinbildenden Bielefelder Schulen¹⁵⁷ eine Anschlussperspektive dar. Der Nationale Bildungsbericht¹⁵⁸ unterscheidet das berufliche Ausbildungssystem in drei Teilbereiche: das Duale System, das Schulberufssystem und das Übergangssystem.¹⁵⁹

Im Rahmen des Dualen Systems steht der theoretische Teil der beruflichen (Aus-)Bildung im Mittelpunkt, während im Schulberufssystem vollzeitschulische und berufsqualifizierende Abschlüsse erworben werden können. Das Übergangs- oder Ausbildungsvorbereitungssystem umfasst die Bildungsangebote an den Berufskollegs, die zu keinem Ausbildungsabschluss führen, sondern durch die Erweiterung von Kompetenzen auf die Aufnahme einer Berufsausbildung vorbereiten oder den nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses ermöglichen. In das Übergangssystem münden zunächst all die Jugendlichen ein, die weder einen Ausbildungsplatz noch einen Platz im Schulberufssystem gefunden haben.

Die Übergangsquoten verdeutlichen, welchem Anteil des jeweiligen Abgangsjahres ein Einstieg in eine vollqualifizierende Berufsausbildung gelingt. Zum anderen wird offenkundig, wer zunächst nur einen Platz im Übergangssystem erhält und dort unter Umständen länger als ein Jahr auf einen Ausbildungsplatz warten muss.¹⁶⁰

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die Anzahl der Jugendlichen, die in das Übergangssystem

¹⁵⁵ Für das Berichtsjahr 2012 lagen laut Berufsbildungsstatistik NRW (IT.NRW 2012:16) keine Daten über vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge im Bereich Handwerk vor.

¹⁵⁶ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2013, S. 22ff.).

¹⁵⁷ Grundgesamtheit sind alle Schulabgängerinnen und -abgänger des Vorjahres.

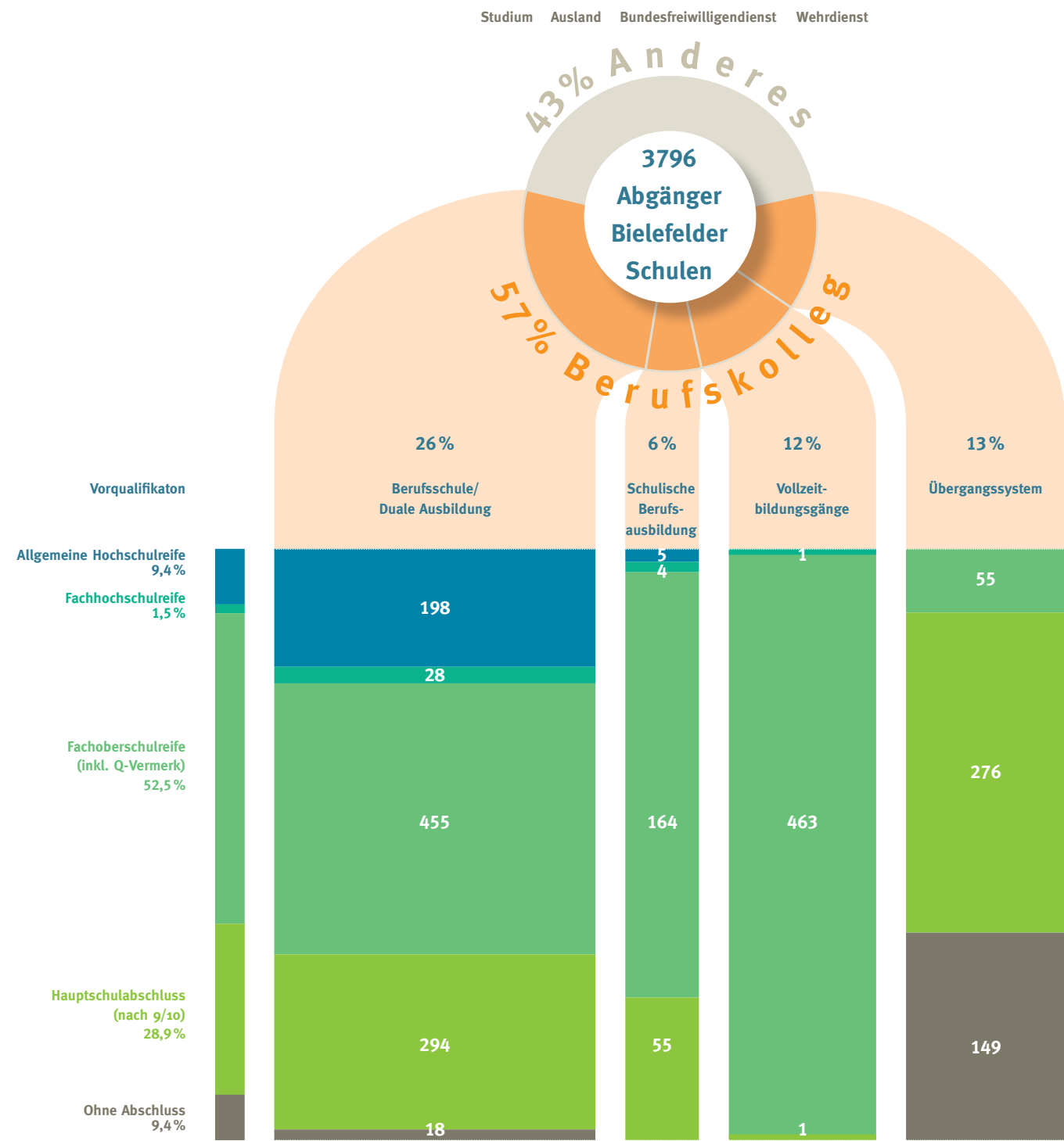
¹⁵⁸ Konsortium Bildungsberichterstattung (2006, S. 79ff.).

¹⁵⁹ Das Schulberufssystem untergliedert sich in berufliche Vollzeitschulen und schulische Ausbildungen nach Landesrecht (Assistentenausbildungen).

¹⁶⁰ Bei der Berechnung und Darstellung der Übergangsquoten in die vier Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems muss berücksichtigt werden, dass in Bielefeld ein hoher Anteil auswärtiger Schülerinnen und Schüler, insbesondere in Fachklassen der dualen Berufsausbildung, beschult werden. Ihr Anteil kann nicht durchgängig trennscharf abgegrenzt werden. Ferner werden Jugendliche, die in einem Bielefelder Betrieb eine Ausbildung absolvieren, statistisch als Bielefelder gerechnet, auch wenn ihre Meldeadresse in anderen Kommunen liegt. Im Übergangssystem werden Einstiegsqualifizierungen (EQ), Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB inklusiv KSoB), das Berufsgrundschuljahr (BGJ) sowie das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) erfasst.

einmünden, deutlich verringert. Zwischen 2008 und 2012 ist der Anteil von 17 Prozent auf 13 Prozent gesunken. Die Jahrgangsgrößen der Abgangsklassen haben sich insgesamt seit 2009 um rund 9 Prozent verringert, wobei der Anteil von Jugendlichen, die in das Schulberufssystem einmündeten, weitestgehend konstant geblieben ist.

Abb. 57 Anteil der vom Abgangsjahrgang 2012 in die Berufskollegs eingemündeten Schülerinnen und Schüler (nach Teilbereichen und bisher erreichten Abschlüssen)



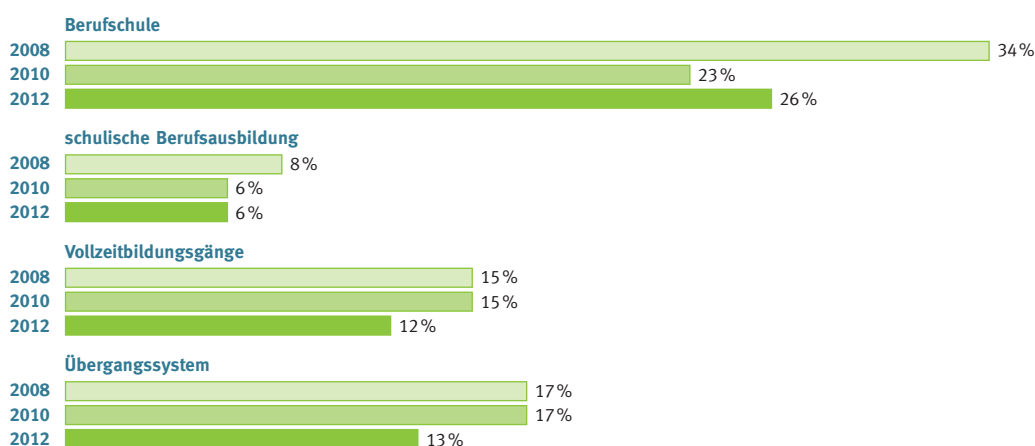
Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Die im allgemeinbildenden Schulsystem erworbene Qualifikation bestimmt beim Übergang in ein Berufskolleg maßgeblich, in welches der Teilsysteme an den Berufskollegs ein Jugendlicher zunächst einmündet. Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, münden weiterhin vor allem (77 Prozent) in das Übergangssystem bzw. in ein Angebot der beruflichen Orientierung ein. Auffällig ist, dass die Anzahl derer, die ohne einen Schulabschluss eine duale Berufsausbildung beginnen, stark rückläufig ist. Nach wie vor ist der Erwerb eines Hauptschulabschlusses der Klasse 9 oder 10 keine Garantie für eine nachhaltige berufliche Anschlussperspektive. 48 Prozent der Hauptschulabsolventen mündeten 2012 nach der Schule zunächst in das Übergangssystem ein. In 2012 haben sich wieder deutlich mehr Absolventen mit einer Fachoberschulreife (plus 9 Prozent) für eine duale Ausbildung entschieden. Bei Absolventen mit Fachhochschulreife weist der Trend in die entgegengesetzte Richtung. Von dieser Entwicklung konnten allerdings primär die höheren Bildungsabschlüsse profitieren.

Nach einem Einbruch zwischen den Jahren 2008 und 2010 wurden im Zeitraum von 2010 bis 2012 wieder mehr Ausbildungsverträge im Bereich der dualen Berufsausbildung (plus 3 Prozent) abgeschlossen. Gleichwohl bleiben die Abschlüsse hinter den Werten von 2008 zurück. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in die schulische Berufsausbildung einmünden, ist konstant geblieben. Bei den Vollzeitbildungsgängen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Dabei ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, der nach der allgemeinbildenden Schule in das Übergangssystem einmündete, mit insgesamt 13 Prozent um 4 Prozentpunkte geringer als noch in 2010.

Übergang Berufsausbildungssystem

Abb. 58



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013

Bei den Übergängen in die Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems sind zwei zentrale Entwicklungen besonders hervorzuheben:

Der Anteil der Hauptschulabsolventen (Klasse 9 und 10), die im Anschluss an die allgemeinbildende Schule in das Übergangssystem an einem Berufskolleg einmünden, liegt erstmalig seit 2008 bei unter 50 Prozent (2010 waren es 80 Prozent). Gleichwohl musste 2012 immer noch annähernd jeder Zweite dieser Gruppe aufgrund einer nicht vorhandenen adäquaten Alternative zunächst ein Angebot aus dem Übergangssystem annehmen. Der Anteil der Absolventen mit Fachoberschulreife, die eine duale Ausbildung beginnen, stieg 2012/13 um rund 9 Prozentpunkte. Auch die Quote der Abiturienten, die eine duale Ausbildung begonnen haben, stieg in 2012 wieder an. Insgesamt stieg der Anteil der Absolventen, die eine duale Ausbildung begonnen haben, im Vergleich zu 2010 um 3 Prozentpunkte. Gleichzeitig nahm die Attraktivität des Schulberufssystems weiter ab. Deutlich mehr Jugendliche – vor allem mit einem Hauptschulabschluss – fanden einen direkten Berufseinstieg, so dass sich die Quote des Übergangssystems in 2012 um 4 Prozentpunkte verringert hat. Gleichwohl mündeten auch 2012 13 Prozent (480) Jugendliche zunächst in das Übergangssystem ein. Annähernd 10 Prozent von ihnen besaßen keinen Schulabschluss.

C2 Management der Übergänge zwischen Schule und Beruf

Kommunen sollen zu den von Bund, Ländern und der Bundesagentur für Arbeit vorgehaltenen beruflichen Bildungs- und Beratungsangeboten ergänzende Leistungen für junge Menschen anbieten, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind (§§ 11, 13 SGB VIII). Die Stadt Bielefeld hat deshalb bereits 2007 begonnen, unterstützende Aktivitäten¹⁶¹ an den Schnittstellen des Übergangs (Schule – Beruf) anzubieten und umzusetzen. Sie reichen von der Berufsorientierung über die Ausbildungsvermittlung bis hin zu präventiven Angeboten zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen.¹⁶² Mit Blick auf den demographischen Wandel, aktuell prognostiziertem Fachkräftemangel und ein aktuell rückläufiges Ausbildungsplatzangebot in der Kommune, kommt dieser Aufgabe eine weiter wachsende Bedeutung zu.

C2-1 Im kommunalen Übergangsmanagement erfasste Schulabgänger aus Förder-, Haupt-, und Gesamtschulen

Der Übergang von einer allgemeinbildenden Schule in eine berufsqualifizierende Ausbildung ist ein wichtiger Schritt in der (beruflichen) Biographie junger Menschen. Um diesen erfolgreich zu bewältigen, benötigt ein Teil der Jugendlichen flankierende Hilfen. Anhand der erfassten Abgänger und der Inanspruchnahme von Angeboten kann das Engagement des kommunalen Übergangsmanagements verdeutlicht werden.

Die Anforderungen beim Übergang von der Schule in den Beruf sind für junge Menschen erheblich gewachsen. Das Einmündung in eine berufliche Ausbildung ist schwieriger geworden und häufig gekennzeichnet durch Umwege, so dass berufliche Biographien weniger linear verlaufen.¹⁶³ Die Stadt Bielefeld hat deshalb bereits im Jahr 2007 das regionale Übergangsmanagement (RÜM)¹⁶⁴ etabliert, das zunächst für die Schülerschaft der Förder-, Haupt- und Gesamtschulen und seit 2011 bedarfsorientiert für Absolventen der Realschulen ein umfangreiches Angebot vorhält. Es ist darauf ausgerichtet, bereits ab der achten Klasse den Prozess der Berufsfindung und im weiteren Verlauf den Übergang im Anschluss an die allgemeinbildende Schule individuell zu begleiten und durch entsprechende Maßnahmenangebote zu unterstützen.

Da knapp 14 Prozent der Absolventen (vgl. A3-1)¹⁶⁵ auch über das Jobcenter (SGB II) im Kontext des Übergangs beraten und unterstützt werden, arbeiten beide Akteure unter einem Dach im Bielefelder Jugendhaus zusammen. Ziel ist es, den Prozess für die Jugendlichen abgestimmt, transparent und bedarfsgerecht zu gestalten. Bei Jugendlichen aus dem Rechtskreis des SGB III besteht eine intensive Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit.

¹⁶¹ Mit dem Konzept „lib und Job – Bielefelder Jugendhaus“ wurde 2007 in Kooperation der REGE mbH (Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH) und der Arbeitplus (Jobcenter SGB II) in Bielefeld ein neuer, rechtskreisübergreifender Ansatz der beruflichen Beratung und Integration institutionalisiert. Seit 2012 ist die Stadt Referenzkommune für die Einführung des neuen Übergangssystems Schule Beruf NRW „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

¹⁶² Bei den Angeboten der Berufsorientierung und der Ausbildungsvermittlung kooperiert die Kommunale Koordinierung/Jugendberufshilfe mit allen relevanten Akteuren, Teile der Angebote werden mit Unterstützung und/oder finanziellen Beiträgen der Agentur für Arbeit umgesetzt.

¹⁶³ Bylinski (2013).

¹⁶⁴ Das regionale Übergangsmanagement (RÜM) wird über die Jugendberufshilfe (SGB VIII) der REGE mbH, einer städtischen Tochter, gesteuert.

¹⁶⁵ 2012 erhielten 13,6 Prozent der 15- bis 24-Jährigen in Bielefeld Leistungen nach dem SGB II.



Quelle: Kommunale Koordinierung der REGE mbH

Die Nahtstelle zwischen Schule und Berufsausbildung wird von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren beeinflusst. Sie wird sowohl von einem stark sozialen Selektionsprozess bestimmt, der u. a. von der schulischen Vorbildung, dem Geschlecht und dem Migrationshintergrund beeinflusst wird, als auch vom Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze in der Region. Die kontinuierliche Beratung und Betreuung von Jugendlichen sowie Hilfe bei der Steuerung der individuellen Übergangsprozesse unterstützen die Schülerinnen und Schüler bei der individuellen Profilbildung, der Entwicklung von Kompetenzen und der Umsetzung realisierbarer Berufsziele.¹⁶⁸

Ab Klasse 9¹⁶⁹ erreicht das kommunale Übergangsmanagement mit seinen Beratungs- und Coachingangeboten alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I der Haupt- und Gesamtschulen Bielefelds. Aktuell konzentriert sich das Beratungsangebot im Bereich der Förderschulen auf die Schulen, die auf einen beruflichen Übergang bzw. auf den Förderschwerpunkt Lernen ausgerichtet sind. Die Realschulen und Gymnasien erhalten punktuell unterstützende Beratung und weitere Angebote.¹⁷⁰

Für diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für die bei Verlassen der Regelschule kein passendes qualifizierendes Angebot zur Verfügung stand, stellt die Rege mbH Angebote von Beratung, Coaching und Qualifizierung zur Verfügung, die den erfolgreichen Übergang in Ausbildung und Beschäftigung begleiten und unterstützen.

Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2012 landesweit das neue Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss“ Übergang Schule – Beruf in NRW (KAoA) eingeführt. Damit wurden Voraussetzungen geschaffen, das Übergangssystem qualitativ weiter zu entwickeln. Bielefeld ist eine von sieben Referenzkommunen, in der die Umsetzung erprobt wurde. Die REGE mbH hat in 2012 die kommunale Koordinierung für die Stadt Bielefeld übernommen.

¹⁶⁶ In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, den Jobcentern und den Berufskollegs.

¹⁶⁷ BvB-Maßnahmen werden von der Arbeitsagentur finanziert und gesteuert. EQ- und ÜQ-Maßnahmen sind Angebote, die gleichermaßen für Jugendliche aus dem Rechtskreis des SGB II und SGB III verwendet werden.

¹⁶⁸ Bylinski (2013).

¹⁶⁹ Die Angebote der REGE mbH beginnen bereits in der 8. Klasse in allen genannten Schulformen.

¹⁷⁰ Das zugrunde liegende Datenmaterial basiert auf einer kommunalen Individualstatistik, deren Daten auf der Grundlage persönlicher Vereinbarungen zwischen Institutionen, Jugendlichen und Eltern im Zeitverlauf mehrfach erhoben wurden.

Im Rahmen des neuen Übergangssystems „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) haben sich die Akteure in NRW auf einen systematischen und standardisierten Übergang von der Schule in den Beruf verständigt. Es handelt sich dabei um verschiedene miteinander verzahnte Elemente, von der Beratung über die Kompetenzermittlung, bis hin zu Praktika. Entscheidend ist, dass mittels dieser Elemente an allen Schulen ein Mindeststandard an Berufsorientierung umgesetzt wird. Neben der flächendeckenden Einführung von Standardelementen der Berufsorientierung, liegt der Fokus der Arbeit sowohl auf der engen Vernetzung und Abstimmung aller Akteure, als auch auf der Weiterentwicklung bestehender Konzepte.¹⁷¹

Die Steuerung des neuen Übergangssystems erfolgt über den Jugendbeirat der Stadt, in dem die relevanten Akteure – Kommune, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Vertreter der Schulen sowie die Kammern und der DGB – vertreten sind. Eine der zentralen Aufgaben im KAoA-Konzept ist das langfristige Monitoring über den Bildungsverlauf von Schülerinnen und Schülern nach der Regelschule.

Die Standardelemente des neuen Übergangssystems werden ab Klasse 8 in den betreuten Schulformen für Bielefeld umgesetzt. Siehe Abb. 59. Ab Klasse 9 werden alle Schülerinnen und Schüler durch die Übergangskoaches im Berufswahlprozess unterstützt. In den Abgangsklassen werden alle Bielefelder Schülerinnen und Schüler der betreuten Schulformen, bzw. der betreuten Förderschwerpunkte der Förderschulen mit den Angeboten der kommunalen Koordinierung erreicht. Damit lag auch für das Abgangsjahr 2012 eine zentrale Voraussetzung auf der kommunalen Ebene für die erfolgreiche Gestaltung der Übergangsprozesse in den Beruf vor.

Im Anschluss an die Sekundarstufe I setzten¹⁷² 35,7 Prozent der Schülerinnen und Schüler der betreuten Förder-, Haupt- und Gesamtschulen ihre schulische Laufbahn fort.¹⁷³ 23,6 Prozent begannen 2011 eine schulische oder duale Ausbildung.¹⁷⁴ 36 Prozent mündeten zunächst in die Bildungsgänge und Maßnahmen des Übergangssystems ein. Für das Abgangsjahr 2012 liegen weitgehend identische Zahlen vor. Allerdings ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in das Übergangssystem einmündeten, mit 32,8 Prozent rückläufig.

Mit dem Jahre 2012 hat NRW das neue KAoA-Konzept eingeführt. Die Umsetzung des neuen Übergangssystems ist langfristig bis 2019 angelegt. Eine Gesamtbilanz zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht möglich.

171 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2013, S. 6ff.).

172 Stand 30.09.2011

173 Werden bei der Berechnung auch die Realschulen mit einbezogen, steigt der Anteil auf 49 Prozent.

174 Der Anteil der dualen Ausbildung lag bei 15,4 Prozent.

C2-2 Verlaufsbetrachtung des Verbleibs von Schulabgängern

Aus kommunaler Sicht ist nicht nur der direkte Verbleib von Schülerinnen und Schülern im Anschluss an die allgemeinbildenden Schulen von Bedeutung, sondern auch die weitere bildungsbiographische Entwicklung in den Folgejahren. Ein längerer Verbleib im Übergangssystem und die Drop-Out-Problematik¹⁷⁵ liefern in Verbindung mit den Merkmalen Geschlecht und Migration Hinweise auf das Ausmaß von Verzögerungen beim Einstieg in die berufliche Zukunft und den Abbau von sozialer Benachteiligung. Der Indikator stellt heraus, welchem Anteil der direkte Übergang in Schule, Ausbildung oder Arbeit gelingt und wie hoch der Anteil derjenigen ist, die zunächst in das Übergangssystem einmünden.

Auch in den Jahren 2010, 2011 und 2012 wurden alle Bielefelder Schülerinnen und Schüler der betreffenden Schulformen¹⁷⁶ von der kommunalen Koordinierung (REGE mbH) im Kontext des Übergangs beraten. Seit 2009 ist der Umfang der Abgangsjahrgänge leicht rückläufig. Wurden 2009 noch 1368 Schülerinnen und Schüler betreut, waren es im Abgangsjahrgang 2012 noch 1230.¹⁷⁷ Dies ist ein Rückgang von rund 10 Prozent. Da in 2011 erstmalig auch Absolventen der Realschulen auf Anfrage beraten wurden, wird dieser Rückgang zum Teil kompensiert.¹⁷⁸

Mündeten aus dem Abgangsjahr 2008¹⁷⁹ rund 57 Prozent und aus dem Abgangsjahr 2009 rund 53 Prozent der Absolventen direkt in eine Anschlussperspektive wie Schule, Ausbildung oder Arbeit ein, so erhöhte sich dieser Wert in den Abgangsjahren 2010 auf 59 Prozent, 2011 auf rund 61 Prozent und 2012 auf 62 Prozent. Werden auch die Realschülerinnen und Realschüler in die Berechnung mit einbezogen, erhöht sich der Anteil der Jugendlichen, die eine Anschlussperspektive besitzen, in 2011 auf 71,5 Prozent und in 2012 auf 72,8 Prozent. Obwohl sich die Quote der Jugendlichen, die zunächst in das Übergangssystem einmündeten, in den letzten Jahren kontinuierlich verringert hat, ist der Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne tragfähigen Anschluss verlässt und zunächst in das Übergangssystem einmündet, weiterhin hoch.

Abb. 60 verdeutlicht, wie sich die Schülerinnen und Schüler im Anschluss der Sekundarstufe I (2009) auf die bestehenden Angebote verteilen.

¹⁷⁵ Unter die „Drop-Out-Problematik“ fallen alle Jugendlichen, die die Beratung bzw. die Zusammenarbeit mit dem Übergangsmanagement aus ungeklärten Gründen abbrechen.

¹⁷⁶ Die Daten beziehen sich auf spezifische Förderschwerpunkte der Förderschulen sowie die Haupt- und Gesamtschulen. Die Realschulen fließen nur bedingt ein, da sich das Beratungsangebot im Aufbau befand und die Beratungsleistung nur punktuell erbracht wurde.

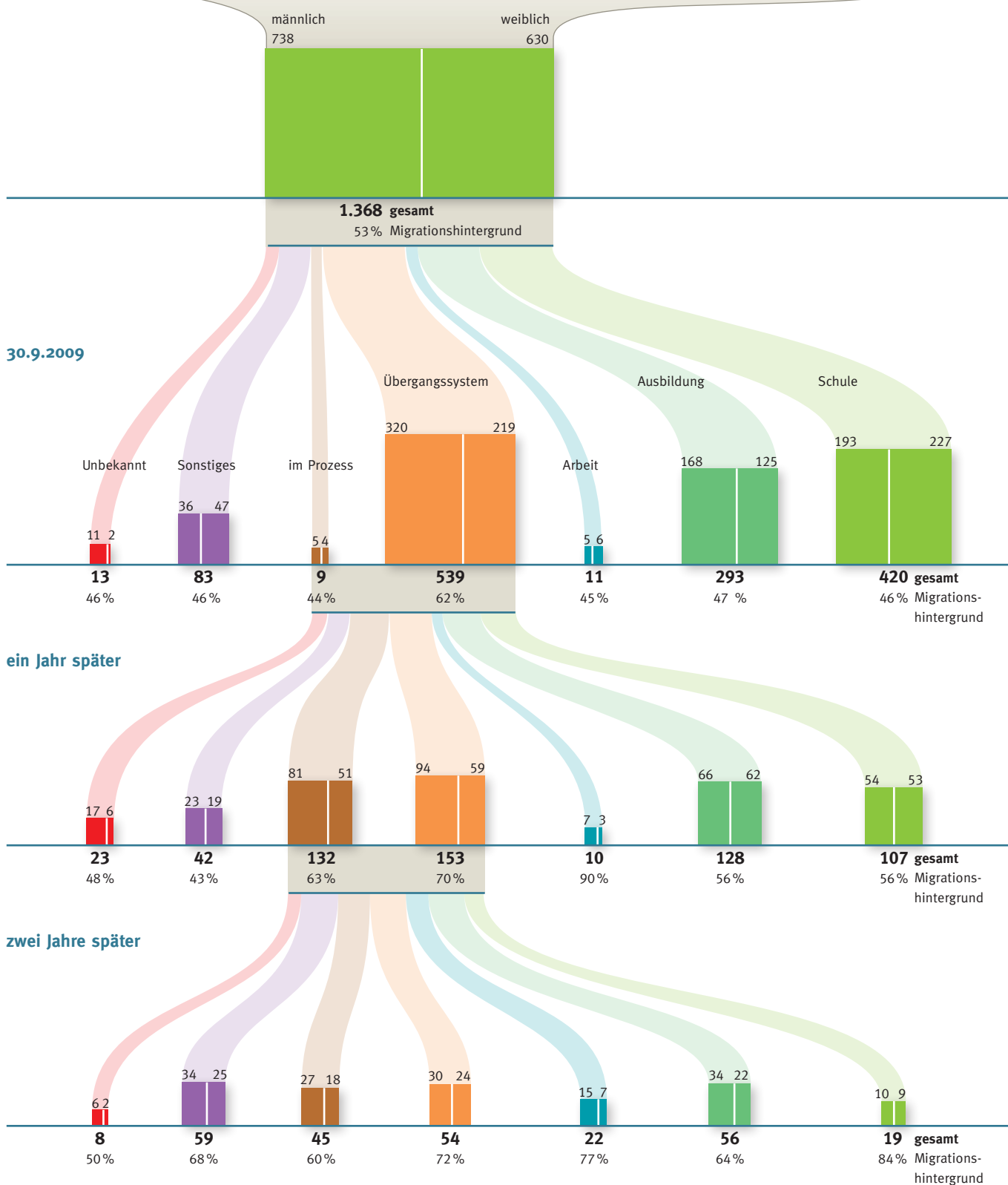
¹⁷⁷ Ohne die Schulform Realschule.

¹⁷⁸ Inklusive der Realschulabsolventen beträgt die potentiell zu beratende Gesamtpopulation im Jahr 2011 1.956 Schülerinnen und Schüler.

Abb. 60

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen
im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2009 im Zeitverlauf

Abgangsjahrgang 2009 der Bielefelder Förder-, Haupt- und Gesamtschulen

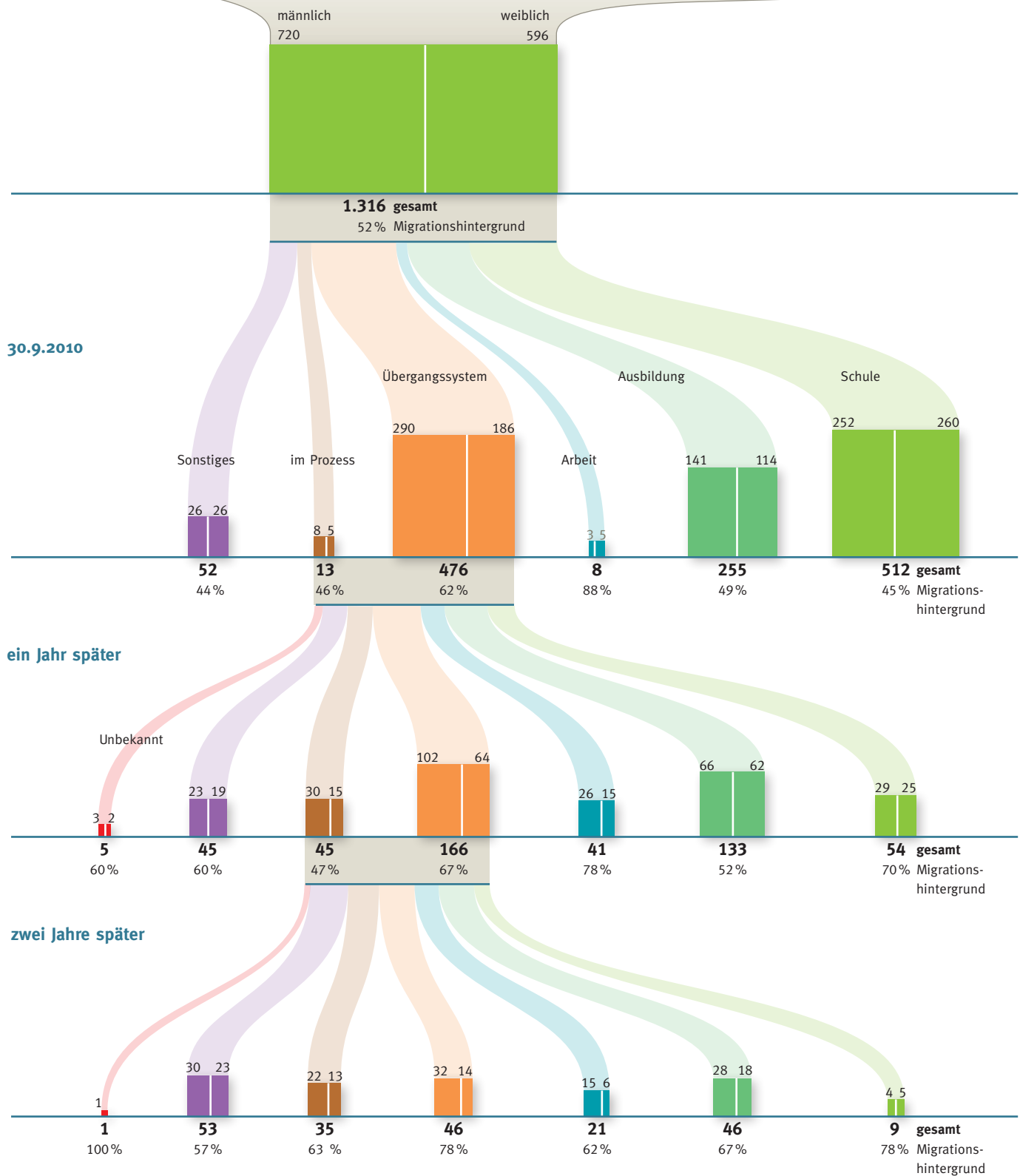


Quelle: Jugendberufshilfe der REGE mbH 2012

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen
im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2010 im Zeitverlauf

Abb. 61

Abgangsjahrgang 2010 der Bielefelder Förder-, Haupt- und Gesamtschulen



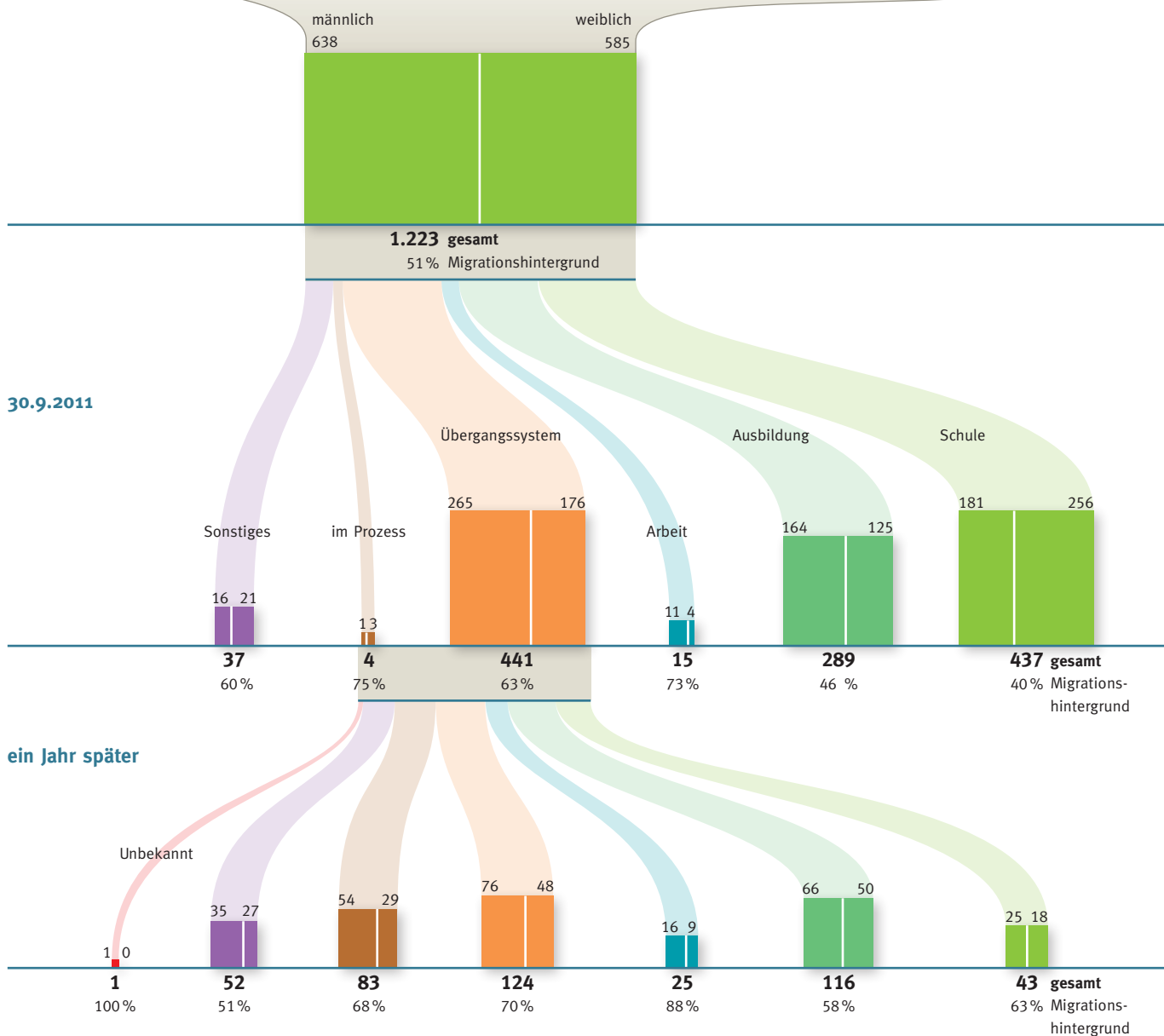
Quelle: Jugendberufshilfe der REGE mbH 2013

Aus dem Abgangsjahrgang 2010 (1.316 Absolventen), Abb. 61, münden 476 Jugendliche (36 Prozent) zunächst in das Übergangssystem ein. 62 Prozent von ihnen besitzen einen Migrationshintergrund. Mit 61 Prozent sind junge Männer im Übergangssystem deutlich überrepräsentiert. Ein Jahr später befinden sich weiterhin 43 Prozent¹⁸⁰ der im Vorjahr in das Übergangssystem eingemündeten Jugendlichen in einer Warteschleife. Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist sowohl in den Angeboten des Übergangssystems, als auch in allen anderen Marktangeboten angestiegen. Am 30.09.2012 befanden sich noch 16,5 Prozent (81) von den 2010 zunächst in das Übergangssystem eingemündeten in einer beruflichen Orientierung.

Abb. 62

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2011 im Zeitverlauf

Abgangsjahrgang 2011 der Bielefelder Förder-, Haupt- und Gesamtschulen



180 Inklusive der sich „im Prozess“ befindlichen Jugendlichen.

Für rund 61 Prozent der Schülerinnen und Schüler der betreuten Schulen lag zum 30.09.2011 eine Anschlussperspektive vor. Allerdings mündeten auch im Jahr 2011 441 Jugendliche (36 Prozent) mangels Perspektive zunächst in eine berufliche Orientierung des Übergangssystems ein. Auch 2011 fällt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Übergangssystem mit 63 Prozent sehr hoch aus. Annähernd jeder vierte Jugendliche (23,6 Prozent) des Abgangsjahrgangs begann 2011 eine schulische oder duale Ausbildung. Aber nur jede 5. Ausbildungsstelle wurde mit einem Jugendlichen mit Migrationshintergrund besetzt.¹⁸¹ Ein Jahr später (2012), befanden sich immer noch 28 Prozent (124 Jugendliche) aus dem Vorjahr in Bildungsgängen oder Maßnahmen des Übergangssystems. 70 Prozent (87) von ihnen besitzen einen Migrationshintergrund.

Der Abgangsjahrgang 2011 ist durch eine Besonderheit gekennzeichnet, da ab diesem Jahr punktuell auch Realschülerinnen und Realschüler im Übergang durch die kommunale Koordinierung beraten wurden. Für 7,7 Prozent (57) bestand 2011 zunächst keine Anschlussperspektive. Ein Jahr später waren aus dem Abgangsjahrgang 2011 nur noch 1,5 Prozent (11) der Realschulabsolventen unversorgt.

Die Auswertung der vorliegenden Daten der Abgangsjahrgänge verdeutlicht eine weitere quantitative Verringerung der Jugendlichen, die in das Übergangssystem einmünden.

Der Übergang von der Sekundarstufe I in eine schulische oder berufliche Anschlussperspektive gestaltet sich weiterhin für einen erheblichen Anteil von Jugendlichen aus den Förder-, Haupt- und Gesamtschulen als schwierige Statuspassage. Veränderte Bildungsaspirationen zu höheren Bildungsabschlüssen und die sukzessive Auflösung der Hauptschulen könnten in den kommenden Jahren dazu führen, dass sich die Übergänge auch für Schülerinnen und Schüler der Realschulen und der Gymnasien schwieriger gestalten. Die kommunale Koordinierung hat mit der Ausweitung des Beratungsangebots auf weitere Schulformen bereits frühzeitig begonnen, auf diese sich abzeichnenden Veränderungen zu reagieren.

Mit der Implementierung des neuen Übergangssystems „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) werden früh einsetzende, präventiv ausgerichtete strukturelle Veränderungen angestrebt, die auch zu mehr Transparenz zwischen den beteiligten kommunalen Akteuren führen sollen. Inwieweit diese Ansätze greifen, wird in den nächsten Jahren zu beobachten sein.

Weiterhin mündet ein erheblicher Anteil von jugendlichen Schulabsolventen im Anschluss an die Schule zunächst in Angebote des Übergangssystems ein. Besonders benachteiligt sind Jugendliche mit Hauptschulabschluss und Jugendliche mit einem Migrationshintergrund.

¹⁸¹ Ausbildungs- bzw. Schulabbrüche wurden in diesem Zusammenhang nicht verfolgt und dementsprechend nicht erfasst.

C3 Qualifikationsanpassung und –erweiterung

Weiterbildung gewinnt seit Jahren zunehmend an Bedeutung. Die Trennschärfe zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung verringert sich, da die allgemeine Kompetenzerweiterung auch im beruflichen Kontext immer wichtiger wird. Gleichwohl liegt der Fokus in den folgenden Indikatoren zunächst weiter auf der beruflichen Weiterbildung, da die Teilnahme eine zentrale Bedingung zur Bewältigung sich verändernder und steigender Anforderungen im Berufsleben ist.

Obwohl die (berufliche) Weiterbildung gerade im Kontext von Life-Long-Learning einen sehr hohen Stellenwert besitzt, werden weiterhin nicht alle sozialen Schichten und Milieus erreicht. Zwei Drittel der Bevölkerung partizipieren nicht an den stetig wachsenden Angeboten der Weiterbildung,¹⁸² die durch eine breite Trägervielfalt gekennzeichnet sind. Betriebe und Unternehmen sind aktuell die größten Anbieter im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Ein umfassender Überblick über Anbieter und Teilnehmer der Weiterbildung auf lokaler Ebene lässt sich jedoch nicht darstellen.

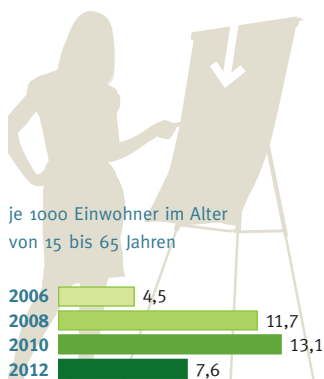
Qualifizierungsprozesse können als betriebliche Weiterbildung oder als nichtbetriebliche, individuell berufsbezogene Weiterbildung organisiert sein, wie sie an den Volkshochschulen, in den Fachschulen der Berufskollegs und bei freien Weiterbildungsträgern stattfinden. Für den Bereich der betrieblichen Weiterbildung steht für die Stadt Bielefeld bislang kein repräsentatives Datenmaterial zur Verfügung. Der Indikator „Qualifikationsanpassung und -erweiterung“ greift mit den drei nachfolgenden Teilindikatoren die individuell berufsbezogene Weiterbildung auf.

C3-1 Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

Die Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW), die von der Bundesagentur für Arbeit organisiert und finanziert wird, hat einen zentralen Stellenwert im Weiterbildungsbereich in Deutschland, auch wenn sie primär Arbeitslosen¹⁸³ und nur unter bestimmten Voraussetzungen Personen in Beschäftigungsverhältnissen zu Gute kommt. An den Eintritten in „FbW-Maßnahmen“ (je 1.000 Einwohner) lässt sich ablesen, welche Bedeutung dieser Weiterbildungsbereich für die Bevölkerung hatte und wie er sich entwickelt hat.

Abb. 63

Eintritte arbeitsloser Personen in Fördermaßnahmen der beruflichen Weiterbildung (FbW)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2013

Das arbeitsmarktpolitische Instrument der Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit. Die Qualifizierung durch FbW-Maßnahmen zielt auf eine Erhöhung der Integrationschancen von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt ab. Die Planung und Bereitstellung finanzieller Mittel für FbW-Angebote steht in einem engen Verhältnis zur Arbeitsmarktsituation. In konjunkturell schwächeren Phasen mit hohen Arbeitslosenquoten werden die eingesetzten finanziellen Mittel in der Regel aufgestockt, um den Anteil qualifizierter Fachkräfte mit dem Ziel zu erhöhen, die Integrationschancen bei einer sich verändernden Nachfragesituation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Nachdem die aufgewendeten finanziellen Mittel für FbW-Qualifizierungen im Agenturbezirk Bielefeld zwischen 2006 und 2010 kontinuierlich Zuwächse verzeichneten, abzulesen an der zunehmenden Anzahl von Eintritten, verringerten sich die eingesetzten Mittel und damit die Eintritte in FbW-Maßnahmen in den Jahren 2011 und 2012 im Verhältnis zu den Vorjahren. Der Anteil von Männern in FbW-Angeboten lag in den Jahren 2011 und 2012 bei rund 58 Prozent.

Die zur Verfügung stehenden Daten für FbW-Maßnahmen lassen keinen Rückschluss auf den gesamten Weiterbildungssektor zu. Die Daten bilden hierbei weniger das Weiterbildungsverhalten und die Motivlage der Bevölkerung ab, sondern sind in weiten Teilen ein Ausdruck der arbeitsmarktpolitischen Steuerungs- und Fördermaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit. Gleichwohl tragen die Maßnahmen in einem erheblichen Umfang zur beruflichen Qualifizierung von Teilen der Bevölkerung bei.

¹⁸² Tippelt und Hippel (2009, S. 12); Bilger et al. (2013).

¹⁸³ In den Jahren 2006, 2008 und 2010 wurden durchschnittlich ca. 86,5 Prozent der FbW-Maßnahmen von arbeitslosen Personen genutzt. 2012 erhöhte sich die Quote auf 91 Prozent.

C3-2 Kursbelegungen in beruflicher Weiterbildung der Volkshochschule je 1.000 Einwohner

Die Angebote der Volkshochschule zur beruflichen Weiterbildung stellen, im Gegensatz zu der Vielzahl an kommerziell geprägten Angeboten, eine subsidiär geprägte Grundversorgung in diesem Weiterbildungssegment sicher. Die hier erfasste Kursbelegung spiegelt einen Ausschnitt der beruflichen Weiterbildung, da die Angebote nicht durchgängig trennscharf zu anderen, auch aus beruflicher Motivation besuchten VHS-Angeboten abzugrenzen sind. Gleichwohl vermittelt die Frequentierung der Kurse ein Bild davon, wie sich die Beteiligung im Betrachtungszeitraum entwickelt hat.

Die Quote der Beteiligung an Weiterbildung lag bundesweit im Jahr 2012, nach einem deutlichen Beteiligungsrückgang zwischen 2007 und 2010, auf dem höchsten Niveau seit 1979. Getragen wird diese Entwicklung primär vom Bereich der betrieblichen Weiterbildung und der nicht berufsbezogenen Weiterbildung.¹⁸⁴ Die individuell berufsbezogene Weiterbildung hat sich hingegen rückläufig entwickelt. Insgesamt hat die Beteiligung an Weiterbildung sowohl der jüngeren (unter 35 Jahren) als auch der Alterskohorten über 55 Jahre wieder zugenommen, allerdings nur bezogen auf die Gruppe der Erwerbstätigen.¹⁸⁵ Personen mit Migrationshintergrund haben nicht in gleichem Maße an dieser Entwicklung partizipieren können.¹⁸⁶

Die für die Bundesebene ausgewiesene negative Entwicklung der Teilnahme an individuell berufsbezogene Weiterbildung spiegelt sich auf der Ebene der Stadt Bielefeld in dieser Form nicht. Die VHS Bielefeld weist für diesen Bereich im Jahr 2012 eine Steigerung der Teilnehmerzahlen zum Jahr 2010 um rund 50 Prozent (+835 Teilnehmer) aus.

Die Angebote der beruflichen Weiterbildung der VHS beschränken sich auf drei große Teilbereiche: Kaufmännische Weiterbildungen, Angebote im Segment der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Möglichkeit des Erwerbs überfachlicher, bzw. personaler Schlüsselqualifikationen. Während sich die Nachfrage nach kaufmännischen Weiterbildungen zwischen 2006 und 2012 um annähernd 65 Prozent verringerte, stiegen die Teilnehmerzahlen bei den Angeboten des überfachlichen Qualifikationserwerbs im Betrachtungszeitraum um 158 Prozent (+780 Teilnehmer). Hintergrund ist vermutlich auch die weiter zunehmende Bedeutung überfachlicher Kompetenzen (Schlüsselqualifikationen) für die Beschäftigungsfähigkeit.

Die Nutzung der Angebote der beruflichen Weiterbildung nach Altersgruppen verdeutlicht, dass die höchsten Teilnehmerwerte bei der Alterskohorte der 35- bis 49-Jährigen liegen. Damit liegt die VHS Bielefeld im Bundestrend. Allerdings hat die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen für 2012 deutlich stärker zugelegt (+27 Prozent). Vor dem Hintergrund einer möglichst langen gesellschaftlichen Teilhabe kommt der Beteiligung der Alterskohorten über 50 Jahre an Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu.¹⁸⁷ Das Interesse der 18- bis 24-Jährigen an den VHS-Angeboten, also jener Altersgruppe, die gerade in das Erwerbsleben eingestiegen ist, stabilisierte sich wieder leicht über dem Niveau von 2008. Der Rückgang der Beteiligung der 18- bis 24-Jährigen an den VHS-Kursen konnte in 2012 vollständig kompensiert werden.¹⁸⁸

Auf Bundesebene ist die Weiterbildungsbeteiligung 2012 bei Männern (51 Prozent) etwas ausgeprägter als bei Frauen (47 Prozent). Während Männer häufiger in die betriebliche Weiterbildung eingebunden sind, nutzen Frauen stärker die individuelle berufsbezogene Weiterbildung.¹⁸⁹ Die Beteiligung nach Genderaspekten bei der VHS vermittelt ein anderes Bild als die Daten auf Bundesebene. Weiterhin liegt der Anteil der Frauen, die die VHS-Kurse belegen, deutlich über dem Anteil der Männer.

¹⁸⁴ Die Betriebe veranlassen deutlich mehr Weiterbildungen und finanzieren diese auch. Vgl. Bilger et al. (2013)

¹⁸⁵ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2012, S. 2).

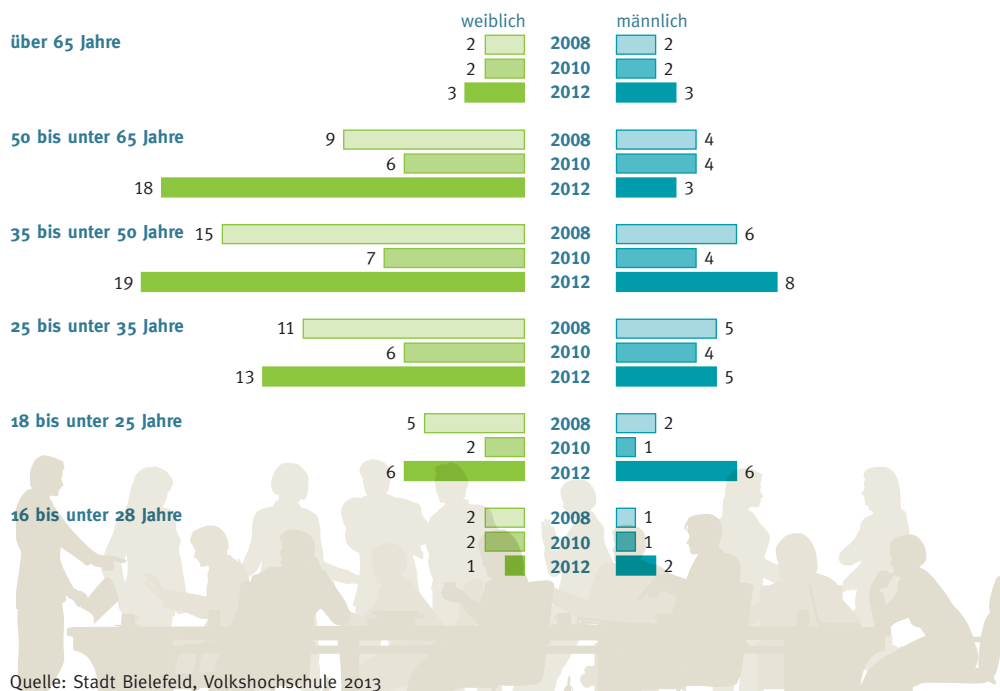
¹⁸⁶ Bei der geschilderten Entwicklung wird ein Zusammenhang mit der vorhandenen Sprachkompetenz nicht ausgeschlossen. Siehe: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2012, S. 3).

¹⁸⁷ Männer sind bei der beruflichen Weiterbildung, die nicht betrieblich organisiert ist, traditionell unterrepräsentiert. Dies ist vermutlich gleichermaßen auf die Angebotsstruktur, wie auch die Nachfrage zurückzuführen. Männer sind, anders als Frauen, stärker im Erwerbssystem verankert und haben damit bessere Zugänge zur betrieblichen Weiterbildung.

¹⁸⁸ Ab Ende 2006 wurden Maßnahmen des Jobcenters für diese Altersgruppe bei der VHS nicht fortgeführt und die Durchführung von Bildungsmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausgegliedert und auf einen anderen Bildungsträger übertragen.

¹⁸⁹ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2012, S. 23).

Abb. 64

Kursbelegung beruflicher Weiterbildung je 1000 Einwohner

Die Nachfrage im Bereich der individuell beruflichen Weiterbildung der VHS hat sich in 2012 deutlich erhöht. Die höhere Frequentierung der Weiterbildungskurse korrespondiert vermutlich auch mit der positiven konjunkturellen Entwicklung und dem damit verbundenen Anstieg der Beschäftigungszahlen. Innerhalb der Kursangebote gibt es deutliche Nachfrageverschiebungen mit einem Trend zu überfachlichen Qualifizierungen.

Neben Alter und Geschlecht werden keine soziodemographischen Daten von der VHS erhoben, so dass tiefergehende Analysen und Aussagen zum Erfolg und zu Nutzergruppen nicht möglich sind. Als kommunaler nicht kommerzieller Weiterbildungsanbieter gewinnt die Versorgung breiter, auch bildungsferner Bevölkerungsschichten, mit Blick auf die zunehmende Relevanz lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens weiter an Bedeutung.

C3-3 Erfolgreiche Teilnahme an FbW-Maßnahmen

Erfolge beruflicher Weiterbildung lassen sich an der Eingliederungsquote von Teilnehmern in den Arbeitsmarkt nachzeichnen.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung fielen nach deutlichen Zuwächsen in den vergangenen Jahren die Teilnehmerzahlen im Jahr 2012 deutlich ab. Die Eingliederungsquote von Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen, die eine FbW-Maßnahme erfolgreich absolviert haben, lag 2012 bei annähernd 47 Prozent auf dem Niveau des Jahres 2007. Insgesamt zeigt sich, dass die Eingliederungsquote während des gesamten Betrachtungszeitraums (2006–2012), mit Ausnahme von 2011, durchgängig bei unter 50 Prozent lag.

Anhand der Eingliederungsquoten lässt sich erkennen, dass durchschnittlich fast jeder zweite Teilnehmende an einer FbW-Maßnahme anschließend in ein Beschäftigungsverhältnis einmündet. Dabei sagen die Zahlen weniger etwas über den Weiterbildungserfolg der Maßnahmen aus, sondern geben vielmehr einen Hinweis auf die Aufnahmefähigkeit des regionalen Arbeitsmarktes.

D1 Intergenerationelle Begegnungen

D2 Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit

D3 Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen

D4 Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation



Im Zentrum der **Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“** stehen verschiedene Formen non-formaler, außerschulischer Bildung, die nicht alleine Wissen und Kenntnisse vermitteln, sondern auch dazu beitragen, dass sich sozial-kommunikative Kompetenzen und Einstellungen entwickeln und entfalten können. Damit umfasst diese Dimension eine Palette von Gelegenheiten und Aktivitäten im kommunalen Raum, die der zwischenmenschlichen Verständigung von Jung und Alt, von Deutschen und Migranten, wie auch Personen mit unterschiedlichen Weltanschauungen dienen. Sie bildet das gesellschaftliche Engagement ab.

Diese Lerndimension ist unterteilt in die Indikatoren intergenerationellen Begegnungen (D1), Angebote der Kinder- und Jugendarbeit (D2), Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen (D3), Formen bürgerschaftlichen Engagements (D4) sowie politischer Partizipation (D5).

D1 Intergenerationelle Begegnungen

Der demographische Wandel und die zunehmende Vielfalt der Lebensstile und -anschauungen erfordern neue Formen des Zusammenlebens der Generationen. Durch intergenerationelle Projekte können beide Generationen profitieren. Die junge Generation erhält einen Mehrwert durch die Weitergabe von Erfahrungen und Wissen sowie ein Mehr an Betreuung und Zeit. Die ältere Generation bleibt durch den gegenseitigen Austausch ein aktiver Teil der Gesellschaft mit sozialer Einbindung, was zu einer erhöhten Anerkennung und nicht zuletzt zu einer verbesserten Gesundheit und kognitiver Fitness beiträgt. Die Teilindikatoren zeigen exemplarisch für Bielefeld anhand von Projekten, in welchem Maße solche intergenerativen Angebote bereits umgesetzt werden.

D1-1 Sprachbildung im intergenerationellen Kontext

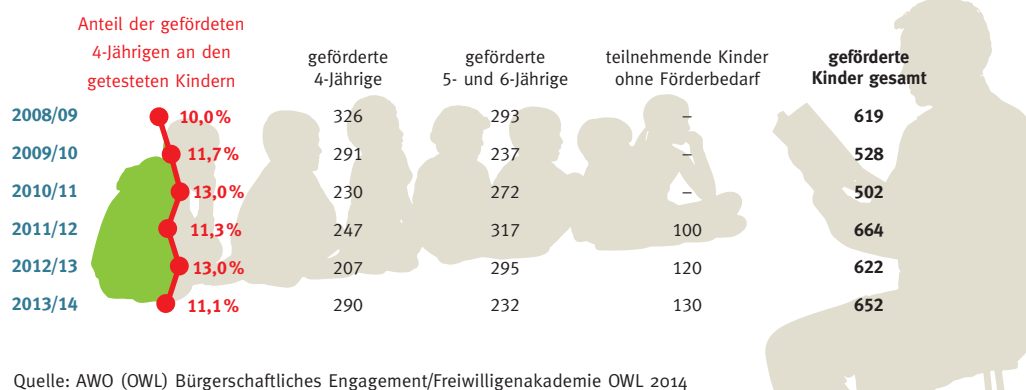
Bürgerschaftlich engagierte Lese-Sprach-Patinnen und -Paten tragen durch ihre Zeitspenden dazu bei, sprachliche, aber auch kognitive und kulturelle Lernprozesse bei Kindern zu fördern. Durch eine stadtweite Vernetzung von Kindertagesstätten und Familienzentren mit der AWO-Freiwilligenakademie OWL, ist seit 2007 ein verstetigtes Sprachförderprogramm für alle Mädchen und Jungen von 4–6 Jahren entwickelt worden.

„(Vor-)lesen macht stark! – Lese-Sprach-Patenschaften Bielefeld“ ist ein Sprachförderprogramm, welches exemplarisch das intergenerationelle bürgerschaftliche Engagement von Menschen unterschiedlichen Alters in Kindertageseinrichtungen und Familienzentren verdeutlicht und aufzeigt, wie so eine zusätzliche, ergänzende Qualität in der vorschulischen Förderung implementiert werden kann. Es ist ein Baustein im kommunalen Sprachförderprogramm „Miteinander reden, miteinander leben. Sprachförderung. Gut für Bielefeld“. Im Kindergartenjahr 2013/14 nahmen 125 Einrichtungen (64 Prozent) mit 113 Lese-Sprach-Patinnen und -Paten teil. Rund 600 Kinder partizipierten von dem Angebot.

Die freiwilligen Lese-Sprach-Patinnen und -Paten förderten bis 2012 in einem Umfang von 1,5 Stunden wöchentlich primär Kinder mit der Erstsprache Deutsch, bei denen ein Sprachförderbedarf nach dem Testverfahren Seldak¹⁹⁰ diagnostiziert wurde. Seit dem Kindergartenjahr 2012/13 können alle ein- und zweisprachig aufwachsenden Kinder gemeinsam in den Vorlesegruppen gefördert werden.¹⁹¹ Die Förderphase ist auf zwei Jahre angelegt und endet mit dem Wechsel in die Grundschule. Das Programm zeichnet sich durch den ganzheitlichen Ansatz der Literacy-Methode aus, welche mehr als reines Vorlesen ist. Die Entwicklung von Sprache geschieht ganzheitlich über alle Sinne und Fähigkeiten (z. B. Bewegung, Fühlen, Erproben, Sprechen, Singen, Mimik und Gestik) sowie in sozialen Zusammenhängen. Hierdurch werden kulturelle und kognitive Lernprozesse befördert. Die Lese-Sprach-Patinnen und -Paten fungieren in diesen wechselseitigen Prozessen als Türöffner zum Weltwissen.

Abb. 65

Geförderte Kinder im Modellprojekt „(Vor-)lesen macht stark! – Lese-Sprach-Patenschaften Bielefeld“



¹⁹⁰ Seldak ist ein Beobachtungsverfahren über einen längeren Zeitraum zur Feststellung der Sprachentwicklung und Literacy bei deutschsprachig aufwachsenden Kindern im Vorschulalter und wird in allen Bielefelder Kindertagesstätten und Familienzentren angewandt

¹⁹¹ Die Öffnung wurde vollzogen, da weitaus mehr Kinder, auch gerade zweisprachig aufwachsende Kinder, an „(Vor-)lesen macht stark!“ teilnehmen wollten. Sie forderten ihre Lese-Sprach-Patinnen und -Paten ein. Jährlich werden rund 100–130 Kinder ohne festgestellten Sprachförderbedarf mit gefördert.

Das Konzept verbindet ergänzende frühkindliche Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen mit bürgerschaftlichem Engagement. Die intergenerationelle Ausrichtung, die auch durch die sehr heterogene Altersstruktur der Lese-Sprach-Patinnen und -Paten untermauert ist, sorgt dafür, dass die teilnehmenden Kinder im Rahmen des Angebots nicht nur eine Sprachförderung erhalten, sondern eine ganzheitliche Förderung, in die die vielschichtigen Lebenserfahrungen der Erwachsenen einfließen. Seit Beginn des Angebots haben sich kommunal bereits mehr als 420 Lese-Sprach-Patinnen und -Paten für die Bielefelder Kinder im Vorschulalter engagiert.

D1-2 Intergenerationelles Theaterprojekt: Zeitsprung

Dieser Teilindikator zeigt die Entwicklung und somit das Interesse an einem jährlich stattfindenden intergenerationellen Laien-Tanzprojekt. Dabei geht es nicht nur um kulturelle Teilhabe und das aktive Kennenlernen neuer Ausdrucksformen. Ebenso zentral stehen Entwicklungs- und Persönlichkeitserfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vordergrund.

Das seit 2007 jährlich vom Theater Bielefeld angebotene Tanzprojekt Zeitsprung richtet sich an ein breites Spektrum von Personen, die sich vorher selbst noch nicht im Tanz kreativ erlebt haben, aber dieses Kulturformat selbst erproben möchten. Angesprochen sind Menschen jeden Alters, unabhängig von der beruflichen, kulturellen oder ethnischen Herkunft oder der physischen Konstitution. Lebenserfahrungen und persönliche Biographien fließen in die Realisierung des Projekts mit ein und werden in körperlichen Ausdrucksformen umgesetzt. Das Projekt bildet damit eine Plattform für intergenerationelle und interkulturelle Lernerfahrungen im Rahmen von temporär ausgerichteten Tanzprojekten.

Je Spielzeit werden mit unterschiedlichen Gruppen, wie z.B. Schulen und anderen kommunalen Akteuren, parallel thematisch ausgerichtete Stücke einstudiert, die im Anschluss aufgeführt werden. Im Betrachtungszeitraum (2010/11–2012/13) wurden die vom Theater Bielefeld initiierten Zeitsprung-Projekte mit unterschiedlichen Kooperationspartnern aus dem kommunalen Umfeld umgesetzt. Das Spektrum der aktiv an den jeweiligen Projekten Beteiligten umfasste alle Schulformen. Darüber hinaus fanden z.B. auch Projekte mit jugendlichen Flüchtlingen und Gehörlosen statt.

Projekt »Zeitsprung«

Abb. 66



Quelle: Stadt Bielefeld, Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester 2013

Zeitsprung bietet für die Teilnehmenden – eingebettet in einen kulturellen Kontext – die Möglichkeit, neue intensive und oftmals emotional geprägte Erfahrungen zusammen mit anderen zu erleben. Angebote mit dem Ziel der Persönlichkeitsentwicklung und der Horizonterweiterung stoßen auf ein stetig wachsendes Interesse. Durch das Zusammentreffen von Personen aus unterschiedlichen Altersgruppen und Lebenswelten, die gemeinsam ein Kulturprojekt verwirklichen, fallen Barrieren, und es öffnet sich der Blick für neue Erfahrungen im Kontext des lebenslangen Lernens.¹⁹²

192 Vgl. Arbeitsstelle »Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW« (2010, S. 54).

D2 Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendarbeit umfasst sowohl die kommunal initiierte offene Jugendarbeit als auch die Aktivitäten der Jugendverbände. Sie verfolgt mit ihren an der Lebenswelt von Jugendlichen orientierten Angeboten das Ziel, Kinder und Jugendliche zu Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe zu befähigen, zu gesellschaftlicher Mitverantwortung sowie zu sozialem Engagement anzuregen und hinzuführen. Die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit stellen aus kommunaler Sicht eine der zentralen Steuerungsmöglichkeiten dar, direkten Einfluss auf die außerschulischen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen zu nehmen und ihnen damit einen Rahmen zu eröffnen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und soziale Lernprozesse zu erfahren.¹⁹³

Die beiden Teilindikatoren beleuchten die finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit (D2-1) sowie die Maßnahmen der außerschulischen Bildung und deren Teilnehmern (D2-2). Darüber hinaus wird die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule anhand der beteiligten Schulformen und Teilnehmer beleuchtet.¹⁹⁴

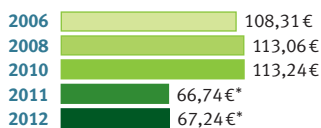
D2-1 Öffentliche Ausgaben für offene Kinder- und Jugendarbeit¹⁹⁵

Zu den Angeboten zählen die Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit¹⁹⁶ sowie die Stadtranderholung, Jugendkulturarbeit, Jugendverbandsarbeit und die Förderung des Bielefelder Jugendrings. Darunter sind auch die Angebote der außerschulischen Jugendbildung subsumiert.

Abb. 67

Öffentliche Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit

pro Einwohner der Altersgruppe
6 bis 21 Jahre



* geänderte Berechnungsgrundlage

Quelle: Amt für Jugend und Familie/
Jugendamt 2013

Die kommunalen Aufwendungen¹⁹⁷ für die offene Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld wurden mit dem 2011 veröffentlichten Kinder- und Jugendförderplan der Stadt auf der Basis von 2009 weiter bis zum Jahr 2014 festgeschrieben. Insofern kommt es über die beiden zugrunde gelegten Jahre nur zu graduellen Abweichungen der Förderhöhen, die sich primär aus dem demographischen Wandel, wie zum Beispiel der Verringerung der Zielgruppe, ergeben.¹⁹⁸ Abweichungen bei den Aufwendungen pro Person zum Lernreport 2012 sind auf eine veränderte Berechnungsgrundlage zurück zu führen.

Bund, Länder und Gemeinden haben im Jahr 2012 einnahmebereinigt gut 6,8 Prozent mehr für die Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet. 63 Prozent der Aufwendungen entfielen auf die Kinderbetreuung, eine Steigerung nach Abzug der Einnahmen zu 2011 um 8,9 Prozent. Nur gut 5 Prozent der Gesamtaufwendungen entfielen auf Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit wie z. B. außerschulische Jugendbildung und Kinder- und Jugenderholung.¹⁹⁹

Offene Kinder- und Jugendarbeit leistet neben Familie, Kindertagesstätte und Schule einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Veränderte Lebens- und Rahmenbedingungen (z. B. Ausbau der Ganztagsangebote) stellen die Kinder- und Jugendarbeit vor vielschichtige neue Herausforderungen.

193 Vgl. SGB VIII: § 11 Außerschulische Kinder- und Jugendbildung.

194 Auf eine weitere Darstellung der Qualifikation des in diesem Segment eingesetzten städtischen Personals sowie die Altersstruktur des Personals, wird in diesem zweiten Lernreport verzichtet. Auch werden nur noch Maßnahmen der außerschulischen Bildung dargestellt.

195 Im Lernreport 2012 wurden für diesen Teilindikator auch Ausgaben aus den Bereichen Freizeitzentren, Stadtteilprojekte, Schulsozialarbeit und weitere „Einzelprojekte“ erfasst. Im vorliegenden Lernreport wurden diese Ausgabenbereiche nicht mehr berücksichtigt, da sie nur bedingt der Zielgruppe zugerechnet werden können und ihre weitere Einbeziehung somit das Gesamtbild verzerrt.

196 17 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, sieben Angebote der mobilen Kinder- und Jugendarbeit, ein Mädchentreff, zwei Abenteuerspielplätze sowie ein Spielmobil.

197 Etat des Amt für Jugend und Familie – Jugendamt/Dezernat V.

198 Ohne Aufwendungen für die Jugendberufshilfe (SGB VIII), die auch in 2011 bei 2.120.000 lagen.

199 Statistisches Bundesamt (24.01.2014).

D2-2 Öffentlich geförderte Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit und Teilnehmerzahlen in der außerschulischen Jugendbildung

Zu den Arbeitsfeldern der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung zählen u. a. die allgemeine, kulturelle, politische, soziale und gesundheitliche Bildung.²⁰⁰ Somit ist die außerschulische Jugendbildung als ein eigenständiger und gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungswesens zu verstehen.²⁰¹ Die Kinder- und Jugendhilfestatistik bietet eine wichtige Grundlage, um Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit abbilden zu können. Dargestellt werden alle öffentlich geförderten Maßnahmen und Teilnehmer, unabhängig davon, ob sie in der Trägerschaft der Kommune oder bei freien Trägern durchgeführt werden.²⁰²

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik liefert regelmäßig Angaben zu unterschiedlichen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit. Dazu zählen Informationen zu öffentlich geförderten Maßnahmen, zur Zahl der Einrichtungen, zur Personalsituation und zu den aufgewendeten Finanzmitteln. Sie ermöglicht aber nur eingeschränkt Aussagen zur Ausgestaltung von Maßnahmen, zum ehrenamtlichen Engagement oder zu näheren Teilnehmerstatistiken.²⁰³

Die insgesamt rückläufige Tendenz der Angebote außerschulischer Jugendbildung zwischen 2000 und 2008 hat sich in den Jahren 2011 und 2012 fortgesetzt. Wurden 2008²⁰⁴ noch 3,6 Jugendbildungsmaßnahmen je 1.000 Personen für die Zielgruppe der 6- bis 21-Jährigen in Bielefeld angeboten, waren es 2012 noch 3,4 Maßnahmen (in absoluten Zahlen: 182).²⁰⁵

Öffentlich geförderte Maßnahmen außerschulischer Jugendbildung

Abb. 68

auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 6 bis 21 Jahren



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie/Jugendamt 2013

Während die Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung Hinweise auf das lokale Angebot in diesem Bildungsbereich liefern, lassen sich anhand der Teilnehmerzahlen erste Rückschlüsse auf die Reichweite der Angebote ermitteln. Zwischen 2011 und 2012 ist eine leichte Zunahme der Teilnehmerzahlen zu verzeichnen.²⁰⁶

Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerschulischer Jugendbildungsmaßnahmen

Abb. 69

auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 6 bis 21 Jahren



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie/Jugendamt 2013

200 SGB VIII, §11 Abs. 3.

201 Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2012, S. 11).

202 Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie – Jugendamt 1/2014.

203 Vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2012).

204 Ausgewertet für den ersten kommunalen Lernreport 2012 auf der Basis von Daten IT.NRW.

205 Im Jahr 2011 wurde ein Wert von 3,2 bzw. 171 Maßnahmen in der Kommune angeboten.

206 Für den ersten Lernreport 2012 wurden auch Angebote der internationalen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendberufshilfe ausgewertet. Angebote der internationalen Jugendarbeit wurden in 2012 nicht mehr angeboten. Daten für die Angebote der Kinder- und Jugendberufshilfe lagen für den aktuellen Report nicht vor. Die dargestellten Daten zu den Teilnehmerzahlen basieren auf eigenen Erhebungen des Jugendamtes der Stadt. Daten von IT.NRW wurden, anders als beim ersten Lernreport, nicht mehr herangezogen.

Kooperationen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Schule

Der Ausbau des Ganztags an den Grund- und weiterführenden Schulen bleibt nicht ohne Einfluss auf die außerschulische Jugendbildung.²⁰⁷ Die Rahmen- und Lebensbedingungen verschieben sich, und die klare Trennung zwischen Schule und außerschulischer Jugendbildung nimmt ab.²⁰⁸ In den Jahren 2011 und 2012 wurden von der offenen Kinder- und Jugendarbeit Bildungsmaßnahmen in Kooperation mit den Bielefelder Schulen durchgeführt. In 2011 erreichten die Angebote ca. 50 Teilnehmer je 1.000 der 6- bis 21-Jährigen oder 2.632 Schülerinnen und Schüler. In 2012 waren es 37 je 1.000 oder 1.988 Teilnehmer. Der Schwerpunkt der Kooperationen lag 2011 und 2012 in den Klassen 5 und 6 der weiterführenden Schulen.

Abb. 70

Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Kooperationen mit Schulen

auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 6 bis 21 Jahren



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie/Jugendamt 2013

Kulturelle Bildung ist, parallel zu den außerschulischen kulturellen Bildungsangeboten der „Offenen Kinder und Jugendarbeit“ (OKJA) im Kontext Schule, ein weiteres Feld, das in den letzten Jahren zunehmend im Fokus der Aufmerksamkeit steht. Kindern soll bereits früh ein Zugang zu Angeboten kultureller Bildung ermöglicht werden, da die Partizipation an Kunst und Kultur positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern wirken kann. Seit dem Jahr 2012 beteiligt sich die Stadt, zusammen mit den Trägern der OKJA, deshalb am Landesprogramm „Kulturrucksack“, das in Bielefeld unter dem Projektnamen „Kulturwandertage“ durchgeführt wird.²⁰⁹

Die Angebote der offenen Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der außerschulischen Jugendbildung haben sich in den zurückliegenden Jahren in Bielefeld verringert. Der Ausbau des Ganztags eröffnet Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schule und der Kinder- und Jugendhilfe. Bielefeld hat 2011 ein Dialogisches Verfahren²¹⁰ eingeführt, in dem sowohl quantitativ als auch qualitativ in einem Jahresbericht alle Daten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erfasst werden. Diese fließen in die Strukturdatenerhebung des Landes ein. Auf örtlicher Ebene dient das Instrument zur fachlichen Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes.

²⁰⁷ Andresen (2013); Rauschenbach (2012, S. 19).

²⁰⁸ Wischmeier und Macha (2010, S. 121).

²⁰⁹ Eine detaillierte Darstellung des Projekts erfolgt in der Lerndimension E.

²¹⁰ Stadt Bielefeld – Amt für Jugend und Familie (2011, S. 7) Bisher wurden die Daten aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfestatistik, des Wirksamkeitsdialoges des Landes und der Strukturdatenerhebungen per Fragebogen erfasst und weitergeleitet. Mit Hilfe einer neuen Erhebung sollen Grunddaten der Einrichtungen in NRW landesweit einheitlich und dauerhaft in jährlichem Rhythmus online erfasst werden. Auf Grundlage dieser Daten wird ein dialogisches Verfahren zur Qualitätssicherung zwischen Verwaltung und freien Trägern angestrebt. Auf der Basis der neuen Richtlinien werden Gespräche über die spezifische Leistungsvereinbarung mit jeder Einrichtung geführt, hieran sollen sowohl die Trägervertreter als auch die Fachkräfte teilnehmen. Inhalte dieser Gespräche sind: die Vereinbarungen über Wochen- und Jahresöffnungszeiten, Kooperationen mit Schulen, Zielvereinbarungen über Schwerpunktsetzungen, das Verhältnis von pädagogischen Kosten und anderen Ausgaben, die Teilnahme an den regionalen Jugendhilfekonferenzen.

D3 Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen

Der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird seit längerem eine verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet, da nur durch eine gelungene Integration auch eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.²¹¹ Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) initiiert Integrationskurse²¹², die auf lokaler Ebene realisiert werden. Diese von unterschiedlichen Anbietern umgesetzten Angebote vermitteln den Teilnehmerinnen und Teilnehmern neben dem Spracherwerb Grundlagen der deutschen Kultur, des Rechtssystems, der Werteordnung sowie interkulturelle Kompetenzen.²¹³

Die beiden Teilindikatoren²¹⁴ D3-1 und D3-2 zeigen für Bielefeld sowohl die Bemühungen als auch die erfolgreiche Bewältigung der Aneignung der deutschen Sprache und Kultur für die in der Kommune lebenden Menschen mit Migrationshintergrund auf.

D3-1 Teilnehmer an allgemeinen Integrationskursen mit Migrationshintergrund

Der Teilindikator bildet die Teilnehmer²¹⁵ ab, die an einem Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) teilnehmen. Für die Datenerhebung wird nicht zwischen den verschiedenen Kursarten differenziert. Es wird jeweils nur auf neue Kursteilnehmer abgestellt.²¹⁶

Nach rückläufigen Zuwanderungszahlen bis 2010, steigt die Zuwanderung seit 2011 wieder an. 23,9 Prozent der Zuwanderer kamen 2012 nach Nordrhein-Westfalen. Im Gegensatz zur Bundesebene ist das eine leichte Verringerung zum Vorjahr um 2.000 Personen. Auch auf den Regierungsbezirk Detmold bezogen verringerte sich die Gesamtanzahl der Personen, die einen Integrationskurs begonnen haben. In 2012 waren das mit 2.411 Personen rund 200 Personen weniger als im Vorjahr.

Analog der Landes- und der Regierungsbezirksebene weist auch Bielefeld für 2012 eine abnehmende Anzahl von Zuwanderern aus. 2012 haben 771 nach Bielefeld zugewanderte Personen einen Integrationskurs besucht. In 2011 waren es noch 8,2 Prozent (834) mehr. Rund 48 Prozent (370) der Zuwanderer belegte einen allgemeinen Integrationskurs, die Verbleibenden nutzten spezielle Kurse, wie z.B. Jugendkurse.²¹⁷ Ergänzend wiederholten 317 Personen ein Kursangebot des BAMF.

Abb. 71

Teilnehmer an allgemeinen Integrationskursen

in Bielefeld je 1.000 Einwohner mit Migrationshintergrund über 18 Jahre



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013

Seit 2011 ist bundesweit ein Anstieg der Zuwanderung und im Zuge dessen auch eine erhöhte Nachfrage nach Integrationskursen zu beobachten. Für NRW, den Regierungsbezirk Detmold und Bielefeld zeigt sich im Betrachtungszeitraum hingegen eine marginale Verringerung der Zuwanderung. Gleichwohl stieg die Inanspruchnahme von Integrationskursen zwischen 2010 und 2013 auf der kommunalen Ebene leicht an. Die Nachfrage nach Alphabetisierungskursen ist leicht rückläufig, während sie bei allgemeinen Jugend- und Elternintegrationskursen steigt. Der Anteil der Personen, die einen Kurs wiederholten, lag 2012 bei rund 30 Prozent aller Kursteilnehmer (1.088 Personen).²¹⁸

²¹¹ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2011).

²¹² Die bundesweiten Integrationskurse wurden durch das Zuwanderungsgesetz 2005 eingeführt und werden vom BAMF gesteuert.

²¹³ BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013a).

²¹⁴ Die Teilnehmerquote und auch die Erfolgsquote ergibt sich aus der Anzahl von Teilnehmern an Integrationskursen, bzw. an Abschlüssen mal 1.000 durch Personen mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren.

²¹⁵ Diese Gruppe setzt sich zusammen aus den Neuzuwanderern und sog. Altzuwanderern, die bereits vor dem 01.01.2005 in Bielefeld lebten. Während die Neuzuwanderer einen Rechtsanspruch auf Teilnahme haben (Voraussetzung: Dauerhafter Aufenthalt in Deutschland), können Altzuwanderer auch zu einer Teilnahme verpflichtet werden.

²¹⁶ Da die Kurse sich hinsichtlich ihrer Dauer nicht am Jahreszyklus orientieren, manchmal (bei Teilzeitkursen) sogar weit länger als ein Jahr dauern, würden ansonsten Teilnehmer ggf. doppelt erfasst.

²¹⁷ Kursgrößen unter zehn Personen werden aus Datenschutzbestimmungen nicht dargestellt.

²¹⁸ Freiwillige Teilnehmer an einem Kurs, d.h. ohne Verpflichtung durch die Ausländerbehörde oder das JobCenter. Dabei machen EU-Bürger den größten Teil der der freiwilligen Teilnehmer aus. 58 Prozent aller neuen Teilnehmer stammten im Jahr 2013 aus EU-Ländern. Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013b).

D3-2 Abschlüsse in allgemeinen Integrationskursen mit Migrationshintergrund

Der Teilindikator verdeutlicht die erfolgreichen Abschlüsse von Integrationskursen, die durch ein entsprechendes Zertifikat bescheinigt werden.

Abb. 72

Erfolgreiche Abschlüsse allgemeiner Integrationskurse

in Bielefeld je 1.000 Einwohner mit Migrationshintergrund über 18 Jahre



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013

Deutschland hat als Zielland von Migration an Attraktivität gewonnen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zuwanderung in 2012 um 13 Prozent erhöht. In Deutschland hat jeder fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund, bei Kindern unter zehn Jahren liegt dieser Anteil bereits bei etwa einem Drittel. 58 Prozent des Zuwanderungsgeschehens entfallen auf die EU-Binnenmigration.²¹⁹

Inklusive neuer Kurswiederholer wurden für in Bielefeld lebende zugewanderte Personen 1.357 Teilnahmeberechtigungen für Integrationskurse in 2012 ausgestellt. 522 Migranten absolvierten 2012 einen Kurs erfolgreich. Die Gründe, warum nicht alle berechtigten Personen einen Kurs aufnehmen, sind vielschichtig. So wird der Aufnahme einer Berufstätigkeit gegenüber der Aufnahme eines Integrationskurses oftmals eine höhere Priorität beigemessen. Persönliche Gründe (z.B. Krankheit, Schwangerschaft, Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen) und finanzielle Aspekte spielen ebenfalls eine Rolle bei der Entscheidungsfindung.²²⁰

Die leicht rückläufige Entwicklung bei den Abschlüssen der vom BAMF angebotenen Integrationskurse in 2012, die noch unter dem Wert von 2008 liegt, könnte auch mit der Nachfragesituation auf dem Arbeitsmarkt und dem höheren Anteil von zugewanderten Fachkräften, die kein Kursangebot wahrnehmen müssen, korrespondieren.

D4 Bürgerschaftliches Engagement

Eine wichtige Dimension gesellschaftlicher Teilhabe ist der Bereich des bürgerschaftlichen Engagements²²¹. Es ermöglicht dem Einzelnen die aktive Mitwirkung an der Gestaltung der Gesellschaft.²²²

Die Entwicklungen in diesem Bereich verdeutlichen jedoch, dass das freiwillige Engagement in den Großstädten auf niedrigem Niveau stagniert.²²³ Studien zeigen zudem, dass diese Form der gesellschaftlichen Partizipation vom Bildungsgrad und dem sozioökonomischen Status beeinflusst werden.²²⁴ Aus dem Blickwinkel der Milieuforschung wird darüber hinaus deutlich, dass nicht ausschließlich die soziale Schicht einen Einfluss auf das bürgerliche Engagement hat, sondern dass auch die grundlegende Werteorientierung eine wichtige Rolle spielt. Je stärker die eigenen Werte auf Modernisierung und Neuorientierung abzielen, desto höher ist der Anteil der engagierten Personen. In Kombination mit einer besseren sozialen Lage addieren sich diese Effekte noch zusätzlich.²²⁵

²¹⁹ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013b).

²²⁰ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013b).

²²¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012). Unter bürgerschaftlichem Engagement werden sowohl das Ehrenamt, als auch freiwillige Tätigkeiten in Verbänden, Vereinen und Einrichtungen oder politischen Organisationen zusammengefasst.

²²² Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2012, S. 167).

²²³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010, S. 6ff.) – NRW nimmt unter den Bundesländern einen Platz im Mittelfeld beim Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung ein. Zentrale Bereiche des freiwilligen Engagements sind: Sport und Bewegung, Kirche und Religion sowie Kindergarten und Schule. Es folgen der soziale Bereich, Freizeit sowie Kunst, Kultur und Musik. Kleinere Bereiche sind Natur, Umwelt und Tierschutz, die außerschulische Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Gesundheit sowie das lokale Bürgerengagement.

²²⁴ Vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2012, S. 170).

²²⁵ Kleinhüchelkotten (2007, S. 18ff.).

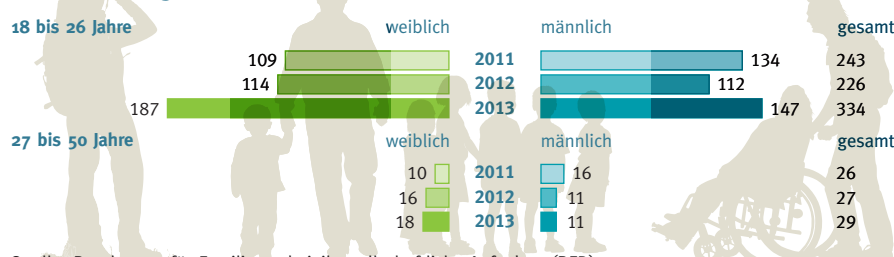
D4-1 Freiwilliges Engagement im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD)

Der Bundesfreiwilligendienst ist eine an alle Altersgruppen adressierte gesetzlich geregelte Möglichkeit des freiwilligen Engagements.²²⁶ Diese Form des freiwilligen Engagements schafft differenzierte „Lernmöglichkeiten durch Verantwortungsübernahme im Alltagshandeln“²²⁷ und bietet darüber hinaus eine intensive Begleitung durch Lehrgänge. Der Indikator beschreibt die Entwicklung seit Einführung des BFD differenziert nach Altersgruppen für Bielefeld und liefert damit stellvertretend Hinweise über einen Teil des in der Kommune bestehenden ehrenamtlichen Engagements.

Das mit der Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes 2011 geschaffene Angebot des Bundesfreiwilligendienstes stellt eine für alle Altersgruppen offene Möglichkeit des freiwilligen Engagements dar. Bundesweit standen rund 35.000 Plätze zur Verfügung, die jeweils eine Laufzeit von 12 Monaten haben. Genutzt wird das Angebot in Bielefeld allerdings primär von der Altersgruppe der 18- bis 26-Jährigen. Ihr Anteil an allen in Bielefeld im Rahmen des BFD Engagierten lag 2013 bei rund 86 Prozent.²²⁸

Studien zufolge²²⁹ eröffnet das freiwillige Engagement besondere Lern- und Bildungschancen für Jugendliche, da gesellschaftliche Verantwortungsübernahme mit individuellen Lernprozessen verknüpft werden. Das Engagement wirkt somit auf das individuelle Kompetenzprofil und die Persönlichkeitsentwicklung. Gerade für Jugendliche besteht die Möglichkeit, persönliche, soziale und kulturelle Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben.²³⁰

Bundesfreiwilligendienst



Quelle: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BFD) 2013

Abb. 73

Im Rückblick zeigt sich, dass die Teilnehmerquote am BFD insgesamt noch relativ gering, aber seit seiner Einführung kontinuierlich angestiegen ist. 2013 nutzten deutlich mehr junge Frauen die Möglichkeit des freiwilligen Engagements als Männer. Aktuell liegen für Bielefeld nur allgemeine Teilnehmerdaten vor, ohne Aussagen z. B. über die Einsatzorte treffen zu können. Kommunale Teilnehmerdaten für das freiwillige soziale Jahr/ökologische Jahr (FSJ/FÖJ) standen nicht zur Verfügung. Auf Bundesebene standen für diese Bereiche 2010 aber bereits 43.000 Plätze zu Verfügung.

Der BFD und andere Formen freiwilligen Engagements stellen – insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene – wichtige non-formale Lernorte und Lerngelegenheiten dar, die für die Identitätsentwicklung und den Kompetenzerwerb positiv eingeschätzt werden können. Auf Bundesebene erreichte das Engagement in den Freiwilligendiensten im Jahr 2012 einen Höchststand, bei dem etwa 7 Prozent der altersentsprechenden Personen einen freiwilligen Dienst leisteten. Dabei wird aber auch deutlich, dass im Bundesfreiwilligendienst die Erweiterung auf breitere Altersgruppen noch nicht im gewünschten Maße erreicht worden ist. Im Jahr 2012 waren noch 72 Prozent der engagierten Personen unter 27 Jahre alt.²³¹ Obwohl der BFD als „Nachfolger“ des Zivildienstes angesehen werden kann, bleiben die absoluten Nutzungszahlen deutlich hinter den Zahlen des Zivildienstes zurück, was aktuell aber auch darin begründet liegt, dass weniger Plätze zur Verfügung stehen.²³²

226 Der Bundesfreiwilligendienst (BFD) und der Jugendfreiwilligendienst (JFD) wurden mit Abschaffung von Wehr- und Zivildienst neu geschaffen. Andere Angebote, wie das FSJ/FÖJ, wurden erweitert, richten sich aber nur an Personen bis 27 Jahre. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014); Liebig (2012).

227 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 88).

228 Auf der Bundesebene liegt der Wert bei 72 Prozent. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 89).

229 Vgl. Düx et al. (2009).

230 Vgl. Düx (2012).

231 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 88f.).

232 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (05/2014).

D4-2 Zwischen Arbeit und Ruhestand (ZWAR)

Der demographische Wandel stellt die Kommunen vor vielschichtige neue Herausforderungen. „Zwischen Arbeit und Ruhestand“ (ZWAR) ist ein auf der Kommunalebene praktiziertes Konzept, das durch den Aufbau von Selbsthilfestrukturen ältere Menschen auf den Übergang in die nachberufliche Lebensphase vorbereitet. Selbstorganisierte und stadtteilorientierte Gruppen gestalten in diesem Kontext eigenverantwortlich Rahmenbedingungen, um gesellschaftliche Teilhabe und aktive Mitgestaltung sowie bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen. Der Indikator liefert exemplarisch Hinweise auf das Engagement älterer Menschen, die sich gemeinsam im Kontext des lebenslangen Lernens neuen Herausforderungen stellen.

Die ZWAR-Zentralstelle NRW berät unterschiedliche Akteure, wie Kommunen, Vereine und Verbände mit Blick auf eine zukunftsorientierte Seniorenarbeit. Die 1979 aus dem ZWAR-Projekt entstandene Zentralstelle unterstützt den Aufbau einer Infrastruktur für die Initiierung von selbstorganisierten sozialen ZWAR-Netzwerken auf der kommunalen Ebene. In NRW bestehen inzwischen in 40 Kommunen mehr als 1.000 Gruppen, die auf dieser Basis aktiv sind.²³³

2001 wurde in Bielefeld die erste ZWAR-Gruppe gegründet. 2013 waren vier Gruppen aktiv. Das ZWAR-Netzwerk ist eingebunden u. a. in die kommunale Gesundheitskonferenz der Stadt und die Diakonie für Bielefeld gGmbH. Die sozialraumbezogenen Gruppen sind inzwischen fester Bestandteil der Angebotsstruktur für ältere Menschen in der Kommune. Parallel zu regelmäßigen Treffen der Basisgruppen bestehen je Stadtbezirk bis zu zehn weitere Interessengruppen. Handlungsleitend sind für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedliche Ebenen des Engagements. Neben der Stärkung der Eigenverantwortung verfolgen die in den Gruppen Aktiven auch das Ziel der Mitverantwortung, d. h. die Organisation des Netzwerks und der Interessengruppen sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch bürgerschaftliches Engagement und eine Verantwortungsübernahme im Rahmen sozialer Vorsorge.

In Betrachtungszeitraum (2008–2012) ist eine rückläufige Entwicklung der aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bielefeld um annähernd ein Viertel festzustellen. Dies ist vor allem durch den Teilnehmerverlust in einer Gruppe begründet. Abb. 74 verdeutlicht die Entwicklung der aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Jahre 2008 bis 2012 nach Geschlecht.

Abb. 74

Projekt »ZWAR – zwischen Arbeit und Ruhestand«



2012 lag das Durchschnittsalter je nach Stadtteilgruppe zwischen 63 und 70 Jahren. Diese Lebensphase, bzw. die Altersstruktur innerhalb der Gruppen, macht es notwendig, das Projekt durchgehend zu bewerben, um die natürliche Fluktuation zu kompensieren. Die ZWAR-Zentralstelle empfiehlt nach ca. zehn Jahren eine Gruppenneugründung am gleichen Standort, da dann der Zugang für Interessierte, die sich in der Lebensphase des Ausstiegs aus dem Berufsleben bzw. im Einstieg in den Ruhestand befinden, deutlich schwieriger, bzw. weniger attraktiv wird. Binnenbeziehungen sind verfestigt, und das Gruppenleben zeichnet sich aufgrund des fortgeschrittenen Alters weniger durch Aktivitäten als durch Geselligkeit und Zusammengehörigkeit aus. Frauen sind in den Basisgruppen deutlich überrepräsentiert.

²³³ Vgl. ZWAR-Zentralstelle NRW (2006, S. 5ff.).

Der demographische Wandel hat Auswirkungen auf fast alle gesellschaftlichen Lebensbereiche. Die Entwicklung tragfähiger praxisnaher Modelle, die dazu beitragen, ältere Menschen zu befähigen, länger ein selbstbestimmtes Leben und ein Höchstmaß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen, wird in den kommenden Jahren an Relevanz zunehmen, da die Kommunen diesen strukturellen Wandel nicht alleine bewerkstelligen können.²³⁴ Die ZWAR-Gruppen sind ein Baustein auf der kommunalen Ebene, den Chancen und Herausforderungen, die aus den gestiegenen Lebenserwartungen resultieren, zu begegnen. Sie ermöglichen vereinfachte Zugangsmöglichkeiten, um sozialraumbezogen im Alter gemeinsam mit anderen neue Lern- und Lebenserfahrungen zu machen. Vor dem Hintergrund des insbesondere in den Städten weiter voranschreitenden Verfalls familialer und nachbarschaftlicher Strukturen kommt der Schaffung von sinnstiftenden, in einen sozialen Kontext eingebundenen Angeboten eine hohe Bedeutung zu.

D4-3 Bürgerschaftliches Engagement im Projekt „Ich will“

Der Übergang in eine weiterführende Schule oder in die berufliche Ausbildung ist für viele Jugendliche problematisch. Soziale und/oder finanzielle Risikolagen in den Familien führen zu zusätzlichen Belastungen der Schülerinnen und Schüler. Das Programm „Ich will“ der Wolfgang und Regina Böllhoff Stiftung steht exemplarisch für ein bürgerschaftliches Engagement,²³⁵ das mit einem individuell gestalteten Patenmodell Schülerinnen und Schüler im Bereich des schulischen Übergangs in eine Ausbildung begleitet und fördert.

Das 2008 initiierte Programm „Ich will“, wendet sich an Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen der Hauptschulen und begleitet sie bis zum Übergang in eine Ausbildung. In das Projekt aufgenommen werden vorrangig Jugendliche, die nur wenig Unterstützung aus dem Elternhaus erhalten, in sozial belasteten Zusammenhängen aufwachsen, eine Zuwanderungsgeschichte haben und/oder deren Zugang zu außerschulischer Bildung eingeschränkt ist.²³⁶

Die Förderung der Jugendlichen setzt primär bei der Stärkung des natürlichen Selbstbewusstseins sowie der personalen und sozialen Kompetenzen an. Lern- und Kommunikationstrainings sind ebenso Bestandteil der Förderung wie schulische Unterstützung, Teamübungen, regelmäßige Treffen aller Teilnehmer, thematische Erkundungen, Betriebsbesichtigungen und Ausflüge. Als Stipendiat des Programms besteht auch die Verpflichtung zu eigenem regelmäßigem sozialem Engagement. Die Teilnehmenden können über die Wahrnehmung von zusätzlichen sozialen, ehrenamtlichen oder sportlichen Aktivitäten – aber auch durch eine Verbesserung der Schulnoten – an einem für die Altersgruppe attraktiven Anreizsystem partizipieren.

Das Förderprogramm, das über eine hauptamtliche Projektleitung verfügt, ist über die Teilnahme an den Gremien der Jugendberufshilfe in das kommunale Netzwerk eingebunden. Tragende Säule sind die Paten, die zunächst einen intensiven Kontakt zu den Familien und den Jugendlichen aufbauen und sie über einen Zeitraum von drei Jahren betreuen und begleiten. Sie unterstützen die Teilnehmer bei der Entwicklung individueller Perspektiven, stehen in einem engen Kontakt zu der Schule und agieren als vertrauensvoller Ansprechpartner und Türöffner in die Berufswelt. Auch die ehrenamtlichen Paten nehmen an Fortbildungen teil und sind ihrerseits in ein Netzwerk eingebunden, das sie unterstützt.

Seit Beginn des Projekts im Jahr 2008 sind 55 Schülerinnen und Schüler in das Förderprojekt aufgenommen worden, davon 47 mit Zuwanderungsgeschichte. Aus den ersten vier Fördergruppen (32 Jugendliche) haben bis zum Ende des Schuljahrs 2013/14 26 Jugendliche einen erfolgreichen Anschluss bzw. Übergang geschafft. Abbrüche waren auf Umzüge, Überforderungen oder mangelnde Motivation zurückzuführen. In den Fördergruppen, die ab 2011 begonnen haben, liegt die Abbruchquote bei rund 10 %. Die Jugendlichen werden aktuell durch 26 Patinnen und Paten begleitet.

²³⁴ Vgl. Braß (2013).

²³⁵ Müssig und Worbs (2012, S. 9).

²³⁶ Wolfgang und Regina Böllhoff Stiftung (2013).

In Bielefeld sind in einem erheblichen Umfang Schülerinnen und Schüler von bildungsrelevanten sozialen Belastungen betroffen. Für Schulen ist es oft schwierig, Schülerinnen und Schüler die notwendige, über den Unterricht hinausgehende Förderung zukommen zu lassen. Ein bürgerschaftliches Engagement im Bildungskontext, wie insbesondere das Programm „Ich will“, eröffnet einem Teil der Jugendlichen aus Familien mit sozialen und/oder finanziellen Risikolagen eine langfristige berufliche und gesellschaftliche Perspektive.

D5 Politische Partizipation – Beteiligung an Kommunalwahlen

Politische Partizipation ist eine Form gesellschaftlicher Teilhabe. Sie ermöglicht dem Einzelnen die aktive Mitwirkung an der Gestaltung der Gesellschaft. Ebenso korrespondieren der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Qualität der Demokratie eng mit der politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.²³⁷

Die Entwicklung der politischen Partizipation²³⁸ weist seit Jahren eine rückläufige Tendenz auf. Verschiedene Studien belegen zudem, dass die politische Partizipation vom Bildungsgrad und dem sozioökonomischen Status beeinflusst werden.²³⁹ Bildungsnahe und einkommensstarke Bevölkerungsschichten beteiligen sich stärker, was in der Konsequenz dazu führt, dass die Interessen der Bevölkerungsgruppen mit geringerem Einkommen und Bildungsstand nicht adäquat repräsentiert sind.^{240 241}

Die Wahlbeteiligung dient als Indikator für die Beteiligung der Bevölkerung am Gemeinwesen.²⁴² Sie gilt dabei als Maßstab für das Demokratiebewusstsein bzw. das demokratische Engagement der Bevölkerung.²⁴³ Der Indikator stellt die Wahlbeteiligung an der Kommunalwahl 2014 dar und liefert damit Hinweise auf das Ausmaß der politischen Partizipation der Bevölkerung auf der Ebene der Grundschuleinzugsgebiete.

Im Jahr 2014 waren in Bielefeld 255.657 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. An der Kommunalwahl 2014 beteiligten sich rund 51,0 Prozent (130.477 Personen) der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger²⁴⁴, was circa 2 Prozent weniger waren als noch im Jahr 2009. Damit nutzte nur jede zweite wahlberechtigte Person in Bielefeld die Möglichkeit der Kommunalwahlen als Mittel der bürgerlichen Beteiligung. Mit zunehmendem Alter steigt das Interesse an politischer Partizipation an. Allerdings legen Studien nahe, dass sich eine Trendwende abzeichnet, da sich die jüngere Generation anderen Formen politischer Partizipation zuwendet.²⁴⁵

²³⁷ Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2012, S. 167).

²³⁸ Hier gemessen an der Wahlbeteiligung.

²³⁹ Vgl. Petersen et al. (2013, S. 10ff.).

²⁴⁰ Vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2012, S. 170).

²⁴¹ Kleinhückelkotten (2007, S. 18ff.).

²⁴² OECD (2007, S. 108).

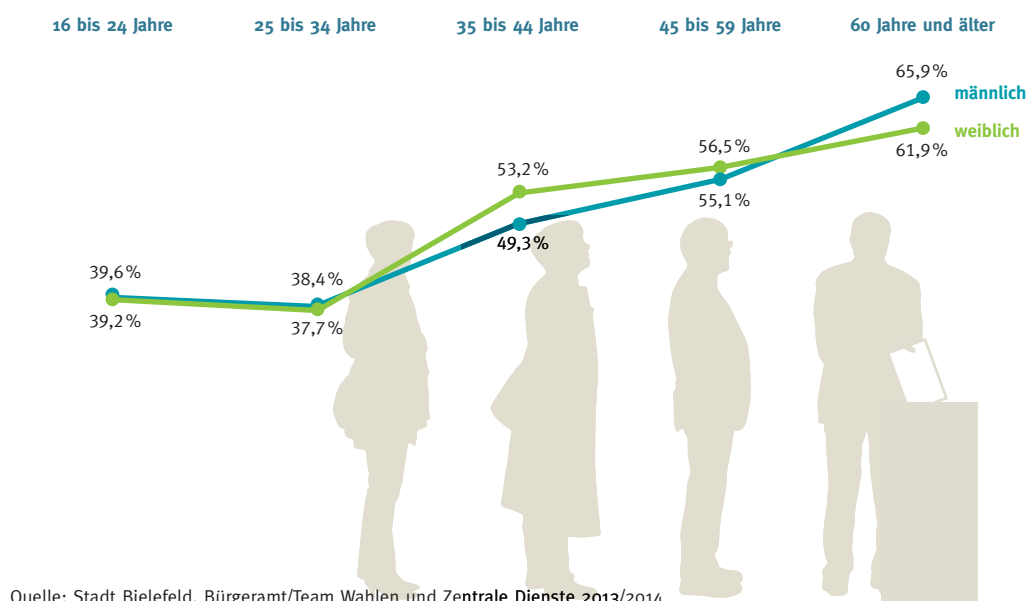
²⁴³ Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014b).

²⁴⁴ Vgl. Stadt Bielefeld – Bürgeramt (2014). Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU besitzt, das 16. Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl (14. August) im betreffenden Wahlgebiet mit Hauptwohnsitz gemeldet ist.

²⁴⁵ Petersen et al. (2013, S. 25) Hier sind exemplarisch Vereine oder Organisationen wie Attac – Ein globalisierungskritisches Netzwerk und Compact, eine in Deutschland ansässige NGO (nicht Regierungsorganisation) zu nennen.

Kommunalwahlbeteiligung 2009 nach Alter und Geschlecht²⁴⁶

Abb. 75



Ein Blick in die Sozialräume zeigt, wie unterschiedlich die politische Partizipation, gemessen an der Wahlbeteiligung, in Bielefeld ausgeprägt ist. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit anderen im Lernreport verwendeten Indikatoren, wie z. B. dem Index bildungsrelevanter sozialer Belastungen, wurde die Wahlbeteiligung auf die Grundschuleinzugsgebiete²⁴⁷ umgerechnet.

Während die Spreizung der Beteiligung in den einzelnen Sozialräumen 2009 zwischen rd. 45 und 64 Prozent lag, wird für 2014 eine Spreizung zwischen rd. 41 und 63 Prozent ausgewiesen.²⁴⁸ Die politische Partizipation hat 2014 in Grundschuleinzugsgebieten, die bereits 2009 eine geringere Beteiligungsquote ausgewiesen haben, stärker abgenommen als in Sozialräumen mit höherer Wahlbeteiligung.

Studien weisen auf²⁴⁹ Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung und Faktoren wie z. B. Schulbildung, Einkommen,²⁵⁰ sozialer Schicht oder Milieuzugehörigkeit²⁵¹ hin. Der Blick auf die Grundschuleinzugsgebiete verdeutlicht, dass sich in einigen Sozialräumen weniger als die Hälfte der dort lebenden wahlberechtigten Menschen politisch beteiligen – mit weiter abnehmender Tendenz von 2009 zum Wahljahr 2014. Vergleicht man die Karte der Wahlbeteiligung mit der Karte für bildungsrelevante soziale Belastungen (A3-4) wird ebenfalls deutlich, dass es Parallelen zwischen den Faktoren der sozialen Belastung und der Wahlbeteiligung gibt.²⁵²

²⁴⁶ Für das Jahr 2014 lagen keine Daten zur Altersverteilung und zum Geschlecht vor.

²⁴⁷ Die Umrechnung erfolgt annäherungsweise, da nicht alle Teilflächen zu 100% erfasst werden konnten.

²⁴⁸ Auf eine detaillierte Auswertung der Wahlstrukturdaten, die Auskunft über das kleinräumige Geschlechterverhältnis, Migrationsanteil, Altersstruktur, Arbeitslosigkeit, etc. geben, wurde an dieser Stelle verzichtet.

Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012).

²⁴⁹ Petersen et al. (2013, S. 25).

²⁵⁰ Petersen et al. (2013, S. 25).

²⁵¹ Kleinhückelkotten (2007, S. 18ff.).

²⁵² Vgl. Müssig und Worbs (2012).

Abb. 76

Politische Partizipation Kommunalwahl 2014 nach Grundschuleinzugsgebiet



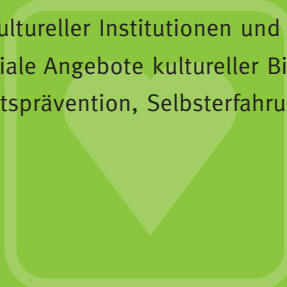
Quelle: Stadt Bielefeld, Bürgeramt/Team Wahlen und Zentrale Dienste 2013/2014;
Kartographie: Amt für Geoinformation und Kataster

E1Nutzung kultureller Institutionen
und Veranstaltungen**E2**Nutzung medialer Angebote
kultureller Bildung**E3**Gesundheitsprävention,
Selbsterfahrung in Sport und Spiel**E4**

Studieren ab 50

**Die Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“**

bildet ein breites Spektrum von Lerngelegenheiten und -orten ab, für die die Kommune Rahmenbedingungen zur individuellen Kompetenzentwicklung zur Verfügung stellt. Neben der kulturellen Bildung sind das Angebote der Gesundheitsprävention und der Persönlichkeitsentwicklung in Sport, Spiel und Natur. Diese Lerndimension ist unterteilt in die Indikatoren „Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen (E1)“, „Mediale Angebote kultureller Bildung (E2)“ sowie „Gesundheitsprävention, Selbsterfahrung in Sport und Spiel (E3)“.



E1 Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen

Kulturelle Institutionen und Veranstaltungen bilden den Rahmen für das aktive kulturelle Erleben. Zeitgenössische und klassische Themen aus Musik, Kunst, Theater, Natur, Geschichte, Technik und Gesellschaft werden dadurch zu einer individuellen Erfahrung. Sie bieten darüber hinaus Gelegenheiten, die individuelle Kreativität kennenzulernen und die Selbstwirksamkeit weiter zu entwickeln. Damit leisten kulturelle Institutionen und Veranstaltungen einen wesentlichen Beitrag im Bereich des informellen lebenslangen Lernens. Über den Indikator „Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen“ werden kulturelle Angebote und deren Inanspruchnahme durch die Bevölkerung abgebildet.

E1-1 Besucherinnen und Besucher kommunaler Kultureinrichtungen und –veranstaltungen

Die Entwicklung der Besucher- und Teilnehmerzahlen von bzw. an kommunalen Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen verdeutlicht, in welchem Umfang kulturelle Angebote von der Bevölkerung wahrgenommen werden.

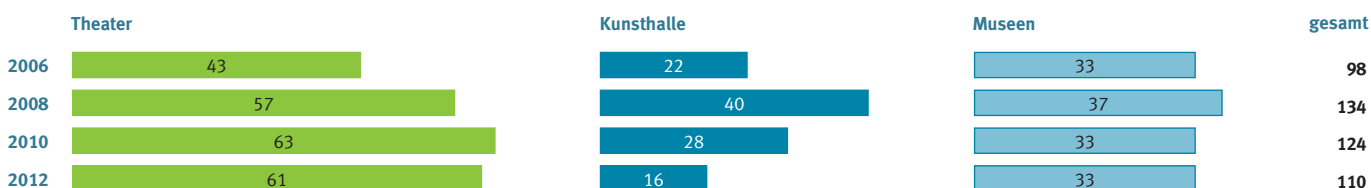
Die Partizipation an kultureller Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für autonome und kritische Teilhabe an Gesellschaft und Politik.²⁵³ Im Rahmen der kulturellen Bildung werden Möglichkeiten geschaffen, um neue Lernerfahrungen zu machen, um Kompetenzen zu vermitteln und sich weiter zu entwickeln. Kulturelle Bildung ist durch die Einbeziehung aller Sinne ein ganzheitlicher Bildungsansatz, der mittels künstlerischer, kultureller und wissenschaftlicher Prozesse zur umfassenden Persönlichkeitsentwicklung beiträgt²⁵⁴

Vor diesem Hintergrund kann das breit aufgestellte kommunale Kulturangebot als eine zentrale Voraussetzung für die Teilhabe an kultureller Bildung gesehen werden. Dabei stellen das Theater Bielefeld mit dem Stadttheater, dem Theater am Alten Markt, die Rudolf-Oetker-Halle, das Naturkunde-Museum, das Historische Museum, das Museum Huelsmann, die Wäschefabrik und das Bauernhausmuseum²⁵⁵ sowie die Kunsthalle Bielefeld²⁵⁶ die bekanntesten Angebote dar. Neben den städtischen Kulturorten leistet die freie Theaterszene mit ihren vielfältigen Angeboten in allen Sparten²⁵⁷ einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Landschaft in Bielefeld.

Anhand der Abb. 77 lässt sich die Entwicklung der Inanspruchnahme der städtischen Kultureinrichtungen nachzeichnen. Die Besucherzahlen an den städtischen Bühnen und in den Museen haben sich in den vergangenen Jahren auf einem relativ konstanten Niveau eingependelt.

Abb. 77

Besuche städtischer Kultureinrichtungen pro 100 Einwohner 2006 bis 2012



Quelle: Stadt Bielefeld, Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester/Kunsthalle 2013

²⁵³ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 157).

²⁵⁴ Kulturentwicklungskonzept Stadt Bielefeld 2014:59.

²⁵⁵ Zwei Museen befinden sich in vollständiger städtischer Trägerschaft. Die anderen Museen werden von der Stadt im Rahmen ihrer Kulturförderung oder durch Bereitstellung von Gebäuden unterstützt.

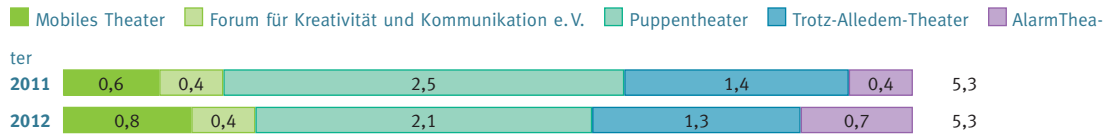
²⁵⁶ Die Kunsthalle ist nicht rein kommunal, sondern wird mit anderen Gesellschaftern als gGmbH geführt.

²⁵⁷ Eine dezidierte Darstellung der freien Kulturanbieter mit ihren vielschichtigen Angeboten kann im zweiten Lernreport nicht erfolgen. Die Stadt Bielefeld hat in 2011 beschlossen, einen Kulturentwicklungsplan aufzustellen, der u.a. die Angebote der freien Kulturszene berücksichtigt. Im dritten Lernreport kann vermutlich für die Darstellung der freien Kulturszene auf diese Daten zurückgegriffen werden. Exemplarisch wird im zweiten kommunalen Lernreport zunächst die freie Theaterszene berücksichtigt.

Bielefeld verfügt, parallel zu dem städtischen Theaterangebot, über eine breit aufgestellte freie Theaterszene, die mit und durch ihre differenzierte Ausrichtung auf spezifische Zielgruppen und Themen große Teile der Bevölkerung (kulturell) erreicht. Der Ausschnitt, der im vorliegenden Lernreport dargestellt wird, beleuchtet nur einen Teil des deutlich größeren Spektrums der freien Kulturschaffenden.

Besuche freier Theater pro 100 Einwohner 2011 bis 2012

Abb. 78



Quelle: Freie Theater 2013

Zielgruppenspezifische Informationen, wie z. B. Alter, Geschlecht etc., sind im Kontext von Kulturveranstaltungen nur schwierig zu erfassen. Nur anhand der verkauften ermäßigten Karten oder über gezielte Erhebungen lassen sich Aussagen treffen, in welchem Umfang Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende an den kommunalen Kulturveranstaltungen partizipieren. Im Betrachtungszeitraum (2008/09 bis 2012/13) hat sich die Anzahl der verkauften ermäßigten Theaterkarten innerhalb dieser Zielgruppe von 17,8 um 3,5 Prozentpunkte auf 21,3 Prozent der insgesamt verkauften Karten erhöht.

Entwicklung der verkauften Karten an Schülerinnen und Schüler bzw. Studentinnen und Studenten für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld

Abb. 79



Quelle: Stadt Bielefeld, Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester 2013

Ein sich in den letzten Jahren verändertes Bildungsverständnis hat unter anderem dazu geführt, dass kulturelle Bildung stärker in den Fokus gerückt ist und damit auch die Verzahnung zwischen Schule und Anbietern kultureller Bildung deutlich ausgebaut wurde.²⁵⁸ Insbesondere die Entwicklung der Kooperationen zwischen Museen und Schulen²⁵⁹ wurde in den letzten Jahren gut dokumentiert. Im Jahr 2012 waren rund 20 Prozent (12.462 Personen) der Besucherinnen und Besucher der beiden städtischen Museen Schülerinnen und Schüler.²⁶⁰ Das entspricht 21,4 Prozent aller in Bielefeld beschulten Schülerinnen und Schüler.²⁶¹ Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an allen Besuchern der Kunsthalle Bielefeld lag in 2012 bei 9,6 Prozent (4.207 Personen).²⁶²

Das Interesse an den Bielefelder Kulturangeboten ist weiterhin hoch. Die Verkaufszahlen der Schüler- und Studententickets für kommunale Theaterveranstaltungen zeigen, dass es immer besser gelingt, die jüngere Zielgruppe mit Angeboten kultureller Bildung zu erreichen. Eine positive Entwicklung ist im Bereich der Kooperationen zwischen den Bildungsinstitutionen und den Kulturanbietern, wie z. B. den Theatern und Museen, zu beobachten.

²⁵⁸ Arbeitsstelle »Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW« (2010).

²⁵⁹ Kooperationen mit Kindertagesstätten bzw. Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden hier nicht gesondert ausgewiesen, da nicht alle Anbieter diese Daten separat erfassen.

²⁶⁰ Das Historische Museum weist für 2010 einen prozentualen Schüleranteil an allen Besuchern von 9,4 Prozent, für 2011 eine Quote von 9,8 Prozent und für 2012 eine Quote von 19,6 Prozent aus. Der Schüleranteil im Naturkunde-Museum lag 2010 bei 26,6 Prozent, 2011 bei 20,8 Prozent und 2012 bei 20,9 Prozent.

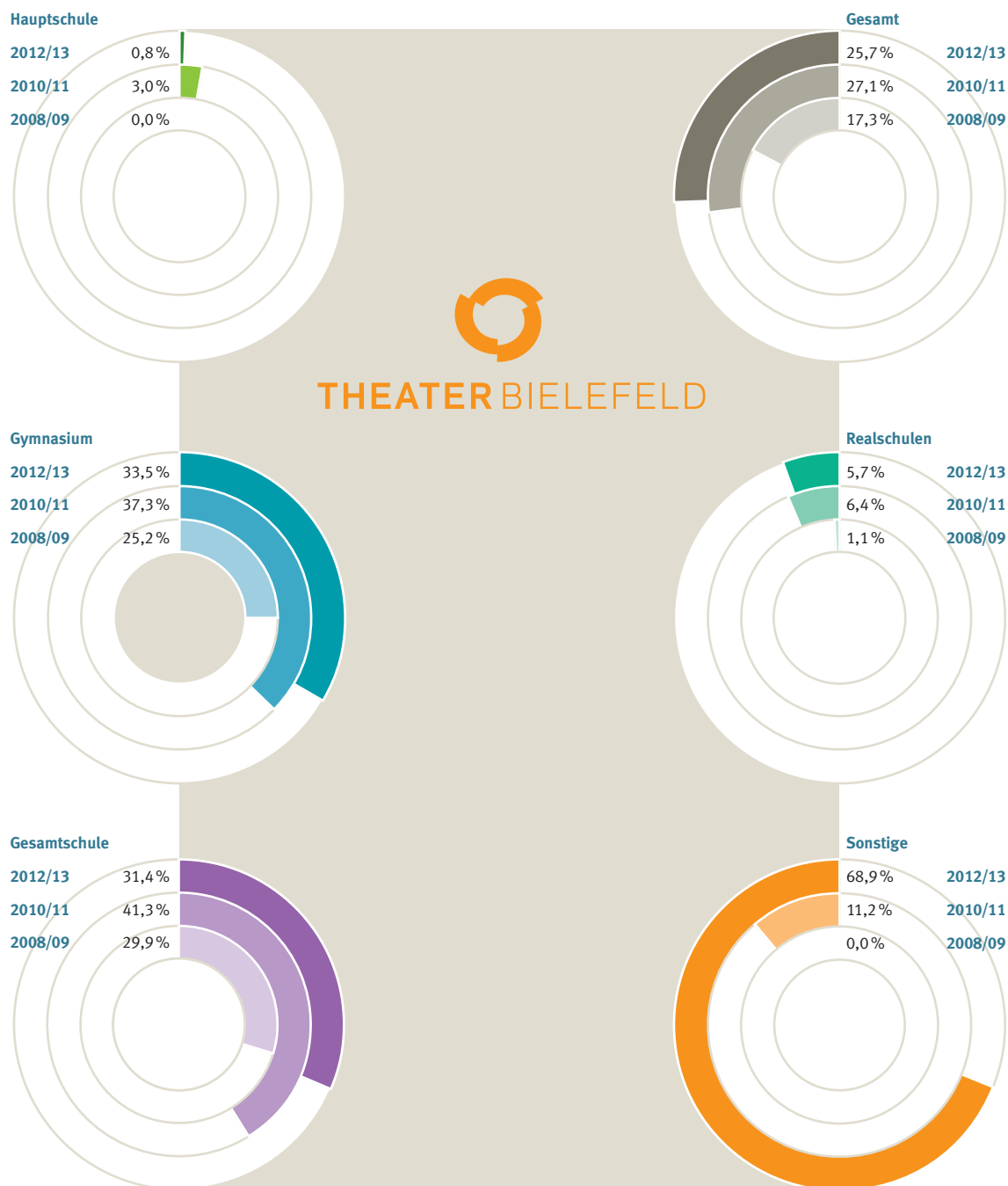
²⁶¹ Zum 15.10.2012 wurden in Bielefeld 58.183 Schülerinnen und Schüler beschult.

²⁶² In den Vorjahren weist die Kunsthalle deutlich höhere Quoten aus. So lag der Anteil der Schülerinnen und Schüler an allen Besuchern 2010 bei 15,4 Prozent (11.864) und 2011 bei 12,7 Prozent (12.501). Auch die Kunsthalle weist Kooperationen mit Kindertagesstätten nicht gesondert aus.

E1-1-1 Kulturelle Bildung – Schule und Theater: Schulpatenschaft

Schulpatenschaften ermöglichen einen Zugang zu kultureller Bildung und können einen Beitrag zum Abbau sozialer Ungleichheit bewirken.²⁶³ Für Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Familien liegen die Hürden zur Teilnahme an kulturellen Angeboten oftmals höher als für Kinder und Jugendliche aus bildungsnahen Familien. Der Indikator liefert Hinweise über die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern bestimmter Altersgruppen und Schulformen an speziellen Angeboten kultureller Bildung.

Abb.80

Anteil der vom Projekt Schulpatenschaften des Theaters Bielefeld erreichten Schülerinnen und Schüler in den Sekundarstufen I und II


Quelle: Stadt Bielefeld, Bühnen und Orchester 2013

263 Vgl. Burow (2010).

Mit den Schulpatenschaften verfolgt das Theater Bielefeld das Ziel, Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Schulformen das Format Theater näher zu bringen. Das Theater bietet den Schulen neben ermäßigten Theatervorstellungen zusätzliche pädagogische Maßnahmen. Zum einen können die Stücke zusammen mit Theaterpädagogen im Unterricht vor- bzw. nachbereitet werden. Zum anderen können die Schülerinnen und Schüler an weiteren Angeboten und Workshops des Theaters teilnehmen. Im Gegenzug verpflichten sich die teilnehmenden Schulen, dass 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus der Sekundarstufe I und 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus der Sekundarstufe II pro Schuljahr eine Theaterveranstaltung besuchen. Begleitet werden die Kooperationen durch Kontaktlehrer und Theaterscouts – Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule – die für einen engen Kontakt zwischen der Schule und dem Theater sorgen.

In der Spielzeit 2012/13 hatten 19 Bielefelder Schulen der Sekundarstufen I und II eine Patenschaft mit dem Theater. Das Projekt hat in den zurückliegenden Spielzeiten durchschnittlich 25,7 Prozent der Bielefelder Schülerinnen und Schüler erreicht, mit einer deutlich höheren Gewichtung in der Sekundarstufe II. Aus der Grafik wird deutlich, dass die Hauptschulen und die Realschulen die Möglichkeiten der Schulpatenschaften nur in sehr geringem Maße in Anspruch nehmen. Auf ein besonderes Interesse trifft das Angebot bei den Gymnasien und den Gesamtschulen in Bielefeld, bei denen eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern erreicht wurde. Besonders stark zugenommen hat die Kategorie der sonstigen Schulen, in der sich beispielsweise die Laborschule wiederfindet. Diese Kategorie weist für 2012/13 eine Quote von annähernd 69 Prozent auf.

Perspektivisch sollte es Ziel sein, die Realschulen und die verbleibenden Hauptschulen stärker in das Programm einzubinden, um auch diese Schülergruppen an den Angeboten der kulturellen Bildung zu beteiligen. Hierbei müssen besonders die Schulleitungen für die aus kultureller Bildung erwachsenden Chancen sensibilisiert werden. Zugänge und Teilhabe sollten allen interessierten Schulen und Schulformen gleichermaßen offenstehen.

E1-2 Teilnehmer an der öffentlichen Musik- und Kunstschule

Im Rahmen von Musik- und Kunstunterricht werden neben den eigentlichen Inhalten auch wichtige Schlüsselkompetenzen wie Kreativität, Improvisationsvermögen, soziale Kompetenz und Selbstorganisation vermittelt. Die Bereitstellung von öffentlichen Musik- und Kunstschulen gehört zu den typischen Bildungsaufgaben einer Kommune. Der Teilindikator²⁶⁴ bildet die Entwicklung des Nutzungsgrads ab. Ferner lässt sich aufzeigen, in welchem Umfang bereits Kooperationen mit Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen bestehen.

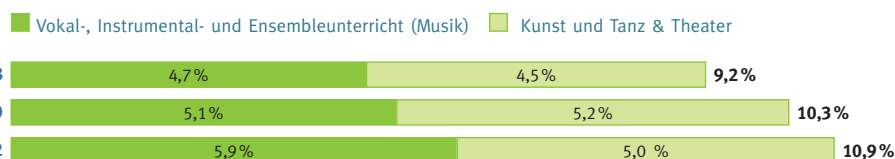
Die Musik- und Kunstschule der Stadt erreichte im Jahr 2012 in den drei Sparten Musik, Kunst und Tanz & Theater rund 6.300 Schülerinnen und Schüler. Rund 54 Prozent der Schülerinnen und Schüler nutzten in 2012 das musische Angebot der Musik- und Kunstschule, 46 Prozent die Bereiche Kunst sowie Tanz & Theater. In der Gruppe der bis 18-Jährigen belegten in 2012 annähernd 11 Prozent ein Angebot an der Musik- und Kunstschule. Von den 3.402 Schülerinnen und Schülern des musischen Bereichs der Schule nutzten rund 32 Prozent (1.076) die Angebote im Rahmen einer Kooperation mit einer Kindertagesstätte, einer Grundschule – bzw. weiterführenden Schule (vgl. Abb. 80).

264 Im Alter bis zu 18 Jahren in Prozent.

Abb. 81

Entwicklung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bereiche Musik, Kunst und Tanz & Theater

in Relation zur Wohnbevölkerung bis 18 Jahre



Geänderte Berechnungsgrundlage Quelle: Stadt Bielefeld, Musik- und Kunstschule 2013

Die Angebote der Musik- und Kunstschule werden überwiegend von jüngeren Altersgruppen frequentiert. 65 Prozent der Schülerinnen und Schüler kamen aus der Altersgruppe der 6- bis unter 14- Jährigen. Der Anteil der unter 6-Jährigen lag 2012 bei 10 Prozent und hat sich gegenüber dem Jahr 2010 (5,8 Prozent) annähernd verdoppelt.

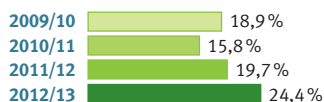
Angebote kultureller Bildung finden nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Ausbaus von Ganztagschulen stärker Einzug in Kindertagesstätten und Schulen. Der Entwicklung von Kooperationen zwischen Anbietern kultureller Bildung einerseits und Schulen und Kindertagesstätten andererseits, kommt deshalb eine immer höhere Bedeutung zu. 2012 bestanden zwischen der Musik- und Kunstschule und 34 Prozent der Bielefelder Grundschulen Kooperationen im Musikbereich. Einige der Angebote finden im Rahmen der Ganztagsbetreuung (OGS) in Grundschulen statt. Weitere Kooperationen bestehen zu den weiterführenden Schulen.

Die dargestellten Daten der Musik- und Kunstschule repräsentieren nur einen Ausschnitt aus dem deutlich breiteren Gesamtangebot in diesem Segment. In den kommenden Jahren gewinnt eine umfassendere Darstellung auch vor dem Hintergrund, dass Kooperationen ausgebaut und mehr Kinder und Jugendliche an Angeboten kultureller Bildung partizipieren, an Bedeutung.

Abb. 82

Musikalischer Führerschein

Anteil am Jahrgang der 4. Klassen



Quelle: Stadt Bielefeld, Bühnen und Orchester 2013

E1-2-1 Kulturelle Bildung – Theater und Schule – Der musikalische Führerschein

Ein weiterer Baustein der kulturellen Bildung auf der städtischen Ebene ist das seit 2007 laufende Projekt: Musikalischer Führerschein. Das Theater Bielefeld bietet unter konzertpädagogischer Anleitung den vierten Klassen der Grundschulen eine intensive Auseinandersetzung im Konzertbereich und Einblicke in die Arbeit eines Symphonieorchesters an. Die teilnehmenden Kinder haben neben dem sinnlich-emotionalen Erleben der Musik auch die Möglichkeit, die vielschichtigen Facetten von Musik kennenzulernen.

Im Betrachtungszeitraum (Spielzeiten 2009/10 bis 2012/13) sind die Teilnehmerzahlen erneut gestiegen. 2012/13 erwarben rund 25 Prozent der Bielefelder Grundschülerinnen und Grundschüler der 4. Klassen den musikalischen Führerschein und erhielten damit Zugang zu einem spezifischen Aspekt kultureller Bildung. Seit Einführung des Angebots haben 20 der 47 Bielefelder Grundschulen das theaterpädagogische Angebot wahrgenommen. Einige Grundschulen nutzen das Angebot bereits seit Jahren.

Das vom Theater Bielefeld vorgehaltene Angebot des musikalischen Führerscheins, das nur einen Teil des deutlich breiteren theater- und konzertpädagogischen Gesamtspektrums für Kinder und Jugendliche darstellt, wird von den Grundschulen sehr gut angenommen. In der Regel ist das zur Verfügung stehende Platzkontingent schnell ausgebucht. Bis dato haben 43 Prozent der Bielefelder Grundschulen das Angebot des musikalischen Führerscheins in Anspruch genommen.

E1-2-2 Kulturwandertage

Der „Kulturrucksack NRW“²⁶⁵ fördert die kulturelle Bildung an außerschulischen Lernorten von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 14 Jahren. Das seit dem Jahr 2012 laufende Landesprogramm unterstützt die Entwicklung eines altersgemäßen Bildungs- und Kulturangebots auf der lokalen Ebene und zielt insbesondere auf die Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus ab.

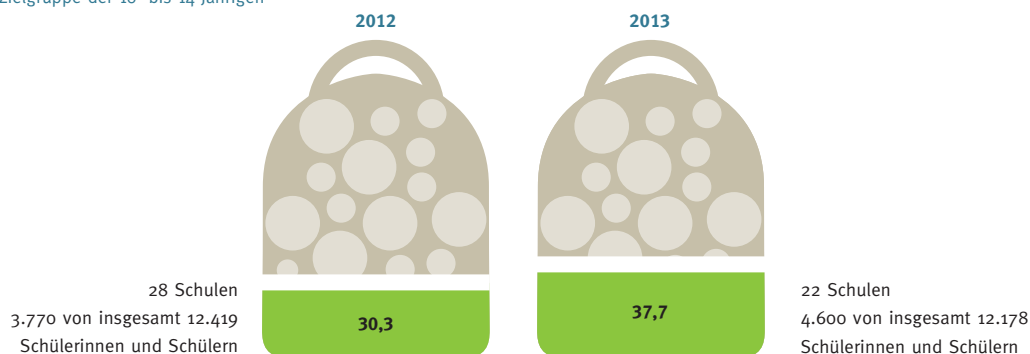
Der „Kulturrucksack NRW“ wird in Bielefeld unter dem Projektnamen „Kulturwandertage“ seit 2012 durchgeführt. An der konzeptionellen Entwicklung und Realisierung für die lokale Ebene ist eine Vielzahl städtischer und freier Kulturakteure beteiligt. An den Kulturangeboten können die Kinder und Jugendlichen der beteiligten Schulen in einem 14-tägigen Zeitkorridor partizipieren. Zur Auswahl stehen unter anderem Tanz-, Theater-, Kunst-, Musik-, Lese- und Kreativworkshops. Die Bielefelder Museen, die Stadtbibliothek sowie die Universität Bielefeld sind in das Projekt mit Veranstaltungen eingebunden. Mit der Teilnahme werden den Kindern und Jugendlichen neue Handlungsspielräume in der Wahrnehmung und der individuellen Kreativität eröffnet. Darüber hinaus leisten die Angebote der kulturellen Bildung einen Beitrag zur Integration und sind auch Mittel der Prävention, indem die Offenheit für andere Kulturen und Lebensweisen gefördert wird.²⁶⁶

In 2012 beteiligten sich 28 und im Jahr 2013 22 Schulen aller Schulformen der Sekundarstufe I an den Kulturwandertagen. In 2013 partizipierten rd. 36 Prozent mehr Kinder an den Angeboten als im Jahr davor.

Bielefelder Kulturwandertage

Abb. 83

Je 100 der Zielgruppe der 10- bis 14-jährigen



Quelle: Stadt Bielefeld – Bildungsbüro 2014

Die Teilnahme an den Kulturangeboten der Kulturwandertage ermöglicht Kindern- und Jugendlichen einen Zugang zu neuen Erfahrungen und leistet damit einen Beitrag zu einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung. In den Jahren 2012 und 2013 haben mehr als ein Drittel aller 10- bis 14-jährigen Bielefelder Jugendlichen an den Angeboten partizipieren können.

²⁶⁵ Der „Kulturrucksack NRW“ wurde vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW 2012 initiiert.

²⁶⁶ Kulturentwicklungskonzept der Stadt Bielefeld 2014:58f.

E1-3 Kursbelegungen in allgemeiner Weiterbildung der Volkshochschule²⁶⁷

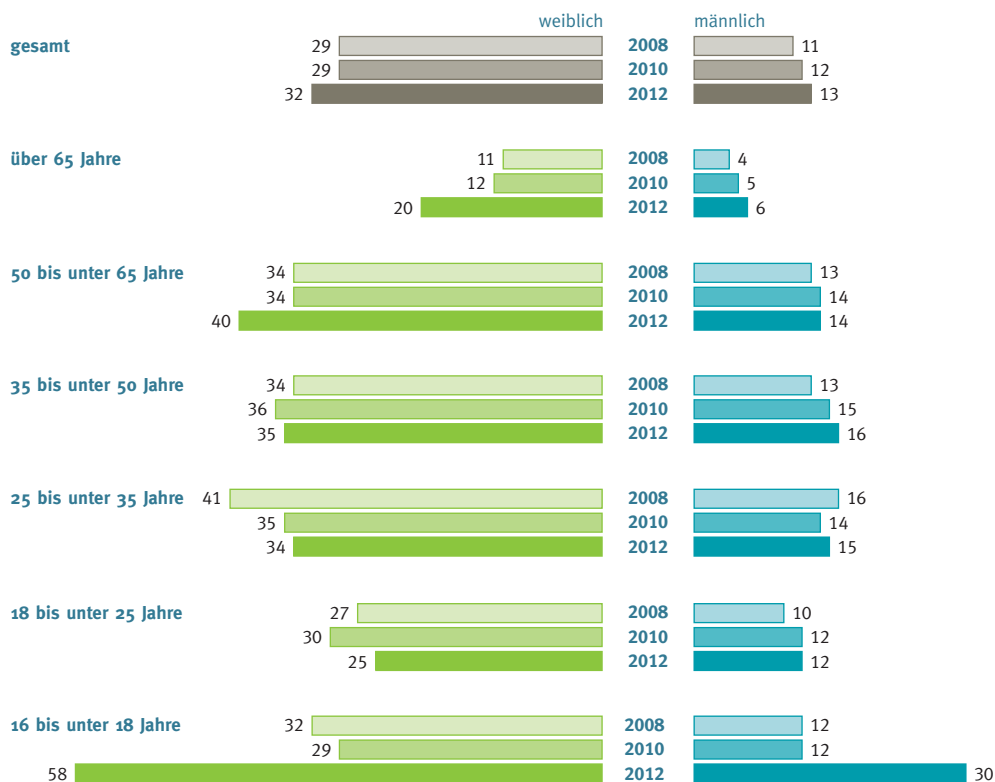
Die Kursbelegungen im Bereich der allgemeinen Weiterbildung an der Volkshochschule (VHS) beschreiben den Umfang der Nachfrage innerhalb des Stadtgebiets. Über die Differenzierung nach Alter und Geschlecht lässt sich annäherungsweise verdeutlichen, welche Zielgruppen im Bereich der nicht berufsbezogenen Weiterbildung erreicht werden. Nicht berücksichtigt sind an dieser Stelle die Fachbereiche Gesundheit und berufsbezogene Weiterbildung.

Moderne Gesellschaften sind in ihren kulturellen, ökonomischen und politischen Leistungen auf problemlösende Kompetenzen angewiesen, die das Erziehungs- und Bildungssystem in verschiedenen Institutionen fördert und vermittelt. Heute werden selbstorganisierte Lernprozesse immer wichtiger, um sich individuell diese Kompetenzen im Rahmen des lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens anzueignen.²⁶⁸ Eine umfassende Teilhabe hängt sowohl von der Bereitschaft des Einzelnen ab, als auch von den Rahmenbedingungen, die für diese Lernprozesse zur Verfügung stehen. Die VHS bietet solche Rahmenbedingungen mit einer wohnortnahen Ausrichtung und sozialverträglichen Angeboten. Mit den Angeboten der VHS im Segment der allgemeinen Weiterbildung steht ein umfangreiches und differenziertes Kursspektrum zur Verfügung, das sich gleichermaßen an unterschiedliche Altersgruppen und Lebensphasen richtet.

Diese Angebotsausrichtung im Bereich der allgemeinen Weiterbildung trifft in der Bevölkerung auf ein wachsendes Interesse, abzulesen an den seit 2008 gestiegenen Kursanmeldungen. Die Teilnehmerzahlen stiegen von 2008 bis 2012 um fünf Teilnahmen auf insgesamt 45 Teilnahmen pro 1.000 Einwohner und Jahr im Bereich der allgemeinen Weiterbildung an; in absoluten Zahlen ist das eine Steigerung um 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf rund 11.100 im Betrachtungszeitraum.

Abb. 84

Kursbelegung allgemeine Weiterbildung VHS



Quelle: Stadt Bielefeld, Volkshochschule 2013

²⁶⁷ FB 1,2,4 ohne FB 3, 5 und 6 VHS-Statistik.

²⁶⁸ Tippelt (2000, S. 69).

Das modular aufgebaute Sprachkursangebot liefert einen entscheidenden Anteil der Teilnehmerzahlen in der allgemeinen Weiterbildung. 2012 betrug der Sprachkursanteil 31,2 Prozent. Integration/Deutsch als Fremdsprache war mit 17,5 Prozent der zweitgrößte Kursbereich. Die Nachfrage im Bereich Gesellschaft und Politik betrug 7,6 Prozent.

Die VHS erreicht mit den Angeboten in der allgemeinen Weiterbildung Erwachsene jeden Alters. Primär nutzen die Altersgruppen der 25- bis 49-Jährigen und der 50- bis 64-Jährigen die Angebote. Deutlich wird aber auch, dass die Angebote für die Altersgruppe der über 65-Jährigen und der 16- bis 18-Jährigen an Attraktivität gewonnen haben. Die Teilnehmerzahlen stiegen in 2012 über 34 Prozent. Weiterhin liegt der Anteil der Frauen, die die Angebote der allgemeinen Weiterbildung der VHS nutzen, deutlich über dem der Männer. Zwar stieg das Interesse an den Kursangeboten bei Frauen und Männern insgesamt an, die Nachfrage von Seiten der weiblichen Bevölkerung entwickelte sich aber deutlich positiver. In der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen liegt der Frauenanteil annähernd dreimal so hoch wie der der Männer.

Im Kontext des lebenslangen Lernens gewinnen die Angebote im Segment der allgemeinen Weiterbildung der VHS für breite Bevölkerungsschichten weiter an Bedeutung, wie an der steigenden Nachfrage abzulesen ist. Insbesondere der Anteil der Frauen in den Altersgruppen über 50 Jahre legt stark zu.

E1-4 Alphabetisierung und Grundbildung für Deutschsprachige

Eine umfassende ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe korrespondiert eng mit der Lese- und Schreibkompetenz, die auch als Literalität bezeichnet wird. Studien²⁶⁹ belegen, dass ein erheblicher Anteil auch der in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Bevölkerung gravierende Defizite im Bereich der Lese- und Schreibkompetenz aufweist. Dieses auch als funktionaler Analphabetismus bezeichnete Phänomen ist bereits seit den 1970er Jahren bekannt. Das Ausmaß seiner bildungs- und sozialpolitischen Relevanz ist aber erst in den letzten Jahren umfassend wissenschaftlich dokumentiert worden. Der Indikator beleuchtet die Frequentierung der Alphabetisierungskurse der Volkshochschule und verdeutlicht den auf der kommunalen Ebene bestehenden Bedarf an niedrigschwelligen (Weiter-) Bildungsangeboten für Erwachsene dieser Zielgruppe.

Lese- und Schreibkompetenzen stellen in modernen Industriegesellschaften eine Basisqualifikation dar, ohne die eine Bewältigung des Alltags oder eine gesellschaftliche Teilhabe nur sehr eingeschränkt möglich ist. 2011 legte die Level-One-Studie der Universität Hamburg Ergebnisse zu den Lese- und Schreibkompetenzen Erwachsener in Deutschland vor.²⁷⁰ Demnach sind 4,4 Prozent der Bevölkerung nicht in der Lage, ganze Sätze zu lesen. Weiteren 10 Prozent gelingt es nicht, längere Texte zu verstehen. Demzufolge sind ca. 14,5 Prozent oder 7,5 Millionen deutschsprachige Erwachsene in Deutschland (mehr oder weniger) von funktionalem Analphabetismus betroffen.²⁷¹

In 2012 nahmen in Bielefeld 250 Personen die Kursangebote zur Alphabetisierung wahr. Dies entspricht 0,07 Prozent der Bielefelder Einwohner. Legt man die durchschnittlichen Daten der Level-One-Studie zugrunde, sollte auch bei Abweichungen vom bundesweiten Mittelwert der Bedarf an Kursangeboten in Bielefeld deutlich höher sein. Darüber hinaus belegt die Studie, dass rund 20 Prozent der 18- bis 29-Jährigen von den Auswirkungen des funktionalen Analphabetismus betroffen sind.

269 Nickel (2014); Döbert und Hubertus (2000); Grotluschen und Riekman (2010).

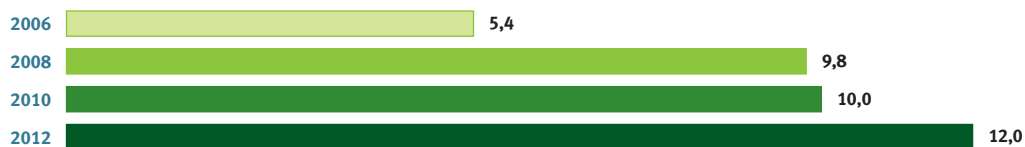
270 Vgl. Buddeberg et al. (2012); Grotluschen und Riekman (2010).

271 Weitere 13,3 Millionen Menschen (25,9 Prozent) haben größere Probleme beim Lesen und Rechtschreiben. Vgl. Nickel (2014).

Abb. 85

Teilnehmer an der Alphabetisierung für Deutschsprachige

je 10.000 Einwohner (18 bis 64 Jahre)



Quelle: Stadt Bielefeld, Volkshochschule 2014

Funktionaler Analphabetismus wird durch das Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren, die sich gegenseitig beeinflussen und negativ verstärken, begünstigt. Neben Schule, die offensichtlich immer noch in einem erheblichen Umfang Jugendliche mit unzureichenden Lese- und Schreibkompetenzen entlässt, hat die Bildungsnähe und die Literalität des Elternhauses, aber auch die soziale und die ökonomische Situation der Familie Einfluss auf die Entwicklung.²⁷²

Vor dem Hintergrund weiter steigender Anforderungen in der Arbeitswelt, aber auch im Hinblick auf die weiter abnehmende Zahl von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Personen, in denen funktionale Analphabeten in der Regel beschäftigt sind²⁷³, kommt dem Ausbau des Kursangebots und dem Erreichen der Zielgruppe eine hohe Bedeutung auf lokaler Ebene zu. Dies gilt auch mit Bezug auf die in dieser Gruppe häufig vorkommende Erwerbslosigkeit sowie damit verbundene Folgekosten. Darüber hinaus besteht die erhöhte Gefahr, dass sich der Analphabetismus der Eltern negativ auf die Bildungschancen der Kinder auswirkt.²⁷⁴

Die seit 2006 ansteigenden Teilnehmerzahlen in den VHS-Kursen der Grundbildung und Alphabetisierung²⁷⁵ machen deutlich, dass eine zunehmende Anzahl von Menschen die Notwendigkeit der Weiterbildung im Schrift-Sprachbereich erkannt hat.

²⁷² Vgl. Döbert und Hubertus (2000); Bulut (2008, S. 15ff.).

²⁷³ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 204).

²⁷⁴ Bulut (2008).

²⁷⁵ Von der UNESCO und anderen internationalen Organisationen wird Alphabetisierung als Bestandteil einer umfassenden Grundbildung verstanden. Wissenschaftlich ist das Verhältnis zwischen Grundbildung und Alphabetisierung aber nicht klar definiert. Siehe auch: Tröster (2005); Ambos und Horn (2013).

E2 Nutzung medialer Angebote kultureller Bildung

Mit diesem Indikator wird die Nutzung kommunal angebotener Medien zur kulturellen Bildung erfasst. In der Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur wird auch in der Zukunft eine wichtige Aufgabe der Kommune liegen. Öffentliche Bibliotheken dienen nicht nur der kulturellen Bildung der Bevölkerung. Durch die Kooperation mit Schulen unterstützen sie auch das eigenverantwortlich gesteuerte schulische Lernen.

E2-1 Aktive Nutzerinnen und Nutzer und Besucherinnen und Besucher der Stadtbibliothek

Bibliotheken bieten die Infrastruktur für die Nutzung und Aneignung kultureller Bildung. Sie sind darüber hinaus auch wichtiger Informationsdienstleister auf der kommunalen Ebene. Der Indikator „aktive Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek“ ermöglicht Aussagen über die Nachfrage öffentlicher Bibliotheken. Eine Differenzierung zwischen Besucherinnen und Besuchern einerseits sowie aktiven Ausweisinhaberinnen und -inhabern andererseits verdeutlicht zudem, in welchem Umfang die Einrichtungen über Entleihvorgänge hinaus genutzt werden.

Im Jahr 2012 gab es in Deutschland 10.195 Bibliotheken, die 338.000 Veranstaltungen durchführten. 700.000 Besuche zählen die Bibliotheken im Bundesgebiet jeden Werktag. Öffentliche Bibliotheken sind ein Grundbaustein der kommunalen Bildungs- und Kulturinfrastruktur. Sie ermöglichen mit ihren Angeboten unabhängig vom sozialen oder materiellen Status einer Person einen wohnortnahen Zugang zu aktuellem Wissen in allen medialen Formaten sowie niedrigschwellige Teilhabemöglichkeiten. In der Kooperation mit Schulen und Kindertageseinrichtungen sind sie außerschulischer Lernort für formales und non-formales Lernen. Bibliotheken leisten somit einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungs- und Chancengleichheit in der Gesellschaft und haben einen zentralen Platz im lebenslangen Lernen.²⁷⁶

Bielefeld verfügt über einen zentralen Bibliotheksstandort in der Innenstadt und acht weitere Außenstellen in den Stadtbezirken. Im Jahr 2011 bezog die Stadtbibliothek ein neues Gebäude. Damit verbunden war eine zweimonatige Phase, in der das Hauptgebäude geschlossen war und nur die Angebote der Außenstellen genutzt werden konnten. Vor diesem Hintergrund sind die zugrunde gelegten Daten nur eingeschränkt aussagefähig. Gleichwohl kamen rund 30.000 Besucherinnen und Besucher monatlich in den neuen Standort und damit rund 10 Prozent mehr als vorher.

Im Jahr 2012 ist ein steigendes Interesse an den Angeboten der Stadtbibliothek zu beobachten. Im Vergleich zu 2010 erhöhte sich die Zahl der ausgegebenen Nuterausweise um 2,4 Prozentpunkte auf 25.395. Mehr als die Hälfte (51,4 Prozent) der aktiven Nutzerinnen und Nutzer waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre. Im Vergleich zu 2010 eine Steigerung um 2,1 Prozentpunkte.

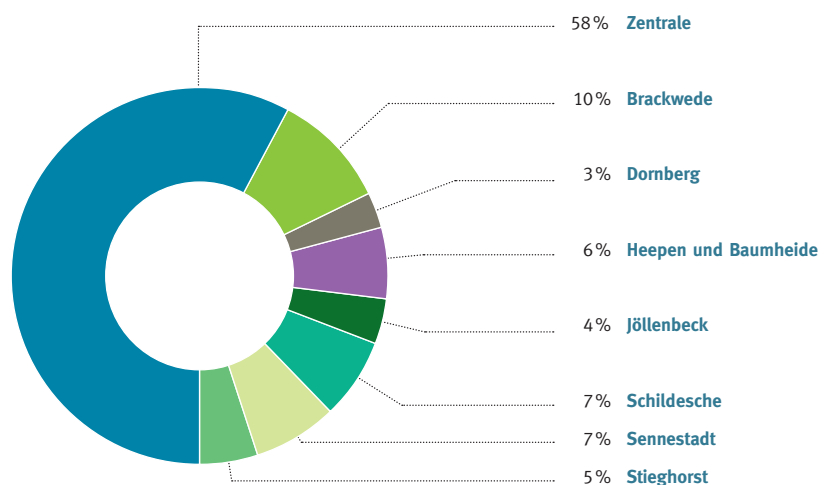
Unterschiedliche Veranstaltungen zur Leseförderung für Kinder und Jugendliche gehören seit Jahren zu den festen Angeboten der Stadtbibliothek. Zwischen 2010 und 2012 stieg die Anzahl der Veranstaltungen von 340 auf 541. Die Teilnehmerzahlen legten um annähernd 50 Prozent auf 11.155 Kinder und Jugendliche zu.



²⁷⁶ Deutscher Bibliotheksverband (12.08.2014a), Deutscher Bibliotheksverband (12.08.2014b).

Abb. 87

Verteilung der aktiven Nutzer der Stadtbibliothek 2012



Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek 2013

Aus der voranstehenden Grafik wird deutlich, dass trotz des erweiterten Angebotes in der zentralen Stadtbibliothek weiterhin 42 Prozent der rund 25.400 aktiven Nutzerinnen und Nutzer im Jahr 2012 eine der Außenstellen genutzt haben. Dies verdeutlicht noch einmal die lokale Bedeutung dezentraler Bibliotheksstandorte.

Abb. 88

Anzahl der Besucher der Stadtbibliothek

je 1.000 Einwohner



Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek 2013

Die Besucherquote liefert, im Gegensatz zur Nutzerquote, einen Überblick über die Gesamtzahl der Personen, die die Bibliotheksgebäude aufsuchen und unabhängig von der Ausleihe auch andere Dienstleistungen, wie zum Beispiel Internetrecherche, Zeitungsservice oder Veranstaltungen besuchen.

Für die Jahre 2011 und 2012 weist die Stadtbibliothek einen Rückgang der Besucherzahlen aus. Zwischen 2010 und 2012 verringerten sich die Bibliotheksbesuche um rund 8 Prozent (oder 51.681 Personen). Die Besucherquote verringerte sich für das Jahr 2012 auf 1.813 Besuche je 1000 Einwohner. Rechnerisch besuchte damit weiter jede Bielefelderin bzw. jeder Bielefelder rund zweimal im Jahr die Stadtbibliothek.

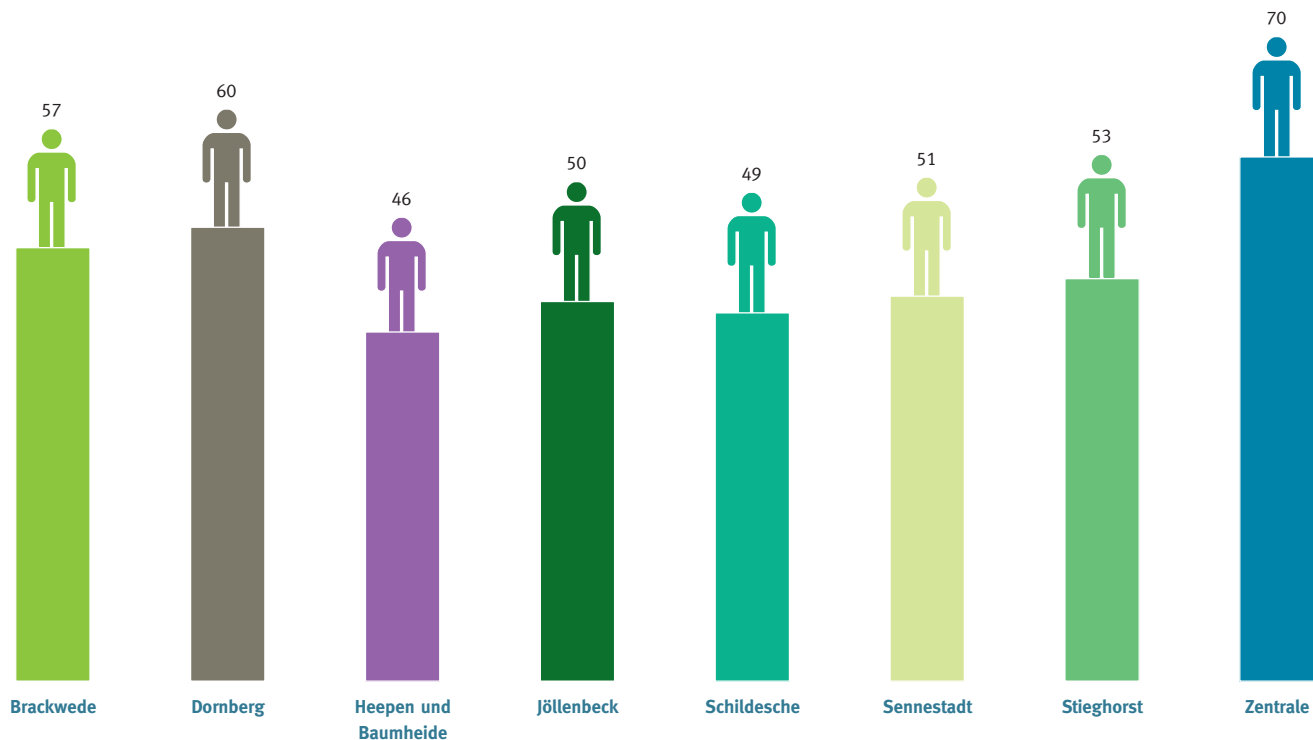


Abb. 90

Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek 2013

129

Abb. 91 Ausleihen pro aktivem Bibliotheksnutzer im jeweiligen Stadtbezirk



Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek 2013

Die Anzahl der entliehenen „eBib-Medien“ stieg in den zurückliegenden Jahren hingegen deutlich an. Während in 2010 noch 1.456 Bücher in elektronischer Form entliehen wurden, waren es 2012 bereits 15.672.

Aus den vorhergehenden Abschnitten wird deutlich, dass die Stadtbibliothek einen hohen und weiter ansteigenden Stellenwert bei der Bevölkerung einnimmt. Auch nach dem Umzug und der Erweiterung der zentralen Leihstelle weisen die Außenstellen in den einzelnen Stadtbezirken weiterhin hohe Nutzerzahlen auf. Bei den aktiven Nutzern gehört jeder zweite zur Gruppe der Kinder und Jugendlichen, was noch einmal verdeutlicht, welchen Stellenwert die Möglichkeit zur Medienentleihe in dieser Altersgruppe darstellt. Der Bereich der digitalen Medien hat in der Vergangenheit immer stärker an Bedeutung gewonnen. Das Ausleihvolumen dieses spezifischen Angebots wird sich in den kommenden Jahren vermutlich weiter erhöhen, sofern die Attraktivität der vorgehaltenen Medien erhalten bleibt.

E3 Gesundheitsprävention, Selbsterfahrung in Sport und Spiel

Der Deutsche Städtetag hat für die Kommunen mit Blick auf Kinder und Jugendliche das Thema Sport, Spiel und Gesundheit zum bildungspolitischen Handlungsfeld erklärt. Dies gilt im gleichen Maße auch für Erwachsene. Dabei bieten Orte für sportliche und spielerische Aktivitäten Möglichkeiten zur Selbsterfahrung und für individuelle Lern- und Entwicklungsprozesse.

E3-1 Versorgung mit Spielplatzfläche je Kind

Der Indikator bildet je Grundschuleinzugsgebiet den Versorgungsgrad mit Spielplatzfläche je Kind ab²⁷⁷. Damit zeigt er, in welchem Umfang die Kommune in diesem Kontext Raum für informelle Lern- und Entwicklungsprozesse für junge Menschen zur Verfügung stellt und welche Chancen Kinder haben, daran zu partizipieren.

Erträge informeller Lern- und Entwicklungsprozesse sind, anders als im Bereich formaler oder in Teilen non-formaler Bildung, nicht oder kaum messbar.²⁷⁸ Denn informelles Lernen findet im „täglichen Leben“ statt und ist im Hinblick auf Lernziele nicht organisiert und strukturiert. Schätzungen gehen davon aus, dass 60 bis 70 Prozent aller Lernprozesse im Alltag, d.h. im Kontext von Arbeit, Familie und Freizeit geschehen. Die Förderung informellen Lernens korrespondiert eng mit der Schaffung und Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen für informelle Lern- und Entwicklungsprozesse, aber auch mit einer geeigneten Unterstützung, damit eine lernfördernde Umgebung und deren Angebote auch genutzt werden.²⁷⁹

Eine analytische Betrachtung kommunaler Spielflächen im Kontext des informellen Lernens zielt nicht darauf ab, die Bereiche Spiel, Freizeit und Erholung primär unter dem Label „Lernen“ zu subsumieren. Spielen kann und sollte auch zweckfrei sein. Allerdings muss gewährleistet sein, dass die spezifischen Zielgruppen paritätisch auf die Ressource Spielfläche zugreifen können, so dass alle Bielefelder Kinder und Jugendlichen gleichermaßen von den Gelegenheiten und Angeboten in ihrem Lebensumfeld profitieren können.

Anhand einer Spielplatzflächenbedarfsermittlung²⁸⁰ kann quantitativ gezeigt werden, in welchem Umfang die Zielgruppe mit von der Kommune zur Verfügung gestellten (Spiel-)Flächen in ihren Lebensräumen versorgt ist. Mit Blick auf die Ausstattung je Grundschuleinzugsbereich zeigen sich deutliche Unterschiede in der Versorgungslage.

²⁷⁷ Bezogen auf alle Kinder und Jugendlichen im Alter bis 18 Jahre.

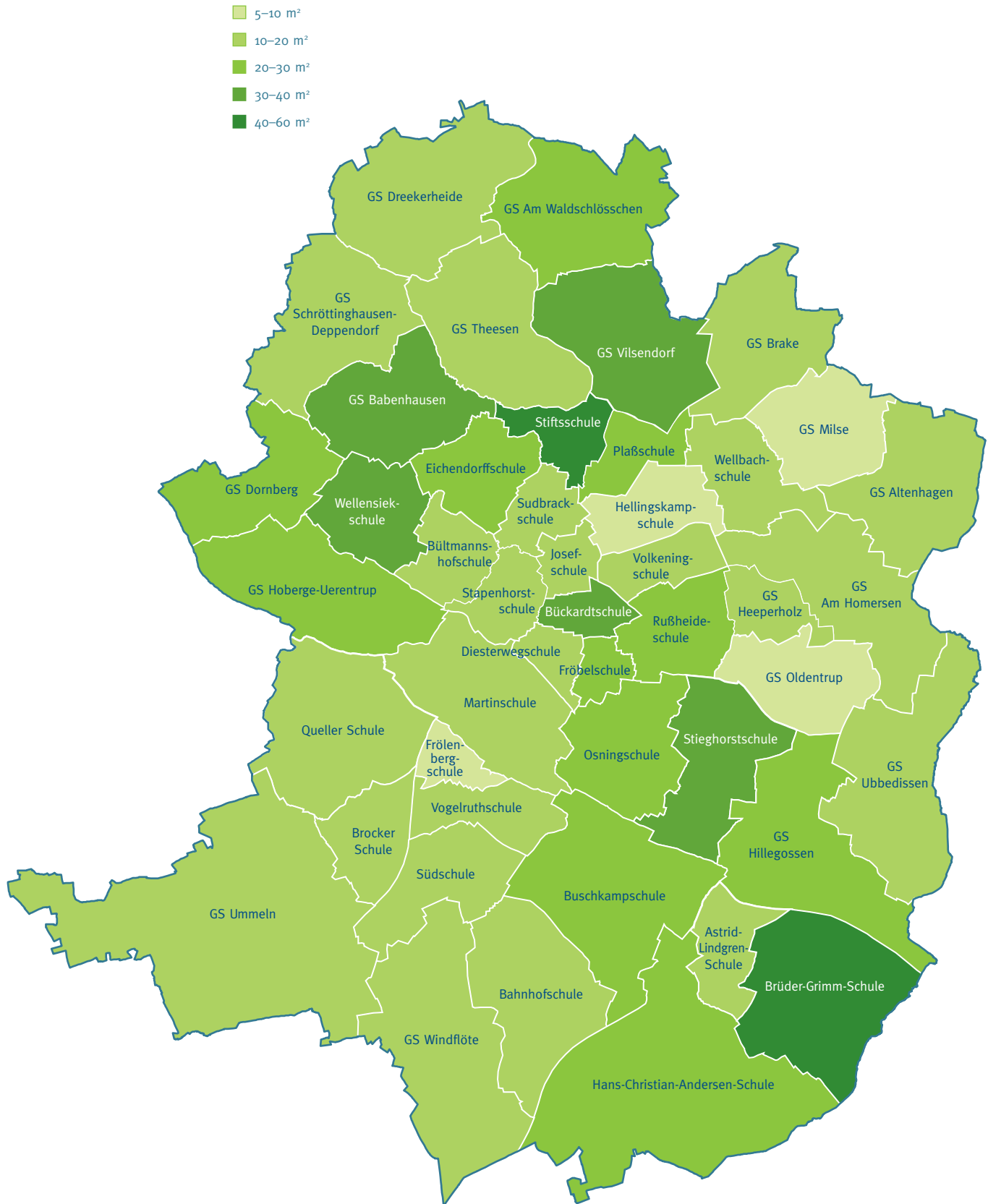
²⁷⁸ Der Rat der Europäischen Union arbeitet aber an einem Instrumentarium zur Validierung von Lernergebnissen aus dem non-formalen und informellen Bereich 2012.

²⁷⁹ Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) (08.07.2014).

²⁸⁰ Umweltamt der Stadt Bielefeld. Berechnungsgrundlage: Einwohnerdaten in Relation zur Bebauungsdichte auf der Basis von Daten aus dem Jahr 2008.

Versorgung mit Spielfläche

je Kind im Alter von 0 bis 18 Jahren, auf Basis der Grundschuleinzugsbezirke



Quelle: Stadt Bielefeld, Umweltamt 2013; Kartographie: Amt für Geoinformation und Kataster

Kinder und Jugendliche sind in der Regel in ihrer Mobilität eingeschränkt, d.h. sie benötigen eine Angebotsstruktur, die mit geringem Aufwand erreichbar ist. Dies kommt umso mehr zum Tragen, je geringer das Grundschuleinzugsgebiet (Wohngebiet) mit für die Altersgruppe geeigneten Alternativflächen, wie zum Beispiel Grünanlagen ausgestattet ist und je geringer die zeitlichen und materiellen Ressourcen der Eltern sind, um solche Defizite zu kompensieren. Es kommt in Teilen zu Übereinstimmungen zwischen geringer Spielplatzfläche und über dem Durchschnitt liegender bildungsrelevanter sozialer Belastung.

Eine ausgewogene Verteilung von (Spiel-) Flächen für informelle Lern- und Entwicklungsprozesse über das gesamte Stadtgebiet stellt aus bildungspolitischer Sicht eine Voraussetzung dar, damit alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen in diesen – eher unstrukturierten – Lernfeldern Erfahrungen sammeln können.

E3-2 Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen

Im Mittelpunkt des Indikators stehen physische Entwicklung, Selbsterfahrung, Stressabbau, Kommunikation, soziales Lernen, aber auch gesundheitliche Prävention und gesellschaftliche Integration. Die vorliegenden Daten veranschaulichen die Beteiligung der Bevölkerung an den Angeboten der Bielefelder Sportvereine.²⁸¹

Sport erfüllt in der Gesellschaft vielschichtige Funktionen. Neben der positiven gesundheitlichen Wirkung leistet Sport einen Beitrag zur Identifikation, zur Integration aber auch zum sozialen Lernen, zur Selbstfindung und zur Selbstverwirklichung.²⁸² Sportvereine können somit als Bildungs- und Lernorte charakterisiert werden, die Gelegenheitsstrukturen für die Ausbildung und Förderung unterschiedlicher Kompetenzen darstellen. Im Kontext des lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens kommt dem aktiven (Vereins-) Sport eine wachsende Bedeutung zu, die mit Blick auf den demographischen Wandel und eine möglichst lange gesellschaftliche Teilhabe noch unterstrichen wird.

Im Mai 2013 waren in Bielefeld 217 Sportvereine mit annähernd 86.000 Mitgliedern aktiv. Rund ein Viertel der Bielefelder Bevölkerung ist damit in Sportvereinen organisiert. Dieser Anteil ist seit einigen Jahren leicht rückläufig. Parallel zu den im Vereinssport Aktiven, praktiziert ein erheblicher Anteil von Menschen Sport im privaten Kontext, ohne dass dazu valide Daten für die Stadt vorliegen.²⁸³

²⁸¹ Stadtsportbund Bielefeld (2011, S. 7ff.).

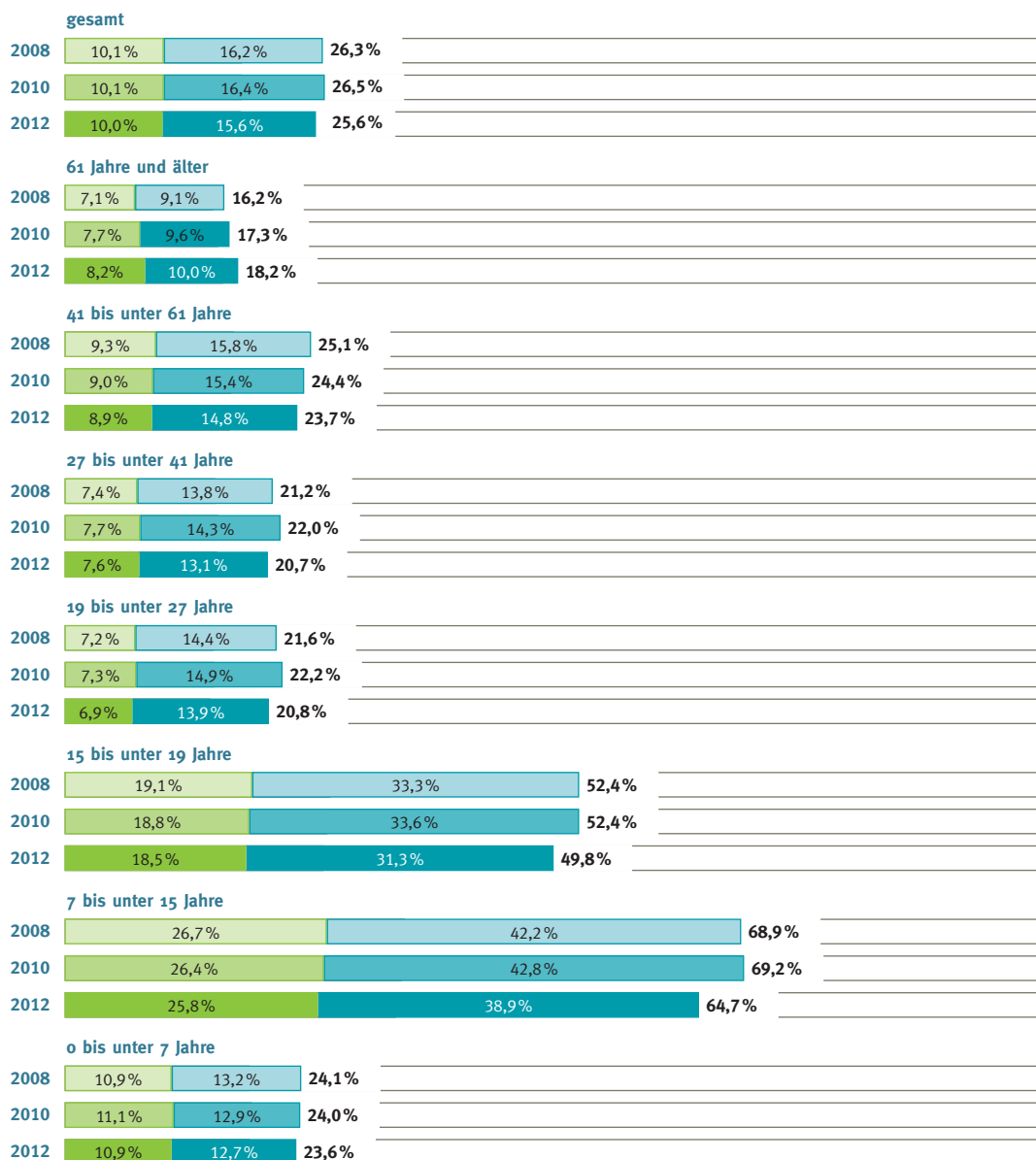
²⁸² Sport erfüllt noch weitere wichtige gesellschaftliche Funktionen. Siehe dazu auch beim Landessportbund unter LSB NRW (2014).

²⁸³ Dargestellt wird die Mitgliedschaft in Sportvereinen, ohne dass Aussagen zur aktiven Sportbeteiligung gemacht werden können.

Abb. 93

Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen

nach Geschlecht und Altersstufen

 weiblich männlich


Quelle: Stadt Bielefeld, Sportamt 2013

Zwischen den Jahren 2008 und 2012 sank die Beteiligung in Sportvereinen von 26,3 Prozent auf 25,6 Prozent ab. Besonders die Altersgruppen der 7- bis 14-Jährigen und der 15- bis 18-Jährigen ist von diesen Rückgängen betroffen. Gleichwohl sind rund 65 Prozent der 7- bis 14-Jährigen im Vereinssport organisiert. Während der Anteil der bis 6-Jährigen, die in Sportvereinen aktiv sind, konstant verläuft, verzeichnet die Gruppe der Älteren, der über 61-Jährigen, leicht steigende Teilnehmerzahlen. Der Anteil der männlichen Bevölkerung, der in den Sportvereinen organisiert ist, fällt deutlich höher aus als der Anteil der Frauen. Allerdings stieg der Frauenanteil seit 2008, während der Anteil der Männer gefallen ist.

Sportvereine treten als Kooperationspartner in der frühkindlichen Bildung auf. Beispiele für eine Zusammenarbeit sind die seit 2007 bestehenden Kooperationen zwischen der Sportjugend und Bielefelder Kindertageseinrichtungen und Familienzentren. Zwischen 2007 und 2012 entstanden 53 Kooperationen²⁸⁴ (23 Kindertageseinrichtungen und 30 Familienzentren) mit 34 Sportvereinen. Unter dem Label „Kinder in Bewegung – Bewegungsförderung“ wurde ein umfangreiches Sport- und Weiterbildungsangebot in den Einrichtungen durchgeführt.

Das leicht abnehmende Interesse an Formen des organisierten Sports in Vereinen ist vermutlich auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen. Der Blick auf die Altersgruppen, die diese Form der Angebote immer weniger nutzen, kann auf einen Zusammenhang mit der Einführung und dem Ausbau des schulischen Ganztags hindeuten. Die Sportvereine treten andererseits bereits vermehrt im Kontext von Pisa und der damit verbundenen Bildungsdiskussion als Kooperationspartner von Bildungsinstitutionen und als selbstständiger Anbieter non-formeller Bildung auf und kompensieren dadurch einen Anteil der Abwanderung. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen und kann in den kommenden Jahren an Dynamik gewinnen. Mit dem weiteren Ausbau des Ganztags werden sich bestehende Kooperationsmodelle zwischen Anbietern formaler und non-formeller Bildung weiter entwickeln müssen.

Im Gegensatz zu den jugendlichen Mitgliedern in Sportvereinen führt die demographische Entwicklung zu einem quantitativen Anstieg der Mitglieder in den höheren Altersgruppen, von denen dann vermutlich auch ein höherer Anteil sportlich aktiv bleibt. Dies deutet auf ein zunehmendes Gesundheitsbewusstsein älterer Menschen hin.

E3-2-1 Anteil der am Angebot „Sports4Kids“ partizipierenden Kinder

Über die Darstellung des Projekts „Sports4Kids“ wird das zusätzliche kommunale Engagement abgebildet, allen vierjährigen Bielefelder Kindern, unabhängig von der ökonomischen Situation der Familie, für ein Jahr die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu ermöglichen, um damit gesundheitliche und soziale Kompetenzen zu fördern.

Für die Entwicklung von Kindern – insbesondere im Vorschulbereich – besitzen Bewegung und Sport einen zentralen Stellenwert. Die Förderung der motorischen Fähigkeiten wirkt nicht nur positiv auf die körperliche Gesundheit, sondern korrespondiert eng mit der sensorischen, kognitiven, emotionalen und sozialen Persönlichkeitsentwicklung von Kindern. Bedingt durch u. a. Technisierung und Medienkonsum, haben sich die Lebenswelten von Kindern in den letzten Jahren deutlich verändert. Die Auswirkungen dieser Veränderung lassen sich auch an der verringerten allgemeinen körperlichen Leistungsfähigkeit von Kindern ablesen.²⁸⁵

Seit September 2011 wird das Projekt „Sports4Kids“ in Bielefeld realisiert²⁸⁶. Neben der frühen Förderung der motorischen Fähigkeiten und den damit einhergehenden positiven Begleiterscheinungen, soll das Angebot auch einen Beitrag zur Integration leisten. Da ca. 97 Prozent der 4-jährigen Kinder in Bielefeld eine Kindertageseinrichtung besuchen²⁸⁷ und somit die Zielgruppe besonders gut zu erreichen ist, informieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten die Eltern über das Angebot und händigen einen Gutschein zur Einlösung bei einem Sportverein aus. Der Gutschein kann sowohl für eine neue, als auch für eine bereits bestehende Mitgliedschaft in einem Sportverein genutzt werden. Im Frühjahr 2013 waren bereits 58 Sportvereine in das Projekt eingebunden.

²⁸⁴ Ende 2012 bestanden 32 aktive Kooperationen.

²⁸⁵ Haug (2011).

²⁸⁶ Das Angebot ist bis zum 31.12.2017 verlängert worden und wird weiterhin von der Universität evaluiert.

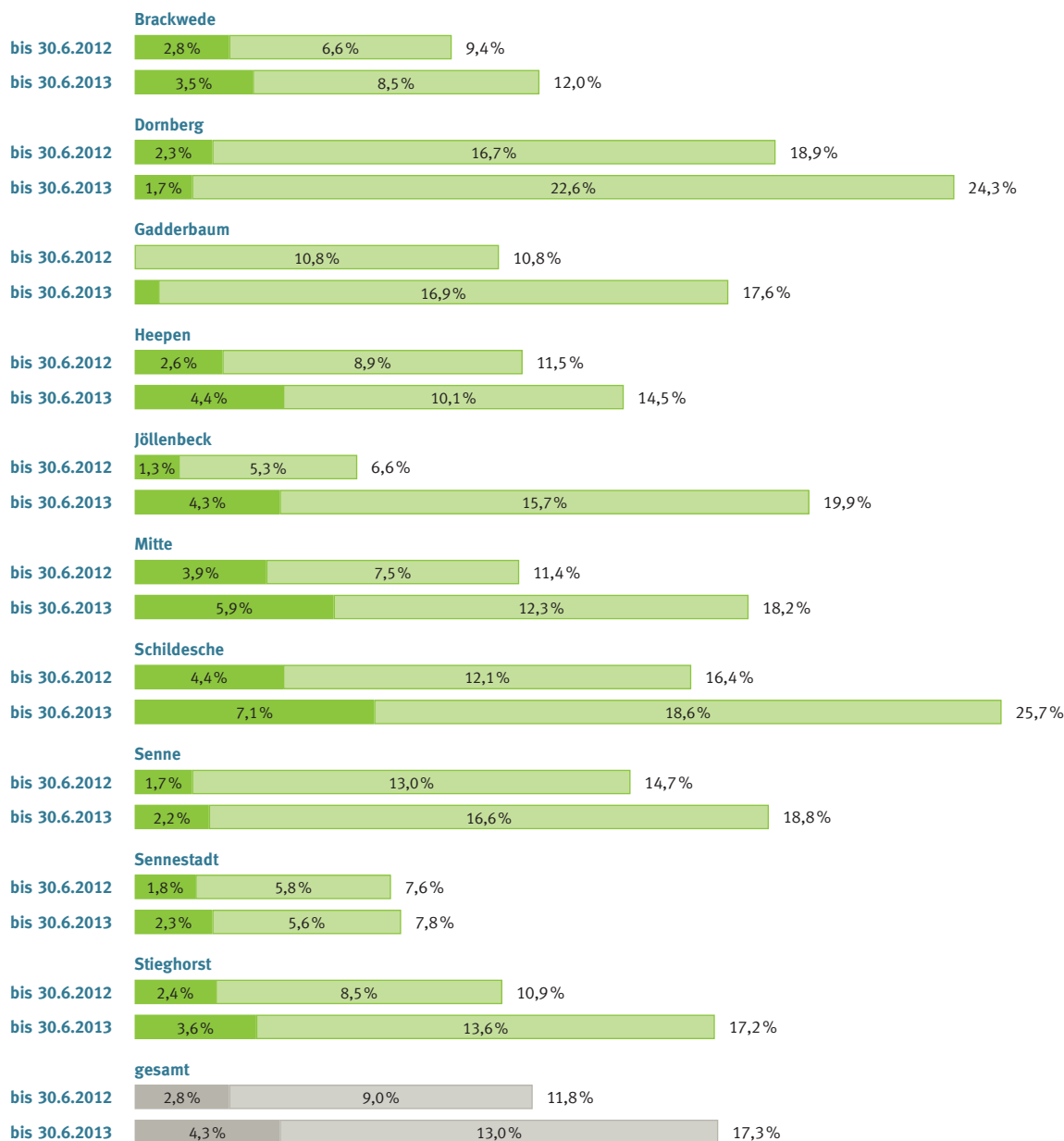
²⁸⁷ Ein Jahrgang entspricht ca. 3.000 Kinder.

Abb. 94

Beteiligungsquote am Projekt „Sports4kids“ in den Projektphasen 1 und 2

differenziert nach Migrationshintergrund

■ mit Migrationshintergrund ■ ohne Migrationshintergrund



Quelle: Universität Bielefeld 2013

In der ersten Projektphase mit einer Laufzeit von zehn Monaten wurde ca. jedes zehnte 4-jährige Kind erreicht. In der zweiten Phase mit einer Laufzeit von zwölf Monaten nahmen bereits über 17 Prozent der 4-jährigen Kinder am Angebot teil. Die Zahlen verdeutlichen zwei Besonderheiten. Zum einen unterscheidet sich der Nutzungsgrad von Stadtbezirk zu Stadtbezirk deutlich. Zum Beispiel erreicht Sennestadt eine Beteiligungsquote von 7,8 Prozent und im Gegensatz dazu Schildesche eine Quote von 25,7 Prozent.

Zum anderen bestehen deutliche Unterschiede zwischen der Beteiligungsquote von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Von den 17,3 Prozent der teilnehmenden 4-jährigen hatten lediglich rund 25 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund, obwohl die Migrationsquote in dieser Altersgruppe in Bielefeld bei über 50 Prozent liegt (vgl. Kap. A 1-3).

Von den an dem Projekt teilnehmenden Kindern nutzten rund 50 Prozent den Gutschein für eine neue Vereinsmitgliedschaft. Die anderen ca. 470 Kinder waren bereits Mitglied in einem Sportverein.

Betrachtet man den Stand des Projektes Mitte 2013, also nach der ersten vollständig verlaufenen Projektphase, wird bereits deutlich, dass das Angebot auf ein ausgeprägtes Interesse bei den Eltern und den Kindern stößt. Rund die Hälfte der 4-jährigen Kinder war im Vorfeld noch nicht in einem Sportverein organisiert. Insofern zeigt das Projekt, dass ein Förderangebot viele Eltern motiviert, ihre Kinder in einem Sportverein anzumelden. Insgesamt lässt sich schon jetzt sagen, dass eine frühkindliche Sportförderung positiv zu bewerten ist. Deutlich wird aber auch, dass die positiven (Integrations-)Effekte der Sportförderung noch verstärkt werden können, wenn mehr Kinder mit Migrationshintergrund für dieses Programm gewonnen werden können. Aktuell ist diese Gruppe noch deutlich unterrepräsentiert. Eine abschließende Einschätzung wird sich erst nach der Evaluation des Gesamtprojektes treffen lassen.

E 3-3 Nutzung von Angeboten der Weiterbildung im Gesundheitsbereich der VHS

Neben Bildung stellt Gesundheit eine der zentralen Voraussetzungen für die Lebensqualität einer Gesellschaft dar. Der Weiterbildung im Gesundheitsbereich kommt mit Blick auf den demographischen Wandel und einer weiter zunehmenden Verantwortung für die individuelle Gesundheit eine steigende Bedeutung zu. Die Versorgung der Bevölkerung mit Infrastruktur, die lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen im Gesundheitsbereich ermöglicht und damit Rahmenbedingungen für die Förderung der Gesundheitskompetenz schafft, ist zentrale Aufgabe der Angebote des Gesundheitsbereichs der Volkshochschule.

Das Programmangebot der Volkshochschule im Gesundheitsbereich ist thematisch breit aufgestellt und primär präventiv auf die Förderung der Gesundheitskompetenz ausgerichtet. Ernährung, Rückenurse, Fitnesstraining und Entspannung sind die zentralen Themenbereiche. Damit besteht ein ergänzendes Angebot zu stärker leistungsorientierten Kursen oder reinen Fun-Sport-Angeboten. Mit den dezentral auf die Stadtbezirke ausgerichteten Angeboten sind die Zugänge zu den Kursen niedrigschwellig gestaltet und damit auf die Nutzung breiter Bevölkerungsgruppen ausgerichtet. Trends im Gesundheitsbereich realisiert die VHS durch umfangreiche Kooperationen mit lokalen Anbietern.

Die positive Nachfrageentwicklung im Gesundheitsbereich der VHS spiegelt den allgemeinen gesellschaftlichen Trend zu einem höheren Gesundheitsbewusstsein, bzw. stärkerem Bedarf an Gesundheitsprävention in der Bevölkerung wider. In diesem Angebotssegment wurden 2012 rund 400 Kurse²⁸⁸ angeboten, mit denen annähernd 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht wurden. Die Altersgruppe der 50- bis 64-jährigen frequentiert die Angebote dabei in einem besonderen Maße.

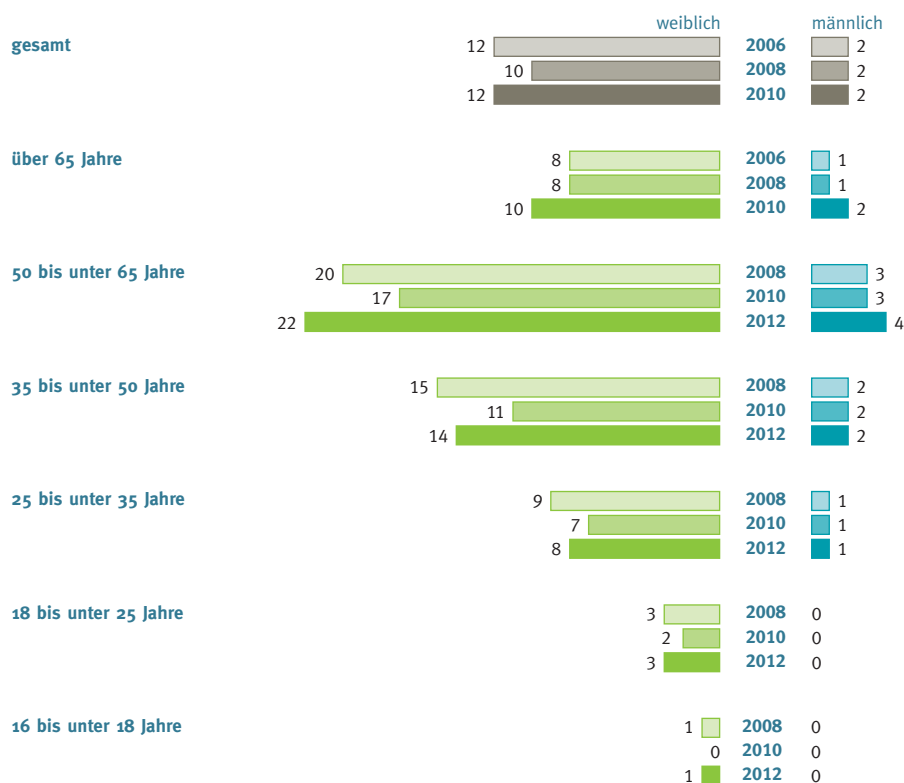
Die nachfolgende Grafik gibt einen Überblick über die Entwicklung nach Alter und Geschlecht. Über alle Altersgruppen hinweg betrug der Frauenanteil an den Kursen über 80 Prozent.

²⁸⁸ Das entspricht 6.153 Kursstunden.

Abb. 95

Kursbelegung im Bereich Gesundheit der VHS

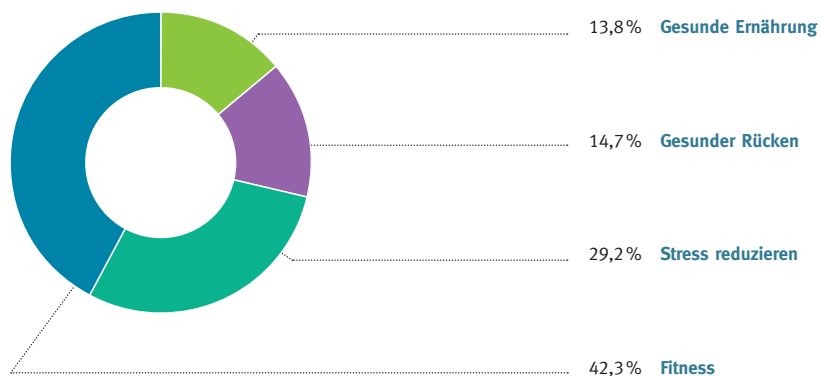
nach Geschlecht und Altersstufen je 1.000 Einwohner



Quelle: Stadt Bielefeld, Volkshochschule 2011

Innerhalb des VHS-Gesundheitskurssystems ist der Anteil der Kurse im Fitnessbereich mit 42 Prozent besonders hoch frequentiert.

Abb. 96

Verteilung realisierter Kurse im Angebotsbereich Gesundheit nach Themenfeldern

Quelle: VHS Bielefeld 2014

Die Teilnahme an lebenslanger Weiterbildung gewinnt für alle Bevölkerungsgruppen zunehmend an Relevanz. Der individuellen Gesundheit und der Gesundheitskompetenz kommt – vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – eine zentrale Bedeutung zu. Denn Autonomie und Selbstwirksamkeit korrespondieren im Alter besonders stark mit dem Erhalt gesundheitlicher Ressourcen.

E4 Studieren ab 50

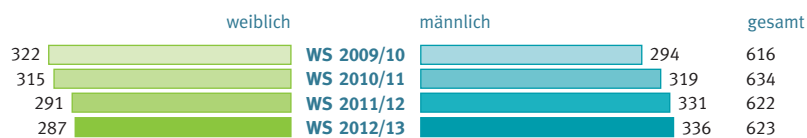
Seit den 1970er Jahren wandelt sich die Struktur der Bildungsbeteiligung in den Industriestaaten, die besonders durch einen steigenden Anteil von Personen im mittleren und höheren Alter gekennzeichnet ist. Obwohl sich der Begriff des „lebenslangen Lernens“ in der Regel stärker auf die Berufsqualifizierung von Erwerbstätigen bezieht, kann man unabhängig davon auch ein Ansteigen der Bildungsnachfrage älterer Menschen erkennen.²⁸⁹ Um diesem Bedürfnis nachzukommen, bietet die Universität Bielefeld seit 25 Jahren das allgemeine Weiterbildungsprogramm **STUDIERN AB 50** an. Es richtet sich an Erwachsene im mittleren und höheren Lebensalter der Region. Es beinhaltet die Möglichkeit, an der Universität Veranstaltungen an nahezu allen Fakultäten zu besuchen.

Zahlreiche Forschungsergebnisse belegen die Möglichkeiten und die Bedeutung des lebenslangen Lernens für ein produktives Altern.²⁹⁰ Dabei werden Effekte auf die Lebenszufriedenheit, das Selbstvertrauen, auf die Fähigkeit, Belastungen zu bewältigen sowie auf die Beteiligung in kommunalen bzw. ehrenamtlichen Aktivitäten²⁹¹ belegt. Darüber hinaus spielt auch der Aspekt der Gesundheitsprävention durch Weiterbildung eine Rolle. In Studien konnte der Zusammenhang zwischen Bildung und geistiger Fitness belegt werden. Dabei wirkt lebenslanges Lernen dem Gehirnalten entgegen.²⁹²

Entsprechend dieser Erkenntnisse wird **STUDIERN AB 50** seit vielen Jahren erfolgreich angeboten. Das Weiterbildungsprogramm wurde in den vergangenen Jahren mit gleichbleibend hohen Teilnehmerzahlen wahrgenommen. Im Erhebungszeitraum vom Wintersemester 2009 bis zum Wintersemester 2012 waren pro Semester zwischen 616 und 634 Studierende eingeschrieben. Die Teilnehmenden waren zwischen 50 und 86 Jahre alt. Das Durchschnittsalter lag bei 67 Jahren.

Anzahl der Studierenden ab 50 Jahre

Abb. 97



Quelle: Universität Bielefeld 2013

Der Anteil der Frauen lag mit rund 43 Prozent unter dem Männeranteil von 57 Prozent.²⁹³ Bei einem Großteil der Studierenden ist das Motiv zur Teilnahme an der Weiterbildung der Wunsch nach einer Verbesserung der Allgemeinbildung (91,6 Prozent) und das Interesse an einem speziellen Themenbereich (97 Prozent). Eine berufliche Qualifikation ist nur für 8,4 Prozent der Teilnehmenden das leitende Motiv.²⁹⁴

Da die Studierenden keiner Prüfungs- oder Studienordnung unterliegen und aus allen Bereichen des universitären Angebots auswählen dürfen, ist eine genaue Ausdifferenzierung des von den Studierenden genannten Interesses an „speziellen Themenbereichen“ schwierig. Nur durch das selbsteingeschätzte Interesse an den Veranstaltungen der einzelnen Fachbereiche lassen sich Rückschlüsse auf das Studienprofil der Studierenden ab 50 Jahren ziehen.

²⁸⁹ Kolland (2005, S. 1).

²⁹⁰ Withnall (2005); Purdie und Boulton-Lewis (2003).

²⁹¹ Vgl. Dench et al. (2000).

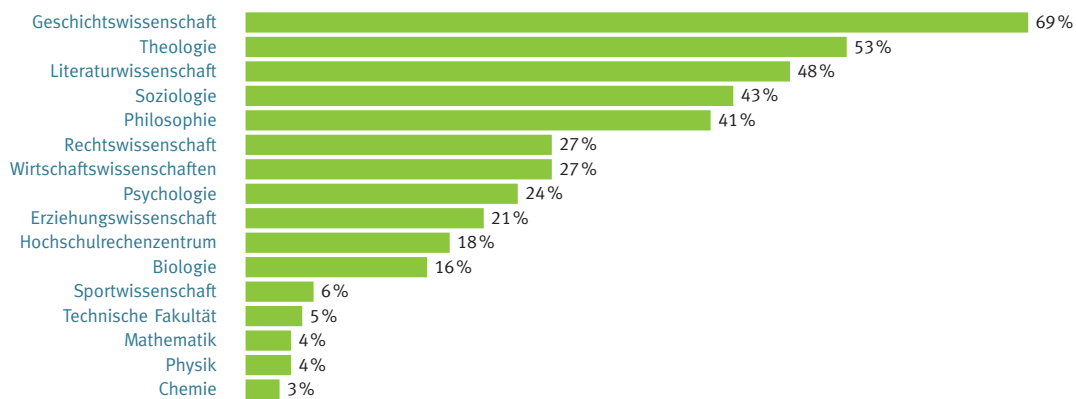
²⁹² Vgl. Lehr (1996).

²⁹³ Vgl. Walber et al. (2013) (unveröffentlicht).

²⁹⁴ Vgl. Walber et al. (2013) (unveröffentlicht).

Abb. 98

Veranstaltungsinteressen der Studierenden ab 50 Jahren nach Fachbereichen



Quelle: Universität Bielefeld 2013

In der Abbildung 98 wird deutlich, dass besonders die Geisteswissenschaften von Interesse für die Teilnehmenden des Weiterbildungsprogramms sind. Rund 69 Prozent aller Studierenden bekunden dabei Interesse an Veranstaltungen der Geschichtswissenschaft, gefolgt von 53 Prozent, die im Bereich der Theologie ihren Schwerpunkt sehen. Auf den am wenigsten nachgefragten Plätzen rangieren die Fächergruppen der MINT-Fächer, die nur zwischen drei und fünf Prozent nachgefragt werden.

F



Handlungsempfehlungen

Vorbemerkung

Die indikatorengestützte Analyse der Bielefelder Bildungslandschaft bildet die Grundlage für die nachfolgenden Handlungsempfehlungen. Diese fokussieren Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der Bildungsregion und rücken so Themen für viele kommunale Handlungsfelder auf die Agenda der Stadt Bielefeld. Die Handlungsempfehlungen, die den vier Lerndimensionen zugeordnet sind, schreiben Empfehlungen des ersten Lernreports fort und präzisieren diese, sie greifen zudem neue Aspekte auf.

Übergreifend lässt sich als wichtiger Befund konstatieren, dass die sozialen Disparitäten in der Stadtgesellschaft weiterhin stark ausgeprägt sind und auf die individuellen Bildungschancen durchschlagen. Dies legt nahe, vor allem in Sozialräumen mit hohen bildungsrelevanten sozialen Belastungen die Aktivitäten stärker zu bündeln, zu vernetzen und in Richtung eines quartiersbezogenen Bildungsmanagements zu entwickeln.

Die Stichworte „Ganztagsausbau“, „Heterogenität“ und „Inklusion“ benennen drei zentrale Entwicklungen, die den Handlungsrahmen von Schulen zunehmend bestimmen. Die Nachfrage nach Ganztagsplätzen steigt kontinuierlich. Die Zusammensetzung der Schülerschaft wird immer heterogener im Hinblick auf deren soziale Herkunft und Leistungsvoraussetzungen. Durch den Ausbau des gemeinsamen Lernens steigen die inklusionsbedingten Anforderungen in nahezu allen Schulen.

Die Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaft endet nicht an den Toren der Institutionen formaler Bildung, sondern umfasst im Sinne des vierdimensionalen Lernbegriffs ebenso non-formale und informelle Bildungsbereiche. Auch hierfür benennt der Lernreport Handlungsempfehlungen, um Bildungs- und Teilhabechancen für möglichst viele Menschen offen zu halten. Der Austausch, die Kooperation und die Vernetzung lokaler Akteure (z.B. aus Bildungs- und Kultureinrichtungen oder Sportvereinen) spielen bei der Umsetzung in diesen Feldern eine wichtige Rolle.

Es gilt, möglichst viele der vorliegenden Handlungsempfehlungen in konkrete Projekte und Vorhaben zu überführen. Damit werden Voraussetzungen geschaffen und ausgebaut, damit alle Bielefelderinnen und Bielefelder unabhängig von Herkunft, sozialem Status und Alter angemessen am lebenslangen Lernen teilhaben können. Ausmaß und Qualität dieser Bildungsbeteiligung entscheiden über Lebenschancen der einzelnen Menschen, aber auch über die Zukunftsfähigkeit der Stadt als Ganzes.

Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens



Innerstädtische Segregation und soziale Disparitäten im Bildungskontext stärker berücksichtigen

Die innerstädtische Segregation führt dazu, dass der Anteil von Kindern bis einschließlich zehn Jahren mit Migrationshintergrund in einigen wohnortnahen Grundschuleinzugsbereichen bei über 70 Prozent liegt. Auch gibt es Grundschuleinzugsbereiche, in denen fast jedes zweite Kind von bildungsrelevanten sozialen Belastungen betroffen ist. Beide Indikatoren machen deutlich, dass sich in bestimmten Quartieren bereits ein erheblicher sozialer Strukturwandel vollzogen hat, der mit Blick auf eine chancengleiche Bildung von Kindern eine frühe, durchgängige und abgestimmte Unterstützung sinnvoll und notwendig erscheinen lässt. Den Bildungsinstitutionen alleine ist es häufig nicht möglich, die problematischen Rahmenbedingungen der Kinder zu kompensieren. Die Stadt sollte daher Hilfen ganzheitlich organisieren, koordinieren, qualitativ weiterentwickeln und alle Akteure aus den Bereichen Jugendhilfeplanung, Bildungsplanung, Stadtentwicklungsplanung und Gesundheitswesen vernetzen. Ressourcen sind zu bündeln und entsprechend der Unterschiedlichkeit der Sozialräume differenziert einzusetzen.

Nachholende Bildungsabschlüsse ermöglichen

Die Ergebnisse des Mikrozensus zum Bildungsniveau der Bevölkerung verdeutlichen mit Blick auf die weitere Abnahme von Arbeitsplätzen für geringqualifizierte Personen einen erheblichen Handlungsbedarf im Bereich der Erwachsenenbildung. Anhand weiterer Erhebungen und Analysen sollte geklärt werden, welche Personengruppen besonders betroffen sind und wie sie mit gezielten Bildungsangeboten erreicht werden können.



Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“

Frühe Förderung insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien ausbauen

Für 44 Prozent der unter 3-Jährigen steht aktuell ein Angebot in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege zur Verfügung. Studien zeigen, dass insbesondere sozial und materiell benachteiligte Familien die Angebote der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung erst spät wahrnehmen. Für die Kommune zahlt sich eine frühe Förderung benachteiligter Kinder aus.²⁹⁵ Aspekte der Förderung, der personellen Ausstattung der Einrichtungen und der pädagogischen Qualität sowie die Übergänge in die Grundschulen könnten mit Blick auf Chancengerechtigkeit stärker in den Fokus genommen werden.

Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen professionalisieren, ausbauen und evaluieren

Der sichere Umgang mit Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für den Bildungserfolg. Sprachstandserhebung und Sprachbildung in den Kindertageseinrichtungen sollten deshalb, basierend auf einheitlichen verbindlichen Standards und Qualitätskriterien, ausgebaut und evaluiert werden. Eine Intensivierung der Weiterbildung der Erzieherinnen im Bereich der Sprachförderung wird angeregt, um die Interaktion zwischen den Fachkräften und den Kindern zu verbessern. Dies kann weitere Voraussetzungen für einen gelingenden Übergang in die Grundschule schaffen.

Weiterer Ausbau des Ganztagsangebots im Primar- und Sekundarbereich

Der Ausbau des Ganztags ist in den letzten Jahren weiter vorangeschritten. Eine stärkere Orientierung zu gebundenen Ganztagsangeboten sowie ein stadtweit gültiges Qualitätskonzept mit Mindestanforderungen kann mehr Raum für individuelle Förderung schaffen und so zur Chancengerechtigkeit beitragen. Insbesondere die wohnortnahen Schuleinzugsbereiche mit hohen sozialen Belastungen sollten in den Blick genommen werden. Die Schaffung von Rahmenbedingungen, die den Ausbau des gebundenen Ganztags im Primarbereich ermöglichen, sollte ein weiteres politisches Ziel sein.

Übergangsempfehlungen standardisieren

Die stark nach Sozialraum divergierenden Übergangsempfehlungen der Grund- zu den weiterführenden Schulen lassen es sinnvoll erscheinen, den fachlichen Diskurs zwischen den beteiligten Schulen bezüglich einheitlicher Übergangstandards zu fördern. Der in Bielefeld von einigen der Grund- und weiterführenden Schulen entwickelte Kompetenzbeurteilungsbogen, der ergänzend zu den Zeugnisnoten die individuelle Kompetenzentwicklung im Zeitverlauf dokumentiert, kann sich als ein zielführendes Instrument zur Verringerung sozialer Bildungsbenachteiligung im Kontext des Übergangs erweisen.

²⁹⁵ Vgl. Charles A. Nelson u. a. 2007:1937ff

Auf strukturelle Veränderungen in der Schullandschaft frühzeitig reagieren

Hauptschulen werden in den nächsten Jahren aufgrund zurückgehender Schülerzahlen sukzessiv auslaufen. In der Folge müssen sich Realschulen und Gymnasien auf eine deutlich heterogenere Schülerschaft als bisher einstellen und schulintern neue Konzepte entwickeln. Der eingeleitete Prozess der Schulentwicklungsplanung sollte konsequent fortgesetzt werden.

Gemeinsames Lernen – Inklusion ausbauen

Die Anstrengungen im Bereich des gemeinsamen Lernens zeigen Wirkung. Die Quote der im gemeinsamen Lernen beschulten Kinder steigt kontinuierlich. Gleichwohl bedarf es umfassender weiterer Anstrengungen zur Umgestaltung des Schul- und Bildungssystems, damit deutlich mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf qualitativ hohem Niveau inklusiv beschult werden können.

Lerndimension „Lernen zu handeln“



Duale Ausbildung – Angebot und Nachfrage besser abstimmen

Eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre ist die Bewältigung des Spannungsverhältnisses zwischen der Besetzung von angebotenen Ausbildungsstellen und der immer noch großen Anzahl junger Menschen, denen der Einstieg in eine duale Ausbildung zunächst nicht gelingt. Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, Matchingprobleme, vorzeitige Vertragsauflösungen und der demographische Wandel sind weitere Bereiche, für die aktuelle Handlungsstrategien noch weiter zu entwickeln sind.

Berufliche Weiterbildung der VHS ausbauen

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung ist die VHS ein wichtiger kommunaler Akteur. In den kommenden Jahren ist es sinnvoll, das Angebot nochmals zu verstärken und weitere Kooperationen in neuen Feldern zu entwickeln. Zu prüfen ist, ob sich eine erhöhte Zielgruppenorientierung der VHS perspektivisch als positiv erweist.



Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“

Kommunale Plattform für lebenslanges Lernen entwickeln

Lebenslanges Lernen gewinnt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zunehmend an Relevanz. Für Ältere müssen zielgruppenspezifische Partizipationsmöglichkeiten auf der lokalen Ebene bereitgestellt und weiter entwickelt werden, um die Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Noch besteht keine umfassende, valide Datenbasis für das bereits bestehende vielfältige Angebot. In den kommenden Jahren sollte eine niedrigschwellige, lokale Plattform entwickelt werden, die einen Überblick und Zugang zu den Angeboten ermöglicht.

Bildungsprozesse in der offenen Kinder- und Jugendarbeit anschlussfähig machen

Zunehmend stehen außerschulische bzw. nonformale oder informelle Bildungsprozesse – insbesondere der bis 21-Jährigen – im Fokus der Öffentlichkeit, da ihnen ein hohes Potential für die individuelle Entwicklung zugeschrieben wird. Durch die zeitgleichen Angebote von Ganztagsbetreuung und Jugendhilfe kommt es jedoch oftmals zu zeitlichen Überschneidungen. Um die Vielfalt der Angebote für die Kinder und Jugendlichen zugänglich zu machen, ist es notwendig, die bereits beginnende Verzahnung der Angebote noch stärker voranzutreiben. Der Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Sozialräumen mit hohen bildungsrelevanten sozialen Belastungen sollte dabei besonders in den Blick genommen werden.

Für mehr politische Partizipation werben

Aufgabe aller kommunalpolitisch tätigen Akteure wird es sein, die Bevölkerung künftig wieder für eine stärkere politische Partizipation zu gewinnen. Besorgniserregend ist die sozialräumliche Übereinstimmung zwischen geringer politischer Partizipation und bildungsrelevanten sozialen Belastungen. Es wird in den kommenden Jahren zunehmend wichtiger, möglichst breite Bevölkerungsschichten für den Gang zur Wahl zu motivieren, damit alle gesellschaftlichen Gruppen ihre politischen Themen und spezifische Anliegen angemessen platzieren können.

Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“



Angebote kultureller Bildung ausbauen

Bielefeld bietet ein buntes und vielschichtig aufgestelltes Kulturangebot, das von der Bevölkerung sehr gut frequentiert wird. Aussagen zu den erreichten Zielgruppen sind bis dato aber nur eingeschränkt möglich, da entsprechende einheitliche Erhebungsmethoden der Kulturanbieter fehlen. Die aktuell bestehenden Kulturangebote und Projekte, insbesondere für Kinder und Jugendliche, die in Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen und Schulen stattfinden, sollten weiter ausgebaut werden. Gerade Kinder und Jugendliche in Sozialräumen mit bildungsrelevanten Risikolagen sollte ein besserer Zugang ermöglicht werden. Dafür ist neben den bestehenden Angeboten auch die Entwicklung von weiteren Kulturformaten wichtig, die gleichermaßen kulturell als auch lebensweltlich anschlussfähig sind.

Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung für Deutsche erweitern

Vor dem Hintergrund weiter steigender Anforderungen in der Arbeitswelt kommt dem Ausbau des Angebotes für Alphabetisierung eine hohe Bedeutung zu. Dies gilt besonders im Hinblick auf die weiter abnehmende Zahl von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Personen, in denen funktionale Analphabeten in der Regel beschäftigt sind. Ein Handlungsbedarf besteht im besonderen Maße, da sich der Analphabetismus der Eltern negativ auf die Bildungschancen der Kinder auswirkt.

Sportförderung der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen

Die Sportvereine sollten ihr Engagement als Kooperationspartner von Bildungsinstitutionen und als selbstständiger Anbieter informeller Bildung weiter ausbauen und damit insbesondere die jüngeren Zielgruppen erreichen. Aber auch Angebote für Ältere und die Zugänge zu diesen Angeboten sollten verstärkt in den Fokus genommen werden, da die demographische Entwicklung zu einer deutlichen Vergrößerung dieser Zielgruppe führen wird.

Weitere kommunale Gesundheitsangebote und Kompetenzen entwickeln

Der individuellen Gesundheit und der Gesundheitskompetenz wird – vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – eine zentrale Bedeutung beigemessen. Die Angebote der VHS zielen auf eine Erhöhung dieser Kompetenzen ab. Dem Ausbau einer dezentral angelegten Angebotsstruktur kommt deshalb in den nächsten Jahren eine hohe Relevanz zu. Der Aufbau einer systematischen kommunalen Berichterstattung über die Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen in diesem Segment kann vielschichtige Erkenntnisse liefern.

Literaturverzeichnis

AMBOS, I./HORN, H. (2013): *Angebotsstrukturen in der Alphabetisierung und Grundbildung für Erwachsene 2012. Ergebnisse der alphamonitor-Anbieterbefragung des DIE.* Bonn

ANDRESEN, S. (2013): *Die schwierige Balance zwischen Fürsorge und Freiheit.*
In: *DJI Impulse*, H. 1, S. 22–25

ARBEITSSTELLE »KULTURELLE BILDUNG IN SCHULE UND JUGENDARBEIT NRW« (2010):
Kulturelle Bildung in der Schule. Durch Kooperation zum Erfolg. Remscheid

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2010): *Bildung in Deutschland 2010.*
Ein indikatorgestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2012): *Bildung in Deutschland 2012.*
Ein indikatorgestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf.
Bielefeld

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2014): *Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorgestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen.*
Bielefeld

BAETHGE-KINSKY, V. (2012): *Lernen ganzheitlich erfassen. Wie lebenslanges und lebensweites Lernen in einem kommunalen Lernreport dargestellt werden kann.* Bielefeld

BAUMERT, J./MAAZ, K./JONKMANN, K. (2010): *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule als Forschungsgegenstand. Robuste Befunde, die Bewährung von Wert-Erwartungs-Modellen und offenen Fragen.* Berlin

BECKER, R. (2010): *Bildungseffekte vorschulischer Erziehung und Elementarbildung. Bessere Bildungschancen für Arbeiter- und Migrantenkinder?* In: *Bildung als Privileg*, S. 129–160

BELLENBERG, G. (HRSG.) (2013): *Bildungsübergänge gestalten. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis.* Münster, Westf.

BERTELSMANN STIFTUNG (2014): *Update Inklusion. Datenreport zu den aktuellen Entwicklungen.* Gütersloh

BILGER, F./GNAHS, D./HARTMANN, J./KUPER, H. (HRSG.) (2013): *Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012.* Bielefeld

BOCK-FAMULLA, K./LANGE, J. (2013): *Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2013*

BÖRNER, N./GERKEN, U./STÖTZKE, J./TABEL, A. (2013): *Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2013.* Münster

BRA, C. (2013): *Der Bürgerdialog „Demografischer Wandel“.* In: *Informationsdienst Altersfragen (IDA)*, H. 04

BUDDEBERG, K./RIEKMANN, W./GROTLÜSCHEN, A. (2012): *BWP.* In: *BWP*, H. 2, S. 28–31

BULUT, N. (2008): *Funktionaler Analphabetismus bei Jugendlichen. Eine Untersuchung zur Lese- und Schreibkompetenz.* Norderstedt

BUNDESAMT FÜR FAMILIE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN (2014): *Einberufung zum Zivildienst.* Berlin

BUNDESAMT FÜR FAMILIE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN (05/2014): *Statistik Bundesfreiwilligendienstleistende im Dienst, Mai 2014.* Berlin

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2008A): *Schulische Bildung von Migranten in Deutschland.* Nürnberg

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2008B): *Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland.* Nürnberg

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2008C): *Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland.* Nürnberg

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2009): *Konzept für einen bundesweiten Alphabetisierungskurs.* Nürnberg

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2011): *Zweiter Integrationsindikatorenbericht.* Berlin

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2012): *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland.* Nürnberg

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2013A): *Integrationskursgeschäftsstatistik.* <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/InGe/inge-node.html>

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2013B): *Statistiken.* <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/statistiken-node.html>

BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (08.07.2014): *Esser betont zunehmende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung*

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (2013): *Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.* Bonn

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) (2012): *Weiterbildungsverhalten in Deutschland. AES 2012 Trendbericht.* Bonn

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) (2013): *Berufsbildungsbericht 2013.* Bonn

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2010): *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 1999–2004–2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland.* München

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2012): *Erster Engagementbericht 2012*

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2014): *Zeit das Richtige zu tun. Freiwillig engagiert in Deutschland – Bundesfreiwilligendienst.* Berlin

BUROW, O.-A. (2010): *Durch Kunst und Kultur zu einer Pädagogik des Glücks.* In: Arbeitsstelle »Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW« (Hrsg.): *Kulturelle Bildung in der Schule. Durch Kooperation zum Erfolg.* Remscheid, S. 10–27

BYLINSKI, U. (2013): *Der Übergang in das berufliche Bildungssystem.* In: **BELLENBERG, G./FORELL, M. (HRSG.):** *Bildungsübergänge gestalten. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis.* S.l, S. 217–220

DELORS, J. (HRSG.) (1996): *Learning: the treasure within.* Paris

DENCH, S./REGAN, J./BRITAIN, G. (2000): *Learning in later life: Motivation and impact*

DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION (DUK) (08.07.2014): *BNE-Portal: Interview: Informelles Lernen besser erforschen und fördern.* <http://lsvbw.de/cms/docs/doc9884.pdf>

DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND (12.08.2014A): *Bibliotheksportal.de.*

<http://www.bibliotheksportal.de/>

DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND (12.08.2014B): *Bibliotheksportal: Bibliothek und Bildung.*

<http://www.netzwerk-sportjugend.de/userdata/2010/05/Projektbericht-Kinder-in-Bewegung-Bewegungsfoerderung-in-Familienzentren-2007-2010.pdf>

DITTON, HARTMUT (2013): *Bildungsverläufe in der Sekundarstufe. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zu Wechseln der Schulform.* In: *Zeitschrift für Pädagogik* 59 (6) S.887:911

DÖBERT, M./HUBERTUS, P. (2000): *Ihr Kreuz ist die Schrift. Analphabetismus und Alphabetisierung in Deutschland.* Münster

DÜX, W. (2012): *Lernen im Ehrenamt. Welche Kompetenzen Jugendliche durch freiwilliges Engagement erwerben – und wie sich die vielfältigen Bildungspotenziale optimal entfalten.* In: *DJI Impulse*, H. 100, S. 30–32

DÜX, W./PREIN, G./SASS, E./TULLY, C. J. (2009): *Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter.* In: *Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement*

EHMKE, T./JUDE, N. (2010): *Soziale Herkunft und Kompetenzerwerb.* In: **KLIEME, E./ARTELT, C./HARTIG, J./JUDE, N./KÖLLER, O./PRENZEL, M./SCHNEIDER, W./STANAT, P. (HRSG.):** *Pisa 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt.* Münster

FALLET-VIEHMANN, P. (2011): *Handlungsanleitung zum vereinheitlichten Einsatz des Kompetenzbeurteilungsbogens in allen Troisdorfer Grundschulen ab Klasse 3.* Siegburg

FUCHS-RECHLIN, K./BERGMANN, C. (2014): *Der Abbau von Bildungsbenachteiligung durch Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige – zwischen Wunsch und Wirklichkeit.* In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, S2, S. 95–118. doi:10.1007/s11618-013-0464-3

GEISSLER, R./WEBER-MENGES, S. (2008): *Migrantenkinder im Bildungssystem: doppelt benachteiligt.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 49, S. 14–22

GRÖHLICH, C./SCHARENBERG, K./BOS, W. (2009): *Wirkt sich Leistungsheterogenität in Schulklassen auf den individuellen Lernerfolg in der Sekundarstufe aus?* In: *Journal for educational research online*, H. 1, S. 86–105

Grotlüschen, A./Riekman, W. (2010): *leo.-Level-One Studie. Literalität von Erwachsenen auf den unteren Kompetenzniveaus.* In: *Magazin Erwachsenenbildung*. at, H. 10

HAMBURG/INSTITUT FÜR BILDUNGSMONITORING (HAMBURG) (2011): *Bildungsbericht Hamburg 2011.* Hamburg

HAUG, A. (2011): *Kinder und Sport. Welche Bedeutung haben Bewegung, Spiel und Sport für Kinder? Wo und welchen Sport betreiben Kinder?*

KIZIAK, T./KREUTER, V./KLINGHOLZ, R. (2012): *Dem Nachwuchs eine Sprache geben. Was frühkindliche Sprachförderung leisten kann.* Berlin

KLEINHÜCKELKOTTEN, S. (2007): *Neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit. Das Modell der „Sozialen Milieus“ als Arbeitshilfe für zielgruppengerechte Bürgerbeteiligung und Engagementförderung*

Klemm, K. (2009): *Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam. Eine Studie zu den Ausgaben für Klassenwiederholungen in Deutschland.* Bielefeld

KLEMM, K. (2010): *Gemeinsam lernen. Inklusion leben.* Gütersloh

- KLEMM, K. (2013):** *Inklusion in Deutschland. eine bildungsstatistische Analyse*. Gütersloh
- KOLLAND, F. (2005):** *Lebenslanges Lernen und Bildungsbeteiligung im Alter*.
http://www.uni-ulm.de/uni/fak/zawiw/archiv/sites/www.lill-online.net/online/documents/publications/Kolland_-LLL_und_Bildungsbeteiligung_im_Alter.pdf
- KONSORTIUM BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2006):** *Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*. Bielefeld
- KONSORTIUM DER STUDIE ZUR ENTWICKLUNG VON GANZTAGSSCHULEN (STEG) (2011):** *Ganztagsschule: Entwicklung und Wirkungen*. Frankfurt a.M.
- KONSORTIUM VORSTUDIE BILDUNGSBERICHT RUHR (2009):** *Bericht über das Bildungswesen in der Metropole Ruhr. Vorstudie 2009*. Dortmund
- KORNHANN, R. (2004):** *Der Schulerfolg von Migrantenkindern im Lichte der Statistischen Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz und der PISA-Studie*. In: **K.-D. GROß (Hg.)**, *Hörbehinderte Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher nationaler Herkunft*. Heidelberg: Winter, S. 27–53
- KRATZMANN, J./SCHNEIDER, T. (2009):** *Soziale Ungleichheiten beim Schulstart*. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H. 2, S. 211–234. doi:10.1007/s11577-009-0051-z
- LANDESBETRIEB INFORMATION UND TECHNIK NORDRHEIN-WESTFALEN (IT.NRW) (2014):** IT.NRW
- LEHR, U. (1996):** *Psychologie des Alterns*. In: **OECD (Hrsg.): Lifelong Learning for All**. Paris
- LIEBIG, R. (2012):** *Freiwillige gesucht – Lernoption geboten*. In: *DJI Impulse*, H. 1
- LSB NRW (2014):** *Landessportbund Nordrhein-Westfalen*. <https://www.lsb-nrw.de/lsb-nrw/>
- MAAZ, K./NAGY, G. (2009):** *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen des Sekundarschulsystems: Definition, Spezifikation und Quantifizierung primärer und sekundärer Herkunftseffekte*. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, H. 12
- MAGISTRAT DER STADT OFFENBACH (2011):** *Erziehung und Bildung in Offenbach. Bericht 2011*. Offenbach
- MERVIS, J. (2011):** *Past Successes Shape Effort to Expand Early Interventions*. In: *Science*. Vol.333, No. 6045: 952–956
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN BADEN-WÜRTTEMBERG (2012):** *Jugendliche, außerschulische Jugendbildung, Partizipation*. Stuttgart
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (2012):** *Sozialbericht NRW 2012. Armuts- und Reichtumsbericht*. Düsseldorf
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (2013):** *Kein Abschluss ohne Anschluss – Instrumente und Angebote*. Düsseldorf
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG NRW (2008):** *Das Berufskolleg in Nordrhein-Westfalen. Bildungsgänge und Abschlüsse*. Düsseldorf
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG (2011):** *Bildungskonferenz. Zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf
- MÜSSIG, S./WORBS, S. (2012):** *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland*. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Working-Papers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf?__blob=publicationFile
- NASKO, H./SCHLÜTER, A. (2008):** *Nachhaltige Hochschulstrategien für mehr MINT-Absolventen*. Essen

- NEUGEBAUER, U./BECKER-MROTZEK, M. (2013):** *Die Qualität von Sprachstandsverfahren im Elementarbereich*. Köln
- NICKEL, S. (2014):** *Funktionaler Analphabetismus – Hintergründe eines aktuellen gesellschaftlichen Phänomens*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 9-11, S. 26–32
- OECD (2004):** *Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003*
- OECD (2007):** *Gesellschaft auf einen Blick. OECD-Sozialindikatoren*. Paris
- ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (OECD) (2012):** *Chancengerechtigkeit und Qualität in der Bildung – Förderung benachteiligter SchülerInnen und Schulen*
- PETERSEN, T./HIERLEMANN, D./WRATIL, C./VEHRKAMP, R. B. (2013):** *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh
- PURDIE, N./BOULTON-LEWIS, G. (2003):** *The learning needs of older adults*. In: *Educational Gerontology*, H. 2, S. 129–149
- Rauschenbach, T. (2012):** *Ganztagsschule als Hoffnungsträger für die Zukunft? Ein Reformprojekt auf dem Prüfstand; Expertise des Deutschen Jugendinstituts (DJI) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung*. Gütersloh
- REGIONALVERBAND RUHR (HRSG.) (2012):** *Bildungsbericht Ruhr*. Münster, New York, NY, München, Berlin
- SATORY, K./JÄRVINEN, H./BOS, W. (2013):** *Der Übergang von der Grundschule zum gegliederten Schulwesen – Chancen wahren und stärken*. In: **BELLENBERG, G./FORELL, M. (HRSG.):** *Bildungsübergänge gestalten. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis*. s.l, S. 107–128
- SCHRATZ, M./WEISER, B. (2002):** *Dimensionen für die Entwicklung der Qualität von Unterricht*. In: *Journal für Schulentwicklung*, H. 4, S. 36–47
- SCHULLER, K./LOCHNER, S./ROTHER, N. (2011):** *Das Integrationspanel. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Integrationskursen*. Nürnberg
- SPORTBUND BIELEFELD (2011):** *Projektbericht Kinder in Bewegung – Bewegungsförderung in Familienzentren 2007-2010*. Bielefeld
- STADT BIELEFELD – AMT FÜR JUGEND UND FAMILIE (2011):** *Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Bielefeld 2011-2014*. Bielefeld
- STADT BIELEFELD – BÜRGERAMT (2014):** *Statistiken zur Wahlbeteiligung*. Bielefeld
- STATISTISCHES BUNDESAMT:** *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder*.
http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2013):** *ZENSUS 2011*. https://www.zensus2011.de/DE/Home/home_node.html
- STATISTISCHES BUNDESAMT (24.01.2014):** *Öffentliche Hand gab 2012 rund 32,2 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe aus*. Pressemitteilung 28/14. Wiesbaden
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2014A):** *Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*.
http://www.statistik-bw.de/VolkswPreise/Indikatoren/VW_wirtschaftskraft.asp
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2014B):** *Wahlbeteiligung*.
<http://www.statistik-bw.de/Wahlen/Indikatoren/Wahlbeteiligung.asp>
- TIPPELT, R. (2000):** *Bildungsprozesse und Lernen im Erwachsenenalter. Soziale Integration und Partizipation durch lebenslanges Lernen*. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, H. 42, S. 69–91

- TIPPELT, R./VON HIPPEL, A. (HRSG.)(2009):** *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung* S.11 ff, In: *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung*, Wiesbaden
- TRÖSTER, M. (2005):** *Kleine DIE-Länderberichte Alphabetisierung/Grundbildung: Deutschland*. Bonn
- WALBER, M./BADE-BECKER, U./KOMP, V. (2013):** *Die Studierendenwirklichkeit von „Non-Traditional-Students“ am Beispiel von Studieren ab 50*. Bielefeld
- WEINERT, S./EBERT, S./DUBOWY, M. (2010):** *Kompetenz und soziale Disparitäten im Vorschulalter*. In: *Zeitschrift für Grundschulforschung*, H. 1, S. 32–45
- WIKIPEDIA (01.04.2012):** *Segregation (Soziologie)*.
<http://de.wikipedia.org/w/index.php?oldid=128408815>
- WILD, E./MÖLLER, J. (2009):** *Pädagogische Psychologie*. Berlin, Heidelberg
- WISCHMEIER, I./MACHA, H. (2010):** *Außerschulische Jugendbildung*. München
- WITHNALL, A. (2005):** *Exploring Influences on Later Life Learning*. In: *International Journal of Lifelong Education*, 25/1, S. 29–49
- WOLFGANG UND REGINA BÖLLHOFF STIFTUNG (2013):** *Das Projekt „Ich will!“*.
http://www.boellhoff-stiftung.de/ich_will.html
- ZWAR ZENTRALSTELLE NRW (2006):** *ZWAR – Das pädagogische Konzept*. Dortmund

Impressum

Herausgeber Stadt Bielefeld, Der Oberbürgermeister
Dezernat für Schule, Bürger und Kultur
Amt für Schule – Bildungsbüro Bielefeld
Niederwall 23–25, 33602 Bielefeld

Für den Inhalt verantwortlich Dr. Udo Witthaus, *Dezernent für Schule, Bürger und Kultur*

Redaktion Niels Jösting, *Stadt Bielefeld*
Stefan Günther, *Stadt Bielefeld*
Georgia Schönemann, *Stadt Bielefeld*
Dr. Robert Stölner, *Stadt Bielefeld*
Georg Müller, *Stadt Bielefeld*

Datenbearbeitung Dennis Schäffer, *Universität Bielefeld*
Christian Poetting, *Stadt Bielefeld*

Demographische Auswertung Manja Schallock, *Stadt Bielefeld*

Wissenschaftliche Begleitung Dr. Markus Walber, *Universität Bielefeld*

Gestaltung werkzwei | Lutz Dudek, *Bielefeld*

Illustrationen istockphoto.com

Druck Merkur Druck, *Detmold*

Auch der zweite Bielefelder Lernreport ist durch die Unterstützung einer Vielzahl von Akteuren und Fachämtern entstanden. Dafür möchten wir uns bei allen Beteiligten bedanken.

Beteiligte Ämter und Institutionen der Stadt Bielefeld

Amt für Demographie und Statistik
Amt für Finanzen und Beteiligungen
Amt für Geoinformation und Kataster
Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten
Amt für Jugend und Familie – Jugendamt –
Amt für soziale Leistungen – Sozialamt –
Bürgeramt
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Historisches Museum
Kulturamt
Musik- und Kunstschule
Naturkunde-Museum
Sportamt
Stadtbibliothek, Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek
Umweltamt
Volkshochschule

Externe Institutionen

AlarmTheater
AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.
Bundesagentur für Arbeit
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Diakonie für Bielefeld gGmbH
Forum für Kreativität
Kleines Theater
Kunsthalle Bielefeld
Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
Mobiles Theater
Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH Bielefeld (REGE)
Stadtsporthund Bielefeld
Dagmar Selje Puppenspiele
Trotz-Alledem-Theater
Universität Bielefeld
Wolfgang und Regina Böllhoff Stiftung

